

## Anträge.

### I. Tagesordnung des Parteitag.

1. Köln und Koblenz: Die Steuerfrage ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.
2. Hamburg: Auf die Tagesordnung des Parteitags ist ein Referat über den neuen Strafgesetzentwurf zu setzen.
3. Hamburg: Auf dem Parteitag ist zur allgemeinen Teuerung gesondert Stellung zu nehmen.
4. Dresden: Die Kreisversammlung beschließt, die Leitung des Parteitags in Görlich zu ersuchen, einen Vortrag über die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung zu setzen und als Referenten hierfür den Genossen Edmund Fischer vorzuschlagen.
5. München: Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, Punkt 4 der Tagesordnung wie folgt zu erweitern: Die Wirkungen des Versailler Vertrages a) auf die innere und äußere Politik, Referent Hermann Müller; b) auf die Ernährungsfrage (vom Parteivorstand zu bestimmender Spezialreferent); c) die Steuerpolitik (vom Parteivorstand zu bestimmender Spezialreferent).
6. Aachen: Der neue Programmentwurf ist abzulehnen, weil seine Durchführbarkeit im Sinne des Sozialismus unmöglich ist.
7. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.
8. Frankfurt a. M.: Der Parteitag lehnt eine Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs ab.
9. Limbach i. Sa.: Ueber den Programmentwurf wird nicht verhandelt. Der Parteivorstand wird beauftragt, den Entwurf als völlig ungeeignet zurückzuziehen.
10. Chemnitz: Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, die Annahme des veröffentlichten neuen Programms bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen und den Parteigenossen und -genossinnen dadurch eine ausgiebige Gelegenheit zu geben, das neue Parteiprogramm zu diskutieren.
11. Breslau-Stadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Annahme geeignet und hat daher nur als Grundlage für die weitere Beratung der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag zu dienen.
12. Mainz: Der Parteitag wolle beschließen, die Beschlusfassung über den Programmentwurf auf ein Jahr zu verschieben und den neuen Entwurf mindestens ein Vierteljahr vor der Beratung zu veröffentlichen. Für den Uebergang sind Richtlinien eines Aktionsprogramms festzusetzen.

13. Wiesbaden: Der Parteitag beschließt, der Programmentwurf ist von der Tagesordnung abzusehen. Ein neuer Entwurf in klarer Fassung des sozialistischen Gedankens ist rechtzeitig, mindestens vier Monate vor dem nächsten Parteitag, in der Gesamtpartei zur Aussprache zu stellen.

14. München: Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, Punkt 5 der Tagesordnung „das Programm“ von der Tagesordnung des Parteitages abzusehen, um der Parteimitgliedschaft Gelegenheit zu geben, bis zum nächsten Parteitag den Programmentwurf gründlich erörtern zu können, was bei der Kürze der Zeit in diesem Jahre nicht möglich war.

15. Segeberg: Das Erfurter Programm nicht früher zu ändern, bis eine Einigung zwischen der SPD. und USPD. stattgefunden hat.

16. Forst i. L. Der Parteitag möge beschließen, von einer Verabschiedung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs Abstand zu nehmen und die Programmrevision auf ein Jahr zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Taktik der Partei in der Tendenz der Errichtung und Konsolidierung eines republikanischen Blocks vom Zentrum bis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Auf die Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften der SPD.- und USPD.-Organisationen soll auf der Grundlage prinzipieller Anerkennung der demokratischen Republik als der für Erringung der proletarischen Vorherrschaft einzig geeigneten Staatsform überall hingearbeitet werden.

17. Aschaffenburg: Der Parteitag wolle beschließen, ein neues Parteiprogramm noch nicht endgültig zu verabschieden, sondern zunächst die Einigung zu versuchen und durchzuführen und sich dann ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm zu geben.

18. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle über die beantragte Aenderung des Programms zur Tagesordnung übergehen, da für die Beratung nicht die geeignete Zeit vorhanden und auch der Einigung der Arbeiterschaft schädlich ist.

19. Frankfurt a. M.: Die Programmrevision ist so lange zurückzustellen, bis entweder die Einigung mit der USPD. erfolgt ist oder sich herausgestellt hat, daß die USPD. zur Einigung auf obiger Grundlage nicht zu haben ist, mindestens aber auf ein Jahr.

### II. Bericht des Parteivorstandes.

20. Halle a. d. Saale: Der Parteivorstand muß bei den der 2. Internationale angehörenden Parteien der uns im Weltkrieg feindlich gegenüberstehenden Völker und allen übrigen sozialistischen Parteien dieser Völker dafür eintreten, daß einmal der Friedensvertrag schleunigst abgeändert, die Sanktionen aufgehoben und Deutschland beim Wiederaufbau usw. die nötigen Freiheiten gewährt werden, um seinen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, die unerhörten Drangsalierungen und Schikanen insbesondere durch die Franzosen müssen, wenn in Zukunft Friede herrschen soll, unbedingt aufhören.
21. Hamburg: Zur Prüfung der möglichst baldigen Durchführung der Bergesellschaftung der Produktionsmittel oder Herbeiführung der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe (Bergwerke usw., Enteignung des Grund und Bodens) wird der Parteivorstand beauftragt, eine ständige Kommission dazu geeigneter Genossen zu berufen. Dieselbe hat das Recht, geeignet erscheinende Sachverständige heranzuziehen. Das Resultat ihrer Beratungen soll in Berichten bzw. Anträgen an den Vorstand oder an die Reichstagsfraktion sich auswirken.
22. Sonneberg i. Thür. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sofort

Schritte zu unternehmen, um dem immer mehr um sich greifenden Wucher mit allen Bedarfsartikeln — hauptsächlich mit den Lebensmitteln — entschieden entgegenzutreten.

**23. Bezirksparteitag der Pfalz.** Der Parteivorstand möge Maßnahmen ergreifen, daß durch die Presse, noch mehr aber durch seinen Einfluß auf die Parteifractionen des Reichstags und der Landtage Maßnahmen getroffen werden, damit das Betriebsrätegesetz in einer Weise ausgebaut wird, um den Gefahren der fortschreitenden Vertrufung der Industrie vorzubeugen.

**24. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes:** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, endlich dem sich stets wiederholenden Rufe Folge zu leisten und die „Gleichheit“ für die Frauen obligatorisch einzuführen.

**25. 6. badischer Landtagswahlkreis:** Der Parteitag möge beschließen: Die „Gleichheit“ wird zu einem wissenschaftlichen Bildungsorgan für die Frauenbewegung ausgebaut und erscheint monatlich. Als Ersatz für die „Gleichheit“ wird den sozialistischen Tageszeitungen empfohlen, eine Sonntagsbeilage für die Frauen zu schaffen.

**26. Hamburg:** Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag zu prüfen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen es möglich ist, für sämtlichen weiblichen Mitglieder eine politische aufklärende Zeitung obligatorisch zu liefern.

**27. Groß-Flottbeck:** Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr als bisher Aufklärungsarbeit zu leisten durch Verteilung von Flugschriften und Ausgaben unserer Parteipresse mit werbenden Artikeln, Herausgabe laufender Aufklärungsschriften und Arbeit ähnlicher Art, und nötigenfalls dafür größere Mittel bewilligen.

**28. Berlin:** An den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, eine Broschüre bzw. ein Flugblatt in Massenaufgabe herauszugeben, in welcher in gedrängter, aber schlagender Weise das Verhalten der einzelnen Parteien bei der Steuergesetzgebung gekennzeichnet wird.

**29. Dortmund:** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß den tätigen Mitgliedern im Lande mehr als bisher aufklärendes Material über die Kulturziele der Partei, besonders in der gegenwärtigen Zeit, zur Verfügung gestellt wird.

**30. Schwerin i. M.:** Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks schneller und zuverlässiger Informationen der Presse sowie der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre über wichtige politische und wirtschaftliche Vorgänge im Ausland ehestens die Errichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus in die Wege zu leiten.

**31. Wehlar:** Dem Parteivorstand ist nahezu legen, einen Parteigenossen mit der Zusammenstellung eines alle Fragen des allgemeinen Rechtes umfassenden Wertes, insbesondere der sozialen Fragen und des Beschwerdebanges, wie sie der Genosse Stadthagen in seinem „Arbeiterrecht“ zusammenstellte, zu beauftragen.

**32. Hamburg:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiauschuß der Entwicklung der Parteipresse erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, besonders mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Ethnienierung des deutschen Zeitungswesens und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für die Parteipresse.

**33. Berlin:** Der Parteitag verurteilt die von einigen Genossen an die bürgerlichen Zeitungen eingesandten, nicht im sozialistischen Sinne geschriebenen

Artikel. Er beauftragt den Parteivorstand, die betr. Genossen zu veranlassen, daß keine der Parteitaktik und -disziplin schädigende Haltung durch diese Einsendungen zum Ausdruck kommt. Die Genossen weisen noch auf die Notwendigkeit der Mitarbeit hervorragender Genossen an der sozialistischen Provinzpresse hin.

**34. Schmölln:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in vierteljährlichen Perioden die Anwesenheitsliste der Reichstagsabgeordneten herauszugeben, damit den Parteigenossen in der Provinz die Möglichkeit gegeben wird, nachzuprüfen, welche Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen gefehlt haben.

**35. Oberhausen (Rhdn.):** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand gibt halbjährlich eine Broschüre zum Selbstkostenpreis heraus, in welcher die wichtigsten Anträge, Interpellationen und Abstimmungen der einzelnen Parteien des Reichs- und Landtages enthalten sind, sowie in gedrängter Form die Haltung und Stellungnahme der Parteien dazu.

**36. Kiel:** Der Parteitag wolle beschließen, aus Gründen der Parteidisziplin sollten alle Parteigenossen es ablehnen, über parteitaktische Fragen in der bürgerlichen Presse zu schreiben.

**37. Hannover:** Alle Mitglieder der Partei sind verpflichtet, ihre Stellungnahme zu Parteifragen nur in der Parteipresse zum Ausdruck zu bringen.

**38. Groß-Hamborn:** Der Parteitag wolle beschließen, sofort einen Auschuß zu bilden, bestehend aus Fachleuten, Reichs-, Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten, der einen Gesetzentwurf zur neuen Städteordnung, der sich an das sozialdemokratische Kommunalprogramm anschließt, ausarbeiten soll, um im ganzen Reich eine einheitliche Städteordnung zu schaffen.

**39. Bremen:** Der Parteitag wolle beschließen: Den sozialdemokratischen Vertretern in den Landes- und Gemeindeparlamenten zu empfehlen, mit den Vertretern der USP. unter gewissen Bedingungen Arbeitsgemeinschaften zu errichten.

**40. Berlin:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unausgesetzt auf eine Einigung des Proletariats im politischen Kampfe hinzuwirken. Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß unsere Vertreter in den Gemeinden, Landtagen und im Reichstag unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit eine Arbeitsgemeinschaft mit der USP. anstreben, um in wichtigen, die hand- und kopfarbeitenden Klassen betreffenden Fragen einheitlich vorzugehen. In der Erfüllung dieser Voraussetzung erblicken wir die Vorbedingung für eine Vereinigung auf zentraler Grundlage. Die Einigung kann jedoch nur auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Grundsätze erfolgen.

**41. Sörrup:** Es ist zu versuchen, mit der USP. eine Einigung zu erzielen.

**42. Schönberg:** Der Parteitag wolle nichts unversucht lassen, was zur Einigung mit der USP. führen kann.

**43. Altenstadt:** Der Ortsverein Altenstadt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt den Antrag: Der Parteitag möge beschließen, die Zusammenführung der beiden sozialistischen Parteien SPD. und USP. baldigst zu ermöglichen, dadurch, daß sofort beschleunigte Schritte unternommen werden, um die Einigung herbeizuführen.

**44. Breslau-Stadt:** Der Parteitag begrüßt es, daß das Verhältnis Sozialdemokratischer Partei zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in den letzten Monaten so geworden ist, daß die Wiedervereinigung der beiden Parteien in absehbarer Zeit möglich erscheint. Der Parteitag fordert die alte Arbeiterpartei auf, alles zu tun, was das Proletariat im Kampfe gegen Kapital erneut zusammenschweißen kann.

45. **Aachen:** Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, die mit allen sozialistischen Parteien, soweit sie nicht unter dem Diktat von Moskau stehen, in Verbindung treten soll. Der Kommission wird die Aufgabe übertragen, den Parteien Vorschläge für ein gemeinsames Zusammenarbeiten im Reichstag sowie in den Landtagen und in den Kommunen zu unterbreiten. Ferner soll von Partei zu Partei eine Vereinbarung getroffen werden, daß wenigstens bei Wahlen und Aktionen eine gegenseitige Bekämpfung in der Presse unterbleibt. Sobald diese Vorbedingungen gegeben sind, ist die Grundlage für eine Vereinigung geschaffen.

46. **Unterbezirk Göttingen:** Der Parteitag in Görlich stellt sich grundsätzlich auf den Boden der Einigung zwischen SPD. und USP.

47. **Hannover:** Die innere Zerrissenheit und Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterschaft und ihrer politischen Organisationen bildet eine schwere Gefahr für den Bestand der demokratischen Republik und damit zugleich das größte Hindernis für die Aufwärtsentwicklung des Proletariats. Das Wiedererstarren und Auftreten der Reaktion in letzter Zeit ist eine notwendige Folge dieser Zerrissenheit. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, alle geeigneten Schritte zu tun, um baldmöglichst zu einer Einigung mit der USP. zu kommen.

48. **Frankfurt a. M.:** Der Parteitag hat sich für die Einigung mit der USP. auf der Grundlage der Freiheit der Meinungsäußerung und der Einheit im Handeln zu erklären. Bei tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten über politische Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments entscheidet die Mehrheit.

49. **Treben (S.-A.):** Der Parteitag wolle mit allen Mitteln dahin wirken, daß eine Einigung der sozialistischen Parteien in aller Kürze zustande kommt.

50. **Wismar:** Der Parteitag wolle beschließen: Mit der USP. in Verhandlung zu treten, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

51. **Koblenz:** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verhandlungen über die Wiedervereinigung mit der USP. einzutreten. Insbesondere sind alle Bestrebungen zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen SPD. und USP. zu fördern.

52. **Unterbezirk Osthavelland-Ruppiner:** Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, wirklich geeignete Schritte zu unternehmen, um die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien unter allen Umständen zu ermöglichen.

53. **Niederlehme:** Der Parteitag möge mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Einigung des Proletariats hinwirken und die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterpresse nach Möglichkeit verhindern.

54. **Schwerin i. M.:** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird er sucht, alles zu tun, was der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien dienlich sein kann.

Als nächstes Ziel auf diesem Weg ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den proletarischen Parteien zu erstreben. Eventuell ist mindestens eine Vertändigung über gemeinsame Aktionen zur Sicherung und Verteidigung der Republik und deren Errungenschaften zu erstreben.

55. **Neutlingen-Münsingen:** Der Parteitag wolle sich Schaffung von Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Parteien einsetzen, in wichtigen Kultur- und Wirtschaftsfragen, an denen das werttätige gleiche Anteil hat, eine Einheitsfront zu bilden, und um diese Fragen größerem Nachdruck vertreten zu können.

56. **Marburg a. d. Lahn:** Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) erkennen die ungeheuren Gefahren, die in der Zerspaltung der Arbeiterbewegung liegen. Sie fordern daher den in Görlich stattfindenden Parteitag auf, alle Kräfte auf eine Einigung hinwirken zu lassen.

### III. Organisation und Agitation.

57. **Hamm (Westf.):** Der Parteitag wolle beschließen, daß ein einheitlicher Monatsbeitrag eingeführt wird, und zwar 2,50 Mk. für männliche und 2 Mk. für weibliche Mitglieder.

58. **Ludwigshafen:** Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, die eingeführten Extrabeiträge den „Unterbezirken bzw. den Ortsgruppen“ ganz zu überlassen.

59. **Lebrade:** Der Beitrag für die ländliche Bevölkerung ist um ein Drittel niedriger festzusetzen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung ungünstiger sind als die der Industriearbeiterschaft.

60. **Neumühlen-Dietrichsdorf:** Der Parteitag in Görlich ermächtigt im Interesse der Agitation unter den Frauen die Beiträge für die weiblichen Mitglieder unserer Partei.

61. **Schwartbuck:** Ermäßigung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder.

62. **Berlin:** Um den im Bezirksverband Berlin vorhandenen 20 Kreisorganisationen die Möglichkeit einer Vertretung in der Pressekommission des „Vorwärts“ zu geben, beschließt der Parteitag, die Zahl der Mitglieder dieser Kommission von 15 auf 20 zu erhöhen.

63. **Halle a. d. S.:** Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der im ADGB. in der Wfa und im Beamtenbund zusammengeschlossenen Berufsorganisationen der Hand- und Kopparbeiter, zu einem engen Vertragsverhältnis zu kommen.

Der Parteitag hält alle berufstätigen Parteigenossen für verpflichtet, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglied anzugehören, die sich diesen drei genannten Spitzenorganisationen angeschlossen haben.

64. **Stettin:** In Erwägung dessen, daß die allgemeinen deutschen Parteitage nicht mehr ziffernmäßig stark besucht werden brauchen, damit sie demonstrativ wirken sollen;

in weiterer Erwägung, daß die Parteitage infolge ihres zu großen Umfangs arbeitsunfähig zu werden drohen;

und schließlich mit Rücksicht auf die enorm hohen Kosten, die den Parteiorganisationen aus der Delegation erwachsen,

fordert der Görlicher Parteitag den Parteivorstand auf, in Gemeinschaft mit dem Parteausschuß Vorschläge zu machen über eine andere Zusammensetzung des allgemeinen deutschen Parteitages (§ 6 des Organisationsstatuts). Die Gesamtzahl aller gewählten und sonstigen Delegierten soll 200 nicht übersteigen.

65. **Wiesbaden:** Die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei in bezug auf die Anzahl der Delegierten eine Ausdehnung angenommen, die die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt ist. Der Parteitag wählt aus diesem eine Kommission, die eine neue, dem parlamentarischen System entsprechende Geschäftsordnung auszuarbeiten hat und die für die allgemeinen Parteitage einzuführen ist.

**66. Hamm (Westf.):** Der Parteitag wolle beschließen, daß die Wahl der Vertreter zum Parteitag nicht mehr vom Bezirksparteitag, sondern durch Urabstimmung vorgenommen wird.

**67. Dresden:** Die Frauen des 4., 5. und 6. Unterbezirks stellen an die Frauenkonferenz Görlitz den Antrag, beim Parteitag eine Aenderung des Delegationsmodus zur Reichsfrauenkonferenz und eine Erhöhung der Mandate zu fordern.

**68. Ludwigslust:** Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Bezirksparteitage möglichst zwischen der Bekanntgabe der Tagesordnung des deutschen Parteitages und diesem selbst stattfinden haben, um so den Genossen mehr Gelegenheit zur vorherigen Aussprache zu geben und das Interesse am Parteileben zu fördern.

**69. Berries bei Hamm:** § 23 Abschnitt 2 soll folgenden Wortlaut erhalten: Zur Partei kann ferner nicht gehören, welcher einer anderen politischen Partei, Krieger- oder Militärvereinen als Mitglied angehört usw.

**70. Chemnitz:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossinnen und Genossen, welche sich in führender Stellung befinden und die Partei oder die Gewerkschaften durch ihr Verhalten schädigen, sind aus der Partei auszuschließen.

**71. Nordhausen:** Der Parteitag wolle beschließen: Aus Anlaß der Tatsache, daß Genossen, die in der Partei an führender Stelle stehen, in zunehmendem Maße bürgerliche Zeitungen für ihre Polemik und schriftstellerische Tätigkeit benutzen, wird für die Zukunft die Benutzung der bürgerlichen Presse von der Genehmigung des Parteivorstandes abhängig gemacht. An Gelegenheit der Partei sind in der eigenen Presse auszutragen. Nichtbeachtung dieses Beschlusses gibt dem Parteivorstand das Recht, den zuwiderhandelnden Genossen aus der Partei auszuschließen und ihn zur Niederlegung seiner Parteiämter zu veranlassen.

**72. Bremen:** Ueber die Teilnahme sozialdemokratischer Vertreter an der Regierung des Reiches entscheidet außer der Reichstagsfraktion der Parteivorstand und der Parteiausschuß;

an den Regierungen der Länder außer den in Frage kommenden Fraktionen die zuständigen Parteiorganisationen, Bezirksinstanzen und Parteivorstand.

**73. Hannover:** Die Gehälter der Parteiangestellten sind zentral und nach Ortsklassen zu regeln.

**74. Martinroda:** Die wichtigste und dringendste Aufgabe der Partei muß es sein, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß für die sozialistische Idee eine Mehrheit im Volke und damit im Parlament geschaffen wird. Es ist nötig, daß sich unsere Reichstagsabgeordneten und unsere alten Führer viel mehr der Aufklärungsarbeit und Agitation für die Partei widmen. Die beste Organisation und der beste Wille der Unterorgane wird nicht in der Lage sein, die Bewegung kräftig vorwärts zu treiben.

**75. Göppingen:** Um das Interesse in den Kreisen aller Volksschichten erneut für unsere Partei zu wecken und die Agitation für Gewinnung neuer Parteimitglieder den Ortsvereinen zu erleichtern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand von Zeit zu Zeit, mindestens aber im Jahr zweimal, führende Parteigenossen vom Parteivorstand zu einem Vortragstournee durch das Reich zu veranlassen. Auch Städte bis zu 20 000 Einwohner sollten in solchen Versammlungen berücksichtigt werden und ganz besonders solche Städte, in denen unter der Verwirrung der U.S.P. und der Kommunisten stark zu leiden hat.

**76. Hamburg:** Die Werke und Schriften unserer Wortkämpfer Marx, Engels, Lassalle, Bebel usw. sind heute eine Notwendigkeit mehr denn je. Sich in den Besitz derselben zu setzen, ist heute denjenigen, denen diese Schriften zugedacht sind, eine Unmöglichkeit. Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, in Erwägung zu ziehen, ob sich von diesen Werken und sonstiger guten sozialistischen Literatur nicht Heftausgaben veranstalten lassen, damit diese Werke allen Parteigenossen zugänglich gemacht werden können.

**77. München:** Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wolle veranlassen, daß in den einzelnen Bezirken Deutschlands eine intensive Agitation in die Wege geleitet wird, die insbesondere das flache Land erfassen soll.

Die Agitation soll in der Hauptsache die Grundsätze und Ziele des Sozialismus, sowie die Gemeinde- und Staatspolitik der Sozialdemokratie erläutern und über die parlamentarischen Verhandlungen im Reich und Land die nötigen Aufklärungen geben.

Soweit die Möglichkeit gegeben ist, soll sich die Agitation auf mehrere aufeinanderfolgende Tage erstrecken und besonders geeignete Spezialreferenten für diese Agitation gewonnen werden.

**78. Dortmund:** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der Agitation in den ländlichen Gebieten viel mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird als bisher. Es muß erreicht werden, daß die leistungsfähigeren Teile der Organisation in anderen Gebieten herangezogen werden, finanziell und dadurch, daß sie ihre Kräfte mit zur Verfügung stellen, den schweren Kampf der Parteipioniere auf dem Lande zu unterstützen — einen Kampf, der heute noch vielfach an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnert. Nur durch wahre Parteifolksolidarität ist ein erfolgreiches Arbeiten an allen Orten möglich.

#### IV. Bericht der Fraktion des Reichstags.

**79. Weimar:** Nur in durchgreifender Sozialisierung sehen wir das Mittel zum Aufbau und zur Rettung vor neuen Zerstörungen. Wir fordern deshalb Ausbau der Demokratie durch Selbstverwaltung der Betriebe sowie Unterstellung der Mehrwerte unter den Gemeinschaftswillen. Von Parteigenossen erwarten wir, daß sie nur so lange in politischen Ämtern verbleiben, als dadurch Machtpositionen in Richtung der Sozialisierung verbürgt erscheinen und unsere Mitverantwortung nicht lediglich zum Fortwursteln im bürgerlich-kapitalistischen Sinne mißbraucht wird.

**80. Hannover:** Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion beauftragen bei Regierungsbildungen ihre Entscheidungen im Einvernehmen mit Parteivorstand und Parteiausschuß zu treffen.

**Jena:** Eine Regierungsbildung nimmt die Sozialdemokratische Fraktion mit Parteien vor, die nach ihren programmatischen Erklärungen und Praxis folgende Bedingungen erfüllen:

Anerkennung der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus in den Ländern und Gemeinden und der Verteidigung dieser fortschrittlichen Verfassungen mit allen Mitteln; Ausbau der Demokratie in Verwaltung und Politik; Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen; Friedensfreundliche Außenpolitik; loyale Durchführung des Friedens-

Sicherung und Ausbau des Achtstundentags und aller sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter- und Bauernschaft.

4. Aufbringung sämtlicher steuerlichen Lasten durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes, insbesondere rücksichtslose Wegsteuerung der Kriegs-, Renovations- und Inflationsgewinne.

82. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind;
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde eintreten;
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen,
4. für eine pazifistische Außenpolitik,
5. für die loyale Erfüllung des Friedensbittats und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes,
6. für Ausbau der sozialen Gesetze, Erweiterung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Rätegesetzgebung und Einfluß derselben auf die Gestaltung der Produktion eintreten.

83. Berlin: Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Landtage sowie von allen in Regierungsstellen befindlichen Parteigenossen, daß diese die Demokratisierung der Verwaltung mehr als bisher mit allen Mitteln fördern. Insbesondere muß verlangt werden, daß alle wichtigen Beamtenstellen nur mit wirklich republikanisch gesinnten Männern besetzt werden.

84. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen:

Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind,
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde,
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen,
4. für eine pazifistische Außenpolitik,
5. für die loyale Erfüllung des Friedensbittats und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

85. Aachen: Der Parteitag wolle beschließen, nicht mit einer Partei die Regierung zu bilden, die nicht auf dem Boden der Republik steht.

86. Wismar: Der Parteitag wolle beschließen, mit der Volkspartei keine Koalitionsregierung zu bilden.

87. Dresden: Der Parteitag wolle sich eingehend mit der Dezentralisierung der Verwaltung in Reich und Ländern befassen und Wege zeigen, welche in unserem Sinne endlich zu verwirklichen. Zur Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse muß die Bürokratie des alten Deutschlands werden. Zumindestens wolle sich der Parteitag die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteikonferenz in dieser Frage zu eigen machen.

88. Lüneburg: Unsere Vertreter im Reichstag und in den Landesparlamenten sowie die Parteigenossen in Regierungs- und Verwaltungsstellen haben mit größter Entschiedenheit für eine Vereinfachung und Demokratisierung des Verwaltungsapparats einzutreten.

89. Köln und Koblenz: Der Parteitag wolle beschließen, ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des

oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind, 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen, 4. für eine pazifistische Außenpolitik, 5. für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

90. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion und Mitglieder der Reichsregierung werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß im Auswärtigen Amt ein demokratischer Geist einzieht.

Die Beamtenschaft ist auf ein Mindestmaß zu verringern, da der Beamtenschatz bedeutend über das Notwendige hinausgeht.

Führende Männer des In- und Auslandes beanstanden den langsamen Gang des Amtes, der seine Ursache in dem scheinbar unausschöpfbaren Bürokratismus hat. Kein Auswärtiges Amt einer anderen Macht beschäftigt eine solch große Beamtenschaft.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei dem Auswärtigen Amt die Berufung von Sozialattachés an die Auslandsvertretungen zu verlangen, welche mit den Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder Fühlung halten sollen.

Auf die Vereinfachung der ausländischen Vertretungen hinzuwirken und unter allen Umständen darauf zu dringen, daß die Botschafter, Gesandten usw. Deutschlands auf dem Boden der Republik stehen und deren Gedanken vertreten.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion und die Mitglieder in der Regierung darauf hinarbeiten, daß eine Verordnung erlassen wird, welche folgendem entspricht:

Deutsche Vertretungen und Hafenbehörden im In- und Auslande sind anzuweisen, daß Schiffe, welche nicht die verfassungsmäßige Flagge führen, keine Papiere und Geleitscheine erteilt werden dürfen.

91. Zwickau: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehen und die Republik zu verteidigen bereit sind,
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde sind,
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorganisationen,
4. für die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige,
5. für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmöglichste steuerliche Heranziehung des Besitzes,
6. für eine pazifistische Außenpolitik eintreten.

Eine solche Regierungskoalition kann aber auch nur dann in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats sie zwingend erfordern und der sozialistische Einfluß in der Regierung so stark ist, daß er bestimmend auf die Geschicke einwirken kann.

92. Jena: a) Der Parteitag mißbilligt angesichts der zentralen Organisation der Deutschen Volkspartei die Regierungsbildung der Genossen in Mecklenburg und Lippe mit der Deutschen Volkspartei.

b) Der Parteitag betrachtet die für die Koalitionspolitik der Reichstagsfraktion maßgebenden Grundlagen auch für die Fraktionen der Genossen in den EinzelLandtagen für bindend.

c) Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zentralstelle für die Politik der sozialdemokratischen Fraktionen in den Einzellandtagen einzurichten und eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten der Einzellandtage einzuberufen.

93. Rottbus: Da das starre Festhalten an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sich während der Regierungskrise in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionen im Reich, in den Ländern und Gemeinden eine größere taktische Beweglichkeit einräumen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt.

94. Gießen: Resolution. Die am 19. Juli in Gießen stattfindende Konferenz des 6. Agitationsbezirks billigt das Eintreten der Partei für das Londoner Ultimatum und den Wiedereintritt in die Regierung. Sie wünscht, daß die Fraktion darauf besteht, daß sie eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in der Reichs- und preußischen Regierung findet. Vor allem ist anzustreben eine Politik, welche die gewaltigen Ueberschüsse der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels und der Banken zur Wiedergutmachung heranzieht; und die Demokratisierung der Strafgerichte allen Instanzen durch die nötige Anzahl von Laienbeisitzern bewirkt.

Die Konferenz erklärte es für die wichtigste Aufgabe unserer Partei, in und außer der Regierung nach allen Richtungen auf die Befestigung und den Ausbau der demokratischen und sozialistischen Republik zu drängen. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei und jeder anderen, die nicht auf dem Boden der Republik steht, ist entschieden abzulehnen.

95. Darmstadt: Der Parteitag erhebt aufs neue die Resolution des Kasseler Parteitages betreffs einer Koalition mit bürgerlichen Parteien zum Beschluß. Dieser Beschluß wird auch ausgebeht auf die einzelnen Länder, da sich bis jetzt in den politischen Verhältnissen nichts ergeben hat, was eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei als notwendig erscheinen läßt.

96. K o s t o c k: Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag billigt die Haltung der Reichstagsfraktion anläßlich des Entente-Ultimatums und des Wiedereintritts unserer Genossen in die Reichsregierung und erklärt erneut, ein Zusammenarbeiten in einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann sowohl im Reich wie in den Ländern nur in Frage kommen, wenn diese grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen.

97. B r e s l a u - S t a d t: Der Parteitag bekräftigt den Kasseler Beschluß, wonach ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit Parteien, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, nicht in Frage kommt. Der Parteitag stellt fest, daß dieser Beschluß nicht nur für die parlamentarische Arbeit im Reich, sondern auch für die in den Ländern bindende Norm ist.

98. Frankfurt a. M.: Der Kasseler Beschluß — Ablehnung jeder Regierungsgemeinschaft mit Parteien, die nicht auf dem Boden der Republik stehen — gilt auch für die Gliedstaaten.

99. Insterburg: Resolution. 1. Die Kreiskonferenz Insterburg der SPD. verlangt einstimmig die Ablehnung des Rottbusser Antrages, in welchem sie einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen erblickt. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei — sei es auch mit Rücksicht auf die schweren Lasten des Ultimatums — kann nur zum Unheil des arbeitenden Volkes ausschlagen,

dem zweifellos die Hauptbürde der Lasten auferlegt würde. Die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist auch in den Parlamenten der Provinzen und Gemeinden unzulässig.

Nur in der Durchdringung der Wirtschaft mit sozialistischen Grundsätzen — gegen die Deutsche Volkspartei —, nur in einer sozialistischen, den Besitz treffenden Steuerpolitik kann dem deutschen Volke Rettung werden. Je klarer die Partei in diesem Sinne Stellung nimmt, um so mehr wird sie das deutsche Volk — auch bei einem Volksentscheid — hinter sich haben. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Einigung der Arbeiterklasse unbedingte Voraussetzung.

Wir beantragen darum, daß der Parteitag sich klar und entschieden zur Einigung und Verschmelzung mit der USPD. bekennt.

2. Die Kreiskonferenz der SPD. verlangt vom Parteitag entschieden die Erklämpfung der Aufhebung des nunmehr im zweiten Jahre in Ostpreußen bestehenden Ausnahmezustandes. Wir mißbilligen, daß die Reichstagsfraktion bisher nicht in zureichendem Maße ihre Kraft für die Beseitigung dieses Unrechts eingesetzt hat. Weder außen- noch innenpolitische Verhältnisse rechtfertigen unsere Degradation zu Staatsbürgern zweiter Klasse und die Militärdiktatur des Kapp-Generals v. Dassel.

100. Berlin: Der Parteitag beauftragt die Reichstags- und sämtlichen Landtagsfraktionen und die der freien Städte, in den Parlamenten dahin zu wirken, daß endlich die alten Wahrzeichen der Monarchie, wie Fahnen, Stempel usw., bei den Reichs- und Landesbehörden eingezogen und durch die in der Verfassung vorgesehenen ersetzt werden. Durch Verordnung sind diese Mißstände zu beseitigen. Handelt ein Beamter oder Angestellter einer Behörde entgegen dieser Verordnung, dann erfolgt sofortige Entlassung ohne Pension.

101. Kiel: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, auf strikte Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten betr. Flaggenführung durch Handels- und Kriegsschiffe hinzuwirken.

102. Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion der SPD. hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufhebung des Verbots des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten einzutreten.

103. Frankfurt a. M. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion werden beauftragt, unverzüglich an die Lösung der Reichswehrfrage im Sinne der Ausmerzung der monarchistischen Offiziere und der Schaffung einer wahrhaft republikanischen Wehrmacht heranzutreten.

104. Limbach i. Sa. Die Fraktion soll ersucht werden, Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammensetzung nicht wieder zu bewilligen. Dasselbe soll auch für die Flotte gelten.

105. D i s i n g: Die Reichstagsfraktion ist zu veranlassen, die Reichsregierung aufzufordern, bis zum Zusammentritt des Reichstages zu seiner Herbsttagung einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die grundsätzliche Beschränkung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes zugunsten des kleinen Besitzers zum Ausdruck kommt.

106. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach welchem fernerhin alle bebauten Grundstücke der Amortisation unterliegen. Um die Amortisation so schnell wie möglich zu fördern und die Benutzer (Mieter) nicht unnütz zu belasten, ist die Form der Kapitalisierung zu wählen anstatt der gewöhnlichen Abschreibung. Sobald durch die Amortisierung die Hypothekentlasten und das eigene Geld des jeweiligen Besitzers des Grundstückes getilgt sind, geht das Grundstück kostenlos in den Besitz des Staates über.

**107. 6. badischer Landtagswahlkreis.** Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung der Elektrizität für unser Wirtschaftsleben fordert der Parteitag die beschleunigte Sozialisierung der Energiewirtschaft.

**108. Schmölln:** Der Parteitag verpflichtet alle Vertreter der SPD. in Reich, Staat und Gemeinde zur raschen Sozialisierung des Bauwesens alle im Rahmen des Musterstatuts des Verbandes sozialer Baubetriebe Deutschlands gegründeten Bauhütten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

**109. Jena:** Der Parteitag wolle beschließen: Das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einstimmig angenommene Programm zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft wird vom Parteitag angenommen.

**110. Jena:** Der Parteitag wolle beschließen: Der Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes, Vorschlag I der Sozialisierungskommission, wird vom Parteitag angenommen.

**111. Ebingen:** Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Notlage breiter Volksschichten, und in der Folge Verelendung derselben zur Folge haben muß, sieht sich die Wahlkreis-Konferenz des 18. württembergischen Wahlkreises veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, zu beschließen:

1. Die Parteinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichstags und der Landtage, sowie der Gemeindevertretungen haben dafür zu sorgen, daß den besitzlosen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt.

2. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchssteuern dürfen nur dann angenommen werden, wenn alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

**112. Stuttgart:** Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Notlage breiter Volksschichten und in der Folge Verelendung derselben mit sich bringen muß, sieht sich die Frauengruppe Cannstatt veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, folgendes zu beschließen: Die Parteinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichs- und Landtags sowie die Gemeinderäte haben mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß den besitzlosen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchssteuern müssen solange abgelehnt werden, bis alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

**113. Dortmund:** Der Bezirksparteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Keumahl des Reichstages.

Durch die Befragung des Volkes soll klargestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann.

Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit einer Gesundung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Vermehrung der papierernen Zahlungsmittel ein Ende bereiten. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Um diesen Aufgaben zu genügen, was auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt, ist die Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in besonders einschneidender Weise

zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuerpflichtigen des Besitzes der künftigen Steuerreform den charakteristischen Stempel aufdrücken.

Des weiteren fordert der Parteitag, daß, um die Gesundung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen, die Reichsregierung zu einer planmäßigen Zusammenfassung und Beeinflussung der Wirtschaftskräfte schreitet und die Sozialisierung der dazu reifen Industrien vornimmt.

**114. Aachen:** Der Parteitag ersucht die Fraktion, bei der Beratung der neuen Steuern alles daranzusetzen, damit die unteren Schichten des Volkes vor neuen steuerlichen Belastungen verschont werden. In der Hauptsache soll die Fraktion ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die neuen Steuern reiflos von den besitzenden Ständen getragen werden.

**115. Martinroda:** Die Ortsgruppe Martinroda erwartet von der Partei, daß sie bei den bevorstehenden Steuerkämpfen eine feste und klare Stellung einnimmt.

Ehe irgendwelche anderen indirekten Steuern bewilligt werden, muß es für unsere Partei Vorbedingung sein, für die nicht vom Lohnabzug betroffenen Kreise eine Steuer zu schaffen, die dem Lohnabzug in ihrer Wirkung ungefähr gleichkommt. Die Möglichkeit zu größeren Steuerhinterziehungen darf nicht mehr bestehen.

**116. Königstein:** Die Ortsgruppe Königstein erwartet vom Parteitag klare Stellungnahme und nachdrücklichste Maßnahmen zur Erfassung der Gold- und Sachwerte und Beteiligung des Reiches an der Substanz der wirtschaftlichen Produktion.

**117. Magdeburg:** 1. Daß die Rückzahlung der für das Steuerjahr 1920 infolge Lohnabzugs zuviel einbehaltenen Steuerbeträge baldigst erfolgt.

2. Den vom Steuerabzug befreiten Betrag für Werbungskosten, 1800 Mt. pro Jahr, für die Arbeitnehmer mit Familie zu erhöhen, da die Werbungskosten (z. B. Versicherungsgebühren, Beiträge usw.) eines Steuerzahlers mit Familie größer sind wie die eines Ledigen. Wird der Betrag für Werbungskosten erhöht, vermindern sich die besonderen Veranlagungen dieser Arbeitnehmer und werden unberechtigte Steuerabzüge für 1921 vermieden, die erst im anderen Jahre zurückgezahlt werden.

**118. Leipzig:** Die wieder stark anschwellende Teuerung, die die Arbeiterschaft am härtesten trifft, sowie die steuerliche Belastung bedeuten für diese den schwersten Existenzkampf. Die Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, weitere Lasten zu tragen. Es müssen deshalb von den tragfähigen Schichten des Volkes diejenigen Summen endlich reiflos erfaßt werden, die Reich und Staat auf Grund der bestehenden Steuergesetze zu verlangen berechtigt sind. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die vom Reichsminister beabsichtigten neuen Steuern, soweit sie indirekte sind und auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen, abzulehnen. Dagegen sind der Besitz, sowie die ungeheuren Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft in der Form zu erfassen, wie sie das Reichswirtschaftsministerium (Beteiligung an der Industrie und am Grundbesitz) in Vorschlag gebracht hat. Dies ist um so mehr notwendig, als bis jetzt fast nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, durch den Abzug an Lohn und Gehalt, dem Reich die Mittel lieferten zur Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft.

**119. Bezirksparteitag der Pfalz:** Unsere Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, gegen jede weitere Erhöhung der Lohnsteuer, ebenso gegen jede weitere Belastung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern Front zu machen.

**120. Berlin:** Unseren Genossen im Reichstag und in der Regierung ist es zur Pflicht zu machen, bei der Aufbringung der finanziellen Leistungen in erster Linie die Belastung des Besitzes und des Unternehmergewinnes bis an die äußerste Grenze durchzuführen und dafür Sorge zu tragen, daß die kapitalistische Steuerlabotage der letzten Zeit mit allen Mitteln gebrochen wird.

Laträgliche Demokratisierung der Verwaltung und Reformen der Rechtspflege sind hierfür und für den inneren Wiederaufbau unbedingte Voraussetzungen. Bei der Durchführung einer solchen Politik wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.

**121. Schwerin i. M.:** Der Parteitag möge beschließen, so lange nicht die Kapitalsteuern, Reichsnotopfer, Erbschaftsteuer, sowie eine schärfere Erfassung des in Sachwert bestehenden Besitzes erfolgt ist, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, gegen jede indirekte Steuer, Verbrauchssteuer, zu stimmen.

**122. Brühl i. M.:** Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Abschaffung der indirekten Steuern sorgen möge.

**123. Schölln:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß jeder Steuerfeldsteinschäger bis zur endgültigen Veranlagung durch die Steuereinschätzungskommission 10 Prozent Steuern auf das von ihm angegebene Einkommen sofort zu zahlen hat.

Der Millionen Schaden, den die Reichskasse durch die unerhört lange Hinauszögerung der Durchführung der Steuer aus Besitz erleidet und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit dem dem Staate entzogenen Millionen reaktionäre Einrichtungen, wie die Drgesch, Selbstschutz, Technische Nothilfe usw. zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ernstesten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Besitzsteuer mit aller Kraft einzusetzen.

**124. Wiesbaden:** Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und insbesondere die sozialistischen Mitglieder der Reichsregierung haben alles aufzubieten, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs endlich und rücksichtslos zur Erhebung gelangt.

**125. Wiesbaden:** Der Parteitag zu Görlich möge beschließen: Die Fraktion des Reichstages hat bei der Beratung der neuen Steuervorlagen dahin zu wirken, daß ein Kraftfahrzeugsteuergesetz Annahme findet, durch das in gerechter Weise die überhandnehmenden Luxusfahrten, die zumeist auch eine schwere Belastung des Publikums darstellen, zur Steuer herangezogen werden. Die Besteuerung solcher Fahrten muß so hoch sein, daß der Anreiz gegenüber der Eisenbahn, Kraftfahrzeuge zu benutzen, verloren geht. Es empfiehlt sich, die Steuersumme nach den zurückgelegten Entfernungen zu berechnen, also Kilometersteuer einzuführen.

**126. Kiel:** In Anbetracht dessen, daß die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung 10 indirekte und nur 5 direkte Steuergesetze enthalten, erwartet der Sozialdemokratische Verein Groß-Kiel von der Reichstagsfraktion, daß sie diesen Steuerplänen ihre Zustimmung ver sagt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die schon jetzt bis zum letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden, können keine neuen Lasten mehr ertragen.

Die Regierung muß mit der Erfassung der Goldwerte Ernst machen. Die Reichstagsfraktion hat für eine Goldwertsteuer des ganzen agrarischen und industriellen Kapitalbesitzes einzutreten, und zwar nicht an Stelle, sondern neben den bestehenden und geplanten direkten Steuern.

In diesem Kampfe um eine gerechte Verteilung der Lasten werden die Vertreter in den Parlamenten die Unterstützung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land finden.

**127. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag wolle eine internationale Vereinbarung treffen, wonach die Steuerflucht in allen Ländern unter gegenseitiger Interessenwahrung verhindert wird.

**128. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der kommenden Verhandlung der Steuerfragen folgende Anträge einzubringen:

#### 1. Zur Reichsabgabenordnung.

a) Die Ausführung des § 164, welcher verlangt, daß jeder, der über ein Einkommen von 10 000 Mk. und mehr verfügt, ein Buch führen soll, soll in eine Ruß-Borfschrift umgewandelt werden;

b) die Finanzämter sollen angewiesen werden, die Steuerauschnisse schnellstens zusammenzuzurufen;

c) die eidstattliche Vernehmung soll jedem Finanzamt selbständig erlaubt sein.

#### 2. Zum Körperschaftsteuergesetz.

a) Das G.-m.-b.-H.-Gesetz ist dahingehend zu erweitern, daß die Gesellschaften verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen;

b) für alle G. m. b. H. ist ein Aufsichtsrat zu bestellen, dessen Pflichten und Rechte vom Aktiengesetze zu übernehmen sind;

c) Reserven und Gewinne sind verschiedentlich zu besteuern, aber die Reserven in Klassen einzuteilen.

Die Umwandlung von Tausenden von offenen Handelsgesellschaften in G. m. b. H. mit 300 000 Mk. Kapital soll auf Grund des § 5 der Reichsabgabenordnung nachgeprüft werden.

Zu weiteren Umwandlungen soll die Genehmigung erst nach Prüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeit erteilt werden.

#### 3. Zum Kapitalertragssteuergesetz.

a) Den Absatz 5 im § 3 des Gesetzes, welcher die G. m. b. H. bis zu 300 000 Mark Kapital unter der Bedingung, daß nur 3 Gesellschafter beteiligt sind und nur Gesellschafter Geschäftsführer sind, von der Kapitalertragssteuer befreit, zu streichen, da er in großem Maße mißbraucht worden ist;

b) bei § 5 Absatz 10 die Höhe der Beteiligungsquote auf 50 Proz. heraufzusetzen, da sonst durch mehrere Schachtelgesellschaften die Steuer umgangen wird;

c) die Bezugsrechte nach der Höhe des Aktienkurses zum Bezugsrecht progressiv bis zu 50 Proz. zu besteuern und den Gesellschaften bzw. Banken wie bei dem Kapitalertragssteuergesetz den Einzug zu übertragen.

#### 4. Zum Einkommensteuergesetz.

a) Zu § 11 Absatz 5 in den Ausführungsbestimmungen festzulegen, daß Gewinne aus dem Verkauf von Effekten, welche bei dem Ankauf nicht aus Vermögen, sondern aus Krediten bezahlt wurden (Spekulation), als Einkommen anzusehen sind;

b) daß bei der Steuererklärung die Spesenentnahmen aufgegeben werden müssen;

c) Provisionszahlungen an Ausländer separat aufgegeben werden;

d) bei der Landwirtschaft die Veranlagung von einem durch einen Ausschuß des Reichstages festzusetzenden Mindesteinkommen ausgeht.

#### 5. Zum Stempelgesetz.

a) Der Gesellschaftsstempel für Aktiengesellschaften und G. m. b. H. ist auf 10 Proz. zu erhöhen;

b) Börsenstempel; auf Devisengeschäfte ist ein Stempel von mindestens 5 pro Mille zu erheben.

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

## 6. Kapitalfluchtgesetz.

Die Gewinne aus Konten von Ausländern bei inländischen Banken, über welche ein Inländer volles Verfügungsrecht hat und auf welchem Geschäfte (Effektentransaktionen) gemacht werden, sollen versteuert werden.

## 7. Zum Aufwandssteuergesetz.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, ein Aufwandssteuergesetz vorzulegen, das den Aufwand über einen gewissen Verbrauch hinaus progressiv besteuert. — Stiftungen usw. sollen angerechnet werden.

129. Berlin: Entschliebung. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung stellt an die Einsicht und die Kampfkraft der arbeitenden Klassen Deutschlands die höchsten Ansprüche.

Zur Deckung der gewaltigen Fehlbeträge und zur Aufbringung der Reparationssummen sind so enorme Steuerbeträge aufzubringen, daß alle bisherigen Mittel versagen und neue Wege der Erfassung der Vermögen und Einkommen beschritten werden müssen. Auch stellt sich immer deutlicher heraus, daß mit steuerlichen Maßnahmen allein das Problem des Wiederaufbaues nicht zu lösen ist, sondern daß dazu der planmäßige gemeinwirtschaftliche Umbau unserer Volkswirtschaft und einschneidende Sozialisierungsmaßnahmen unerlässlich sind.

Die kapitalistisch interessierten Schichten, die infolge ihrer Geldmacht und ihrer Beherrschung der Presse den größten politischen Einfluß ausüben, werden begreiflicherweise alles daransetzen, um die Sozialisierung und die planwirtschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft zu hintertreiben und die Steuerlasten nach Möglichkeit auf die Arbeiterklasse und die Konsumenten abzuwälzen. Die Gefahr ist deshalb riesengroß, daß die Preissteigerung, die auf dem Lebensmittelmärkte bereits so empfindlich eingeleitet hat, allgemein wird und die ohnehin äußerst schwierige Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Sozialrentner usw. abermals eine weitere Verschlechterung erfahren wird. Da uns aber nur positive durchführbare Vorschläge für eine Neugestaltung unserer Wirtschaft vorwärts bringen können, müssen die Gewerkschaften und Parteien zusammenarbeiten, um ein brauchbares Wirtschaftsprogramm zu schaffen. Aus diesem Grunde beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit dem ADGB und Afa-Bund umgehend in Verhandlungen zu treten, um ein diesbezügliches Wirtschaftsprogramm aufzustellen.

Es kann nur dann gelingen, die einseitige Abwälzung der Steuer- und Reparationsleistungen auf die arbeitenden Schichten abzuwehren und eine sozial gerechte Lastenverteilung und Wirtschaftsreform durchzusetzen, wenn das deutsche Proletariat in seinem Ringen um die nackte Selbsterhaltung dem Kleinlichen Parteihader entsagt und seine Front geschlossen gegen die Verfechter der kapitalistischen Interessen richtet. Nur der gemeinsame Kampf der sozialistischen Parteien gegen die politische und soziale Reaktion kann die deutsche Arbeiterklasse gegen die schlimmste Verschärfung seiner Ausbeutung und Verelendung schützen.

130. (Wiederholung von 113.)

131. Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dafür einzutreten,

- a) daß bei der Aufbringung der Mittel zur Abwälzung der dem Reiche und den sonstigen Verwaltungskörpern obliegenden Verpflichtungen in erster Linie für eine wirksame Erfassung der Grundrente gesorgt wird,
- b) die Spekulation in Grund und Boden durch gesetzliche Maßnahmen möglichst erschwert oder unmöglich gemacht wird. (Artikel 155 der Verfassung),
- c) daß durch ein Gesetz den Gemeinden und sonstigen Verwaltungskörpern das Vorkaufsrecht auf den in ihrem Bereich belegenen Grund und Boden zu-

gesprochen wird mit der Verpflichtung, den angebotenen Kauf zu tätigen, wenn der Boden in absehbarer Zeit oder später im Interesse der Allgemeinheit gebraucht werden wird. Der Uebnahmepreis darf nie höher sein als der Preis, welcher den steuerlichen Leistungen des Verkäufers zugrunde gelegt worden ist.

132. Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: die Abgeordneten des Reichs- und Landtages werden ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die kommenden erhöhten Steuern nicht auf die Schultern der arbeitenden Klassen gebürdet, sondern daß die besitzenden Klassen in erhöhtem Maße zur Leistung herangezogen werden.

133. Malente: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, bei Besteuerung der Goldwerte den Kleinbesitz zu dieser Steuer nicht heranzuziehen, dafür aber den Großgrundbesitz und die Großindustriellen schärfer zu belasten.

134. Schönberg: Der Parteitag in Görlitz möge für schnellste Auflösung der Kreisbezirke eintreten.

135. Rausdorf: Der Parteitag wolle mit aller Energie darauf dringen, daß die Schaffung der neuen demokratischen Gemeindefassung im Preussischen Landtag beschleunigt wird, damit vor allen Dingen die mittelalterlichen Gutsbezirke verschwinden. Wir halten dieses für bedeutend wichtiger, als darüber zu debattieren, ob wir mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung gehen wollen.

136. Lehmkühlen, Dietrichsdorf, Mönkeberg, Schönlirchen, Neu-Heitendorf, Alt-Heitendorf, Breeß: Die bis heute noch bestehenden kommunalen Selbstverwaltungen der Gutsbezirke sind die größten Hemmnisse einer freien Entwicklung auf dem platten Lande. Sie schließen jede Betätigung der Einwohner auf kommunalem Gebiete aus. Der Parteitag möge daher den Parteivorstand und die Landtagsfraktion beauftragen, bei der bevorstehenden Beratung der neuen Landgemeindeordnung alles aufzubieten, damit die Beseitigung der Gutsbezirke und deren selbstherrliche Verwaltung durchgeführt wird.

137. Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente des Reiches und der Staaten zu beauftragen, der Frage der Bodenaufteilung der unwirtschaftlich großen Güter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Parteitag beauftragt die Fraktionen in den Parlamenten, daß durch zweckmäßige Aufteilung eine rationelle Bodenbewirtschaftung und ausreichende Sicherstellung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewahrt ist.

138. Haselbach: Die Reichsregierung möge ein Gesetz beschließen, das die Bergbauunternehmen zwingt, den Mutterboden ihrer Abbaufläche abzugeben, um ihn zur Urbarmachung der abgebauten Flächen zu verwenden.

139. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion bzw. Landtagsfraktion zu beauftragen, Anträge auf eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen einzubringen. Ausgenommen sollen schwere Verbrechen sein. Für alle anderen Vergehen, die auf Grund strafgesetzlicher Bestimmungen gehandelt werden müssen, aber in irgendeiner Form mit politischen Ereignissen zusammenhängen, ist eine Erweiterung des Erlasses des preussischen Justizministers vom 24. bzw. 29. Juli zu erwirken. Auch andere kleine Strafen, besonders gegen Jugendliche, sollen unter diese Bestimmung fallen.

Ferner wolle der Parteitag beschließen, sich gerade jetzt nachdrücklich für die Durchführung der im Punkt 8 des Erfurter Programms der SPD. aufgestellten Forderungen einzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Wählbarkeit der Richter durch das Volk und auf Abschaffung der Todesstrafe.

**140. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag bittet die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß unter Zurückstellung der weniger wichtigen Novellen folgende gesetzliche Normierungen in Bälde erreicht werden:

1. Die Umänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes in dem Sinne, daß a) die Strafkammern zu Volksgerichten umgewandelt werden; b) Schöffen und Geschworene von dem Volke durch unmittelbare, dem politischen Wahlmodus angepaßte Wahl gewählt werden unter Ausschluß der Tätigkeit irgendwelcher Verwaltungsbehörden.

2. Die Umänderung der Strafprozeßordnung in dem Sinne, daß a) gegen jedes Urteil der Strafgerichte das Rechtsmittel der Berufung gewahrt wird; b) die Rechtsgarantien des Angeklagten und der Verteidigung, zumal im Vorverfahren, wesentlich erweitert werden; c) die Verhängung der Untersuchungshaft auf Fluchtverdacht eingeschränkt wird und eine Ablösungsmöglichkeit durch Hinterlegung ermöglicht wird; d) die Wiederaufnahme von rechtskräftigen Urteilen erleichtert wird.

3. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches muß unter möglichster Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Verlangt muß werden: Aufhebung der Todesstrafe, Strafschutz der Jugendlichen, Schutz den Trinkern und Geisteskranken, neuzeitliche Maßnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher, Beseitigung der Möglichkeit der Verhängung von Zuchthausstrafen bei politischen Verbrechen, Beseitigung der kurzfristigen Freiheitsstrafen, Erweiterung der bedingten Begnadigung, Geldstrafen nach Leistungsfähigkeit, Beseitigung der Polizeiaufsicht.

4. Unter Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten a) Beseitigung jeder Art von Ausnahmegesetzen und Ausnahmegerichten; b) Nachprüfung aller auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ergangenen Sondergerichts-urteile durch Sonderkommissionen, die unter Ausschaltung der Beamten des Justizministeriums aus Mitgliedern des Reichstages, Richtern und Rechtsanwälten gebildet werden.

**141. Hamburg:** Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß baldmöglichst ein Reichsgesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassen wird. Dasselbe soll unter Zugrundelegung des dem Reichsrat seit 10. März 1920 vorliegenden Entwurfs unbedingt folgende Forderungen erfüllen:

1. Anwendung strenger Strafen gegen Kranke beiderlei Geschlechts ohne Unterschied, die den zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassenen Bestimmungen des Gesetzes zuwiderhandeln.

2. Beseitigung aller Beschränkungen im Verkehr mit antivenereischen Schutzmitteln (§ 184, 3 RStG.).

3. Aufhebung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution (§ 361, 6 RStG.) unter gleichzeitiger Abänderung des Kuppeliparagraphen (§ 180 RStG.), nach der das Gewähren von Wohnung an Prostituierte nur dann bestraft wird, wenn dasselbe in ausbeuterischer Absicht geschieht.

**142. Frankfurt a. M.:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, um der Justizhande ein Ende zu bereiten, sofort eine Vorlage über Änderung der Gerichtsverfassung einzubringen, eventuell durch Volksentscheid zur Durchführung zu bringen.

**143. Hannover:** Die Reichstagsfraktion wolle alles tun, um baldmöglichst die gesetzliche Festlegung auf Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst zu erreichen.

**144. Breslau (Stadt):** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, unverzüglich, noch vor der Durchführung der Gesamtreform des Strafgesetzbuches, für die Abschaffung der Todesstrafe Sorge zu tragen.

**145. Unterbezirk Göttingen:** Dem grenzenlosen Standal der Klassenjustiz muß in der Republik ein Ende gemacht werden. Dazu ist nötig, daß der Parteivorstand sofort Schritte unternimmt, daß von einer Sachverständigenkommission der Entwurf eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes ausgearbeitet wird, und dieses eventuell durch einen Volksentscheid durchzuführen ist.

**146. Lüneburg:** Die Rechtsprechung in der deutschen Republik hat sich in letzter Zeit zu einem öffentlichen Standal entwickelt. Soll nicht jedes Rechtsgefühl im Volke erdrückt werden, so muß die Partei, unsere Presse und Parlamentsvertretung einen dauernden Kampf gegen die Klassenjustiz führen.

**147. Brül i. M.:** Der Parteitag möge beschließen: die Reichstagsfraktion zu beauftragen, daß die Richter vom Volke gewählt werden.

**148. Nordhausen:** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die fortgesetzt ausgeübte Klassenjustiz. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die aller Menschlichkeit höhnsprechenden Schandurteile gegen die durch den Märzputsch verführten Arbeiter und verlangt eine Revision oder Herabminderung dieser Urteile.

**149. Waldenburg:** Ein schärferes Zupassen bei den Rapp-Verbrechern.

**150. Dresden:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Trennung von Kirche und Staat endlich Gesetz wird.

**151. Berlin:** Der Parteitag wolle beschließen: Der Aufstieg der Angehörigen des Proletariats in die leitenden Stellungen des Staats- und Wirtschaftslebens wird durch die Beibehaltung und Erhöhung des Schulgeldes in höheren Lehranstalten in bedenklicher Weise erschwert. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Unertgeltlichkeit alles öffentlichen Unterrichts durch die Verfassung gewährleistet wird.

**152. Berlin:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion hat sich energisch gegen jeden Versuch zu wenden, die bestehenden Gesetze wegen Verbreitung angeblich zur Schmutz- und Schundliteratur gehöriger Preßerzeugnisse zu verschärfen. Die jetzt geltenden Bestimmungen des Strafgesetzes und der Gewerbeordnung sind völlig ausreichend, um jede wirkliche Gefahr auf diesem Gebiete abzuwenden. Es ist aber zu befürchten, daß bestimmte Kreise unter dem Vorwand der Bekämpfung von Schmutz und Schund in der Literatur die Gelegenheit suchen, der Freiheit ernstlichen, künstlerischen Schaffens Fesseln anzulegen.

**153. Hamburg:** Der Parteitag protestiert dagegen, daß die Verhandlungen des Reichsschulausschusses geheimgehalten und nur die Beschlüsse nach längerer Zeit bekannt werden. In Anbetracht der großen Bedeutung dieser Verhandlung für das Schulwesen des Reiches fordert der Parteitag, daß die Öffentlichkeit über die Anträge, die im Reichsschulausschuß verhandelt werden sollen, eine angemessene Zeit vorher unterrichtet wird und daß die Verhandlungen des Reichsschulausschusses sofort der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Parteitag wendet sich aufs schärfste gegen die heutige Zusammenfügung und Tätigkeit des Reichsschulausschusses, der jeder staatsrechtlichen Grundlage entbehrt, und fordert, daß ein neuer Reichsschulausschuß auf demokratischer Grundlage gebildet wird.

**154. Reutlingen-Münsingen:** Der Parteitag möge entschieden dafür eintreten, daß der Reichsschulgesetzentwurf zu § 146, 2 der Reichsverfassung zurückgezogen wird.

**155. Dörschleben (Bode):** Der Parteitag wolle Stellung zum Schulgesetzentwurf nehmen und seine Gesetzgebung verhindern.

**156. Hannover:** Der Parteitag möge auf die in Frage kommenden Stellen einwirken, daß aus den Lehrbüchern der Schulen die Kaiserherrlichkeit verschwindet.

**157. Hamburg:** Der Parteitag protestiert entschieden gegen eine neunjährige höhere Schule, wie sie vom Reichsschulausschuß als Regel beschlossen ist. Aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen lehnt der Parteitag es ab, die Dauer der höheren Schule für das ganze Reich auf 9 Jahre auszudehnen. Er erblickt in diesem Beschluß einen Vorstoß gegen die vierjährige Grundschule und sieht darin eine große Erschwerung des Aufstiegs der Begabten aus den breiten Volksschichten. Der Parteitag fordert dagegen die achtjährige höhere Schule und ersucht die Fraktion des Reichstags und die Parteigenossen in der Regierung, dahin zu wirken, daß dem Beschluß des Reichsschulausschusses die Genehmigung verweigert wird.

**158. Hamburg:** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, jedem Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Ausführung des § 146, 2 der Reichsverfassung ihre Zustimmung zu versagen und mit allen taktisch möglichen Mitteln zu bekämpfen, der

1. die weltliche Schule mit der Weltanschauungsschule zusammenkoppelt und nicht ihr Recht als Gemeinschaftsschule wahrt,
2. dem Lehrer nicht, soweit es die Verfassung nur irgend zuläßt, die Freiheit gibt, nach nur pädagogischen Grundsätzen zu wirken,
3. den Einfluß der Bekenntnisse und Weltanschauungen auf die Schule nicht auf das nach der Verfassung mögliche Mindestmaß beschränkt,
4. die erreichte Organisationshöhe der Schule irgendwie herabdrückt,
5. keine Sicherungen gegen neue Standeschulen unter der Form von Sonderschulen enthält und
6. die Lehrerschaft in neue Abhängigkeit von der Kirche bringt.

Der vorliegende Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu Artikel 146, 2 der Reichsverfassung ist, da er die genannten Bedingungen nicht erfüllt und durch die Verfassung verbürgte Rechte verletzt, unter allen Umständen abzulehnen.

**159. Schmölln (S.-M.):** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, alle Mittel anzuwenden, um das Reichsjugendbeschutzgesetz zu verabschieden.

**160. Unterbezirk Göttingen:** Der § 9 des Strafgesetzes erhält folgende Fassung: Im Sinne dieses Gesetzes ist ein Kind, 1. wer noch nicht 16 Jahre alt ist (statt 14 Jahre), 2. ein Jugendlicher, wer über 16 Jahre aber nicht 20 Jahre alt ist (statt 18 Jahre).

**161. Unterbezirk Göttingen:** § 131 des Strafgesetzentwurfes erhält folgende Fassung: Ist der Täter zur Zeit der eventuellen Aburteilung noch jugendlich, so hat das Vormundschaftsgericht in Gemeinschaft mit dem zuständigen Jugendamt darüber zu befinden, ob Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind, um den Jugendlichen an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen, oder ob derselbe den Jugendgerichten zur Aburteilung zu überweisen ist.

**162. Unterbezirk Göttingen:** Dem § 286 des Strafgesetzentwurfes sind folgende Sätze anzufügen: Eine Schwangere, welche die Abtreibung oder Tötung der Frucht im Mutterleibe vorgenommen oder versucht hat, bleibt straffrei:

1. Wenn die Schwangerschaftsunterbrechung erfolgte, weil die Schwängerung durch gerichtlich festzustellende Notzucht erfolgte.
2. Bei schon vorhandener größerer Kinderzahl und besonders ungünstiger wirtschaftlicher Lage.

Der Versuch mit untauglichen Mitteln bleibt straffrei.

Die Schwangerschaftsunterbrechung bleibt nur straffrei, wenn sie durch einen beamteten Arzt unentgeltlich erfolgt.

**163. Unterbezirk Göttingen:** § 317 des Strafgesetzentwurfes soll lauten: Satz 1: Wer ein Mädchen unter 18 Jahren (statt 16 Jahren) zum Beischlaf verführt, wird mit Gefängnis bestraft.

**164. Hannover:** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die §§ 129 bis 137 des Entwurfs zum Strafgesetz vom Jahre 1919, in denen das sogenannte Schulkalter, das junge Mädchen gegen die Bornahme unzüchtiger Handlungen durch Strafandrohung schützt, so geändert werden, daß dieses Schulkalter von 14 (wie bisher) auf 16 Jahre erhöht wird.

**165. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes:** Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, der, ähnlich wie in Braunschweig, bestimmt, daß der Besuch von Tanzlokalen und ähnlichen Vergnügungsorten, der Genuß von Alkohol und Rauchwaren allen Jugendlichen unter 16 Jahren verboten wird.

Ferner wolle der Reichstag beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß für gute Kinovorstellungen für die Jugend belehrenden Inhalts seitens des Reiches Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß auch den Schulen dieses Anschauungsmaterial vermittelte wird.

**166. Münster i. W.:** Der Parteitag ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, baldigst folgenden Antrag im Reichstage einzubringen:

1. Der Besuch von öffentlichen Tanzvergnügen und der Genuß von Alkohol und Rauchwaren ist Jugendlichen unter 16 Jahren verboten.
2. Für gute Lichtbildvorführungen belehrenden und unterhaltenden Inhalts sind möglichst Mittel zur Verfügung zu stellen.

**167. Dortmund:** Ungeheuer sind die seelischen Folgewirkungen des Krieges. Vielen ist jedes menschliche Denken und Fühlen abhanden gekommen. Davon zeugen täglich ungezählte Pressemeldungen. Mit allen Mitteln müssen hier die Hebel zur Wiedergesundung angelegt werden, einmal durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, dann aber auch durch erzieherische Einwirkung auf die Gesamtheit im Sinne des Sozialismus, im Geiste wahrer Menschlichkeit.

Der Parteitag wolle daher beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß Auswüchse rohester Art in öffentlichen Schaustellungen, die gar nicht selten sind, unterbunden werden. Er beauftragt die Reichs- und Landtagsfraktion ferner, dahin zu wirken, daß auch aus den Kinos jene Darbietungen verschwinden, die geeignet sind, in ähnlicher Weise jedes menschliche Denken und Fühlen zu ertöten. — Der Parteitag gibt dem Parteivorstand anheim, Mittel und Wege zu suchen, um auf dem Wege der Aufklärung den verführenden Geist des Sozialismus auch in die Kreise derjenigen zu tragen, die sich heute noch in den Kinos an Darbietungen vielfach plattester und brutalster Art „erbauen“.

**168. Hamburg:** Im Anschluß an den auf dem Parteitage in Kassel angenommenen „Antrag Mollenbuhr“ und unter Hinweis darauf, daß die neuen Leistungen der sozialen Gesetzgebung für die Sozialrentner in keiner Weise auch nur das Existenzminimum gewährleisten, vor allen Dingen das Los der Altrentner geradezu bekümmernswert ist, fordert der Parteitag:

1. daß die Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dahin streben, daß den Opfern des Schlachtfeldes der Arbeit so viel gegeben wird, daß sie bei ihren Leiden wenigstens für sich und ihre Angehörigen dem tiefsten Elend entzogen sind;

2. daß das Reich durch Fürsorgestellten für Arbeiterinvaliden diese davor schützt, daß sie unter die Armenpflege fallen.

169. München: Die Sozialdemokratische Partei wolle mit allen Kräften dafür wirken, daß 1. schon in allernächster Zeit die Angestelltenversicherung mit der Arbeiterinvalidenversicherung verschmolzen wird; 2. daß diese Versicherung zu einer großen allgemeinen Volksversicherung ausgebaut wird, die den Arbeitern und Privatangestellten ähnliche Pensionsbezüge gewährt wie den öffentlichen Beamten. Ferner wolle der Parteitag prüfen, auf welche Weise auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in die allgemeine Volksversicherung aufgenommen werden könnten. 3. Die Partei wolle sich dafür einsetzen, daß die allgemeine Volksversicherung auf breiterster Selbstverwaltung aufgebaut wird.

170. München: Im Hinblick auf das notorische Bedürfnis, für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft eine Pensionseinrichtung zu schaffen gegen die Not des Alters, wird der Parteitag ersucht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Reichsversicherungsgegebung zweckmäßig ausgebaut bzw. erweitert werden kann, um der berechtigten Forderung der Arbeiter und Angestellten gerecht zu werden.

171. Ludwigshafen: Der deutsche Parteitag in Görlitz wolle beschließen, unsere Reichstagsfraktion zu beauftragen, dafür einzutreten, daß für die deutsche Arbeiterschaft eine allgemeine Arbeiterpensionkasse wie im Staatsdienste eingeführt wird.

172. V e h e: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird ersucht, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen: „Alle Arbeiter, welche 25 Jahre Invalidenmarken gelebt haben und 60 bzw. 65 Jahre alt sind, werden auf ihren Antrag aus der Arbeit entlassen und sind dafür jüngere Kräfte aus den Reihen der Erwerbslosen einzustellen. Den Antragstellern ist zu ihrer Invaliden- bzw. Altersrente soviel Zuschuß aus einer dieser Versicherungskassen zu gewähren, daß diese den normalen Verdienst eines Arbeiters erreichen.“

173. Elberfeld: Die Renten sind so zu bemessen, daß die Existenz der Rentenempfänger gewährleistet ist.

174. Schmölln: Die Partei beauftragt die Genossinnen und Genossen im Reichstag, dahin zu wirken, daß für die allgemeine Wohlfahrtspflege mehr Mittel bereitgestellt werden, damit die Not der Ärmsten mehr gelindert werden kann und damit ermöglicht wird, daß die sozialen Einrichtungen besser ausgebaut und neue geschaffen werden können.

175. Halle a. d. S.: Der Parteivorstand muß es sich angelegen sein lassen, wie beim Einkommensteuergesetz auf schnellste Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hinzuwirken und die Vorschläge der Kriegsoferorganisationen genauestens zu prüfen.

176. Limbach i. Sa.: Die Fraktion wird beauftragt, nunmehr mit aller Energie dahin zu wirken, daß das gesamte soziale Versicherungs- und Fürsorgewesen einschließlich der Fürsorge für Kriegsofer und Erwerbslose auf eine einheitliche Grundlage gestellt werde und daß eine grundlegende Neuordnung mit dem Ziele der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung zum Zwecke der Uebersichtlichkeit und Sparsamkeit erfolge.

177. Bad Bertka: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand und die Bezirksvorstände, die Reichstags- und die Landtagsfraktionen sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben volle Aufmerksamkeit der Fürsorgeerziehung zu widmen, die noch immer vollkommen unter Einfluß nationalistischer, orthodoxer Personen steht. Es ist dringend notwendig,

daß auch auf diesem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens sozialistische Geister einen bestimmten Einfluß gewinnen.

178. Brühl i. R.: Der Parteitag möge beschließen daß die Reichstagsfraktion beauftragt werde, für den Abbau der Lebensmittelpreise zu sorgen.

179. Brühl i. R.: Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion dahin strebe, daß einheitliche Löhne gezahlt werden, da einige Gewerkschaften zu schwach sind, um eine Lohnforderung durchzuführen.

180. Jüterbog: Der Wahlverein sieht in der stark steigenden Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel eine Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der arbeitenden Volksschichten. Er fordert von der Parteileitung wirksamsten Schutz der Konsumenten und Maßnahmen gegen die rücksichtslose Ausbeutung der noleidenden Bevölkerung durch die kapitalistischen Produzenten. Der Forderung auf Weltmarktpreise ist die Forderung auf Weltmarktlöhne entgegenzusetzen. Aus diesem Grunde ist auf alle Löhne und Bezüge mit dem Einsetzen der hohen Lebensmittelpreise mindestens ein 50prozentiger Zuschlag zu fordern.

181. Dresden: 15 Milliarden Mark verausgabte das deutsche Volk im Jahre 1920 für Alkoholgetränke, Tausende von Zentnern wichtiger Lebensmittel sind dadurch der menschlichen Ernährung entzogen worden. 9640 000 Zentner Getreide werden vom 1. Oktober ab den Brauereien jährlich zur Biererzeugung überwiesen. 4 Millionen Pfund Auslandszucker werden zur Herstellung feiner Liköre eingeführt, 34 Millionen Pfund Zucker erhielt die Weinfabrikation. Zu gleicher Zeit leiden Millionen von Kindern an den furchtbaren Folgen der Untereinanderung.

Solange wir uns nicht genügend und preiswert aus eigenen Beständen ernähren können, muß auf das entschiedenste Protest gegen die Vergeudung wichtiger Nahrungsmittel erhoben werden.

Für die Schädigungen des Alkoholismus müssen jährlich viele Milliarden aufgebracht werden zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Die Opfer des Alkoholismus zu pflegen in Krankenhäusern usw., die gewaltigen Ausgaben für Justiz und Gerichte erfordern unproduktive Verwendung unzähliger Millionen Mark. Den Genuß allein hat das Alkoholkapital. Deshalb fordern wir von der Partei, von der Reichstagsfraktion, daß sie sich einsetzen für: Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke, absolutes Branntweinerbot, Brauverbot stark eingebrauter Biere, Umstellung der Brauereibetriebe in volkswirtschaftliche Ruchbetriebe.

182. Hamburg: Der Parteitag und die Reichstagsfraktion werden ersucht, zur endgültigen Bekämpfung der übermäßigen Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die tatsächlich eine Bewucherung der Volksmassen seitens der kapitalistischen Interessentenkreise darstellt, geeignete durchgreifende Maßnahmen anzustreben und für ihre erfolgreiche Durchführung die erforderlichen Garantien zu schaffen. Eine hemmungslose Fortdauer der skrupellosen, wucherischen Ausbeutung der sowieso schon durch die Folgen des Krieges ausgehungerten und ausgeplünderten Volksmassen wäre gleichbedeutend mit deren vollständigen Verelendung und bedeutete für Hunderttausende von ihnen den sicheren Untergang.

183. Hamburg: Der Parteitag und die Fraktion wollen mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Abgabe des verbilligten Brotes aus der zu ersaffenden inländischen Getreidemenge von 2 Millionen Tonnen unverzüglich auf gesetzgeberischem Wege ausschließlich an die minderbemittelte Bevölkerung zu binden ist.

184. Rethem (Aller): Der Ortsverein Rethem (Aller) ersucht den Parteitag in Görlitz, bei der Regierung mit allem Nachdruck dahin wirken zu

wollen, daß wegen der rapiden Steigerung der allernotwendigsten Lebensmittel, als Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und Zucker, was nur zu Weltmarktpreisen zu haben ist, die Löhne der werktätigen Bevölkerung den Weltmarktpreisen gleichzustellen sind, da eine Ergänzsmöglichkeit unter den jetzigen Umständen ausgeschlossen ist.

**185. Karlsruhe:** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, alle Mittel anzuhenden, um zu verhindern, daß die für die breiten Massen unentbehrlichen Lebensmittel, wie Zucker usw., durch neue Steuern im Preise weiter erhöht werden.

**186. Unterbezirk Göttingen:** Partei und Gewerkschaften wollen dahin wirken, daß die gesteigerten Brotpreise durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden.

**187. Waldenburg:** In Anbetracht der Tatsache, daß einerseits durch die hohen Weltmarktpreise und andererseits durch die unerfüllliche Käufkraft fast aller Handelskreise an einen Preisabbau nicht zu denken ist, und in Anbetracht der zurzeit enorm gesteigerten Brotpreise wolle der Parteitag beschließen, daß unsere Fraktionen in allen Parlamenten die Pflicht haben, sich einzusetzen für eine sofortige allgemeine Lohnerhöhung aller Lohn- und Gehaltsempfänger durch gesetzliche Maßnahmen. Weiter sind unsere Fraktionen in allen Parlamenten zu verpflichten, weitere Preiserhöhungen, neue Steuern, die auch Lohn- und Gehaltsempfänger mit belasten, sowie höhere Ausgaben für diese nur zu dulden, wenn den neuen erhöhten Ausgaben entsprechend angemessene, allgemein auf gesetzlicher Grundlage geregelte Lohn- und Gehaltserhöhungen vorausgegangen sind.

**188. Karlsruhe:** Die durch die große Dürre verursachten vielen Brände geben unserer Partei erneut Veranlassung, für die Uebernahme des gesamten Versicherungswesens durch den Staat einzutreten; die Reichstagsfraktion hat die nötigen Schritte zu unternehmen.

**189. Chemnitz:** Der Parteitag in Görlitz möge beschließen, der Reichsregierung folgenden Antrag als Material sofort zu überweisen:

Alle Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Pensionsklassen sind zu einer einheitlichen großen Versicherungskasse unter Aufsicht des Reiches bzw. der einzelnen Bundesstaaten und unter Zuhilfenahme der Gelder, die jetzt für die Erwerbslosen aufgewandt werden müssen, zusammenzufassen, um eine wirkliche Versicherung zu schaffen für alle die, die infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage sind, ausreichenden Unterhalt für sich und ihre Familien zu schaffen; insbesondere wünscht der Parteitag, daß das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung soviel als möglich beschleunigt wird.

**190. S a f r o w:** Die bestehenden Arbeiterversicherungen (Invaliden- und Altersrente) sind als Pensionsklassen umzuwandeln, wie sie bereits für Staatsbeamte und Angestellte bestehen.

**191. Hannover:** Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion aufzufordern, dahin zu wirken, daß sobald wie möglich eine gründliche Revision der Reichsversicherungsordnung in der Weise vorgenommen wird, daß sämtliche Zweige der Sozialversicherung zusammengelegt werden und die Versicherungspflicht nicht durch eine Höchstgrenze des Einkommens beschränkt wird.

**192. Kassel:** Die Sozialdemokratische Partei Kassel ersucht die Reichstagsfraktion, für schnellste Reform der Gewerbeordnung einzutreten, namentlich in dem Sinne, daß die veralteten Bestimmungen der RVO. der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht weiter hemmend in den Weg treten.

**193. Kiel:** Die Vertreter der Partei in den Parlamenten mögen dafür eintreten, daß die gesetzlichen Bestimmungen dahin erweitert werden, daß die

Betriebsräte der städtischen Betriebe Sitz und Stimme in den Kommissionen erhalten.

**194. Berlin:** Die parlamentarischen Vertreter sollen für eine baldmöglichste Aenderung des Betriebsrätegesetzes wirken. Der Einfluß der Betriebsräte auf die Produktion muß durch das Gesetz erheblich verstärkt werden. Hand in Hand hiermit muß die Neuregelung des Schlichtungswesens erfolgen. Der erweiterte Einfluß der Betriebsräte und eine praktische Neuregelung des Schlichtungswesens werden auch ganz besonders dazu beitragen, die ungeheure Zahl der Erwerbslosen zu verringern.

**195. Chemnitz:** Der Parteitag wird ersucht, für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes und Arbeitsgerichtes die notwendigen Schritte zu tun und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den Entwurf der Schlichtungsordnung abzulehnen.

**196. Unterbezirk Osthavelland-Ruppin:** Der Parteitag in Görlitz möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich für Schaffung eines Gesetzes über das allgemeine Arbeiterrecht mit allen Mitteln einzusetzen.

**197. Waldenburg:** Eine Revidierung des Betriebsrätegesetzes ist vorzunehmen, dahingehend, daß den Betriebsräten mehr Macht als bisher eingeräumt wird.

**198. Duisburg:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag für eine beschleunigte Revidierung des Betriebsrätegesetzes Sorge zu tragen. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten müssen die Schutzbestimmungen ausgebaut werden, insbesondere müssen an Stelle der *K a n -* Vorschriften *M u ß -* Vorschriften eingefügt werden, damit der Arbeitgeber gezwungen ist, im Sinne einer gesunden Aufbaumirtschaft gemeinsam mit den Betriebsräten zu arbeiten.

So ist zum Beispiel der § 87 des BRG. dahin zu ändern, daß die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse auf Wiedereinstellung zwingend sind. Eine Entschädigung soll nur auf Antrag des entlassenen Arbeiters oder Angestellten erfolgen.

**199. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag wolle sich mit der Aufhebung 1. des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtensoldatensatzung vom 1. Dezember 1920, 2. der §§ 355 Abs. 2—5, 356, 357, 358 und 359 befassen und den Fraktionen Auftrag geben, die Aufhebung bzw. Streichung schnellstens und mit allen Mitteln zu betreiben.

Das sogenannte Sperrgesetz vom 21. Dezember 1920 ist ein Ausnahmegesetz und wird von allen in Betracht kommenden Genossinnen und Genossen als ein schmähtliches Mittel zur Niederhaltung berechtigter Lohnforderungen angesehen. Es durfte keinesfalls mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen werden und muß, nachdem sich sein Charakter als „Ausnahmegesetz“ zweifelsfrei erwiesen hat, mit allen Mitteln bekämpft und beseitigt werden.

Die Streichung der §§ 355 Abs. 2—5, 356 und folgende der RVO. ist durch die Volksbeauftragten veräußert worden und muß nunmehr im Interesse der Selbstverwaltung und des ungehinderten Ausbaues der Sozialversicherung ganz energig durchgeführt werden, um so mehr, als die fraglichen Bestimmungen gegen die Stimmen der Sozialisten in die Reichsversicherungsordnung hineingebracht sind.

**200. Siegen:** Der Parteitag in Görlitz wolle auf die Fraktionsmitglieder der SPD. dahin wirken, daß diese bei dem in Kürze zur Beratung stehenden

Beamtenrätegesetz in dem Sinne wirkt, daß dieses dem zurzeit bestehenden Betriebsrätegesetz angepaßt wird, insbesondere bezüglich der Schlichtungsstellen.

**201. Chemnitz:** Der Parteitag wolle dafür sorgen, daß die Genossen im Reichsparlament und in den Parlamenten der Länder mit allen Mitteln verhindern, daß der Entwurf der Regierung zum Beamtenrätegesetz Gesetz wird. Nicht nur Mitwirkung, sondern klare Mitbestimmung verlangen wir. Vor allen Dingen in persönlichen Fragen, sowie Schlichtungsinstanzen.

**202. Stuttgart:** Unsere Reichstagsfraktion und unsere Parteigenossen in der Reichsregierung werden beauftragt, mit allem Nachdruck die alsbaldige gesetzliche Regelung der Beamtenräte und eines neuen freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes hinzuwirken.

**203. Breslau-Land, Neumarkt:** Die Partei wolle in den Parlamenten dafür eintreten, daß die Ortsklasseneinteilung, wie sie die Beamtenbesoldungsgesetze vorsehen, beseitigt werde, also es nur eine Ortsklasse gibt. Nur der Wohnungswert ist nach den tatsächlich bestehenden Verhältnissen durch einen Ortszuschlag zu berücksichtigen. Das wenigste, was zu fordern ist, ist der Wegfall der Klassen D und E.

Eine Umgehung der Ortsklasseneinteilung durch besondere Zuschläge ist unzulässig.

**204. Sörup:** Der 1. Mai ist als gesetzlicher Feiertag zu erklären.

**Bezirksverband Hessen:** Der Parteitag wolle beschließen, bei der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, damit diese im Reichstag einen Antrag einbringen möge, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag festgelegt wird.

**205. Waidenburg:** Der 1. Mai und der 9. November sind als gesetzliche Feiertage einzusetzen.

**206. Dortmund:** Es ist darauf hinzuwirken, daß der 9. November als Feiertag mit völliger Arbeitsruhe festgelegt wird.

**207. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes:** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zum 9. November eine klare Parole herauszugeben, insbesondere darüber, ob derselbe als Feiertag gelten soll oder nicht.

**208. Hannover.** Als Tag der deutschen Revolutionsfeier wird der 9. November bestimmt. Der Parteitag überläßt es den Ortsvereinen, zu bestimmen, in welcher Form der Tag würdig begangen wird.

**209. Berlin:** Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung, die der 1. Mai und der 9. November als Gedenktage der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft haben, ist in allen Parlamenten immer wieder der Antrag zu stellen, diese Tage als gesetzliche Feiertage zu erklären.

**210. Steinheid, S.-M.:** Die Reichstagsfraktion soll bei der Regierung dahin wirken, daß alle christlichen Feiertage, die in die Woche fallen, von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen.

**211. Berlin:** Für die gesamte Arbeiterschaft ist eine gesetzliche jährliche Mindestferienzeitszeit festzulegen, mit Weiterzahlung des Gehaltes oder Lohnes.

**212. Dresden:** Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Initiativantrag im Reichstag einzubringen, welcher besagt, daß jedem Arbeitnehmer ein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes eingeräumt wird. Der Wechsel der Arbeitsstellen darf keinen Einfluß auf die Dauer des Urlaubs ausüben.

**213. Ludwigshafen:** In Erwägung, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft von einem Genuß des Urlaubs in den Betrieben, der deren körperliche und hygienische Gesundheit fördert, noch nichts verspürt hat, wolle der

deutsche Parteitag in Görlich beschließen (wenn auch unter schwierigen Verhältnissen), die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, durch ein Gesetz endlich einmal die Urlaubsfrage zu lösen.

**214. Halle a. d. S.:** Der Parteivorstand und die Fraktionen des Reichs- und Landtages und anderer Kammern sind verpflichtet, bei allen sozialen Gesetzen mit den Verbänden der Arbeiter, Angestellten und vor allem auch der Kriegsbeschädigtenorganisationen Rücksprache zu nehmen, deren Abänderungsvorschläge zu den Gesetzen zu prüfen, mit den Vorständen in Führung mündlich sowohl als schriftlich zu bleiben und die Gesetze danach auszugestalten, damit möglichst großen Teilen des Volkes Rechnung getragen wird.

**215. Sörup:** Die sozialdemokratische Fraktion ist zu ersuchen, darauf zu dringen, daß der gesetzliche achttündige Arbeitstag überall innegehalten wird und daß Ausnahmen nur in den dringendsten, in der Art des Betriebes liegenden Fällen genehmigt werden. Mit schärfsten Strafen ist gegen Auswüchse vorzugehen.

**216. Erfurt:** Die Fraktion hat zu versuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Durchbrechung des Achtstundentages zu verhüten. Nicht Verlängerung des Achtstundentages, sondern ein planmäßiger wirtschaftlicher Aufbau kann uns nur vorwärts bringen.

**217. Brühl i. M.:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, für strikte Durchführung des Achtstundentages einzutreten, da dieser oft angefochten wird von den Unternehmern, und in diesem Falle dem Unternehmer eine schwere Strafe auferlegt wird.

**218. Sörup:** Der Parteitag möge dahin wirken, daß gesetzliche Bestimmungen gegen die Kinderarbeit erlassen werden. Zumal in den landwirtschaftlichen Betrieben verheiratete Arbeiter auf die Straße gesetzt und Kinder beschäftigt werden.

**219. Schmölln (S.-A.):** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Verordnung vom 16. März 1919 (Besehung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft) sofort aufgehoben wird, um allen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Freizügigkeit wiederzugeben.

**220. Bezirksparteitag der Pfalz:** Der Parteitag in Görlich wolle beschließen: Unsere Fraktion im Reichstag ist zu beauftragen, dafür einzutreten, daß der Technischen Nothilfe, da sie eine Streikbrecherorganisation darstellt, keine Reichsmittel mehr zur Verfügung gestellt werden.

**221. Sörup:** Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, tatkräftig dafür einzutreten, daß baldmöglichst die Herausgabe der neuen Landgemeindeordnung und die Neuwahlen der ländlichen Schulvorstände erfolgen.

**222. Halle a. d. S.:** Bei den heute mehrmals wechselnden Ministerien und Ministern kann es unmöglich zugelassen werden, daß, wie es vorgekommen und jetzt der Fall sein soll, dem dreioiertel Jahre im Amte als Reichskanzler tätigen Abgeordneten Fehrenbach eine Pension von 45 000 Mk. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unzulässig, da der Mann keinerlei Verluste erlitten hat und seinem früheren Beruf nachgehen kann, die Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht gestatten können.

**223. 6. bad. Landtagswahlkreis:** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag macht es den sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen zur Pflicht, die Bewilligung von Ministerpensionen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen und nur für Bewilligung von Wartegeldern einzutreten.

**224. Bad Bera:** Der Parteitag wolle beschließen: Alle in Parlamenten und Regierungen tätigen Genossen sind aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden weiterhin nicht angetastet und eingeschränkt wird.

**225. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes:** Der Parteitag wolle beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß ein Gesetz alsbald auch den Provinziallandtags-, Kreisstags- Abgeordneten und Stadtverordneten (Gemeindevertretern) mehr Schutz in Form einer gewissen Immunität sichert.

**226. Königsberg (Ostpreußen):** Die Genossen in den Parlamenten haben darauf ihr Augenmerk zu richten, daß in den kommenden Verwaltungsgesetzen Zahlung von Tage- und Reisegeldern für die Mitglieder der Verwaltungskörperschaften gesetzlich festgelegt werden.

**227. Frankenberg a. d. Oder:** Es sind von Parteiseite alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß unentgeltliche Amtsblätter für die Kreise eingeführt werden, die die amtlichen Bekanntmachungen der Bevölkerung übermitteln.

**228. Frankfurt a. M.:** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vergabe von Aufträgen für Sachlieferungen für die Reparationen von kaufmännischen Gesichtspunkten aus geleitet werden. Die Vergabe an Syndikate muß vermieden werden, da Kalkulation und Preisstellung sonst ganz in deren Macht liegen. Für alle Aufträge sind Kalkulationen einzureichen, welche von den Betriebs- und Angestelltenräten gegengezeichnet werden müssen. Es sollen bestimmte Verdienst- und Unkostenquoten für diese Kalkulationen bestimmt werden, welche je nach Betriebsgröße abzustufen sind. Bei dem Wiederaufbauminiſterium sind die Kalkulationen zu prüfen. Alle Aufträge sollen unter persönlicher Verantwortung der Kommission vergeben werden.

**229. Frankfurt a. M.:** Der Parteitag wird ersucht, darauf zu dringen, daß eine Devisenzentrale errichtet wird, welche die Spekulationskäufe in Devisen verhindert und den Banken zur Pflicht macht, Devisen nur gegen Vorlage der Faktura zu verkaufen.

**230. Züllichau:** Der Parteivorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Beratung des Reichsmietengesetzes die sozialdemokratische Fraktion, als die gegebene Vertreterin der Mieter, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für den Entwurf des Mieterbundes (St. Dresden) eintritt, um demselben zum Siege zu verhelfen.

## V. Parteiprogramm.

### 231. Erster Entwurf der Programmkommission.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verschärft. Schroffer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Kon-

zentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterlöschende Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Nachstellung erlangt haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergeſſchaftung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerläßlich die entschiedenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheits Herrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der wertaktigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundfänglich in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundfänglichen Anschauungen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des wertaktigen Volkes:

### Die wirtschaftlichen Forderungen

Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß:  
1. Das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ertragsfähigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bürokratischer Erschwerung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe. Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Preisregelung unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmitglieder der weiterverarbeitenden Gewerbebezüge und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

#### Agrarfragen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbesitz den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Allmähliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedelung.

Urbarmachung von Oedländereien mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

8. Verleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank. Uebernahme der Sicherheit über eine bestimmte Verleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Sehaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregeltes, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

#### Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Ueberverbrauches, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerlässliche Forderungen zu betrachten.

#### Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gefeßlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

#### Kommunalpolitik.

I. Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie

leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Untertellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

### II. Gemeindefinanzen.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

### III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schulanangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

### IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

### Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgehende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Bewirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Insbesondere fordern wir:

- Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.
- Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.
- Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendlichen.
- Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsverhältnis.

h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen.

Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterchaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

### Gesundheitspflege.

Uebnahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebnahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

### Wohnungswesen.

1. Bergesellschaftung des Grund und Bodens.
2. Bergesellschaftung des Wohnungswesens. Ueberführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.
3. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens.
4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedlungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung. Förderung einer gesunden Verkehrs- und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.
5. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflege. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.
6. Errichtung eines Reichs-siedlungsamtes, sowie von Landes- und Orts-siedlungsämtern. Betrauung dieser Ämter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.
7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrie.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

### Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollstündliche Gesetzesprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließliche Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerichts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher

Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Beseitigung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangehörten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuordnung des Bodenrechts im Sinne des Oberigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Trennrechts.

### Kulturpolitik.

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe. Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltetes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gesetz gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Ueberzeugung.

### Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundfäden des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

**Zu 231. Geänderter Entwurf der Programmkommission: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.**

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrauungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelpekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Unfug sozial wertloser, ja gesellschaftschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausbeutung, zu Erweiterung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung

der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärfend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerlässlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

#### Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaucratifizierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

#### Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinstampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekensystems.

### Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschusswirtschaft.

Sicherung der Steuerzahlungen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberschusses.

Fortschrittende Erfassung der Steuer an der Quelle.

### Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Erhebung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

### Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straßlosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Versorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungeleglicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

### II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Begebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

### III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

### IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

### Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaut soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Neuester Beschränkung der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Neuordnung des Rechts der Hausangestellten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge kinderreicher Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

### Für den Ausbau und die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Aus-

dehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Errichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung des Bedürfnisses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter ärztlicher Totenschau. Neuordnung des Irrenrechts.

### Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Ein besonderes Wohngesetzbuch. Vergefellshaftung des Wohnungswesens und Erziehung ungefunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

### Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzesprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Ausbau der Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Vertretungsrecht für Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerichts der Unbemittelten.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung, Einschränkung der Abtreibungsstrafen; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft

und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsrechtliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarrastren; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: Einschränkung des freien Vertrages nach dem sozialen Bedürfnis; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz abhängiger Erfinder gegen Ausbeutung.

### Zur Kulturpolitik

figiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

5. Gefinnungs- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit, Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volkstheatern und der Volkstanzerte. Pflege der Heimatkultur.

9. Religion ist Privatfache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteifache, nicht Staatsfache, Trennung von Staat und Kirche.

### Die Völkerbeziehungen und Internationale

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsfaktionen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volkswertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundfragen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

**232. Koblenz:** Zu Punkt V der Tagesordnung: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

**233. Elberfeld:** Der Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge sind der Programmkommission als Material zu überweisen.

Ein neuer Programmentwurf nebst Kommentar ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand mindestens 4 Monate vor Stattfinden des nächsten Parteitages zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

**234. Göppingen:** Die Wahlkreis-Konferenz des 12. württembergischen Landtagswahlkreises Göppingen-Geislingen anerkennt die in dem vorgelegten Entwurf zum neuen Parteiprogramm geleistete Arbeit. Sie hält den Entwurf aber in seiner gegenwärtigen Form für Annahme nicht für geeignet. Der Parteitag möge daher beschließen: Der Entwurf hat als Grundlage für die weitere Beratung bis zum nächsten Parteitag zu dienen. Der Parteitag erklärt, daß das neue Programm ein klares Bekenntnis der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln, enthalten muß.

**235. Dresden:** Der von der Programmkommission ausgearbeitete Entwurf zum neuen Parteiprogramm ist, trotz der vielen mühevollen Arbeit, die in ihm enthalten ist, infolge seiner inneren Widersprüche und Halbheiten vom Parteitag abzulehnen. Der Parteitag möge eine neue Programmkommission ernennen, die vor allen Dingen in der Frage der Sozialisierung und in den Fragen der Kulturarbeit unserer Partei, genaue Richtlinien gibt. Aufgabe des Parteitages muß es zunächst sein, sobald als möglich ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches der Partei ermöglicht, klare Marschrouten zu befolgen.

**236. Weimar:** Der vorliegende Entwurf ist abzulehnen; das alte Programm in seinen wesentlichsten Teilen ist beizubehalten. Erforderlich ist dagegen ein Aktionsprogramm, zu welchem einzelne Teile des Entwurfs benutzt werden können.

**237. Breß:** Eine bessere und klarere Fassung des Programmentwurfs. Vor allen Dingen muß der Klassenkampf schärfer hervorgehoben werden.

**238. Köln und Koblenz:** Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kom-

mission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

**239. Stuttgart:** Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Parteiprogramm in Görlich noch nicht endgültig festzusetzen, jedoch die nötigen Vorarbeiten für ein neues Programm zu treffen. 2. Ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für die kommenden Aufgaben und Kämpfe auszuarbeiten.

**240. Lüneburg:** Die am 31. Juli in Lüneburg tagende Unterbezirkskonferenz (Bezirk Hannover) erblickt in dem vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine wenig geeignete Grundlage für ein neues Parteiprogramm, da sie in dem Entwurf eine grundsätzliche Klarheit und Herausarbeitung sozialistischer Grundgedanken vermisst. Die Unterbezirkskonferenz erwartet vom Parteitag in Görlich, daß er den Entwurf an die Programmkommission zurückverweist, und damit die Schaffung eines neuen Programms überhaupt noch zurückstellt.

**241. Salungen:** Die am 23. Juli 1921 tagende Versammlung des Bezirksvereins Salungen befaßte sich eingehend mit dem zur Debatte stehenden Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms. Sie setzt in ihrer überwiegenden Mehrheit das Vertrauen in die Beratungen des Parteitages, daß eventuelle Mängel in diesem Entwurf nach gründlicher Beratung beseitigt werden.

Die anwesenden Genossen und Genossinnen bringen zum Ausdruck, daß in dem grundsätzlichen Teil des Entwurfs in markanten Worten die Gegenätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert werden. Es wird aber der Weg, auf welchem der Sieg des Proletariats erreicht und die im Entwurf festgelegten Forderungen durchgeführt werden können, vermisst.

Um Mißverständnissen über den Charakter unserer Partei und allzu philanthropischen Auslegungen des Programms vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß noch folgendes den grundsätzlichen Forderungen hinzugefügt werden möge:

Der Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter führt notwendigerweise zur schärfsten Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie ist Verteidiger des Privateigentums und somit für Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Befreiung der proletarischen Klasse nur ihr eigen Werk ohne Hilfe anderer Klassen.

**242. Darmstadt:** Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf für ein neues Parteiprogramm erscheint sowohl in seinem grundsätzlichen wie auch praktischen Teil nicht geeignet, als brauchbare Grundlage für ein zukünftiges sozialdemokratisches Programm zu dienen. Aus diesem Grunde nimmt der Parteitag davon Abstand, schon in diesem Jahre ein endgültiges Programm zu beschließen.

Um aber den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist es notwendig, ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches in der nächsten Zeit der Partei als Richtschnur und Wegweiser dienen kann. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfs wird bei Beginn des Parteitages eine Kommission gebildet, welche nach Erledigung der ersten vier Tagesordnungspunkte ihre Arbeit dem Parteitag zur Diskussion und Beschlussfassung zu unterbreiten hat. Die endgültige Programmrevisión wird auf mindestens ein Jahr zurückgestellt.

**243. Königsberg i. Pr.:** Der Sozialdemokratische Verein Königsberg ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet zur Schaffung eines Programms ist. Die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht, schon heute theoretische Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Der Verein erwartet daher vom Parteitag, daß in Görlich nur neue

Richtlinien für den Tageskampf aufgestellt werden, die Formulierung der theoretischen Forderungen aber einer ruhigeren Zukunft vorbehalten bleibt.

**244. Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen:** Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen ist der Auffassung, daß der vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf zu einem Parteiprogramm auf dem Parteitag in Götting nicht angenommen werden kann. Der bekanntgegebene Entwurf ist vollständig unferdig, unklar und in keiner Beziehung übersichtlich und entspricht auch nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundfäden und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angehörigen durchführungen sind.

Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat fordern, daß der Programmtext nochmals an die Programmkommission zurückgegeben, dieselbe eventuell anders zusammengefaßt, damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird.

**245. Insterburz:** Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht geeignet. Wir fordern, daß das neue Programm insbesondere enthalten muß: 1. Bekenntnis zum Klassenkampf; 2. klares Bekenntnis zur Sozialisierung; 3. klares Bekenntnis zur sozialistischen Republik; 4. ein eingehendes klares Agrarprogramm; 5. klare Stellungnahme zum Heerbanne.

**246. Aue i. Erzgeb.: (Entschliebung.)** Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Aue i. Erzgeb. vom 3. August 1921 kann sich mit dem Entwurf zum Parteiprogramm nicht einverstanden erklären und verlangt: 1. im Entwurf eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes; 2. textliche Abklärung des Entwurfs und volle Klarheit der Sätze; 3. den so abgeänderten Entwurf einer gemeinsamen Vorstandskonferenz der SPD. und USPD. vorzulegen, um die Wiedervereinigung beider Parteien auf dieser Grundlage vorzubereiten.

**247. Hamburg:** Die Einleitung des Parteiprogramms ist unter Verzicht auf einen allgemeinen theoretischen Teil wie folgt zusammenzufassen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. In der kapitalistischen Welt herrscht, noch verschärft durch die unheilvollen Auswirkungen des Weltkrieges, die Tendenz, die wirtschaftliche Ungleichheit und damit die Klagengefahren immer tiefer zu steigern. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber. Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Im Anschluß an diese Einleitung sind in knappster Formulierung die Forderungen der Partei aufzustellen, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Wirtschaftspolitische Forderungen, worunter die Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftswesens und der Schutz aller Erfinderrechte durch den Staat kräftig hervorzuheben sind.

2. Agrarfragen, wo an die Spitze der folgende Satz gestellt werden mußte: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangestastet.“

3. Finanzen, wo nicht auf den Versailler Vertrag Bezug zu nehmen, sondern nur kurz zu sagen ist: „Für die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert die Sozialdemokratie . . .“ und wo die Forderungen „Schonung des niedrigen Arbeitseinkommens“ an die Spitze zu stellen und eine entschiedene Ablehnung von indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel aufzunehmen ist.

4. Verfassung und Verwaltung, worunter kurz zusammengefaßt die kommunalpolitischen Forderungen mit aufzunehmen sind.

5. Bevölkerungs- und Sozialpolitik, worunter zuerst die Forderungen für eine gesunde, dem sozialistischen Aufbau sich anpassen planmäßige Bevölkerungs- und Sozialpolitik mit dem Ziel einer körperlichen und geistigen Erleichterung des einzelnen wie der Gesamtheit aufzuführen und anschließend die veröffentlichten Forderungen des Entwurfs über Sozialpolitik, zu denen noch die Forderung „Ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien“ aufzunehmen ist.

6. Beamtenrecht, worunter die im Entwurf aufgeführten Forderungen für die Beamten mit Ergänzungen, die sich aus Anträgen ergeben werden, aufzunehmen wären.

7. Gesundheitspflege, wie Entwurf.

8. Wohnungswesen, wo die zweimalige Forderung der Vergesellschaftung, die im grundsätzlichen Teil schon ausgesprochen ist, weggelassen mußte.

9. Rechtspflege, wo der Fassung des Entwurfs im Abf. „Zivilprozeß“ hinter „menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung“ die Worte „Befreiung des Existenzminimums bei jeder Lohnbeschlagnahme“ und im Abf. „Strafrecht“ noch die „Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung in sozial und gesundheitlich begründeten Fällen“ als Forderung eingefügt werden müßten.

10. Kulturpolitik, worunter ganz neu ein Hauptabschnitt „Schule“ aufzunehmen wäre mit folgender Einleitung:

Um allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundf. daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offen steht vom Kindergarten bis zur Universität. Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie: . . .

Hierunter müßten die Forderungen gebracht werden, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Hamburg aufgestellt und dem Parteitag als Sonderantrag zum Programm eingereicht sind. Besonders betont werden müßte die Forderung „Umfassende Hilfe des Staates für die Kinder armer Eltern, um jede Behinderung im Aufstieg eines Kindes aus sozialen Gründen auszuschließen“.

11. Weltpolitik, Völkerrecht und Internationale. Unter diesem Schlußabschnitt müßte der leitende Gedanke der Außenpolitik der Sozialdemokratie wie folgt an die Spitze gestellt werden:

Die Herbeiführung und Erhaltung eines dauernden, von allen Völkern freiwillig anerkannten und geachteten Weltfriedens ist das oberste Ziel der Sozialdemokratie. Sie fordert aus diesem Grunde: 1. Ersetzung des Vertrages von Versailles durch einen wirklichen Friedensvertrag, der ohne Kränkungen, ohne Willkürbestimmungen und ohne Beschränkung der Arbeit der bestiegten Völker ist. 2. Gleichberechtigung aller Völker auf allen Meeren der Welt und allen Wasserstraßen, die die Meere verschiedener Länder untereinander ver-

binden. Offene Märkte für den Handel aller Völker in den Ländern und Kolonien der ganzen Welt.

Hier anschließend könnten die im Entwurf veröffentlichten Forderungen Gesetz werden, unter Streichung der „Internationalisierung der Wasserstraßen und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür“ in Ziffern 5 und 6 des veröffentlichten Entwurfs, da diese Forderungen in der beantragten Neufassung der Absätze 1 und 2 enthalten sind.

### 19. Schulforderungen.

ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Hamburgs.

#### Schule und Erziehung.

Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formentfaltung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion ineffizient in mannigfaltiger Wechselwirkung die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Dies Gesetz gilt auch für die Schule. Sie ist für die Jugend die Form der Arbeit im Dienste der Gemeinschaft, die des instinktsichereren, schöpferischen, verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Die Schule wird damit zu einem aufbauenden Gliede der sozialistischen Gesellschaft; sie ist nicht mehr Fremdkörper, sondern Wesensteil der Gesellschaft. Sie ist Lebensstätte der Jugend; sie unterbricht nicht die natürliche Entwicklung, sondern fördert sie; ihr oberstes Gesetz ist die Unversehrtheit des Kindes. Sie ist nicht Werkzeug kirchlicher und politischer Parteien, dient nicht Dogmen und Programmen, ist nicht abhängig von Klassen und Ständen. In einheitlichem Aufbau vom Kindergarten bis einschließlich zur Hochschule dient sie der Gesamtheit des Volkes.

#### Nächste Forderungen.

##### Innere Schulgestaltung.

Entwicklung der Schule aus einer Unterrichtsanstalt zu einer erzieherischen Arbeitsgemeinschaft.

Bildung der Persönlichkeit durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft auf dem Wege produktiver, körperlicher und geistiger Arbeit.

Ausbau der Schule zu einem Haushalt mit eigener wirtschaftlicher und geistiger Bedürfnisbefriedigung.

Die Schule, einschließlich der Hochschule, als Arbeits-, Lehr- und Kulturstätte der Jugend mit ihren Lehrern und anderen zur Erziehung Berufenen (Handarbeitern, Künstlern) als Führern.

Erziehung zur Selbstregierung, Selbstauslese der Begabungen durch vielfältige Arbeit auf dem Gebiete des Erkennens, Gestaltens und Handelns.

Aufbau und Verzweigung des Schulwesens nach der Richtung, daß keine Begabung eine Schranke findet.

Ausbildung der besonderen Anlagen in freien, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Arbeitsgemeinschaften.

Beseitigung des Prüfungs- und Berechtigungswesens.

Verbindung der Kinderhilfe jeglicher Art mit der Schule.

Umgestaltung der Horte, Jugendheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten (auch Gefängnisse) in Stätten helfender, fürsorgender und rettender Gemeinschaften.

##### Einheitschule.

Öffentliche Kindergärten für das vierte bis sechste Lebensjahr, deren Besuch auf Anordnung der Jugendämter zur Pflicht gemacht werden kann.

Mindestens sechsjährige Grundschule.

Anschließend eine mindestens zweijährige Pflichtschule als Uebergang zur Berufs- und Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Lebensjahre.

Sechsjährige Oberschule im Anschluß an die Grundschule. Möglichkeit von Uebergängen von einer Schulart zur anderen.

Hochschulen als Berufsschulen für besondere Begabungen und als wissenschaftliche Forschungsstätten.

Volshochschulen als freie Arbeitsgemeinschaften zur Weiterbildung ohne Rücksicht auf Vorbildung zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Besondere Einrichtungen für körperlich, geistig oder sittlich abnorme Kinder. Beseitigung des Schulgelbes, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Erziehungsbeihilfen, Freifahrten bei notwendigen Schulwegen und Schülerwanderungen, Verbot des Wohnabzugs für den Fortbildungsschulbesuch.

Weltliche (bekenntnisfreie) Schule.

Keine Trennung nach Glaubensbekenntnissen für Kinder und Lehrer, kein Religionsunterricht.

#### Schulverwaltung.

Einheitliche Schulverwaltung für alle Schulgattungen nach den Grundätzen der Selbstverwaltung. Verantwortlichkeit des Lehrkörpers für die Arbeit jeder einzelnen Schule. Teilnahme der Eltern an der Arbeit der Schule. Verwaltung jeder einzelnen Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Wahl der Elternräte durch die Elternschaft der Schule. Wahl des ehrenamtlichen Schulleiters durch den Lehrkörper und durch den Elternrat auf Zeit.

Bei Fach- und Berufsschulen Fachbeiräte, die von den entsprechenden Berufen gewählt werden. Wahl derselben durch die Berufsangehörigen. Mitwirkung der Schüler durch Schülerräte. Mitwirkung der Lehrer und Eltern auf allen Stufen der Schulverwaltung durch eine für alle Schulgattungen gemeinsame Eltern- und Lehrerkammer sowie durch gewählte Eltern und Lehrer bis zur Reichsschulbehörde und Reichsschulkammer hin. Schulaufsicht im Auftrage des Staates durch Schulsachleute. Berufung derselben durch staatliche Behörden unter Mitwirkung von Eltern- und Lehrerkammern.

#### Lehrerbildung.

Ausbildung aller Lehrer auf der Hochschule. Abschaffung besonderer Lehrerbildungsanstalten.

Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm einzufügen: „Wir fordern Sozialisierung des Buchgewerbes und der Presse, insbesondere Trennung des Inseratenwesens von der Presse, Herausgabe besonderer Annoncenblätter im Staatsmonopol.“

Der § 5 des Erfurter Programms, der da heißt: „Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen“, ist in das neue Programm mit hinüberzunehmen.

Um das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und internationale Kongresse wirksamer zu gestalten sowie große Ersparnisse an Zeit und Kosten für Uebersetzungen zu machen, ist im Parteiprogramm die Einführung einer internationalen Hilfssprache zu fordern.

Unter Völkerbeziehungen ist nach „Nationaler Selbstbestimmung usw.“ aufzunehmen: „Revision aller unstrittenen und aller seit 1918 durch Nachspruch geregelten Staatsgrenzen durch Volksabstimmung nach Gemeinden, frei von jedem militärischen Druck und unter ausschließlich neutraler Leitung und Kontrolle. Wo die Verwirklichung des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Gemeinden zur Bildung eingeschlossener fremdstaatlicher Gebiete (Enklaven) führen oder auf unverhältnismäßig große verkehrstechnische Hindernisse stoßen würde und die beteiligten Staaten sich nicht anderweitig einigen, Ziehung der Grenze

nach dem Grundsatz, daß die nationalen Opfer zu beiden Seiten im ganzen gleich groß sind. Völkerrechtlicher Schutz aller verbleibenden nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit und im Sinne freier Selbstregierung und Selbstverwaltung. Parteifähigkeit aller demgemäß organisierten größeren nationalen Minderheiten vor dem internationalen Schiedshof."

248. Breslau-Stadt: Der Parteitag möge als Aktionsprogramm beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Organisation, in der die deutsche Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschichtliche Sendung erfüllen und die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsform erkämpfen will. Die SPD. bekennet sich zu der Ueberzeugung, daß bei dem in den großen Industrieländern erreichten Stand der wirtschaftlichen Produktion der weitere gesellschaftlich notwendige technische Fortschritt und die Beteiligung jedes einzelnen am Arbeitsertrag der ganzen menschlichen Gesellschaft nur bei fortschreitender Vergesellschaftung der Produktionsmittel und bei völliger Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen erreicht werden kann. Die SPD. wird durch den Glauben geeint, daß nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheit jedes Einzelmenschen von wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlichem Zwang und Verwirklichung der höchsten Kulturwerte gesichert werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zweckes immer wieder nachgeprüft und den Zeitumständen angepaßt werden müssen.

Angeichts der gegenwärtigen, durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen entscheidend beeinflussten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitlage erstrebt die SPD. zunächst die Erfüllung folgender Forderungen:

#### Wirtschaftspolitische Forderungen.

1. Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Hierfür Schaffung sich selbst verwaltender Körperschaften mit dem Zwecke der Steigerung der Produktion, unter Sicherung des Allgemeininteresses und bei wachsender Gewinnbeteiligung der Volksgesamtheit.
2. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, stärkere Mitwirkung der Verbrauchergenossenschaften bei der Verteilung der von den Kommunen zu bewirtschaftenden Bedarfsgüter.
3. Durchführung des Kasseler Agrarprogramms.
4. Verschärfte Ein- und Ausfuhrkontrolle.

#### Sozialpolitische Forderungen.

1. Einheitliches Arbeitsrecht! Sicherung des verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsrechtes in der weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.
2. Schleunige Durchführung des das wirtschaftliche Räteystem betreffenden Artikels der Reichsverfassung.
3. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.
4. Allgemeine Arbeitslosenversicherung.
5. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterchaftsversicherung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.
6. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

7. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens. Bekämpfung des Wohnungselends durch Befreiung ungefundener Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen mit Hilfe von Krediten des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Verbilligung der Herstellung durch Betriebsleitung der Bau-gewerkschaften.

#### Finanzpolitische Forderungen.

1. Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.
2. Besondere Besteuerung derjenigen Werte, die von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffen werden.
3. Weiterer Ausbau der Kapitalsertrags-, der Nachlaß- und der Erbschaftsteuer. Umwandlung des Reichsnotopfers in eine jährliche Vermögensabgabe auf Grund des jeweiligen Vermögensstandes.
4. Abbau der indirekten Steuern auf lebenswichtige Gegenstände, sobald es die deutsche Finanzlage gestattet.
5. Allmählicher stufenweiser Abbau des Zinsfußes der Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen mit dem Ziele ihrer völligen Annullierung unter Schonung des arbeitsunfähigen Kleinrentnertums.
6. Fortschreitende Erfassung der Steuern an der Quelle.

#### Innenpolitische Forderungen.

1. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die nur regionale oder lokale Bedeutung haben.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung einschränken oder unterdrücken.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
4. Abschaffung der Reichswehr, sobald durch eine internationale Rechtsordnung der Schutz der Landesgrenzen gewährleistet ist. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte.
5. Durchführung der Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählten Volksvertretungen. Aufhebung der Bevorzugung der Juristen bei der Besetzung der höheren Verwaltungsposten. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrung. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen unter Mitwirkung vom Volke gewählter Richter in allen Instanzen. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe. Neuordnung des Miet- und Wohnungsrechtes. Begrenzung des Erbrechtes. Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitervertreter im Zivilprozeß. Bessere Sicherstellung des Klagerichts der Armen.

#### Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.
2. Unterstützung aller Bestrebungen, die bereits unter den gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsformen den Gedanken der überstaatlichen Völkergemein-

schaft vorzubereiten geeignet sind. Eintreten für einen Völkerbund, der kein die Völkerbundszugaben anerkennendes Volk ausschließt.

3. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes.

4. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

5. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

6. Im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts nationale Selbstbestimmung der Völker.

7. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

8. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, unter Ausschluß aller Geheimverträge.

9. Eine Handels- und Verkehrspolitik, die sich das Ziel der Wiedervereinigung der deutschen Volkswirtschaft in einen freien weltwirtschaftlichen Güteraustausch setzt.

### Kulturpolitische Forderungen.

#### A. Für die Jugendziehung.

1. Einheitlicher Aufbau des Bildungswesens vom obligatorischen Kindergarten bis zur Hochschule. Sechsjährige Grundschule. Scheidung nach Begabungstypen. Kernunterricht und wahlfreie Kurse auf der Oberstufe.

2. Weitherrige Förderung aller Bestrebungen auf Erneuerung und seelische Vertiefung der Schule.

3. Weltlichkeit der staatlichen Schule.

4. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

5. Abschaffung der Schul- und Hochschulabschlußprüfungen. Statt dessen Zeugnisse über Charakter, Befähigung und Kenntnisse auf Grund des von den Lehrern in der gemeinsamen Arbeit mit den Schülern gewonnenen Gesamteindrucks.

6. Ausbau der Selbstverwaltung zur Schulgemeinde der Lehrer, Schüler und Eltern.

7. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke. Ausbau der gesundheitlichen Fürsorge für die Schuljugend.

8. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung an den staatlichen Schulen. Heranziehung aller Staatsbürger zu den Schullasten durch eine progressive Schulsteuer.

9. Einheitlichkeit in Ausbildung und Befoldung der Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

#### B.

Ausbau der Volkshochschulen zu Arbeitsgemeinschaften, in denen der schulentwachsenen Bevölkerung Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft volkstümlich vermittelt werden.

#### C.

Religion ist Sache innerer Ueberzeugung, nicht Staatsache, nicht Parteisache. Trennung von Staat und Kirche.

249. Zwickau. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms.

Die Notwendigkeit gründlicher, eingehender Erörterungen und Diskussionen über das zu schaffende Parteiprogramm gebietet, die Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag zu vertagen.

Dessenungeachtet muß der Börtitzer Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfrage umfassend diskutieren und beschließen, daß unser neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Angelegenheit, daß wir unter ihm die Gestaltung unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Errichtung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.

2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, im gleichen Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Menschen zu arbeiten.

3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Angriffsziel in den Vordergrund getreten und die Demokratie nur noch Verteidigungsobjekt geworden ist.

4. Eine genaue Umschreibung des Weges, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; dabei vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem Wie der Sozialisierung.

5. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus.

6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf.

250. Zwickau. Für den Fall, daß der Börtitzer Parteitag die Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm vertagt, fordern wir, daß er der Partei ein durchschlagendes, kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe knapp und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

251. Breslau-Stadt. Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

252. Dresden. Der 5. Unterbezirk Dresden-Altstadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich undiskutabel ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammensetzung der Programmkommission ändert, indem er verschiedene Vertreter des entscheidenden Sozialisierungsgedankens in diese entsendet.

253. Dresden. Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und die Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

254. Dresden: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undiskutabel abzulehnen. Das

endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmassnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusehen. Dem Parteitag ist anzuhemzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordert wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

255. Köln. 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die 11 Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einfluß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen: Arbeiterfragen, Gesundheitspflege, Wohnwesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Bergesellschaftung des Grund und Bodens, sofern er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Absatz 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programmentwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der als Einheitschule aufzubauenden Schule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede überkommene oder werdende Ueberzeugung.

256. Unterbezirk Unterweser: Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 25 Jahre Alters- und Invaliditätsmarke geklebt haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Antragstellern ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente sowie Ruzschuß aus einer dieser Versicherungsklassen zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

257. Marburg a. d. Lahn: Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) richten an den Parteitag in Götting die dringende Ersuchen, auf eine unwälzende Reform der Hochschulen in Volksuniversitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

258. Halle a. d. S.: Der Ortsverein Halle der SPD. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmentwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung. In dieses Programm sind aus dem Erfurter die Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder unerschüttert sind.

259. Dilling: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

260. Königsberg i. Pr.: In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Verbot alles Privat Schulwesens.

261. Salungen: Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

262. Eiberfeld: Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Ermittlung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Gewährleistung des Existenzminimums.

Der Punkt 7 ist zu streichen.

263. Weimar: Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale“ erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkswehren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts und zum Schutze der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Haß- und Rachegeistes.

264. Eiberfeld: Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung“ ab ist zu streichen und an dessen Stelle die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet“.

265. Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

266. Eiberfeld: Zum Programmentwurf ist unter „Völkerbeziehungen unter Internationale“ folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft.“

267. Aachen: Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

268. Unterbezirk Göttingen: Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

269. Aachen: Der Parteitag bestimmt eine Kommission, welche ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

270. Poppenrügge-Weimersdorf: Der Parteitag möge den neuen Programmentwurf ablehnen und dafür ein neues revolutionäres Programm, das das arbeitende, schaffende Proletariat in seinem schweren Lebenskampfe mit aller Kraft verteidigt und die SPD. zur wirklichen Kampforganik ausgestaltet, schaffen.

ag in  
unalen

## VI. Jugend und Bildung.

**271. Berlin:** Der Parteivorstand wird ersucht, die Parteipresse zur Schaffung von Jugendbeilagen anzuhalten.

**272. Dresden:** Staatschulverwaltungen und Gemeinden erhöhen immer mehr das Schulgeld in mittleren, höheren und Fachschulen. Der Erwerb höherer Bildung wird dadurch immer mehr ein Reservatrecht der Besitzenden. Aber auch den Kindern des werktätigen Volkes muß die bestmögliche Ausbildung gesichert sein. Die Arbeiterchaft hat ein ganz besonderes Interesse daran, daß die guten Köpfe des Nachwuchses so geschult werden, daß sie höhere Stellen in Reich, Staat und Gemeinde, im Wirtschafts- und Lehrfach einnehmen können. Letzten Endes steht und fällt damit die ganze zukünftige sozialistisch-demokratische Arbeit im Staate. Das Ziel wäre gänzlicher Verzicht auf jedes Schulgeld, das gegen alle wirtschaftlichen, bevölkerungs- und bildungspolitischen Grundfälle verstößt. Da aber dieses Ziel unter der gegenwärtigen Finanzlage kaum zu erreichen ist, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Macht dafür einzusetzen, daß durch Schulgelberlaß in mittleren und Hochschulen und durch Gewährung von Beihilfen für Beköstigung und Bekleidung in ausreichender Weise die Ausbildung der Begabten aus den Kreisen des werktätigen Volkes sichergestellt wird.

**273. Hamburg:** In der Erkenntnis, daß nur eine tatkräftige Hebung der Bildung und Kultur des ganzen Volkes uns aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch wieder erheben kann, fordert der Parteitag alle Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihren Einfluß überall dahingehend geltend zu machen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in Gemeinden, Ländern und im Reich nicht nur für die notwendige Verwaltung und den Schutz von Person und Eigentum, sondern in steigendem Maße für kulturpolitische Zwecke verwendet werden (Schul- und Bildungswesen, Wissenschaft, Kunstpflege, Jugendbewegung). Zahlreiche kulturpolitische Maßnahmen, auch solche, die von der Reichsverfassung gewährleistet sind, werden ungenügend oder gar nicht durchgeführt (Lehrerbildung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Fortbildungsschule, Jugendwohlfahrt) unter Hinweis auf den Mangel an Mitteln. Damit versuchen besonders die Vertreter reaktionärer Parteien die ihnen verhasste und sie gefährdende Kulturpolitik zu verhindern und ihre Kreise vor scharfer Besteuerung zu bewahren. Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen auf, gegen solche Mächenschaften die Augen offen zu halten.

**274. Dortmund:** Der deutsche Parteitag wolle beschließen, den Bildungsausschuß zu beauftragen, baldmöglichst wieder Parteischulen einzurichten.

**275. Berlin:** Der Parteivorstand ist aufzufordern, die Parteischule wieder einzurichten.

**276. Unterbezirksparteitag des Münsterlandes:** Der Parteitag wolle beschließen, den Zentralbildungsausschuß durch den Parteivorstand zu beauftragen, baldigst wieder Parteischulen zu errichten und fernerhin für die Ausbildung und Durchschulung unserer jüngeren Parteimitglieder beiderlei Geschlechts mehr Sorge zu tragen.

**277. Halle a. d. Saale:** Die Ortsgruppe erwartet vom Parteitag, daß er den Zentralbildungsausschuß beauftragt, baldigst Schritte zu unternehmen, Parteibildungsschulen zu errichten. Es sollen darin Funktionäre der Partei eine gründliche Ausbildung in allen Fächern der Arbeiterbewegung und in der Wissenschaft vom Sozialismus erhalten.

**278. Breslau (Stadt):** Der Parteitag verpflichtet die größeren Ortsgruppen, eine sog. Bildungskurse einzurichten, die zweckmäßig zusammengefaßt und zu

Parteischulen ausgestaltet werden. Als Lehrgebiet kommen in erster Linie Volkswirtschaftslehre (unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Theoretiker) und neuere Geschichte (unter besonderer Berücksichtigung der Parteigeschichte) in Frage. Für die Parteigenossen der Kleinstädte und des flachen Landes richten die Bezirke ähnliche Kurse ein. Wenn es die finanzielle Lage der Partei irgend erlaubt, gehen Parteivorstand und Zentralbildungsausschuß an die Reueinrichtung der Parteischule, die als Parteihochschule auszubauen ist.

**279. Halle a. d. Saale:** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge eine Kommission zur Ausarbeitung eines Hochschulprogramms einsetzen.

**280. Bad Berka:** Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Bezirksvorstand, Regierung, Reichstags- und Landtagsfraktionen, Ortsgruppen und auch Gewerkschaften wollen allen Fleiß und alle Mittel anwenden zur Schaffung von Volkshochschulheimen, die die Gefahren und Schwächen der Volkshochschulen umgehen und dem Proletariat die Möglichkeit geben, einige Monate sich abseits der staubigen Alltagsstraße der geistigen Vertiefung zu widmen. Die Mittel bringt der Schüler, die Gewerkschaft und der Unternehmer gemeinsam auf nach zu vereinbarenden Gesichtspunkten.

**281. Blankenese:** Für eine friedliche Verständigung der Völker, insbesondere ihrer proletarischen Schichten, ist eine Welthilfssprache unbedingte Voraussetzung. Der Parteivorstand und alle anderen Instanzen werden deshalb aufgefordert, dem Beispiel der Parteiorganisationen anderer Länder folgend, die Welthilfssprache „Esperanto“ überall einzuführen und mit allen Mitteln zu fördern.

## VII. Sonstige Anträge.

**282. Hamburg:** Der Parteitag wolle beschließen, jedem Parteigenossen zu empfehlen, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten, um dadurch den genossenschaftlichen Sozialismus zu fördern.

**283. Hamburg:** Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft in Verbindung zu treten zwecks Gründung einer Genossenschaft zur Herstellung des von den Zeitungsbetrieben der Partei, der Gewerkschaften sowie des von den Bureaus der Arbeiterbewegung benötigten Papiers.

**284. Reutlingen-Münzingen:** Der Parteivorstand wolle der Papierfabrikation auf irgendeine Weise, sei es durch Schaffung oder Erwerbung einer Papierfabrik, oder auf genossenschaftlichem Wege mit den Konsumvereinen, näher treten.

Der Antrag wurde mit der unerhörten Verteuerung des Papiers begründet, worunter besonders die Arbeiterpresse schwer zu leiden hat.

**285. Hamburg:** Der Parteitag wolle beschließen: „Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, mehr als bisher die Frauen zu allen Arbeiten heranzuziehen, in öffentlichen Aemtern, Körperschaften und Funktionen.“

**286. Hamburg:** Antrag zur Verfassung und Verwaltung: Bekämpfung jeglichen bürokratischen Geistes in der Verwaltung, insbesondere durch zweckentsprechende Besetzung der Beamtenstellen. Mit einem öffentlichen Amt darf nur bekleidet werden, wer durch schöpferische Leistungen und soziale Betätigung seine Keife dargetan hat. Die herkömmlichen Examen kommen erst in zweiter Linie in Frage.

**287. Unterbezirk Osthavelland-Ruppin:** Der Parteitag in Görtz wolle beschließen: In allen größeren Orten sind von den kommunalen

Behörden gemeinsam mit den politischen Parteien und Vertretern der Verbraucher und Erzeugerorganisation Leuerungsprüfungskommissionen einzusetzen.

**288. Halle a. d. Saale:** Der Parteitag wolle mit aller Entschiedenheit auf die Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion einwirken, daß dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Anstellung der Schutzpolizeibeamten hinwirken, daß ihnen dieselben Rechte wie allen anderen Staatsbeamten eingeräumt werden. In Besonderheit ist darauf hinzuwirken: 1. daß den Polizeibeamten das Koalitionsrecht nicht eingeschränkt wird; 2. daß die Anstellungsbedingungen für Beamte im Offiziersrang und Beamte im Unteroffiziersrang gleichmäßig sind, um dadurch ein Aufrücken der Unterbeamten leichter zu ermöglichen und der Demokratisierung der Verwaltungen nachzuhelfen.

**289. Groß-Hamburg:** Der Parteitag wolle beschließen, den Kreis-Preßkommissionen größere Rechte als bisher einzuräumen.

**290. Berlin:** Der Parteitag 1922 möge in Berlin stattfinden.

**291. Hannover:** Der nächste Parteitag findet in Hannover statt.

**292. Frankfurt am Main:** Der nächste Parteitag findet in Frankfurt am Main statt.

**293. München:** Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, den nächsten Parteitag in München abzuhalten.

**294. Schwerin in Mecklenburg:** Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Schwerin in Mecklenburg abzuhalten.

**295. Dortmund:** Der deutsche Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten.

## Nach Drucklegung der Vorlage eingegangene Anträge.

**295a. Vintfort:** Der Parteivorstand soll sich mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Verbindung setzen, um eine Unterstützungseinrichtung zu schaffen für Partei- und Gewerkschaftsgenossen, denen aus dem Arbeitsverhältnis ein Reichs- oder Landtagsmandat zufällt, damit deren Familien nicht geschädigt werden.

**296. St. Ingbert (Saargebiet):**

1. Aus der Erwägung, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich und daher kurz sein soll, wolle sich der Parteitag auf einen Entwurf festlegen, der für jedes Gebiet als ersten Punkt das Ziel aufstellt. Diesem Ziele eine kurze Erläuterung voranzuschicken, ist durchaus angebracht.

Die anderen Punkte sollen Wege und Richtlinien darstellen, die bis zum endgültigen Ziele beschritten werden müssen.

Die dem Programmentwurf des Ausschusses vorangehenden grundsätzlichen Anschauungen sollen als selbstverständlich fort.

Der Parteitag beschließt dafür die Herausgabe eines ausführlichen Kommentars.

2. Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik wolle der Parteitag folgende Fassung beschließen:

a) Punkt 1 des Entwurfs des Ausschusses.

b) Ziel: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz und Genuß der Allgemeinheit, eine gerechte Einkommen- und Güterverteilung und stellt den Grundsatz auf, daß jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit hat.

c) Wege und Richtlinien: Staatliche Kontrolle aller Erwerbsunternehmungen und kapitalistischen Interessengemeinschaften durch Gewinn- und Ausschüttungsbeteiligung des Staates, der Allgemeinheit.

Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausbau des Betriebs- und Wirtschaftsrätewesens.

Ab§ 4, Punkt 6 des Entwurfs.

Punkt 7 des Entwurfs.

3. Zum Abschnitt Agrarfragen beantragen wir folgende Fassung:

a) Ziel: Zweck Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Beteiligung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

Verstaatlichung des Großgrundbesitzes oder Aufteilung und planmäßige Kleinfeldung,

Bergesellschaftlichung alles Grund und Bodens und dessen Abgabe in Erbpacht.

b) Wege und Richtlinien:

Punkt 7 und Punkt 6 des Ausschußentwurfs.

Punkt 8 des Ausschußentwurfs.

Punkt 9 des Ausschußentwurfs.

Punkt 1, Ab§ 1 des Ausschußentwurfs.

Punkt 3 des Ausschußentwurfs.

4. Zum Abschnitt Verfassung beantragen wir:

a) Ziel: Errichtung der sozialistischen Republik.

b) Wege und Richtlinien: Entwurf des Ausschusses.

5. Zum Abschnitt Kommunalpolitik: Artikel III, Schulwesen, fällt fort.

6. Zum Abschnitt Sozialpolitik wolle der Parteitag beschließen: Insbesondere fordern wir: 4. Errichtung von Arbeitskammern, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben . . . uff. wie Entwurf.

7. Zum Abschnitt Rechtspflege beantragen wir: Streichung der Worte „und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe“ unter Kapitel Strafrecht.

8. Der Parteitag wolle zum Abschnitt Kulturpolitik folgende Fassung beschließen:

I. Ziel: Die SPD. erkennt an, daß die soziale Frage nicht nur eine materielle Seite hat, sondern auch eine ideelle, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige Emanzipation der Arbeiterklasse erreicht werden muß. Sie fordert daher gleiche Bildungsmöglichkeit für jedermann.

II. Wege und Richtlinien:

a) Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung ist unvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der soziale Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltetes Gemeinschafts- und Arbeitsleben. Dieses ist die Schule einer alles umfassenden Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau . . . uff. wie Entwurf.

b) Jugendhilfe, wie Entwurf.

c) Jugendbewegung, ist anzufügen: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

d) Religion, wie Entwurf.

c) Kunst und Wissenschaft sind für Volk und Menschheit von größter Bedeutung und werden mit allen Mitteln gefördert.

9. Zum Abschnitt **Völkerbeziehung und Internationale** bitten wir dem Punkte 4 folgende Fassung zu geben: „Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit eines wahren Völkerbundes, freie Erde, freie Meere und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für die ganze Welt.“

Bei Punkt 8 Streichung des Satzes: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

**297. Hana u:** Der erste Absatz des Programms ist wie folgt zu fassen:

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse und vertritt alle Kreise des arbeitenden Volkes, die erkannt haben, daß die jegliche kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft überwunden werden muß.

In der jetzigen Wirtschaft sind die Großkapitalisten, d. h. die Besitzer der großen Güter und Mietshäuser, Bergwerke und Fabriken sowie die Bank- und Handelsfürsten nicht nur die Herren der wichtigsten Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, sondern haben damit auch in ihrer wirtschaftlichen Gewalt die große Masse des arbeitenden Volkes und beuten es rücksichtslos aus. Aus dieser Ausbeutung kann sich das arbeitende Volk nur dadurch befreien, daß es die großkapitalistischen Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe in gesellschaftliches Eigentum überführt und die gemeinsame Arbeit nach dem Willen und zum Wohl der Gesamtheit regelt. Auf diese Weise wird die Arbeit, werden Gütererzeugung, Handel und Verkehr und wird das arbeitende Volk erst in Wahrheit frei; jeder kann seine ganze Kraft zugleich zum eigenen Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit einbringen; er leistet sein Höchstes im Dienste für die Gesamtheit und hat dementsprechend seinen vollen Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit; er erhebt sich, getragen von der Entwicklung der Gesamtheit, aus wirtschaftlicher und geistiger Not auf die Höhe angemessener Versorgung für jeden und allgemeinen Wettstreit in Bildung und Gesittung; diese Gemeinwirtschaft ist die sozialistische Wirtschaft.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Kräfte des arbeitenden Volkes in seinem Klassenkampf zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaft zu vereinigen und einzusetzen, um immer mehr die Gesetzgebung und Verwaltung zu beeinflussen und das arbeitende Volk mit dem sozialistischen Geiste zu erfüllen, mit dem Geiste zu fühlen, zu denken und zu handeln: einer für alle und alle für einen.

**298. Stettin.** Der Parteitag wolle weiter beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

**299. Zwickau.** Die Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Zwickau am 28. August in Wlslau beantragt: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Falle der Ablehnung der sozialdemokratischen Steuerforderungen im Reichstabinett einen selbständigen Gesekentwurf einzubringen, welcher die Erfassung der Sach- und Goldwerte vorsieht. Lehnt die bürgerliche Reichstagsmehrheit den Antrag ab, so ist von der Partei die Auflösung des Reichstags mit allen Mitteln zu betreiben.

**300. Kiel.** Die Reichstagsfraktion möge beauftragt werden, zur Wahrung der Interessen der Taubstummten freiwillig sich zur Verfügung stellende Abgeordnete der Hauptleitung des Taubstummten-Parteiendes bzw. den Bundesvorständen namhaft zu machen.

**301. Kiel.** Allen Genossen möge bekanntgemacht werden, daß die Taubstummten im Rahmen der Partei in einer eigenen Organisation (Taubstummten-Parteiend) für ihre Rechte und die soziale Gleichstellung kämpfen und weitestgehende Unterstützung und Verständnis von allen Genossen erwarten.

**302. Markwald:** Es sind sofort durch eine vom Parteivorstand eingesezte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Beseitigung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens auszuarbeiten. Ueber diese Gesetze ist sofort das Volksbegehren in die Wege zu leiten.

**303. Markwald:** Der Parteitag beschließt den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Entlassung aller monarchistischen Offiziere der Reichswehr.
2. Unablässbare Beteiligung des Reiches am Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie am landwirtschaftlichen Großgrundbesitz.
3. Bildung eines mit dem Reichstabinett konformen Ministeriums in Preußen.

**304. Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses:** In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die Sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeder ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der republikanischen, demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik.  
Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane.

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Politik der Völkerverständigung.

Loyale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

**305. Ruben:** Demokratisierung der Verwaltung. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, Maßnahmen zu treffen, um die Erfahrungen der in der Staats- und Gemeindeverwaltung an

leitenden Stellen tätigen oder tätig gewesenen Parteigenossen hinsichtlich der Demokratisierung der Verwaltung auszutauschen und zu verwerten sowie um eine einheitliche Taktik bezüglich der allen Einzelländern gleichmäßig obliegenden Verwaltungsreformen herzustellen, auch das darauf sich beziehende Material zu sammeln. Der Parteivorstand wolle erwägen, ob sich nicht zu diesem Zwecke die Einrichtung einer Abteilung im Parteivorstand und die Angliederung einer Studienkommission empfiehlt.

**306. Löbe:** Das Tragen republikanischer Abzeichen. Um auch der äußerlichen Propaganda des Monarchismus durch Tragen schwarzweiß-roter Abzeichen, Hakenkreuze und anderer Dekorationen entgegenzutreten, empfiehlt der Parteitag den Parteigenossen, die Zahl und die Macht der Anhänger der Republik durch das Anlegen eines Abzeichens in den Farben der deutschen Republik sichtbar zu machen. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, die Schaffung eines besonderen Parteiabzeichens in Erwägung zu ziehen.

**307. Koresl:** Im Abschnitt Sozialpolitik des Parteiprogramms ist voranzustellen: Ausbau, Ueberwachung und Durchführung der Sozialgesetze unter Mitwirkung aller Bevölkerungskreise. Ausbau der vorbeugenden Fürsorge. Aufgehen aller Sozialversicherungen in eine staatliche Fürsorge.

**308. Höfs:** Der äußerste Absatz des allgemeinen Teiles möge lauten: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftskreise für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Zweck dieser Gemeinschaft ist Hebung, Schutz und Förderung der Menschenleben, ist das Recht aller an den Kulturgütern. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Darauf folgen die übrigen Absätze des allgemeinen Teiles unverändert. Dann die wirtschaftlichen Forderungen unverändert.

Dann die landwirtschaftlichen Forderungen unverändert bis zum 5. Absatz.

Darauf möge folgen:

Die Erstrebung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hat den Zweck, eine zielbewusste, planmäßige, alle umfassende Menschenökonomie zu ermöglichen. Der Mensch darf nicht Mittel zum Zweck der Güterproduktion sein. Die Güterproduktion ist Mittel zum Zweck der Menschenökonomie. Unter dem Grundsatz der Menschenökonomie werden in der sozialistischen Wirtschaft die Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene und Kulturpolitik zu den Betriebskosten der Gemeinwirtschaft zu rechnen sein. Darum fordert die Sozialdemokratische Partei: In dem Abschnitt: „Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik“ möge es im ersten Absatz so heißen:

Ein einheitliches Arbeiterrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Einheitliche, durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterchafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Darauf folgen die übrigen Absätze der sozialpolitischen Forderungen unverändert. Es folgt dann:

Gesundheitspflege unverändert.

Wohnungsweisen unverändert.

Kulturpolitik unverändert.

Rechtspflege unverändert.

Reichsfinanzen unverändert.

Ausbau der Verfassung unverändert.

Demokratisierung der Verwaltung unverändert.

Beamten des Reiches unverändert.

Kommunalpolitik unverändert.

Völkerbeziehungen und Internationale unverändert.

**309. Schlich:** Der Parteitag möge beschließen, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. sofort auf alle sogenannten Arbeitsgemeinschaften und Freikorps auszudehnen,
2. alle Waffen- und Munitionslager sowie Transporte unter die Kontrolle der Arbeiterorganisationen zu stellen, mit dem Zwecke, sämtliche nicht ganz unbedingt notwendigen Waffen- und Munitionsbestände umgehend zu vernichten.

**310. Hans Vogel-Nürnberg:** Der Parteitag bekennt sich zu der Ueberzeugung, daß nur eine große einig Kampfgemeinschaft aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einigen proletarischen Partei, wie sie bis zur unseligen Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat.

Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, sondern auch die Internationale zerrissen, deren Wiedervereinigung zum Kampf gegen den völkerverheerenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendiger ist denn je.

Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiederannäherung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewaltapostel gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt.

Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarung der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die Sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erstarken des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

#### Resolution über die Vergewaltigung Georgiens.

**311. Bernstein:** Der Parteitag verurteilt auf das allerhöchste den brutalen Ueberfall Sowjetrußlands auf die demokratische Republik Georgien und deren Vergewaltigung. In Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie aller Länder fordert er die schleunige Zurückziehung der bolschewistischen Truppen aus Georgien. Ferner fordert er die sofortige Freilassung der in Georgien wider alles Recht verhafteten Sozialisten und die Rückbeförderung der von den Schergen der bolschewistischen Regierung nach Rußland deportierten Georgier.

**312. Böringer:** Der Parteivorstand schaffe eine Einrichtung, die eine Uebersicht gewährt über die Genossen und Genossinnen, die geeignet und bereit sind in die Verwaltungen der Kommunen, der Länder und des Reiches einzutreten. Sie ist so auszugestalten, daß sie eine Uebersicht gewährt über alle an der Verwaltung der Kommunen, Ländern und des Reiches tätigen Genossen und Genossinnen.

**313. Resolution Hermann Müller:** Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Verfallers

Vertrages haben die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen verhindert.

Die Gefundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufzubereiten Kreise aller Länder zur Voraussetzung.

Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Mitarbeit stets bereit und hat insbesondere alles getan, um einen schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens nach besten Kräften zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist aber auf die Dauer unerträglich, denn die Schäden des Weltkrieges sind so ungeheuer, daß sie von einem Volke allein nicht repariert werden können.

Durch das Sinken der deutschen Währung, das durch das vaterlandslose Treiben gewisser Börsenspekulanten in Handel und Industrie stark gefördert wurde, gestalten sich die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den Ländern starker Wäluata immer schwieriger. In den Ländern hochwertiger Währung steigt die Arbeitslosigkeit fortgesetzt, weil nach den Ländern minderwertiger Wäluata der Export fast unmöglich wird.

Die Lage der Arbeiterklassen in den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und den Ländern der Besiegten fordert deshalb gleichermaßen gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages.

Vor allem aber ist eine schleunige, auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung gegründete Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige oberschlesische Industriegebiet erforderlich.

Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen, überdies auch dem Versailler Vertrag widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen gefordert werden. Die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen zerreißt die Zusammenhänge der deutschen Volkswirtschaft und stört damit den deutschen Wiederaufbau, der überhaupt nur durch Zusammenfassung aller Kräfte erreicht werden kann.

Die Anwendung der wirtschaftlichen und der militärischen Sanktionen liefert den deutschen Nationalisten Wasser auf die Mühlen und erschwert damit der deutschen Sozialdemokratie ihren Kampf für eine Politik der Völkerverständigung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionen durch eine fortschreitende Demokratisierung des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigt das Ansehen des neuen Deutschlands in der ganzen Welt und lähmt im Ausland die Arbeit der Freunde der Revision des Friedensvertrages. Nur als eine friedliebende, zur Zusammenarbeit mit allen Völkern bereite deutsche Republik kann Deutschland nach dem Ergebnis dieses durch die Schuld des deutschen Militarismus verlorenen Krieges fortbestehen. Diese Auffassung in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zur Anerkennung zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

**314. Heinrich Kiegele:** Zur Resolution des Parteivorstandes u. s. w. Nr. 304. Absatz 3 der Grundforderungen hinter Polizeiorgane anzufügen:

Sofortige Entlassung aller monarchistischer Offiziere und Exekutivbeamten, die ihren auf die republikanische Verfassung zu leistenden Eid abgelehnt oder diesen durch monarchistische Propaganda gebrochen haben.

Absatz 6 hinter dem Wort Besitzes anzufügen: insbesondere durch Erfassung der Sachwerte.

Der letzte Absatz der Resolution ist zu streichen.

**315. Paul Kieß:** Zusatz zu Nr. 304. Der Parteitag erblickt in der sozialen Schichtung, dem Programm und vor allem in der Praxis der Deutschen Volkspartei nicht die für eine Koalition notwendigen Garantien. Der Parteitag lehnt deshalb ein Zusammengehen der SPD. mit der Deutschen Volkspartei ab.

**316. Paul Bader:** Abänderungsantrag zur Resolution Nr. 304. In Zeile 14 von unten ist statt „Grundforderungen“ zu setzen „Mindestforderungen“.

Als vierte der Forderungen ist einzufügen: „Schaffung einer gerechten, vom Vertrauen des Volkes getragenen Rechtspflege“.

In Zeile 3 von unten ist statt „Im übrigen soll . . .“ zu setzen „Darüber hinaus soll . . .“

**317. Kabeitz:** Zur Resolution Nr. 304. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck nur mit solchen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, die sich verpflichten, jede monarchistische und antidemokratische Agitation zu unterlassen und eine Garantie für die Durchführung eines Arbeitsprogrammes geben, das mindestens folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik.

Sicherung und Ausbau des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizeiorgane und der Reichswehr, also Entlassung aller monarchistischen Offiziere bei dem Zusammentritt der neuen Regierung.

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Politik der Völkerverständigung.

Eogale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitergehende Heranziehung des Besitzes, vor allem durch unablässbare Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln der Großbetriebe, der Industrie und des Handels sowie am Großgrundbesitz.

**318. Pietisch-Breslau:** Abänderungsantrag zu Antrag Nr. 304. Der letzte Absatz soll heißen:

Der Parteivorstand soll unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage und nur unter Beobachtung der vorstehenden Grundforderungen im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

**319. Meier-Zwickau:** Der Parteitag erneuert den Beschluß von Kassel, daß jeder parteigenössische Lehrer Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschland“ sein muß und erwartet als selbstverständlich von jedem eine rege Beteiligung an sämtlichen Arbeiten der Partei.

**320. L. Bießer-Hoishütte:** Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand beruft möglichst bald eine Zusammenkunft der preußischen Landtagsabgeordneten mit gewählten Vertretern der preußischen Bezirke zur Berichterstattung der preußischen Landtagsfraktion und Stellungnahme zu deren Politik ein.

**321. Bernstein, Löbe, Scheidemann:** Zu 311 Absatz 2. Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß in Ungarn immer noch ein blutiges Regime der Soldateska die breiten Massen des arbeitenden Volkes jeder Freiheit und jeglichen Bestimmungsrechtes beraubt.

Der Parteitag brandmarkt dieses Regiment, das mit der monarchistischen Reaktion in Bayern liebäugelt und mit der demokratischen Weltanschauung der heutigen Zeit in schreiendstem Widerspruch steht. Die Beseitigung dieses Systems ist dringendes Erfordernis des Friedens in Europa.

**322. Knack-Hamburg.** Zum Bericht der Reichstagsfraktion. Der Parteitag wolle beschließen:

Im Sinne der von der Reichsrauentenferenz gefassten Beschlüsse wird die Reichstagsfraktion beauftragt, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung endlich entschlossen und zielfähig eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch treibt, daß sie

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 behufs Abschaffung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskranken zum fertigen Gesetz erhebt sowie in Verbindung damit, durch die Veränderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird,

2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die rückständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Matel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamte sein läßt, wobei in allen Versorgungsgeetzen, namentlich auch in denjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichem für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind,

3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Übereinkommen beitrifft, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mutter in musterergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

**323. Resolution Reil zur Steuerfrage:** Das deutsche Finanzelend ist herausbeschworen worden durch den Krieg und die leichtfertige Kriegsfinananzpolitik. Es ist verschärft worden durch die dem deutschen Volk von der Entente gewaltsam auferlegten, allen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung hochsprechenden Verpflichtungen.

Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufs, Festigung des Marktes und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt.

Die bisherige Steuergesetzgebung konnte diesem Ziel nicht näher kommen, weil sie den Wertverchiebungen, die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Rentenerträge aus den entwerteten, fest verzinslichen Kapitalien überbelastet, die großen Vermögen und Einkommen in Industrie, Handel und Landwirtschaft gespart und damit nicht nur die Kluft zwischen der Lebenshaltung der breiten Massen und der im Ueberfluß lebenden Oberschicht verbreitert, sondern auch zur Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung, zur Steigerung der Papiergeldflut und zur weiteren Entwertung der Mark beigetragen hat. Sie hat die von dem Heer der Spekulanten und Wucherer zusammengerackten Vermögen nur zum kleinen Teil, die ins Ausland verbrachten überhaupt nicht zu erfassen vermocht.

Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit den neuen Steuervorschlägen der Reichsregierung, ist die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen.

Neben der Weiterbildung der Besitzsteuergesetzgebung, die den Wertverchiebungen Rechnung tragen und insbesondere auf die Beschränkung des verschwenderischen Ueberschusses gerichtet sein muß, und ihrer scharfen Durch-

führung müssen die Sachvermögen für die Beseitigung der Finanznot in Anspruch genommen werden.

Zur Befreiung von der zügellosen Devisenspekulation, zur Hebung des deutschen Auslandskredits, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balanzierung des Reichshaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag unter Schonung des kleingewerblichen und kleindauerlichen Besitzes einzuräumen.

Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen muß die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Verbrauchs- und Genußartikel möglichst gehindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Ausschließung des Auslandsmarktes gefördert, der Salutogewinn an den Ausfuhrwaren vom Reiche erfährt werden.

Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung, die der wahrheitsgemäßen Feststellung der Vermögen und Einkommen dienen, müssen weiter ausgebaut, alle Versuche, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft wird sich bereit halten, jeden Widerstand gegen die zur Gesundung der deutschen Finanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden.

**324. Weidemann:** Die kürzlich erfolgte Neuregelung des Steuerzuschlages für die Beamten ist wiederum in der Weise erfolgt, daß der bisher gewährte gleichmäßige prozentuale Zuschlag weiter gleichmäßig erhöht wurde. Der Widerspruch der maßgebenden Spitzenorganisationen hat es nicht vermocht, die Reichsregierung von diesem System der Zuschlagsgewährung abzubringen. Sie erblicken aber nach wie vor in dem gleichmäßigen prozentualen Steuerzuschlag eine Ungerechtigkeit gegen die minderbesoldeten Beamten und halten ihre grundsätzliche Forderung nach Beseitigung dieses Systems auch weiterhin aufrecht.

Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an und ersucht deshalb die Reichstagsfraktion, gelegentlich der bevorstehenden Beratung des betreffenden Gesetzentwurfes eine Entschließung einzubringen, die sich gegen eine weitere gleichmäßige Erhöhung der prozentualen Steuerzuschläge ausspricht, ihre Staffelung nach Gehaltsstufen oder Gehaltsgrenzen verlangt, und die Beseitigung der Staffelung nach Ortsklassen, sowie die Zusicherung eines Mindestsatzes für die unteren Gehaltsgrenzen fordert. In der Entschließung ist die Reichsregierung ferner zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und inwieweit die Steuerzuschläge in das Grundgehalt und den Ortszuschlag einzubeziehen sind, und dem Reichstag eine entsprechende Gesetzesvorlage zu machen.

**325. Georg Schmidt-Cöpenick:** Entschließung zum Bericht der Reichstagsfraktion, Steuerung betreffend. Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erfassung eines Teiles der Getreideernte ist das Umlageverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erfassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umlageverfahren ist nur ein Uebergang zur vollen freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahegekommen und wird den Brotpreis erhöhend beeinflussen.

Die weitere Verteuerung dieses wichtigsten Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentliche Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentempfänger er-

hehlich verschlechtert. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnbes gegenseitige Maßnahmen zu treffen, abgelehnt, ebenso diese Vorschläge, die Mehrgewinne der industriellen Unternehmer und der Landwirte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Verantwortung für die von uns vorausgesagten und nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihres Einkommens, um einen Ausgleich herbeizuführen, tatkräftig zu unterstützen, ferner dem ziellosen Bestreben des Finanzkapitals, der industriellen Unternehmer und der Landwirte, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich durch unerhörte Gewinne zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten und die Verschiebung von Getreide und anderer Nahrungsmittel nach dem Auslande wirksam, schon beim Erzeuger, zu unterbinden.

**326. Weidemann-Instenburg:** Der Parteitag wolle beschließen: Nach Artikel 10, 3 der Reichsverfassung kann das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften. Von dieser Ermächtigung hat es bisher keinen Gebrauch gemacht, so daß die alten, unter dem Kaiserreich geschaffenen Beamtengesetze noch immer in Geltung sind, die gegen republikanische Beamte in äußerst rigoroser und autoritärer Weise gehandhabt werden. Das weitere Bestehenbleiben dieser Gesetze bildet eine Gefahr für die Republik, ihr schnellstes Verschwinden ist deshalb dringend geboten. Andererseits hält der Parteitag es für unbedingt notwendig, daß die Einheitlichkeit dieser Gesetze im Reich und den Ländern hergestellt wird. Die Beseitigung eines Disziplinargesetzes für Preußen, zu dem der Entwurf fertiggestellt ist, kann daher nicht für wünschenswert erachtet werden. Sie würde, wie Vorgänge beweisen, zu Vermirklungen und Weiterungen führen. Aus diesen Gründen ersucht der Parteitag:

1. die preussische Landtagsfraktion, die Zurückstellung eines etwaigen Entwurfes zu einem preussischen Disziplinargesetz bis zur Erledigung des entsprechenden Gesetzes im Reich zu bewirken;
2. die Genossen in der Reichsregierung und die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung, Einbringung und Verabschiedung des neuen Reichsbeamtengesetzes zu dringen.

**327. Radbruch: Resolution.** Unter dem Schutze der richterlichen Unabhängigkeit hat sich in der deutschen Republik eine Justiz erhalten, die sich als ein obrigkeitstaallicher Fremdkörper im sozialen Volksstaat darstellt. Die Erbitterung weiter Volkstrenne über den Geist, welchen diese Justiz in fast allen politisch gefährlichen Streitfällen bekundet, hat einen Grad erreicht, der tiefgreifende Maßnahmen zu deren Gesundung als unaufschiebbar erscheinen läßt. Es muß den Trägern der deutschen Rechtspflege zum Bewußtsein gebracht werden, daß nur der im Geiste der geltenden Rechtsordnung, im Geiste der sozialen und demokratischen Republik Recht zu finden vermag, der diesen Geist zum mindesten als eine geschichtliche Notwendigkeit innerlich bejaht. Für haßerfüllte Feinde unserer republikanischen Verfassung darf in der republikanischen Justiz keine Stätte sein.

Es ist die Pflicht der Justizministerien, durch sorgfältige Auslese des justizamtlischen Nachwuchses, durch tatkräftige Leitung und Sichtung der Staatsanwaltschaft für die Erneuerung des Geistes in unserer Justiz Sorge zu tragen. Die juristische Ausbildung muß unter Berücksichtigung der wirtschafts- und sozialpolitischen Studien neu geordnet werden. Wie vom Reichsjustizminister die Urteile der Sondergerichte, so müssen von den Justizministern der Länder alle Urteile der anderen außerordentlichen Gerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Benachteiligung einer Nachprüfung unterzogen werden.

Bei der kommenden Justizreform haben die Gerichte, welche sich das besondere Vertrauen weiter Volkstrenne erworben haben: die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, als Vorbilder zu dienen, wie in einem Zeitalter des Klassenkampfes wahrhaft unabhängige Gerichte auszugestalten sind. Die Strafgerichte aller Arten und Stufen sind mit Laienbeisitzern zu besetzen, die Schöffen und Geschworene nach dem Grundsätze der Verhältniswahl zu wählen, die Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern schleunigst durchzuführen.

Die seit Jahrzehnten vorbereitete Neuordnung des Strafrechts, des Strafvollzugs und des Strafverfahrens muß endlich zur Wirklichkeit werden. An die Stelle eines veralteten, auf Vergeltung und Abschreckung abzielenden Strafrechts muß ein auf Sicherung und Besserung, bei Jugendlichen auf Erziehung gerichtetes soziales Strafrecht treten. Todesstrafe und Ehrverlust sind abzuschaffen, Arbeitskraft und Koalitionsrecht besonders zu schützen, die Abtreibungsstrafen durchgreifend einzuschränken. Unser völlig rückständiges Gescheidungsrecht muß schnellstens umgestaltet, die verfassungsmäßig vorgesehene Gleichstellung der unehelichen Kinder baldigst verwirklicht werden. Der Zivilprozeß muß unter sozialem Gesichtspunkte neu geordnet werden, besonders durch Einführung des Güterverfahrens. Verzögert sich die Gesamtreform, so muß die Novellengesetzgebung eingreifen.

Achtung vor dem Recht und Vertrauen in die Rechtspflege sind Lebensbedürfnisse jedes Gemeinwezens. Nur schnelle und durchgreifende Maßnahmen können sie retten.

**328. Hellmann-Hamburg und Genossen:** Ein Reichsgesetz zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, da nur auf diesem Wege die durch die Reichsverfassung gewährleistete Einrichtung von weltlichen Schulen ordnungsgemäß möglich ist und schädliche Schulkämpfe und Schultreits vermieden werden können. Der zurzeit dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf sichert zwar die Errichtung weltlicher Schulen, läßt aber andererseits durch sein weites Entgegenkommen gegen die Bekenntnisschulen deutlich erkennen, daß er zu einer Zeit entstanden ist, in der die Sozialdemokratie in der Reichsregierung nicht vertreten war. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, für die gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfes nachdrücklich einzutreten; hierbei ist nicht nur der Wille der Erziehungsberechtigten so zu berücksichtigen, wie es die Reichsverfassung unter dem Zwang der überlieferten konfessionellen Gliederung Deutschlands verlangt, wie es aber auch die innere Neugestaltung der Schule wünschenswert erscheinen läßt, sondern es muß auch ein geordneter Schulbetrieb gemäß Art. 146 und damit eine möglichst hohe und einheitliche Leistungsfähigkeit des deutschen Schulwesens in vollstem Maße gesichert werden. Ebenso dürfen die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer nicht beeinträchtigt werden.

Grundsätzlich erklärt der Parteitag, daß er nach wie vor an der weltlichen Schule die beste Form der Gemeinschaftsschule sieht, da sie allein die von dem modernen Volksstaat allen Bekenntnissen und Weltanschauungen gegenüber zu übende Duldsamkeit gewährleistet und zugleich alle wertvollen Forderungen einer neuzeitlichen Schulreform am besten zu verwirklichen vermag.

**329. Walter Loeb:** Zur Abänderung des Antrages Keil. Absatz 2. Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden ohne Verminderung des Notenumlaufes, Fundierung der schwebenden Schuld, Festigung des Marktkurses usw.

Absatz 3. Die bisherige Steuergesetzgebung konnte diesem Ziel nicht näherkommen, weil durch die nur zögernd vorwärtsgelende, unzureichende Veran-

lagung, der fortschreitenden Geldentwertung in Vermögens- und Einkommensverhältnissen nicht Rechnung getragen wurde, die Lohn- und Gehaltsempfänger...

Abſatz 5. Neben der Weiterbildung der Befähigungseckgebung, die den Wertverchiebungen Rechnung tragen und insbesondere auf die Beschränkung des verschwenderischen Ueberschubs gerichtet sein muß, und ihrer scharfen Durchführung müssen die Produktionsmittel und der Großgrundbesitz der deutschen Volkswirtschaft herangezogen werden. Unter Schonung der Vermögen und Einkommen der Kleingewerbetreibenden und des Kleinbäuerlichen Besitzes ist dem Reich eine unablässbare Beteiligung an den Realwerten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zu übertragen.

Abſatz 7 (neu fassen). Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie den Bestrebungen, die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung abzuschwächen, die Befugnisse der Finanzverwaltungen den ordentlichen Gerichten zu übertragen, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen wird, da es sich hier um Bestrebungen handelt, die geeignet sind, eine durchgreifende Steuerveranlagung zu erschweren. Es ist insbesondere darauf zu achten, daß die Abwälzung aller Besitzsteuern auf den Konsum durch geeignete Bestimmungen der Abgabenordnung verhindert wird.

330. Walter Loebe: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß beim Reichsfinanzministerium ein Reichskommissariat gegen Steuerhinterziehung errichtet wird.

331. Louis Bieſter: Zusatzantrag Dr. Kann zur Resolution 327. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Kommission zu berufen, die die gesetzgeberischen Vorschläge ausarbeitet, die unter Aufhebung der Unabsehbarkeit der Richter geeignet sind, eine grundlegende Veränderung im Personenstand des deutschen Justizbeamtenstandes herbeizuführen.

332. Benz-Gr.-Stettin: Die ungeheure Teuerung hat die wirtschaftliche Notlage der unteren und mittleren Beamtenschaft und der Lehrerschaft maßlos gesteigert. Diese Schwierigkeiten werden verschärft durch das ungeheure Nachzahlungselend.

Heute noch warten weite Kreise dieser Volksgenossen vergeblich auf beträchtliche Bezüge seit dem 1. April 1920.

Der Parteitag verurteilt diesen unerträglichen Bureaukratismus und fordert die Fraktionen auf, mit ihrem ganzen Einfluß dieser sozialen Ungerechtigkeit zu begegnen.

333. Todenhausen-Berlin: Der Parteitag beauftragt die Fraktionen der Länder und Gemeinden, dafür zu sorgen, daß in den Fortbildungsschulen im staatsbürgerlichen Unterricht Verfassungskunde mit besonders gründlicher Behandlung der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reiches erteilt wird.

334. Ostrowski-Lankwitz: Im Widerspruch mit den von der Partei vertretenen Grundfögen gilt in unserem öffentlichen Schul- und Erziehungswesen immer noch der Satz: wer Geld hat, kann sich die Bildungsmöglichkeiten für seine Kinder in jeder gewünschten Form leisten.

Schulgeldsteigerungen sind an der Tagesordnung. Es wachsen damit von Tag zu Tag die Hindernisse, die sich schon bisher einem stetigen, starken Aufstieg aller in den Unterſchichten verkümmern, von Natur vielversprechend begabten jugendlichen Kräften entgegenstellen.

Jede Umstellung auf die gemeinschaftliche Beeinflussung und Erziehung unseres Nachwuchses wird damit noch für lange Zeit illusorisch gemacht.

Schulung und Erziehung sind nun aber einmal anerkannte Gemeinschaftsaufgaben. Die Gemeinschaft ist Quelle und Mündung für jedes Einzelleben.

Die Gemeinschaft aller Staatsbürger hat deshalb auch an den Lasten für die Auferziehung des staatsbürgerlichen Nachwuchses nach dem Grade der finanziellen Leistungsfähigkeit teilzunehmen.

Es ist geradezu widersinnig, wenn man heute der Elternschaft allein — neben den schon an und für sich großen Lasten der pflegerischen körperlichen Aufbringung — auch den größten Teil der Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder zumutet, während Unverheiratete und Kinderlose an diesen Aufwendungen für die Gemeinschaft völlig anteillos bleiben.

Es würde in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bis hinein in den Mittelstand, der unter dieser Ueberlast ebenfalls sehr stark leidet, als eine große wirtschaftliche Erleichterung begrüßt werden, wenn an der Aufbringung dieser Sonderlasten die gesamte Volksgemeinschaft beteiligt würde.

Wenn auch an dem Grundsatz festgehalten werden soll, daß alle Lasten für die Schule als der vornehmsten aller sozialen Veranlassungen eines Volkes aus dem allgemeinen steuerlichen Aufkommen getragen werden müssen, so erfordert doch der noch für lange Zeit bestehende notleidende Zustand unseres Reichshaushalts für diese lebensnotwendigen Zwecke wie auf vielen anderen Gebieten außerordentliche Notmaßnahmen.

In dieser Erkenntnis und teilweise auch unter Berufung auf § 145 und den Gesamtgeist der übrigen in Frage kommenden Paragraphen der Reichsverfassung fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, mit allen Mitteln zu versuchen, daß alsbald zur Aufbringung der bisher von der deutschen Elternschaft getragenen Ueberlasten an Schulgeld und Lehrmitteln eine die Allgemeinheit belastende Reichsschulnotsteuer zur Einführung kommt.

Die Steuer müßte so errechnet werden, daß sie neben den eben angeführten Zwecken auch noch Mittel übrig läßt für darüber hinausliegende Schul- und Erziehungsaufgaben des Reiches, die bisher, wie bekannt, in einem erschrecklichen Zustande der Vernachlässigung bleiben mußten.

Sollte es der Fraktion nicht gelingen, ihren Einfluß für das Zustandekommen des Gesetzes geltend zu machen, dann soll darüber hinaus das Volksbegehren in die Wege geleitet werden.

335. Hauke: Resolution zur Frage Oberschlesiens. Der Parteitag begrüßt das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und stellt mit Genugtuung fest, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft der Deutschen Republik die Treue gehalten hat.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordert, daß der Wille der Mehrheit geachtet wird. Die Mehrheit des ober-schlesischen Volkes hat gezeigt, daß sie deutsch bleiben will.

Die deutschen Sozialdemokraten vermehren sich entschieden dagegen, daß in Oberschlesien die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger durch die Vertreter der Entente zugunsten des internationalen Kapitals mit Füßen getreten werde. Sie erwarten, daß die Sozialisten aller Länder dafür wirken werden, daß Oberschlesiens staatliche Zugehörigkeit nicht nach imperialistischen und kapitalistischen Gesichtspunkten entschieden wird.

Die Verzögerung der Entscheidung hemmt das ober-schlesische Wirtschaftsleben und bringt der ober-schlesischen Bevölkerung, besonders den Arbeitern, schweren Schaben.

#### Erklärung.

Die Delegierten aus den besetzten westlichen Gebieten unterstützen nachdrücklich die Forderung nach sofortiger Aufhebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen. Mit den übrigen Bevölkerungsschichten leiden die Arbeiter, Angestellten, Beamten schwer unter diesen ungerechtfertigten Vergeltungsmaß-

nahmen. Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit, verschärfte Wohnungsnot, Schließung vieler Schulen, viele andere Schädigungen sind Folgen der Sanktionen.

Die sozialistischen Arbeiter der besetzten Gebiete erheben Einspruch gegen die erneute Verschärfung der Zensur, gegen die Einengung des Versammlungs- und Koalitionsrechts, gegen die Unterdrückung der republikanischen Hoheitszeichen, gegen die Eingriffe in die verfassungsrechtlichen Freiheiten überhaupt. Die rheinische Bevölkerung hat in fast zweijähriger Besetzungsdauer gezeigt, daß sie einer Militärdiktatur nicht bedarf.

Die Delegierten aus den besetzten Gebieten erneuern im Auftrage der sozialistischen Massen das Bekenntnis zur deutschen Republik. Weder Sanktionen noch andere Bedrückungen, weder französische Kulturpropaganda noch andere Mittel französischer Imperialisten werden die Annexionen der Rheinlande oder den rheinischen Pufferstaat erreichen. Unauflöslich verbunden mit der deutschen Republik wollen die rheinischen sozialistischen Massen als Deutsche der Verteidigung mit dem französischen Volke dienen.

Sollmann (Köln) und Genossen.

**336. Frerichs-Rüstringen:** Der Parteitag beauftragt die Fraktionen des Reiches und der Länder, zur Erleichterung der Siedelungsmöglichkeiten die Besteuerung der Oehländereien zu erstreben.

Das Reichsiedelungsgesetz enthält Lücken, durch welche den Besitzern von Oehländereien die Möglichkeit gegeben ist, die Enteignung zu verzögern bzw. zu verhindern, ohne daß eine Kultivierung der betreffenden Flächen erfolgt. Durch eine entsprechende Besteuerung kann die Beschaffung von Siedelungsland erleichtert werden.

**337. Widmann und Köhle:** Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission aus theoretisch und praktisch in der Agrarfrage erfahrenen Genossen mit der Ausarbeitung eines Agrarprogramms zu beauftragen.

**338. Köhle:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf schnellstem Wege eine volkstümliche Erläuterung des Görliker Parteiprogramms herauszugeben. Köhle. Horn. Hoch. Grund. Geringhoff. Frau Pfeifenberg. Berta Schulz. Broßwig. Sollmann. Beyer. Pascher. Kiegel. W. Widmann. Dr. Wittig. Markwald. Richmann. Günther. Wurbs. Wischer. Schiskowski. Frau Wolff. Miß. Kabelitz. H. Häuser. Fests. Magdeburg. Hüther. Lutz. Uden. Freitag. Reichardt. Linke.

## Ergebnis der Abstimmungen über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 330—400).

### Nicht genügend unterstützt:

1—5 (119), 8, 9, 13, 14, 18 (120), 28, 57—61, 64—68, 70 (156), 172, 179, 184, 203, 227 (231), 287—289 (324), 300, 301 (156).

### Durch Abstimmung oder Erklärung erledigt:

33, 39—56, 71 (208), 72, 80—82, 84—86, 89, 91—99 (207), 111 Abs. 2, 112—124, 126, 129, 130, 132, 133, 139, 140, 142 bis 144, 146—149 (269), 153 (231), 154, 155, 158, 160—164 (269), 178, 180, 182, 183 (270), 185 (269), 186 (270), 290—295 (324), 299 (269), 303, 314—318 (207).

### Abgelehnt:

34, 38, 63, 69, 73—75 (208), 79, 104, 145 (269), 181, 222 (270), 329 (269), 330 (270), 331 (269).

### Dem Parteivorstand überwiesen:

20—27, 29—32, 35, 76—78 (208), 214 (270), 271, 274—281, 283, 284 (208), 305 (270), 312 (208), 320 (270).

### Der Reichstagsfraktion überwiesen:

83, 87, 88, 90, 102, 105, 106, 125, 128, 131, 136—138, 141, 151, 165—167 (269), 169—171, 175—177, 187—202, 210 bis 213, 218—220, 223, 228—230, 236 (270), 302 (208), 324, 326, 332, 334, 336 (270).

### Der Programmkommission überwiesen:

6, 7, 10—12, 15—17, 19 (120), 127 (231), 231—270, 296 bis 298 (120), 307, 308 (231).

### Angenommene Anträge:

36, 37 (208) Mitarbeit an bürgerlicher Presse, 62 (208) Preßkommission des „Vorwärts“, 100, 101 (269) Wahrzeichen der Republik, 103 (269) Reichswehr, 107—110 (269) Sozialfizierung, 111 Abs. 1 (269) Volksnotlage, 134, 135 (269) Gutsbezirke, 150 (269) Trennung von Kirche und Staat, 152 (269)

Pressefreiheit, **156** (269) Lehrbücher, **157** (269) Schule, **159** (269) Reichsjugendbeschutzgesetz, **168** (269), **173** (270) Sozialrentner, **174** (270) Wohlfahrtspflege, **204—209** (270) 1. Mai und 9. November, **215—217** (270) Ächtstundentag, **221** (270) Landgemeindeordnung, **224** (270) Gemeindeverwaltung, **225** (270) Immunität der Gemeindeverordneten, **226** (270) Verwaltungstageselder, **272, 273** (208) Schul- und Bildungsfragen, **282** (324) Konsumgenossenschaften, **285** (324) Frauenmitarbeit, **304** (207) Sicherung der Republik, **306** (208) Republikanisches Abzeichen, **309** (208) Freikorps, **310** (208) Einigung, **311** (208) Georgien, **313** (208) Versailler Vertrag, **319** (208) Lehrer, **321** (206) Ungarn, **322** (270) Soziale Bevölkerungspolitik, **323** (269) Steuerfrage, **325** (270) Feuerung, **327** (269) Justizreform, **328** (269) Weltliche Schule, **333** (270) Fortbildungsschulen, **335** (296) Oberschlesien; besetztes Gebiet, **337** (322) Agrarprogramm, **338** (322) Programm-Erläuterung.

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

## Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Albrecht, August Fr.	Berlin	Verb. der Arbeiterjugendvereine
Amann, Lina	Nürnberg	Franken
Anforge, Marie	Neufalsbrunn	Reichstagsfraktion
Arnhold, Emil	Treysa	Bezirk Cassel
Arning, Marie	Eberfeld	Niederrhein
Arnold, Anton	Schussenried	Württemberg
Arzt, Arthur	Dresden-Alttadt	Dresden (Dörfchen)
Bach, Otto	Berlin	Jungsozialisten
Bader, Paul	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bartels, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Partei Vorstand
Bartoch, Karl	Neufals	Mecklenburg-Lübed
Bauer, Gustav	Neudöln	Reichstagsfraktion
Bauer, Paul	Merseburg	Bezirk Halle
Bauers, Franz	Oldesloe	Bezirk Schleswig-Holstein
Baumann, Andreas	Hienburg (Wefer)	Hannover-Drummler
Bahner, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß
Bernid, Gustav	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	Programmkommission
Berthold, Emma	Köln-Kall	Oberrhein
Beithe, Julius	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Beutcher, Jakob	Burtehuber	Bezirk Hamburg
Beyer, Georg	Köln	Oberrhein
Bied, Alfred	Solingen	Bezirk Niederrhein
Bießer, Louis	Holzbüttel	Schleswig-Holstein
Bohm-Schuch, Klara	Berlin-Grig	Redaktion „Gleichheit“
Bollmann, Minna	Halberstadt	Parteiausschuß
Borowski, Albert	Königsberg	Ostpreußen
Brandes, Wilhelm	Gesfemünde	Hamburg-Nordwest
Brauer, Heinrich	Eisenach	Groß-Thüringen
Braun, Adolf	Berlin	Partei Vorstand
Braun, Otto	Berlin-Friedenau	Reichstagsfraktion
Braunholz, Johannes	Schwege	Bezirk Cassel
Brehmer, Karl	Hofstad	Mecklenburg-Lübed
Breitkopf, Heinrich	Prteg	Mittelschlesien
Breh, August	Hannover	Kontrollkommission
Brintmann, Fritz	Berlin	Bezirk Groß-Berlin
Brädel II, Friedrich	Godenheim	Bezirk Baden
Broßwig, Conrad	Frankfurt a. M.	Sachsen-Anhalt
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Bubert, Walter	Danabrück	Bezirk Danabrück
Buchwig, Otto	Mohs	Niederschlesien
Budnerowski, Johann	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Buhl, Karl	Leipzig	Parteiausschuß
Burmman, Käte	Bunglau	Bezirk Niederschlesien
Busche, Fritz	Weddow (Schaumb.)	Cassel
Carl, Fritz	Neufals a. d. O.	Bezirk Niederschlesien
Castrup, B.	Eberfeld	Parteiausschuß
Cunow, Heinrich	Berlin-Friedenau	Redaktion „Neue Zeit“
Czerwinski, Bernhard	Rotthausen	Bezirk Niederrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Daemisch, Fritz Daubenhäler, Karl David, Dr. Eduard David, Paul Dennstädt, Jos. Dornberger, Christoph Drescher, Reinhold Dreiß, Fritz Deuß, Emil Deß, Anton Dietrich, Otto	Höchst a. M. Striegau Berlin Sarlstedt Ingolstadt Fürth Halle a. d. S. Berlin Deß Müßheim a. M. Falkenberg	Hessen-Nassau Mittelsachsen Reichstagsfraktion Hannover-Braunschweig Oberbayern/Schwaben Franken Parteiausschuß Bezirk Groß-Berlin Mittelsachsen Hessen Bezirk Halle
Eberle, Hugo Eder, Fritz Eckstein, Ernst Eggerstedt, Otto Ehrenleit, John Eisenbach, Heinrich Engelmann, Mich. Evert, Christine	Görlitz Weiden Breslau Riel Hamburg Hamburg Annaberg/Erzgeb. Woinang b. Stuttgart	Parteiausschuß Bezirk Oberpfalz/Niederbayern Mittelsachsen Bezirk Schleswig-Holstein Hamburg-Nordwest Hamburg-Nordwest Bezirk Chemnitz Württemberg
Faulian, Bertold Fehlich, Bruno Felgenträbe, Max Feller, Hermann Feller, Wilhelm Feri, Gustav Fiedler, Frau Finte, Julius Fischer, Emil Fischer, Friedrich Fischer, Richard Fischer, Theodor Filsch, Heinz Forster, Karl Frank, Otto Franz, Alfred Franz, Julius Freitag, Alfred Friedrich, Fritz Freudenberger, Felix Friedrich, Frau	Eisenberg S.-M. Liegnitz Cassel Silbesheim Sagan Magdeburg Bernburg Herford Münsterberg Stuttgart Berlin Berlin Salle Oberstein a. d. Nahe Berlin Chemnitz Kattowitz Mainz Nürtingen Würzburg Lübeck	Groß-Thüringen Bezirk Niedersachsen Bezirk Cassel Hannover-Braunschweig Sagan Magdeburg-Anhalt Magdeburg-Anhalt Westliches Westfalen Franken Kontrollkommission Parteiobstand Parteiausschuß Bezirk Halle Oberrhein Parteiobstand Bezirk Chemnitz Bezirk Obersachsen Bezirk Hessen Odenburg Franken Magdeburg-Anhalt Pommern Bezirk Pommern Oberbayern/Schwaben Bezirk Pommern Westliches Westfalen Oberbayern/Schwaben Geschäftsführer des „Vorwärts“ Bezirk Mecklenburg-Lübeck Oberrhein Bezirk Leipzig Programmkommission Kontrollkommission Hessen-Nassau Hessen-Nassau Württemberg
Gebhardt, Balb. Gebhardt, Magnus Gegner, Gustav Gehke, Ernst Geißelhardt, Otto Geiz, Lehrer	Röthenbach b. Freucht Burg b. Magdeburg Stolz Straßburg Burgau Friedensburg bei Bodejuch	Franken Magdeburg-Anhalt Pommern Bezirk Pommern Oberbayern/Schwaben Bezirk Pommern Westliches Westfalen Oberbayern/Schwaben Geschäftsführer des „Vorwärts“ Bezirk Mecklenburg-Lübeck Oberrhein Bezirk Leipzig Programmkommission Kontrollkommission Hessen-Nassau Hessen-Nassau Württemberg
Geringhoff, Theodor Gier, Frau W. Glocke, Theodor Gödnrecht, Wilhelm Görlinger, Robert Göpel, Marie Gradnauer, Dr. G. Grünberg, Helene Grund, Paul Gürther, Ferdinand Gutmann, Wilhelm	Münster i. W. München Berlin Bismar Röhr Walbheim Berlin Münsterberg Marburg a. d. L. Bad Orb Rochendorf	Franken Magdeburg-Anhalt Pommern Bezirk Pommern Oberbayern/Schwaben Bezirk Pommern Westliches Westfalen Oberbayern/Schwaben Geschäftsführer des „Vorwärts“ Bezirk Mecklenburg-Lübeck Oberrhein Bezirk Leipzig Programmkommission Kontrollkommission Hessen-Nassau Hessen-Nassau Württemberg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Haberland, Karl Haberlandt, Wilhelm Hagen, Anton Hagen, Georg Hahn, Erwald Hahn, Rudolf Hahn, Fritz Hähnjen, Louis Hanna, Gertrud Hänsch, Hermann Hartenstein, Kurt Hartmann, Konstantin Hartsh, Erwin Hartwig, Theodor Haufe, Paul Haufe, Frieda Hauschild, Richard Häuser, Heinrich Hefestheit, Hermann Heinbodel, Rudolf Heimann, G. Hellers, Rosa Hellmann, G. A. Helming, Johann Hengsbach, Clemens Hennede, Hans Hensler, Fritz Herrmann, Karl Hertwig, Richard Hesse, Wilhelm Heugel, A. Heubke, Adolf Hielcher, Paul Hildenbrand, Karl Hirde, Martin Hoch, Gustav Höga, Clemens Hoff, August Hoffmann, Hugo Hohnsbehn, Gustav Hoin, Richard Holtmann, Karl Holz, Eduard Hünlich, Oskar Huschke, Karl Hütter, August	Eberfeld Hensburg Leipzig Pulmbach Neugersdorf Lütz Cassel Magdeburg Berlin-Pankow Jütlau Chemnitz Magdeburg Mühlau (Vogtland) Stettin Königshütte O.-S. Kattowitz Cassel Gießen Süderloh Altenbuch a. d. Elbe Odenburg Hamel Hamburg Düsseldorf Köln-Sülz Waren Dortmund Grimma Reiße D.-S. Stadthagen Saarbrücken 3 Hannover Hirschberg Berlin Sagen i. W. Hanau Augsburg Barmen Frankfurt a. d. D. Neumünster Limburg a. d. L. Nottenburg i. Saun. Nürtingen Duisburg Offenbach a. M.	Parteiausschuß Bezirk Schleswig-Holstein Bezirk Leipzig Franken Dresden (Ohsachsen) Mecklenburg-Lübeck Bezirk Cassel Parteiausschuß Bezirk Groß-Berlin Dresden (Ohsachsen) Bezirk Chemnitz Magdeburg-Anhalt Mühlau/Chemnitz Parteiausschuß Parteiausschuß Bezirk Obersachsen Parteiausschuß Bezirk Hessen Westliches Westfalen Hamburg-Nordwest Odenburg Parteiausschuß Hamburg-Nordwest Bezirk Niederrhein Kontrollkommission Mecklenburg-Lübeck Westliches Westfalen Bezirk Leipzig Parteiausschuß Westliches Westfalen Oberrhein Hannover-Braunschweig Bezirk Niedersachsen Parteiobstand Westliches Westfalen Referent Oberbayern/Schwaben Bezirk Niederrhein Brandenburg Bezirk Schleswig-Holstein Hessen-Nassau Hamburg-Nordwest Magdeburg-Anhalt Parteiausschuß Bezirk Niederrhein Bezirk Hessen Schleswig-Holstein Ostpreußen Buchhandlung Vorwärts Berlin Reichstagsfraktion Bezirk Schleswig-Holstein Brandenburg Parteiobstand Dresden (Ohsachsen) Hessen-Nassau Reichstagsfraktion Hamburg-Nordwest Hessen-Nassau Programmkommission Bezirk Niedersachsen Bezirk Hessen
Jacobs, Heinrich Jäger, Karl Jakubowicz, Michael Janichel, Alfred Jensen, Toni Jäger, Karl Juchacz, Marie Jurmann, Alfred	Riel Königsberg Berlin Berlin Riel Berlin SW. Berlin Kiefa	Schleswig-Holstein Ostpreußen Buchhandlung Vorwärts Berlin Reichstagsfraktion Bezirk Schleswig-Holstein Brandenburg Parteiobstand Dresden (Ohsachsen)
Kabelk, Paul Kahmann, Hermann Kaisen, Wilhelm Kann, Dr. Stefan Kell, Wilhelm Keller, Hugo Kern, Elisabeth	Biesbaden Pöschappel Bremen Frankfurt a. M. Ludwigsburg Görlitz Darmstadt	Hessen-Nassau Reichstagsfraktion Hamburg-Nordwest Hessen-Nassau Programmkommission Bezirk Niedersachsen Bezirk Hessen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kern, Robert Kieß, Paul Kinner, Gustav	Seibingsfeld/Untersfr. Jena Peterstalldau, Kreis Reichenbach	Franken Groß-Thüringen Mittelschlesien
Kirchner, Georg Klauber, Karl Kleinert, August Kleinert, Wilhelm Klöse, Adolf Klögel, Emma Kluppich, Franz Knad, Dr. A. Koch, Richard Kollmann, Hermann Körner, Bruno Köster, Dr. Adolf Kröger, Wilhelm Kriger, Franz Kriger, Richard Kriger, Wilhelm Künneke, Frau Kurtz, Math. Kuschgan, Karl	Altona Saalfeld a. d. S. Gantß, Str. Neumarkt Iphoe Königshütte Görlitz Dortmund Hamburg Zwickau Beylar a. d. L. Ludwigshafen Blantensee b. Hamb. Kottbus Göpenitz-Wehlenhorst Merseburg Berlin Osnabrück Weiden b. Köln Lauban	Bezirk Schleswig-Holstein Groß-Thüringen Mittelschlesien Bezirk Schleswig-Holstein Bezirk Oberschlesien Bezirk Niederschlesien Parteiausschuß Hamburg-Nordwest Chemnitz/Zwickau Hessen-Raffau Parteiausschuß Reichstagsfraktion Parteiausschuß ParteiVorstand Bezirk Halle Brandenburg Bezirk Obenbürg Oberhein Bezirk Niederschlesien
Labeck, Wilhelm Lamp, Dr. W. Langbein, Gustav Lau, Johannes Lauffötter, Franz Lawaitsch, Berta Leber, Hermann Leber, Dr. Lebler, Johanna Lehmann, Emil Leuterich, Max Lehwertenz, Fr. Lex, Anna Lejinski, Erich Liescher, Reinhold Lieser, Heinrich Linke, Adolf Littauer, Paul Loeb, Konrad Loeb, Walter Lohmann, Richard Löbe, Paul Loserelt, Max Lohmann, Julius Löhning, Joseph Lurisch, Hans Lutz, Edmund	Schönebeck Hamburg Meiningen Hannover Hamburg Breslau Weimar Lübeck Chemnitz Berlin-Friedrichsfelde Hamburg Krefeld Dortmund Küstrin Dresden-Lößtau Homburg (Saar) Dessau Berlin Erlangen Frankfurt a. M. Berlin Berlin (Breslau) Chemnitz Kärnberg Königsberg München Worms	Magdeburg-Anhalt Hamburg-Nordwest Groß-Thüringen Parteiausschuß Hamburg-Nordwest Parteiausschuß Parteiausschuß Mecklenburg-Lübeck Bezirk Chemnitz Bezirk Groß-Berlin Parteiausschuß Parteiausschuß Westliches Westfalen Brandenburg Dresden (Ostschlesien) Bezirk Pfalz Magdeburg-Anhalt Bezirk Groß-Berlin Franken Bezirk Hessen-Raffau Arbeitsgemeinsch. Soziald. Lehrer Kontrollkommission Bezirk Chemnitz Franken Ostpreußen Oberbayern/Schwaben Bezirk Hessen
Mache, Karl Maly, Hedwig Mardwald, Hans Markwardt, Karl Marr, Franz Marß, Bruno Marschke, Anna Masthey, Franz Meier, Richard Meier, Wilhelm	Dreslau Landshut i. Schl. Frankfurt a. M. Künigsberg Bonn Begeßad Berlin Kottbus Zwickau Detmold	Mittelschlesien Bezirk Niederschlesien Hessen-Raffau Hannover-Braunschweig Obernhein Hamburg-Nordwest Parteiausschuß Brandenburg Parteiausschuß Westliches Westfalen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Miethe, Wilhelm Miß, Conrad Mollenbuh, Hermann Möller, Wilha Molmann, Karl Mühlmann, Joseph Mündel, Mathilde Münz, Erna Müller, Hermann Müller, Hermann Müller, Karl Müller, Max	Forst Köln Berlin-Schöneberg Zwickau Schwerin Berlin Hannover Breslau Berlin-Zempelhof Berlin-Lichtenberg Stendal Chemnitz	Brandenburg Parteiausschuß ParteiVorstand Zwickau/Chemnitz Schwerin Bezirk Groß-Berlin Hannover-Braunschweig Mittelschlesien ParteiVorstand Kontrollkommission Magdeburg-Anhalt Parteiausschuß
Nebdermeyer, Paul Neue, Paul Nierich, Max Nimmerfall, Hans	Neurode Emden Bielefeld München	Mittelschlesien Bezirk Obenbürg Westliches Westfalen Parteiausschuß
Ober, Fritz Oppel, Frau Ofonski, Karl Ofrowski, Dr. Otto Othwald, Richard	Speyer Wilhelmsbaben Kattowik Berlin-Lankwitz Kolberg	Pfalz Obenbürg Bezirk Oberschlesien Bezirk Groß-Berlin Bezirk Pommern
Pagels, Max Panger, Johann Palscher, Maria Passehl, Otto Pfanckuch, Wilhelm Pfeifferbrint Pflüger, Albert Pflüß, Antonie Pfeilsche, Elisabeth Pfeisch, Karl Pflard, Emil Pintau, Karl Pintert, Max Pittig, Kurt Pirill, Sebastian Pusch, Ernst	Berlin Bahrenth Nachen Buchholz b. Hohenkrug Berlin Westliches Westfalen Stuttgart München Kottbus Breslau Koblenz Leipzig Dresden-N. Freiberg Hannover Kendsbürg	Groß-Berlin Franken Nachen Obernhein Bezirk Pommern ParteiVorstand Westliches Westfalen Württemberg Programmkommission Brandenburg Mittelschlesien Obernhein Kontrollkommission Parteiausschuß Bezirk Dresden (Ostschlesien) Hannover-Braunschweig Bezirk Schleswig-Holstein
Quard, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Programmkommission
Rabbruch, Prof. Dr. Gust. Reichardt, Hermann Reichla, Johann Rehm, Jakob Reimbold, Georg Richmann, C. Ritzel, Heinrich Ritter, Adolf Röhle, Paul Röpert, Marie Roth, Bruno Ruben, Ernst Rubbert, Johannes Kummer, J. Ryneck, Efriede	Kiel Halberstadt Schneeberg (Erzgeb.) Geislingen a. d. St. Singen a. d. S. Minden i. W. Darmstadt Berlin Frankfurt a. M. Halle Werdau (Sa.) Hannover-Braunschweig Wilhelmsbürg Benzberg Dln.-Baumschulenweg	Reichstagsfraktion Magdeburg-Anhalt Bezirk Chemnitz Württemberg Baden Westliches Westfalen Bezirk Hessen ParteiVorstand Parteiausschuß Bezirk Halle Zwickau/Chemnitz Braunschweig Hannover-Braunschweig Oberbayern/Schwaben ParteiVorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Schaffner, Joseph	Hannover	Hannover-Braunschweig
Scheibemann, Philipp	Cassel	Cassel
Schüler, Richard	Göttingen	Hannover-Braunschweig
Schilling, Minna	Döbeln i. Sa.	Reichstagsfraktion
Schischowski, August	Hamm i. W.	Westliches Westfalen
Schlichtinger, Rudolf	Regensburg	Bezirk Oberpfalz/Niederbayern
Schmidt, August	Vorbrück-Walstraße	Hannover-Braunschweig
Schmidt, Georg	Berlin-Röpenick	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Berlin	Parteiausschuß
Schmidt, Richard	Meißen	Reichstagsfraktion
Schmidt, Robert	Berlin-Karlshorst	Reichstagsfraktion
Schmitt, Franz	München	Oberbayern/Schwaben
Schnabrich, Michel	Sersfeld	Bezirk Cassel
Schnaitmann, Adolf	Troßingen (Oberamt Tuttlingen)	Württemberg
Schölich, Gustav	Breslau	Parteiausschuß
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schöpslin, Georg	Karlstraße	Reichstagsfraktion
Schröder, Luise	Altona	Parteiausschuß
Schröder, Paul	Köln	Bezirk Mecklenburg-Lübeck
Schubarth, Wilhelm	Gummersbach	Oberhein
Schuhmacher, Dr. Kurt	Stuttgart	Bezirk Württemberg
Schulz, Adolf	Berlin S.W. 68	Druferrevisor
Schulz, Gustav	Glogau	Bezirk Niederschlesien
Schulz, Heinrich	Berlin-Steglitz	Parteiorgan
Schulz, Hermann	Königsberg i. Ostpr.	Parteiausschuß
Schulz, Joh.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Schulz, Wilhelm	Nordhausen	Groß-Thüringen
Schulz, Berta	Serne i. W.	Parteiausschuß
Schumann, Oswald	Berlin-Wahlsdorf	Reichstagsfraktion
Schuster, Prof. Max	Hausen	Dresden (Ostschlesien)
Schwarzforn, Josef	München	Oberbayern/Schwaben
Schwarz, Christian	Zweibrücken	Pfalz
Seemann, Fritz	Lannetwals, Kr. Fischhausen	Ostpreußen
Seifert, Elisabeth	Potsdam	Brandenburg
Seifert, Billy	Birna	Dresden (Ostschlesien)
Selbert, Adam	Niederzwehren	Bezirk Cassel
Severing, Karl	Mielefeld	Reichstagsfraktion
Sepdewitz, Max	Widkau	Widkau/Chemnitz
Siebold, Hermann	Leipzig	Bezirk Leipzig
Siering, Wilhelm	Berlin N. 113	Brandenburg
Silberichmidt, Hermann	Berlin-Röpenick	Reichstagsfraktion
Simon, Georg	Augsburg	Reichstagsfraktion
Sollmann, Wilhelm	Wien a. Rh.	Reichstagsfraktion
Stampfer, Friedrich	Berlin	Parteiorgan
Steinbrecher, Georg	Meißen	Brandenburg
Steinlopf, Billy	Berlin-Wilmersdorf	Reichstagsfraktion
Steinmeier, Otto	Stuttgart	Bezirk Württemberg
Steffen, Fritz	Ludwigshafen a. Rh.	Bezirk Pfalz
Stelling, Johannes	Röpenick	Parteiorgan
Strobel, Georg	Mannheim	Parteiausschuß
Strobel, Robert	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Strobel, Heinrich	Berlin-Steglitz	Bezirk Groß-Berlin
Stuchmann, August	Sieker b. Mielefeld	Westliches Westfalen
Subit, Billy	Dresden-Mittstadt	Dresden (Ostschlesien)
Taubadel, Paul	Görlitz	Reichstagsfraktion
Tesch, Johanna	Krankfurt a. M.	Reichstagsfraktion
Tobenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß
Tregner, Ferdinand	Dresden b. Brees	Bezirk Schleswig-Holstein
Treu, Martin	Münster	Franken
Trink, Oskar	Karlstraße	Bezirk Baden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Verdieck, Paul	Miel	Bezirk Schleswig-Holstein
Verdieck, Wilhelm	Kiel	Parteiausschuß
Vesner, Stabrat	Offenburg	Bezirk Baden
Vettermann, Max	Auerstraße b. Chemn.	Bezirk Chemnitz
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß
Vogel, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Voigt, Paul	Brandenburg a. S.	Brandenburg
Voigt, Ernst	Grfurt	Groß-Thüringen
Volck, Oswald	Stettin	Pommern
Wachenheim, Hedwig	Berlin-Grunewald	Bezirk Groß-Berlin
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenrat
Wagner, Mich.	Landshut a. d. Mar.	Bezirk Oberpfalz/Niederbayern
Walter, Auguste	Mielefeld	Westliches Westfalen
Wartenberg, Alma	Altona	Bezirk Schleswig-Holstein
Wegener, Wilhelm	Köpenick	Bezirk Leipzig
Weidemann, Wilhelm	Junkerburg	Ostpreußen
Weimann, Richard	Berlin	Bildungsausschuß
Weimar, Hans	Köln	Bezirk Mecklenburg-Lübeck
Weiß, Alfred	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Weiß, Otto	Berl.-Friedrichshagen	Parteiorgan
Wendemuth, Karl	Waldburg	Württemberg
Werner, Theodor	Brunsbüttel	Bezirk Schleswig-Holstein
Westphäliger, Karl	Osnabrück	Odenburg
Weyer, César	Mörs (Hhld.)	Bezirk linker Niederrhein
Widmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Wierbicki, Ella	Hamburg	Parteiausschuß
Wiescher, Josef	Melsche i. W.	Westliches Westfalen
Wilde, August	Glauchau	Bezirk Chemnitz
Wille, Hermann	Selle	Hannover-Braunschweig
Wimmer, Thomas	München	Oberbayern/Schwaben
Wintler, Max	Königsbrück	Dresden (Ostschlesien)
Wissel, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Witolla, Paul	Tilsit	Ostpreußen
Wittig, Bruno	Dußbach (Oberheffen)	Bezirk Hessen
Wohlgemuth, Toni	Wittenberg b. Marienburg	Ostpreußen
Wolff, Janette	Bocholt i. W.	Westliches Westfalen
Wolfram, Edmund	Rochowau	Bezirk Chemnitz
Wündlich, Amalie	Cassel	Bezirk Cassel
Wurbis, Bedakteur	Bochum	Westliches Westfalen
Wünsche, Dr. Hermann	Dresden-Strießen	Dresden (Ostschlesien)
Zahr, Grete	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Zeiner, Matthias	Hannover	Hannover-Braunschweig
Zimmermann, Arthur	Altensurg (S.A.)	Bezirk Gr.-Thüringen
Zwad, Ferd.	Freitling	Oberbayern/Schwaben

## Sachregister des Parteitagcs.

- Abzeichen der Republik 170, 184.  
 Agitation 41.  
 Agitationsmaterial 13.  
 Agrarprogramm s. Programm.  
 Amnestiegesetz 62.  
 Anfragen, kleine — 99.  
 — Antworten 101.  
 Angestelltenversichr. 63.  
 Anträge, die dem Parteivorstand überwiesen waren, 12.  
 — zur Tagesordnung des Parteitages (Nrn. 1 bis 19) 390.  
 — zum Bericht des Parteivorstandes (Nrn. 20 bis 56) 331.  
 — zur Organisation und Agitation (Nrn. 57 bis 78) 335.  
 — zum Bericht der Fraktion des Reichstags (Nrn. 79 bis 230) 337.  
 — zum Parteiprogramm (Nrn. 231 bis 270) 358.  
 — Jugend und Bildung (Nrn. 271 bis 281) 384.  
 — Sonstige (Nrn. 282 bis 295) 385.  
 — Nach Drucklegung der Vorlage eingegangene — (Nrn. 295a bis 338) 386.  
 Anwesenheitslisten 13, 178.  
 „Arbeiter-Bildung“ 41, 153.  
 „Arbeiter-Jugend“ 21, 41, 153.  
 Arbeiterjugendbewegung 19.  
 Arbeiterversicherung 62.  
 Arbeiterwohlfahrt, Hauptauschuß für — 17.  
 Arbeitsgerichte 229.  
 Arbeitsinvaliden 281.  
 Arbeitslosigkeit 210.  
 Arbeitsrecht 256.  
 Armenien 323, 324.  
 Aserbaidschan 323, 324.  
 Auslandsdeutschtum 290, 294.  
 Ausnahmezustand 64.  
 Bayern 164, 250, 253, 254, 324, 327.  
 Beamten 135, 242, 244, 248, 255, 257, 265.  
 Beamtenbewegung 25.  
 Beamten, Kriegsdienstzeit der — 84.  
 Bebel 319.  
 Begrüßung 109, 117, 120.  
 Beiträge 152.  
 Bekleidungsämter 65.  
 Belgien 240.  
 Bericht der Beschwerdekommmission 281.  
 — der Kontrollkommision 155.  
 — der Mandatsprüfungskommission 156.  
 — des Parteivorstandes 1, 133.  
 — der Programmkommision 296.  
 — der Reichstagsfraktion 55, 208.  
 — über die Ernährungsfrage 214.  
 — über die Steuerfrage 219.  
 — über die Wirkung des Versailler Friedensvertrages 270.  
 — über Organisation und Rasse 150.  
 Berufssoldaten 249.  
 Befahrungsgewinnler 258.  
 Befahrungskosten 276.  
 Befahtes Gebiet 257, 287 bis 289, 294.  
 Betriebsbilanzgesetz 66.  
 Betriebsvertrauensmänner 13.  
 Bildungsarbeit 22.  
 Bolschewismus 126, 274, 323.  
 Brotverforgung 215.  
 Buchhandlung Vorwärts 41, 154.  
 Bureau des Parteitages VII.  
 — Wahl 116.  
 Dänemark 120.  
 Danzig 126.  
 Demokraten 148.  
 Demokratisierung 13, 149, 162, 163, 175, 192, 257.  
 „Der freie Beamte“ 153.  
 „Der freie Lehrer“ 24, 41, 153.  
 „Der wahre Jakob“ 41.  
 Deutsche Volkspartei 6, 7, 145, 148, 179, 187, 190, 191, 200, 204, 326.  
 Deutschnationalen 112, 175, 190, 193, 217, 273.  
 Domänen 259, 260.  
 Einigung 4, 14, 116, 137, 161, 163, 165, 167, 172, 173, 183, 195, 199, 308, 314, 327.  
 Einkaufszentrale 154.  
 Einwohnerwehren 66.  
 Elektrizitätsarbeiterstreik 67.  
 Entwaffnung der Bevölkerung 67.  
 Ergänzungsprüfung 87.  
 Erwerbslosenfürsorge 69.  
 Erzberger 112, 222, 224.  
 Eupen und Malmedy 70.  
 Fieberthermometer 71.  
 Finanzen V.  
 Finanzlage Deutschlands 219.  
 Finanzpolitik 261, 266.  
 Finanzfrage 290, 294.  
 Frau 244, 247.  
 Frauen, Beisitzer an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 71.  
 Frauenbewegung 15.  
 Freitropps 194.  
 Frieden 281.  
 Friedensvertrag 271, 289, 292, 293.  
 Gareis-Ermordung 71.  
 Garnisonbädereien 65.  
 Gefangenenlager, Russische Internierten- und — 90.  
 Gemeinden 258.  
 Gemeindepolitik V.  
 Gemeindevertretungen 35.  
 Genossenschaftswesen 12.  
 Georgien 47, 125, 323, 324.  
 Gerichtsstoffengesetz 72.  
 Gesetze, kleine — 98.  
 Getreidepreise 73.  
 Getreidewirtschaft 72.  
 „Gleichheit“ 13, 41, 153.  
 Goldwerte, Erfassung der — 259, 301.  
 Grenzschutzpersonals, Waffengebrauch des — 89.  
 Grundsteuer 14.  
 Gutsbezirke 260.  
 Haferbewirtschaftung 74.  
 Handel 210, 218.  
 Handelsflagge 76.  
 Handwerker - Mittelstand 76.  
 Harding als Vermittler 59.  
 Hefferich 221, 223, 240, 273.  
 Helgoland 13.  
 Hergt 113, 190.  
 Hohenzollern 162, 170, 279.  
 Holland 123.  
 Internationale, Völkerverbindungen und — VI.  
 Internationale Beziehungen 14.  
 Internationale, Die — 45, 201, 241, 279.  
 Internationale Hilfssprache 14.  
 Internationalität 128.  
 Invaliden- und Altersversicherung 63.  
 Jugendbewegung 19, 151, 158.  
 Jugendschutzgesetz 21.  
 Jungsozialisten 29, 151, 159.  
 Justiz 227, 232, 236, 247.  
 Justizbeamten 264.  
 Kabinett Fehrenbach 291.  
 Kabinett Birtz 60, 270, 291.  
 Kalindustrie 292.  
 Kapitalverschiebung 77.  
 Kartoffelwirtschaft 75.  
 Kassenbericht 48—54.  
 Kinderfürsorge 159.  
 Klassenjustiz 161, 197, 259.  
 Klassenkampf 195, 310, 316.  
 Kleinbauern 236, 239.  
 Koalitionspolitik 6, 112.  
 Koalitionsregierung 176, 210, 257.  
 Kohlensteuergesetz 80.  
 Kohlenwirtschaft 78.  
 „Kommunale Praxis“ 41, 153.  
 Kommunalisierungsgesetz 265.  
 Kommunisten 3, 141, 189, 200, 201, 205, 245, 248.  
 Kreistage 35.  
 Kriege 244.  
 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene 84.  
 Kriegsteilnehmer, Zwangsvollstreckungen gegen — 88.  
 Kultur- und Schulpolitik VI, 317.  
 Kultursozialismus 316, 320.  
 Kulturtag 29, 157.  
 Landarbeiter 236, 239, 259.  
 Landbund 215, 292.  
 Landtagsmahnen 31.  
 Landwirtschaft 216, 239.  
 Lanfing 274, 277, 279, 280.  
 Lehrer 157.  
 Lehrer, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer — 23.  
 Lippe 143.  
 Londoner Verhandlungen 58.  
 Löhne 209, 273, 275.  
 Lohnsteuergesetz 81.  
 Lugas 301.  
 Maisverbilligung 75.  
 Mecklenburg 144, 188.  
 Miefsteuer 82.  
 Milchstreik 114.  
 Militärische Bildungsanstalten 89.  
 Ministerpensionen 263.  
 Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen 165, 199.  
 Mitteilungsbblatt 12.  
 Mitgliederzahl 9, 10, 11, 151.  
 Mont - Genis, Grubenunterfück auf Zeche — 91.  
 Mutterchutz 68.  
 „Neue Zeit“ 41, 153.  
 Neunter November 137.  
 Oberschlesien 92, 193, 274, 282—285, 295, 328.  
 Oppau 231, 237, 247, 252, 282, 322, 326.  
 Organisation 9, 151.  
 Ortskasseneinteilung 86.  
 Ortsvereine 11, 151.  
 Ostpreußen 255.  
 Papierfabrik 154.  
 Papierpreise 92.  
 Pariser Beschlüsse 57.  
 Parteiauschuß 43.  
 Parteipresse 153.  
 Parteiprogramm (Referat) 128.  
 Pfalz 253.  
 Planwirtschaft 302.  
 Postgebührenerhöhung 84.  
 Presse 37.  
 Preußen 145, 174, 187.  
 Programm III, 8, 112, 296—322, 328.  
 Programmkommision 8, 132.  
 Provinziallandtage 35.  
 Reaktion 171, 174, 255.  
 Rechtspflege V.  
 Reberer-Abfindungsgesetz 92.  
 Regierungsbildung 6, 133, 143, 150, 160, 162, 163, 168, 169, 174, 175, 176, 178, 181, 187, 192, 203, 270, 304, 327.

- Regierungscoalition 148.  
 Reichsbeamtenbeirat 27.  
 Reichsfertengesetz 257.  
 Reichshaushalt 97, 103  
 bis 105, 220.  
 Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 94.  
 Reichsnatopfer 81.  
 Reichsrat 95.  
 Reichstagswahlen 30.  
 Reichswehr 249.  
 Religion 317.  
 Religionsunterricht 94.  
 Rentenbeihilfe 62.  
 Reparationsleistungen 45.  
 Republikanischer Führerbund 13.  
 Rheinländer 96.  
 Rußland 5, 91, 125.  
 Rüstungen 277.  
 Saargebiet 285—287, 295, 296, 327.  
 Sachwerte, Erfassung der — 261.  
 Sanktionen 61, 115.  
 Schule 238.  
 Schulkämpfe 25.  
 Schulpolitik, Kultur- und — VI.  
 Schweden 121.  
 Schwerbeschädigte 89.  
 Selbstschutz 255, 284, 285.  
 Sexualreform 247.  
 Siedlungswesen 260, 262.  
 Soldatenspielerlei 278.  
 Sozialisierung 194, 211, 245, 302, 303, 304, 307, 309, 312, 315, 320.  
 Sozialpolitik IV.  
 Sperrgesetz-Befolgung 86.  
 Staat und Sozialdemokratie 305.  
 Stahlhelmbund 177.  
 Stegerwald 7.  
 Steuern 179, 185, 211, 217, 219, 233, 235, 243, 249, 257, 261, 266, 301.  
 Stimmzettelfasten 95.  
 Stinnes 195.  
 Stresemann 60.  
 Tagesordnung VII, 119.  
 Taubstummen 243.  
 Taubstummensectionen 13.  
 Technische Nothilfe 96.  
 Teuerung 209, 232, 242.  
 Teuerungszulagen 85.  
 Tschechoslowakei 122.  
 Ultimatum 44, 57, 60, 115, 149, 194, 213, 272.  
 Unabhängige 5, 6, 133, 138, 182, 185, 189, 193, 199, 327.  
 Uneheliche Mutterchaft 243.  
 Uneinigkeit 4.  
 Unfallversicherung 62.  
 Ungarn 124.  
 Valuta 209, 226, 272, 300.  
 Verfassung und Verwaltung V.  
 Völkerbeziehungen und Internationale VI.  
 Völkerbund 279, 280.  
 Volksabstimmung 161.  
 Volksbegehren 211.  
 Volksentscheid 259.  
 Volksernährung 13, 214.  
 Volkshochschule 28, 157, 167.  
 „Vorwärts“ 39.  
 Wahl der Kontrollkommission 311.  
 — des Parteivorstandes 311.  
 — der Programmkommission 132.  
 — des Zentralbildungsausschusses 311.  
 Wahlkosten 154.  
 Wehrmacht 263.  
 Wehrmachtverforgungsgesetz 87.  
 Weltkrieg 271.  
 Weltwirtschaft 273, 291.  
 Wiedergutmachungsfrage 289.  
 Wilsons 14 Punkte 279.  
 Wirth 60, 270, 291, 326.  
 Wirtschaftsparlament 302.  
 Wirtschaftspolitik IV, 317.  
 Wirtschaftsprobleme 300.  
 Wissenschaft 318.  
 Wissenschaftliche Arbeit 159, 166.  
 Wochenhilfe 68.  
 Wohlfahrtspflege 18.  
 Wohnungsbaues, Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des — 82.  
 Wohnungspolitik 237.  
 Zentralbildungsausschuss 27, 156.  
 Zentrum 185.  
 Zollschikanen 288.  
 Zündwarensteuergesetz 97.

# Reichsfrauentag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am 17. und 18. September 1921  
in Görlitz



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Sprechregister . . . . .	3
Sachregister . . . . .	4
Protokoll . . . . .	5
Anträge . . . . .	73
Anwesenheitsliste . . . . .	79

## Sprechregister.

Arning 66.	Klingel 6.	Schreiber-Krieger 28.
Begier 34.	Knaak 56.	Schröder 40, 54.
Berthold 64.	Lex 57.	Schulte 39.
Bohm-Schuch 30, 40.	Möller 38.	Schulz 64.
Braun, Adolf 5.	Münz 37.	Todenhagen 57.
Cohn 67.	Oesterreicher 32.	Wachenheim 21, 41.
Evert 31, 66.	Pfülf 39.	Wagner 66.
Freundenberger 40.	Quard-Hammer Schlag 27.	Wartenberg 35.
Giese 63.	Stablmaier 36, 65.	Weimann 62.
Ganna 35, 45.	Röpert 68.	Widmann 65.
Harder 52.	Schilling 26.	Wierbicki 53, 71.
Haute 46, 51, 54, 65, 68.	Schöfer 11, 43.	Wohlgemuth 37.
Juchacz 5, 6, 26, 27, 28, 41, 45, 46, 68, 71.		Wolff 33, 59.
		Wußty 7, 44.
		Zabe 51.
		Zits 58.

## Sachregister.

- Aktionsprogramm 53, 58.  
 Anträge, Organisation und Aufklärung (Nr. 1-6) 73.  
 — Bevölkerungspolit (Nr. 7-13) 74, 78.  
 — Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (Nr. 14, 15) 74.  
 — Schulbildung (Nr. 16 bis 18) 75.  
 — Verschiedene (Nr. 19 bis 23) 75.  
 Arbeiterinnenschutz 15.  
 Arbeiterwohlfahrtsausschüsse 14, 16, 54.  
 Arbeitslose 35, 36.  
 Arbeitsvermittlung 35, 36.  
 Begrüßung 5, 6.  
 Berufsämter 9.  
 Berufsberatung 35, 36.  
 Berufsvormundschaft 23.  
 Bevölkerungspolit 27, 43.  
 Bildungsarbeit 62.  
 Bureauwahl 6.  
 Eigenwirtschaft der Gemeinden 30, 31, 44.  
 Elternbeiträge 24.  
 Ernährungsweisen 9.  
 Erwerbsarbeit 15, 30, 41, 47.  
 Erwerbslosen 20.  
 Erwerbslosenfürsorge 10.  
 Familienfürsorge 20.  
 Frauenaufgabe 13.  
 Frauenaufgaben, soziale, in der Gemeinde 11.  
 Frauenbewegung, bürgerliche 21.  
 Frauenschulen 38.  
 Frauenvereine 21, 40.  
 Frauenvereinigungen, bürgerliche 36, 42.  
 Frauenversammlungen 48, 55.  
 Frauenwahlrecht 59.  
 Geschlechtskrankenfürsorge 19.  
 Geschlechtskrankheiten 27, 28, 29.  
 Gemeindepolit (Referat) 7.  
 Gesundheitspflege 18.  
 Gleichberechtigung 11, 36, 51.  
 „Gleichheit“ 32, 50, 52, 53, 54, 57, 58, 61, 62, 64, 66, 67.  
 Hausfrauenfragen 41.  
 Hausfrauenvereine 22.  
 Hygiene 32.  
 Jugendämter 16.  
 Jugendfürsorge 38.  
 Jugendjustiz 37.  
 Jugendpflege 18.  
 Junge Mädchen 52.  
 Kinderfürsorge 15, 16, 17.  
 Kindergärten 17.  
 Kranke und Schwache 18.  
 Kriegserwitwen 39.  
 Ländliche Bezirke 52, 64.  
 Literatur 49.  
 Mandatsprüfungskommission 26.  
 Menschenökonomie 11, 13, 14, 17, 20, 31, 69.  
 Mieteneinigungsämter 8.  
 Milchversorgung 9.  
 Mütter 27, 28.  
 Mutterschutz 15.  
 „Neue Zeit“ 62.  
 Obererschlesien 54.  
 Organisation 11.  
 Organisationsfragen (Referat) 46.  
 Parteiprogramm 12, 13, 15, 53.  
 Pflegeämter 19.  
 Preisprüfungsstellen 33, 44.  
 Reichsrat 27, 28, 54, 55.  
 Säuglingsfürsorge 16.  
 Schöffen und Geschworene 54, 55.  
 Schlußwort 71.  
 Schulärzte 17.  
 Schulbücher 66, 68.  
 Sexualfragen 59, 60.  
 Sexualreform 45, 56.  
 Sozialbeamteten 40, 42.  
 Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde (Referat) 11.  
 Sozialisierung 10.  
 Taubstumme 13, 32.  
 Trinkerfürsorge 19.  
 Uneheliche Kinder 14, 39.  
 Uneheliche Mütter 21, 22, 27, 28, 29, 31, 38.  
 Unterkonferenzen 70.  
 Vereinswesen (Referat) 21.  
 Volksbibliotheken 26, 32, 42.  
 Volksbildungsarbeit 25, 26.  
 Volkshochschulen 25.  
 Vormundschaft 17.  
 Waisspflege 17.  
 Wirtschaftliche Fragen in der Gemeinde (Referat) 7.  
 Wohlfahrtsarbeit 37, 43.  
 Wohlfahrtspflege 20, 23, 24, 58, 71, 72.  
 Wohlfahrtsvereine 23, 42.  
 Wohnungsfrage 8, 19, 38.  
 Zwangswirtschaft 9.

## Erster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 17. September 1921.

Frau Juchacz: Genossinnen und Genossen! Auch in diesem Jahr hat der Parteivorstand anlässlich des Parteitages wieder eine Frauenkonferenz einberufen in der Annahme, daß noch manche Probleme, die für die Förderung der Frauenbewegung von Wichtigkeit sind, erörtert werden müssen. Ich hoffe, daß diese Frauentagung von Erfolg begleitet sein wird. Die Teilnahme an der Frauenkonferenz ist sehr groß. Es sind auf Anmeldung 97 Mandate ausgestellt worden. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und hoffe, daß Sie mit größter Teilnahme den Verhandlungen folgen werden.

Als Vertreter des Parteivorstandes erteile ich nunmehr das Wort dem Genossen Adolf Braun.

Adolf Braun: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Sie namens des Parteivorstandes aus Anlaß Ihrer ersten und überaus wichtigen Arbeiten auf das herzlichste begrüßen zu dürfen. Der Parteivorstand ist sich durchaus klar, daß die Frauenbewegung eine der bedeutendsten und wichtigsten Notwendigkeiten für den Aufstieg des Proletariats ist. Wir wissen, daß die Verwirklichung unserer letzten Ziele, der Ueberführung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische nicht möglich ist, ohne daß die Frauen ausnahmslos mit Herz und Hand dabei mitwirken. Wir bedürfen der Frauen als des wichtigsten Teiles der Gesellschaft, sie bilden die Mehrheit unseres Volkes, sie sind die Mütter der kommenden Generation, denen die hohe und schöne Aufgabe zufällt, das zu verwirklichen, was wir solange vorbereitet haben. In einer Zeit größter Gefahren für die Republik und stärkster Hemmnisse für die Verwirklichung unserer Ziele scheint es mir besonders wichtig, daß wir wie die Männer auch die Frauen aufrütteln und ihnen klarmachen müssen, was ihre wichtigen Pflichten der heutigen und der kommenden Generation gegenüber sind.

So sehr wir schätzen müssen, was bisher geleistet worden ist, so klar sind wir uns, daß von der sozialdemokratischen Frauenbewegung noch weit mehr als bisher geleistet werden muß. In einer Zeit, in der trotz Arbeitslosigkeit und trotz sonstiger gewaltiger Schwierigkeiten die Mitgliederzahl unserer Partei in die Höhe geht, ist es bedauerlich und betrüblich, daß die Zahl der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen im letzten Berichtsjahre zurückgegangen ist. Wir wissen, daß dafür mannigfache Gründe angeführt werden können, auch Gründe organisatorischer Art. Viel Schuld trägt der öfter nicht ausreichende Eifer unserer Parteigenossen, in ihren Bezirks- und lokalen Organisationen für die Organisierung der Frauen alles das zu leisten und alles das zu erstreben, was unsere Aufgabe ist. Wir sind uns bewußt, daß der Weg zur Gewinnung der Frauen und Mädchen für die Partei überaus steinig ist, daß es weit schwerer ist für die Organisierung der Frauen als für die der Männer zu arbeiten. Wir müssen uns aber klar sein, daß nicht nur organisatorische Schwierig-

keiten, nicht nur die eigenartige Wesenheit der Frau, ihre jahrhundertelange Unterdrückung schuld sind, daß unsere Partei bei den Frauen nicht die gleichen Fortschritte macht wie bei den Männern. Wir wissen, daß vor allem die Stimmung, die die Männer zur Aktion treibt, bei den Frauen nicht so lebendig ist, wie wir es wünschen. Aber hier können Sie neben Ihren großen organisatorischen Aufgaben, neben Ihrer Kritik und Ihren Vorschlägen durch Tonart und Lebendigkeit dessen, was Sie hier vortragen, wirken, die Stimmung bereiten, damit die Frauen in den kommenden Jahren beweisen, daß sie weit rascher fortgeschritten sind als die Männer, so daß die sozialdemokratisch organisierten Frauen der Zahl der männlichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nahezu kommen bemüht sind.

Daß dieser Frauentag stimmungsvoll und lebendig für die Sozialdemokratie wirke, wie wir es im Parteivorstand erhoffen, ist auch mein persönlicher Wunsch. (Bravo!)

**Frau Klägel-Görlich:** Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Bezirksvorstandes, im Auftrage aller sozialdemokratischen Männer und Frauen Niederschlesiens und im Auftrage der Ortsgruppe Görlich heiße ich Sie in unserer Stadt herzlich willkommen. Wir sind stolz darauf, den Sozialdemokratischen Reichsfrauentag einmal in unserer alten Parteistadt begrüßen zu können. Im Bezirk und auch in der Stadt Görlich haben, auch in der schwersten Zeit, immer die Frauen mit den Männern für die Ideale der Partei gekämpft. Wenn die Frauen in den Parteiorganisationen noch nicht in der Stärke vertreten sind, wie es sein könnte, dann liegt das mit an der großen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiterfamilie, worunter gerade die Frauen am meisten zu leiden haben. Trotzdem sind schon heute über dreißig Jahre Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert. Unsere Frauen haben sich allen Aufgaben der Partei, besonders auch der praktischen Arbeit, gewidmet. In den letzten Jahren ist es rüstig vorwärts gegangen. Auch nach der Revolution beteiligte sich eine große Zahl unserer sozialdemokratischen Frauen an der Arbeit in den Gemeindeparkamenten und in allen öffentlichen Körperschaften. Wir haben jetzt im Bezirk 5700 weibliche Mitglieder, davon in Görlich 350. Die Werbemache zur Begrüßung des Parteitages brachte uns bis jetzt über 4000 neue Parteimitglieder. (Bravo!) Auch die Frauengruppen im Bezirk haben über tausend neue weibliche Mitglieder zu verzeichnen. (Erneutes Bravo!) Im Bezirksvorstand, in den Ortsvorständen, in den Jugend- und Bildungsausschüssen und in der Wohlfahrtspflege sind unsere Frauen vertreten. Ueberall, wo sozialdemokratische Frauen mit tätig sind, gehören sie der Partei der SPD. an.

Möge der Frauentag in Görlich durch seine Beratungen dazu beitragen, daß die fernstehenden Frauen sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen zum größeren Schutze der Republik und zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Frau Juchacz, Frieda Haute-Kattowitz, Frau Minna Schröder-Hamburg; als Schriftführerinnen Anna Schulte-Köln, Milba Möller-Zwickau, Luise Kähler-Berlin und Johanna Lech-Frankfurt; in die Mandatsprüfungskommission Radmeier-München, Zabe-Hamburg, Wündisch-Kassel, Kern-Darmstadt, Schilling-Sachsen, Pelsche-Brandenburg und Hartmann-Magdeburg.

Vorsitzende Frau **Juchacz:** Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand hat geglaubt, daß wir in diesem Jahr hier mit Ihnen die Gemeindepolitik erörtern müßten, weil sie mit der praktischen Arbeit zusammenhängt, die die Genossinnen innerhalb der Partei und für die Partei zu leisten haben. Wir haben deshalb den Genossen **Wukty** als langjährigen Praktiker auf dem Gebiete

der Kommunalpolitik gebeten, über die wirtschaftlichen Fragen zu referieren. Die Genossin Dr. Schäfer wird die in der Gemeinde zu erledigenden sozialen Fragen vom kommunalpolitischen Standpunkte aus vor Ihnen erörtern und die Genossin Wachenheim wird über das Vereinswesen und die Kommunen referieren.

**Genosse Wukty:** Genossinnen und Genossen! Die Umwälzung in den Novembertagen 1918, die dem katastrophalen Zusammenbruch Deutschlands nach dem mehrjährigen europäischen Völkermorden folgte, hat uns in unseren Kämpfen insofern um ein gutes Stück vorwärts gebracht, als sie eine größere Zahl von Rechten und politischen Freiheiten mit sich brachte, die uns die Bahn für die Fortführung unserer Kämpfe auf dem Wege zu unserem Ziel freimachten. Wir wissen aber, daß die politische Gleichberechtigung, die politische Freiheit, das freie Wahlrecht! keineswegs etwa ausreichen, um das sozialistische Ziel in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen. Wir wissen vielmehr, daß eine größere Zeitsperiode noch dazu gehören wird, den Teil der kapitalistischen Wirtschaft umzuwandeln, der noch umgewandelt werden muß, damit wir zu unserem Ziel gelangen. Vor uns liegt die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche umzuwandeln. Dieses Ziel kann natürlich nicht in kurzer Zeit erreicht werden, sondern wir wissen, daß wir ihm nur allmählich näherkommen können, und zwar dadurch, daß wir Wirtschaft und Verwaltung nachhaltig beeinflussen und mit unserem Geiste durchdringen.

Die reiflose Ausnützung aller Möglichkeiten für die Durchdringung der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung ist also die Aufgabe, die vor uns liegt. In den letzten Jahren nach der Revolution haben wir besonders gegen unsere Parteigenossen, die dazu berufen waren, an leitender Stelle zu stehen, immer wieder den Vorwurf erhoben, daß der Verwaltungsapparat nicht schnell genug umgestaltet werde und daß die reaktionären Elemente in der Verwaltung nach wie vor am Werke seien und mehr oder weniger die Tätigkeit unserer Parteigenossen sabotierten. Diese Vorwürfe zeigen sehr deutlich, daß es nicht möglich war, gewissermaßen im Handumdrehen eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen, und wir werden auf diesem Gebiete noch nachhaltige Arbeit leisten müssen. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß unsere Parteifreunde und Parteifreundinnen in zähen Vorwärtsdrängen in die Verwaltung hineinzukommen bestrebt sein müssen. Wir müssen bemüht sein, überall das Heft in die Hand zu bekommen und das Ziel vorzubereiten, das auch hier zu erreichen ist. Das wird für uns eine Schulung für die Zukunft sein. Diese Schulung wird uns die notwendigen Kenntnisse liefern, um schließlich die großen Aufgaben der wirtschaftlichen Umgestaltung zu erfüllen.

Ein Tätigkeitsgebiet, das von ganz besonderem Wert ist, ist ohne Frage die kommunale Wirtschaft. Leider wird die Bedeutung dieses Tätigkeitsgebietes noch immer nicht so eingeschätzt, wie es notwendig wäre. (Sehr richtig!) Die Gemeinde ist die Zelle der Staatsverwaltung. Die Gemeindegewirtschaft ist der Ort, wo nicht nur in der so sehr bedeutungsvollen Kleinarbeit die Genossen und Genossinnen die notwendige Schulung finden können, sondern wo auch diejenigen Dinge nachhaltig beeinflusst werden, die den einzelnen Volksgenossen in seinem intimsten Eigenleben angehen, die in die Angelegenheiten seines innersten Gemeinschaftslebens eingreifen. Hier ist der Platz, wo die Regelung des täglichen Bedarfs entscheidend beeinflusst und geordnet wird. Ich sage daher, daß nirgends die Parteigenossinnen nachhaltiger und besser wirken können als gerade in der Mitarbeit in den Aufgaben der Gemeindepolitik.

Run gibt es ja auch heute noch merkwürdigerweise, und zwar nicht nur bei unseren Gegnern, viele Leute, die der Meinung sind, daß die Frau nicht sonderlich für diese Arbeit geeignet ist. Man wagt sich ja nicht mehr so wie

früher mit dem Einwand hervor, daß die Frau in das Haus gehöre, aber ich kann es doch nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß man noch immer auch in unseren Kreisen einer Auffassung begegnet, die, wenn sie auch nicht klar und deutlich ausgesprochen wird, dahin geht: ach, die Frau ist ja nicht geeignet, die Aufgaben zu packen, wie es notwendig wäre. Ich sage das nicht so leichtglin, sondern kann in diesem Punkte auf Grund mancher Erfahrungen als Kommunalpolitiker sprechen. Ich muß sagen, daß ich mit einiger Verwunderung immer und immer wieder solchen Auffassungen begegnet bin. Wie waren denn die Dinge während der furchtbaren Jahre des Krieges? Da mußten die Frauen in die Bresche springen; das war eine Selbstverständlichkeit. Da haben auch die Herren der Schöpfung es für eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß die Frau die Zügel da aufnahm, wo sie am Boden schleiften, daß die Frau in die Kleinarbeit, insbesondere in die kommunale Kleinarbeit hineinkam. Und da kann ich, der ich in diesen Jahren mit an vorderster Stelle gestanden habe, nur sagen: die Mitarbeit der Frau hat sich in vollstem Maße bewährt. (Lebhafter Beifall.)

Einen Vorwurf muß ich den Frauen, und besonders den proletarischen Frauen, machen: sie haben die Situation, die ihnen die Kriegsjahre beschert haben, nicht ausgenutzt; sie haben sich wieder zurückdrängen lassen und sind still beiseitegetreten, ohne mit Energie daran festzuhalten, daß sie unter allen Umständen in der Gemeindegarbeit berücksichtigt werden müssen. Es wird infolgedessen für sie darauf ankommen, Position um Position wieder zu erobern und in der kommunalen Wirtschaft wieder mehr Boden zu gewinnen.

Jeder vorurteillose Kommunalpolitiker kann nur die Auffassung vertreten, daß nach den gemachten Erfahrungen die Mitwirkung der Frau bei der Kleinarbeit in der Gemeinde unentbehrlich ist. So ist z. B. auf dem außerordentlich umfassenden und bedeutungsvollen Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswezens die Mitwirkung des weiblichen Elementes dringend notwendig. Wenn man feststellen muß, daß selbst in der Reichshauptstadt in der hierfür berufenen Kommission nicht eine Frau Sitz und Stimme hat, so werden Sie erkennen, daß wir noch weit von diesem Ziele entfernt sind. Auch auf dem Lande muß die Mitarbeit der Frauen mehr Boden gewinnen, wo sie bei der dringenden Umgestaltung der miserablen Landarbeiterwohnungen gutes zu wirken berufen sind.

Auf diesem selben Aufgabengebiet ist die durch die Gesetzgebung veranlaßte Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen durchzuführen, sind die Maßstäbe über die Zuweisung der rationierten Wohnungen zu fixieren, ist zu entscheiden, welche Wohnungen gesundheitschädlich sind usw. usw. — alles Dinge, die eminent von der Sachkenntnis der Frau beeinflusst werden können.

Dazu kommt das Riesengebiet der Mieteinigungsämter. Es ist eine betrübende Tatsache, daß die Frauen in diese Ämter noch nicht eingedrungen sind, wie es notwendig wäre. Es war für mich eine interessante Feststellung, daß jüngst auf der in Dresden stattgehabten Tagung der Mieteinigungsämter ausgerechnet der Vorsitzende des dort neugegründeten Verbandes der Mieteinigungsämter Deutschlands in seinen Ausführungen über die innere Organisation dieser Ämter gegen die Heranziehung der Frauen als Mieteinigungsamtsbeisitzerinnen Stellung nahm. Es entbehrte nicht eines gewissen Reizes, daß selbst eine deutsch-nationale Mieteinigungsamtsbeisitzerin — eine sozialdemokratische Vertreterin war leider nicht anwesend — diesem Vorsitzenden des Verbandes den Kopf zurechtstreckte und ihm auseinandersetzte, daß seine Auffassungen zu vorhinftütlich ammuteten und das Gegenteil gefordert werden müsse.

In das Gebiet des Wohnungswezens fällt auch der große Fragenkomplex der Wohnungspflege, die durch den Krieg stark in den Hintergrund gedrängt worden ist. Die Wohnungspflege muß auf Grund der Wohnungsgesetze wieder

in vollem Umfange aufgenommen werden, besonders jetzt, wo die Wohnungen durch die Kriegswirtschaft so heruntergewirtschaftet sind, daß sie vielfach nicht zur Aufnahme von Menschen geeignet sind. Diese Wohnungen müssen wieder in einen wohnlichen Zustand versetzt werden. Es wird Aufgabe der kommunalen Organe sein, die neuen Anweisungen für die Wohnungspflegerinnen festzustellen. Die Unwirtschaftlichen unter den Wohnungsinhabern werden zu beraten sein. Das alles sind Aufgaben, bei denen die Mitarbeit der Frau unerlässlich ist.

Ebenso ist es auf dem Gebiete des Ernährungswezens. Es wird bereits wieder die Frage aufgeworfen, ob es notwendig ist, die während der Kriegszeit eingerichteten Ernährungsämter weiter aufrechtzuerhalten. In diesem Punkte werden wir einen heftigen Kampf auszufechten haben. Ueberall sind unsere bürgerlichen Gegner am Werke, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln so schnell wie möglich aus dem Aufgabekreis der Gemeindeverwaltung wieder auszuschalten. Nach meinen Erfahrungen wäre das außerordentlich bedenklich, weil wir die Wirkungen des Krieges noch lange nicht überwunden haben und beispielsweise schon im nächsten Winter Schwierigkeiten vor uns haben werden, die es zur zwingenden Notwendigkeit machen werden, die Zwangswirtschaft im jetzigen Umfange mindestens aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar manches erneut wieder in die Zwangswirtschaft einzubeziehen, die in vieler Hinsicht in allzu großer Eile abgebaut worden ist. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Mehl und Kartoffeln muß sichergestellt werden, und es wird von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, die verantwortlichen Körperschaften dazu zu bringen, daß sie ihrer schweren Verantwortung gerecht werden.

Zur Tätigkeit der Ernährungsämter gehören auch das Marktwezen, die Fleischversorgung, die Versorgung der Kinder und Schwachen mit Milch. In letzterer Beziehung sind bereits sehr starke Kräfte am Werke, die mit der Gemeindegwirtschaft in diesem Punkte ein Ende machen wollen. Es wäre ein Unglück, wenn diese jäh wirkenden Einflüsse zum Ziele kommen würden und die für die Volksgesundheit so hochwichtige Milchversorgung dem freien Handel überlassen werden würde. Wenn das in einzelnen Gemeinden trotzdem der Fall ist, so ist das — besonders in den Industriestädten mit dichtwohrender Arbeiterbevölkerung — zu verurteilen; richtig liegen die Dinge so, daß die Freigabe der Milchwirtschaft nur bei den Produzenten gezüglich zugestanden ist, während die Gemeindeverwaltungen aber nach wie vor das Recht haben, die Versorgung der Bevölkerung mit Milch in der Hand zu behalten. Ja, sie haben die Pflicht dazu angesichts der nicht zu leugnenden Schäden, welche der auf Erwerbsinteressen eingestellte private Milchhandel für den menschlichen Nachwuchs mit sich bringt.

Als weitere Gebiete, in denen die Mitwirkung der Frau nötig ist, nenne ich die Preisprüfungsstellen, die Gesundheits-, Jugend- und Wohlfahrtspflege. Ich kann diese Aufgabekreise nur streifen, will deshalb nur bemerken, daß ich mich z. B. nicht denken kann, daß in der Säuglingsfürsorge bei den Männern mehr Sachkenntnis zu finden sein soll als bei den Frauen. Hier kann fraglos in erster Linie nur die Frau zur entscheidenden Mitwirkung berufen sein.

Ebenso ist es bei den Aufgaben auf dem Gebiete des Bildungs- und Schulwezens.

Sodann mache ich auf das Riesengebiet der Regelung der Angelegenheiten von Arbeit und Gewerbe aufmerksam: Arbeitsnachweis, Arbeitsbeschaffung, Berufsämter. Insbesondere die letzteren Einrichtungen sind für die Frauen von besonderem Interesse. Die Frau, die in erster Reihe in der Kindererziehung wirkt, ist selbstverständlich am besten geeignet, die bei der Berufswahl der Jugendlichen bestimmenden Gesichtspunkte zu beurteilen und muß daher Einfluß

auf die Gestaltung der Berufsämter nehmen. Ebenso ist die Erwerbslosenfürsorge ein wichtiges Arbeitsgebiet für die Frauen, die doch zu einem großen Teile erwerbstätig sein müssen und so an der Gestaltung der sozialen Einrichtungen und der Arbeiterfürsorge lebhaft interessiert sind. Trotzdem sind bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Frauen als Beisitzerinnen noch immer nicht zu finden.

Alles das sind Dinge, die in der kommunalen Wirtschaft in erheblichem Umfange ihre Regelung finden und bei denen der Einfluß der Frau noch lange nicht den Grad erreicht hat, der unbedingt notwendig ist.

Die Frauen, in deren Händen doch die Ordnung der täglichen größeren und kleineren Bedürfnisse der Arbeiterfamilien und ihres Haushalts liegt, haben natürlich auch ein Interesse daran, Einfluß auf die Preisbildung in Elektrizität, Gas, Wasser usw. zu nehmen.

Wo immer man also in der Gemeindegewirtschaft hinschaut, überall wird man die Feststellung treffen müssen, daß die Fernhaltung der Frau von entscheidenden Stellen der Verwaltung nicht den leiseften Schimmer von Berechtigung hat und niemals hatte. Ich habe jedenfalls die Erfahrung gemacht, daß ohne die Mitarbeit der Frau die zu lösenden Aufgaben vielfach nicht zweckentsprechend zu lösen sind. Jeder erfahrene Praktiker in der Kommunalarbeit muß also wünschen, daß die Sachkenntnis der Frau überall und in allen Fragen der kommunalen Wirtschaft verwertet wird. Das ist auch schon um deswillen zu fordern, weil die kommunale Wirtschaftspolitik ja nicht nur Verstandesfrage ist; es spielen auch Gemütswerte bei dem Wirken auf diesem Hauptgebiet der sozialen Kleinarbeit eine nicht zu unterschätzende Rolle, in der Wohlfahrts- und Jugendpflege, im Gesundheits- und Wohnungsweisen usw. Wer möchte bestreiten, daß hierin die Frau besonderes in die Waagschale zu werfen vermag.

Ich habe in der Kriegswirtschaft viel Gelegenheit gehabt, mit Frauen zusammenzuarbeiten. Sie haben sich außerordentlich schnell in ihre Arbeit hineingelegt. Sie sind nicht nur gefühlsmäßig dabei ans Werk gegangen, sondern haben sich in jeder Weise als sachlich einwandfrei und tüchtig erwiesen.

Ich fasse diese kurze Kennzeichnung der Einzelheiten in der kommunalen Arbeit dahin zusammen, daß das weibliche Element nicht bloß in den Kommissionen und Deputationen der Gemeinden zur Mitwirkung berufen ist, nicht nur in den Stellen, wo die Kleinarbeit ihre Erledigung findet. Es muß gefordert werden, daß die Frau auch in umfassenderer Weise als bisher in die Gemeindevertretungen ihren Platz erhalten, denn hier wird der Geist und die Tendenz bestimmt, die in der kommunalen Wirtschaft herrschen sollen. In der Gemeindevertretung werden die Grundsätze geschaffen, nach denen zu arbeiten ist. Die Frau muß auch in den Gemeindevorstand hinein, in dem die in der Gemeindevertretung geschaffenen Grundlinien erst ihre praktische Auswirkung finden. In solchen leitenden Stellen der Kommunalverwaltung hat die Frau durchaus bewiesen, daß sie zur Mitarbeit befähigt und berufen ist.

Auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung liegt also für die proletarische Frau ein gewaltiges Feld der Tätigkeit. Hier, wo in Zukunft u. a. in erster Reihe die Probleme der Sozialisierung ihrer Lösung entgegengeführt werden dürften, hat sie für ihre öffentliche Wirksamkeit noch viel Boden zu erkämpfen.

Run muß noch die Frage aufgeworfen werden, ob in dem von uns geführten Kampf zur Durchbringung der Kommunalverwaltung in dem von mir ausgeführten Sinne die Frauen ihre Kampfpflicht erfüllt haben. Leider sind die Bemühungen, die vorhandenen Plätze und die entscheidenden Stellen zu besetzen, nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck ausgeführt worden. Vielfach haben die Frauen in diesem Punkte eine Zaghaftigkeit und Zurückhaltung gezeigt, die keineswegs berechtigt war. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß die Frau

sich dem Mann gegenüber noch immer nicht voll gleichwertig fühlt. Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. Meiner Erfahrungen sprechen dagegen und viele von Ihnen werden diese Auffassung bestätigt gefunden haben. Die Frauen müssen mit aller Energie darangehen, sich die Plätze zu erkämpfen, an denen sie in erster Reihe zur Mitarbeit berufen sind.

Das gilt nicht minder für die Stellung der Frau in unseren Organisationen. Bei der Berufung der Leitungen in unseren Organisationen wird in dieser Hinsicht auch noch nicht so verfahren, wie es notwendig wäre. Selbst unter uns hat die Gleichberechtigung der Frau noch nicht unbedingte Anerkennung gefunden. Der maskuline Vorrang wird immer noch sehr stark verteidigt und gewahrt; die Wahlen zu den Organisationsvorständen, bei denen man den Frauen unter etwa 10 Mitgliedern als eine gewisse Konzeption ein oder zwei Plätze einräumt, beweisen das sehr oft. Wenn wir ehrlich und vorbildlich die Gleichberechtigung der Frau unter uns anerkennen wollen, dann darf eben bei solchen Gelegenheiten nicht die Erwägung maßgebend sein, daß auch eine Frau dabei sein soll, sondern entscheidender Gesichtspunkt darf nur sein, daß der tüchtigste Mensch, gleichviel ob Mann oder Frau, an seinen Platz kommt.

Ich möchte deshalb meine Ausführungen damit schließen, daß ich Sie bitte, die Leitfäden, die Ihnen unterbreitet sind, anzunehmen und daß sie alle Tatkraft in der Richtung, die ich andeutete, entfalten, um das Ziel zu erreichen, daß der weibliche Einfluß bei der Lösung der Aufgaben in der kommunalen Wirtschaft entschiedener und nachhaltiger zum Durchbruch kommt, als es bisher der Fall war. Machen Sie sich für Ihre Tätigkeit die sittliche Pflicht zu unaufhörlichem Kampf nach dieser Richtung hin zu eigen, die, wenn auch in negativer Form, in dem bekannten Dichterwort zum Ausdruck gekommen ist:

Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,

Der täglich sie erobern muß.

(Lebhafter Beifall.)

Berichterstatterin Frau Dr. Schöfer: Wenn wir über das Thema: „Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde“ sprechen wollen, müssen wir uns zuerst die Frage vorlegen: gibt es überhaupt eigene soziale Frauenaufgaben in der Gemeinde? Hat nicht unsere Partei von jeher den Grundsatz vertreten, daß wir alle für allgemeine Menschenrechte kämpfen und daß deshalb eigene Frauenforderungen nicht ins Parteiprogramm aufzunehmen sind? Wir können uns auch nicht verhehlen, daß viele unserer Genossen mit bürgerlichen Vertretern noch darin übereinstimmen, daß sie die Frauen von den allgemeinen Fragen in der Gemeinde ausschließen und ihnen nur den sozialen Aufgabenkreis zuweisen wollen, weil die soziale Frauenarbeit den Frauen so recht angemessen wäre. Diesen Gedanken wollen wir nicht als engherzig ablehnen, sondern nur fragen: warum erscheint die soziale Arbeit den Frauen so recht angepaßt?

Soziale Arbeit ist Hilfe und Schutz für das Menschenleben. Die Frau ist die geborene Hüterin und Schützerin des Menschen; darum muß die soziale Arbeit ihr so recht angepaßt erscheinen. Indem wir der Frau die Aufgabe der Hüterin des Menschenlebens zuweisen, bejahen wir zugleich die Frage, ob die Frau überhaupt eine Aufgabe in der Politik hat. Eignet der männlichen Art mehr der Kampf, so hat die Frau mehr Verständnis dafür, Menschenleben zu hüten und zu bewahren. Hat der Mann mehr Verständnis für Güterwirtschaft und Güterproduktion, so eignet sich die Frau mehr für die Vertiefung in Menschenschicksale. Darum muß der Frau im Rahmen der Allgemeinheit die Aufgabe zufallen, Hüterin und Schützerin des Menschenlebens zu sein.

Die Aufgabe der Frau ist also die Menschenökonomie. Der Ausdruck ist nicht von mir geprägt, aber es ist bisher noch nicht gelungen, einen besseren

Ausdruck dafür zu finden. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn jemand unter Ihnen eine bessere Bezeichnung für Menschenökonomie oder Wirtschaftlichkeit mit Menschenleben fände.

Die Frau hat menschenökonomische Aufgaben zu erfüllen. Die soziale Aufgabe ist nur ein Teil dieser menschenökonomischen Aufgabe. Diese bringt die Frau mit allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Berührung. Ich habe Ihnen einige Vorschläge zur Aenderung des Parteiprogramms vorgelegt, in denen der Gedanke der menschenökonomischen Aufgaben der Frau zum bewußten Ausdruck kommen soll.

Die Forderung, die die Frau als Menschenökonomin in das Parteiprogramm hineintragen muß, ist die der sozialen Wohlfahrt aller. Will der Mann vor allem auf Umwandlung der herrschenden Güterwirtschaft in der Gemeinwirtschaft dringen, so hat die Frau vor allem darauf zu dringen, daß mit Menschenleben in der Gemeinwirtschaft sparsamer und weiser umgegangen wird als bisher. Wir haben bisher keine Menschenökonomie, sondern nur eine Güterökonomie gehabt. Das höchste Gut, das Menschenleben, wird in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht berücksichtigt.

Menschenökonomie ist die Einsetzung des Menschen als Wertfaktor in die Wirtschaft. Menschenökonomie bedeutet wirtschaftliches Umgehen mit Menschenleben und Menschenkraft, bedeutet Schutz und Hebung des organischen Kapitals. Bisher wird in der Volkswirtschaft nur das Bodenkapital und Finanzkapital in Rechnung gezogen, aber nicht das wertvollste Kapital, das wir haben: der Mensch. Der beschloßene Mensch, dessen einziges Kapital seine Arbeitskraft ist, ist das billigste Ausbeutungsobjekt, das sich denken läßt. Mit seinen Gebäuden und Maschinen geht der Unternehmer viel wirtschaftlicher um als mit Menschenleben, deren Arbeitskraft er gemietet hat. Das tut er deshalb, weil er den Verlust der Menschenkraft nicht zu tragen hat. Den Verlust des organischen Kapitals muß die Allgemeinheit tragen, und sie trägt ihn in ihrer Sozialpolitik. Sie trägt ihn aber nur insoweit, als sie dem Menscheninvaliden nur den allernotdürftigsten Unterhalt gewährt. Die Allgemeinheit besteht selbst wieder aus ausgebeuteten Menschen, die dann dafür sorgen müssen, daß diese Menschen ihr Leben fristen können.

In dieser Aufgabe der Menschenökonomie muß die Frau zielbewußt festhalten. Sie muß diesen Gedanken auch in das Parteiprogramm hineintragen. Von dieser Idee aus muß die Frau ihre soziale Arbeit aufbauen.

Die Frau ist die geborene Schützerin des Menschenlebens, sie trägt auch die Kosten des Menschenlebens. Die Menschheit wälzt sich seit Jahrhunderten durch ein Meer von Gefahren, Elend, Krankheit und Kriegen hindurch, und als einziges Mittel gegen das große Menschensterben galt eine starke Gebärbarkeit der Frau. Die Frau mußte Menschen schaffen, damit sie wieder zugrunde gerichtet werden konnten.

Die menschenökonomische Aufgabe hat aber auch eine positive Seite, die darin besteht, daß das vorhandene Menschenleben geschützt und befürsorgt werden soll. Die positive Seite heißt: Schutz den ungeschützten Arbeitskräften, Schutz den ausgebeuteten Müttern, Schutz dem heranwachsenden Kinde und Schutz den vergebauten Menschenleben überhaupt.

Die Frau hat neben der Aufgabe, die Menschenleben zu vermehren, die Aufgabe, das einzelne Menschenleben möglichst produktiv und glücklich zu gestalten. Wir haben nicht ein starkes Mutterinteresse daran, daß unser Land vergrößert werden soll, sondern daran, daß mit dem einzelnen Menschenleben sparsam und weise umgegangen wird.

Diese Aufgabe muß aus jeder Frau herausleuchten, namentlich, wenn sie im öffentlichen Leben eine führende Rolle einnehmen will. Die Frau muß ihre

lebendigen Rechte im öffentlichen Leben dafür einsetzen, daß die menschenökonomische Aufgabe überall in den Vordergrund gerückt wird. Sie muß den Grundsatz bekämpfen, daß die Rentabilität der Sachgüter das oberste Ziel der Wirtschaft sein soll. Das oberste Ziel ist das wirtschaftlich sparsame Umgehen mit dem besten Kapital, das wir haben: mit dem Menschenleben.

Die Frau kämpft für diese Ziele nicht bloß dadurch, daß sie in der Gemeinde in Armen-, Waisen- und Hinterbliebenenfürsorgeauschüssen, daß sie bei der Tuberkulose- und Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitet. Diese ausführende Arbeit ist ganz gewiß notwendig. Je mehr Menschen in diesem Sinne in der Gemeinde mitarbeiten, um so besser wird die Arbeit geleistet werden.

Prinzipielle Frauenaufgabe aber ist das Hineintragen des menschenökonomischen Gedankens in die soziale Arbeit. Auch in der allgemeinen Politik hat die Frau menschenökonomische Aufgaben zu erfüllen: als Gegnerin des Kriegs, als Wirtschaftspolitiklerin, die für freie Handels- und Verkehrspolitik eintritt, weil nur dadurch Menschenleben und Menschenkraft geschützt werden. In steuerpolitischer Beziehung muß sie für eine gerechte Steuerverteilung eintreten. Sie muß bei der Umgestaltung der Rechtspflege dafür sorgen, daß das Menschenleben zu seinem Recht kommt. In sozialpolitischer Beziehung muß sie für Arbeitslosenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagen, Familienversicherung usw. eintreten. Sie hat immer den Grundsatz zu betonen, daß alle Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene, Kulturpolitik vom Staat geleistet werden müssen, daß diese Ausgaben in der sozialistischen Gemeinwirtschaft zu den Betriebskosten der Wirtschaft zu rechnen sind. Ich möchte bitten, diesen Gedanken dahin zu unterstützen, daß er im Parteiprogramm Aufnahme findet.

In der sozialen Arbeit in der Gemeinde hat die Frau dann im einzelnen Gelegenheit, die sozialen Fürsorgezweige fruchtbringend auszugestalten. Ich habe mich länger mit der menschenökonomischen Aufgabe der Frau befaßt, weil gezeigt werden muß, wie die soziale Aufgabe der Frauen von einem weiten Gesichtspunkte aus gesehen werden kann. Ich weiß nur zu gut, daß in der Kleinarbeit des Tages die großen Gesichtspunkte leicht verloren gehen. Wir wissen, daß die Ausübung der sozialen Arbeit an den einzelnen Orten Kinderkrankheiten ausgebreitet ist. Soziale Arbeit von dem Gedanken des bloßen Wohltuens aus gesehen ist noch keine soziale Arbeit. Sie kann uns nur schließlich in das Fahrwasser der kapitalistisch orientierten Frauen führen, die ihre Arbeit in dem Sinne der Milderung der Klassengegensätze aus mütterlichem Gefühl heraus tun. Sie sagen immer: wir denken ja auch sozial; warum werden immer die Klassengegensätze in den Vordergrund geschoben? Aber dieser sozialen Arbeit der kapitalistisch Gesinnten fehlt der Untergrund, von dem aus allein die soziale Arbeit konsequent erscheint. Diese Damen bekämpfen nämlich in ihrer sozialen Kleinarbeit die Schäden des Kapitalismus; in ihrer allgemeinen Politik treten sie für die herrschende Wirtschaftsordnung ein, welche alle diese Schäden verursacht. (Sehr richtig!) Soziale Arbeit von dem großen Gesichtspunkte der Menschenökonomie aus ausgefaßt, ist die einzig richtige soziale Arbeit, und der Unterschied zwischen der sozialen Arbeit sozialistisch gesinnter Frauen und bürgerlicher Frauen besteht gerade in diesem Zwiespalt der Antikonsequenz.

Wenn wir immer an dem Gedanken der Menschenökonomie festhalten, dann werden wir auch nicht jene sozialen Grausamkeiten begehen, die die Menschen sich so leicht gedankenlos zu schulden kommen lassen. Aus Amerika wird z. B. berichtet, daß Menschenfreunde und Sozialpolitiker sich außerordentlich viel Mühe geben, Taubstumme zu erziehen und ihnen Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, daß sie aber auch die Heirat unter ihnen aus Menschenfreundlichkeit eifrig fördern, so daß die Zahl der Taubstummen sich in einem Zeitraum von zehn Jahren verdreifacht hat. Ebenso wird aus England berichtet, daß jene

Damen, die den Schutz von Heimen für geistig und körperlich Verträpeltete übernommen haben, nicht nur die Kranken versorgen, sondern sich auch eifrig bemühen, die Heiraten unter ihnen zu fördern, so daß die Zahl der Schwachsinnigen sich in einem viel stärkeren Tempo vergrößert hat als die der normalen Menschen. In solcher sozialer Fürsorge liegt eine grausame Antikonsequenz, eine Gedankenlosigkeit, die nur Menschen aufbringen können, die den Dingen des Lebens noch nicht auf den Grund gesehen haben. Bei uns in Deutschland haben wir allerdings auch ähnliche Fehler zu verzeichnen. Ich erinnere nur an das Schicksal der unehelichen Kinder. Wir wissen, daß die Sterblichkeit der unehelichen Kinder doppelt so groß ist wie die der ehelichen Kinder, daß die unehelichen Kinder die sogenannten Rettungsanstalten zu einem viel höheren Prozentsatz füllen als die ehelichen Kinder. Wer das weiß, der muß darüber empört sein, wie mit diesem Menschenkapital umgegangen wird. Wir reden auch viel von der Abnahme der Säuglingssterblichkeit, wir schlagen Maßnahmen zur Förderung der Geburtenzunahme vor, geben aber fast kein Geld aus zur Bekämpfung der ansteckenden Kinderkrankheiten. Das wäre aber konsequente soziale Arbeit. Vor dem Fehler, die soziale Arbeit bloß um der Geschäftigkeit willen in Angriff zu nehmen, werden wir dann bewahrt bleiben, wenn wir sie von dem Grundsatz der Menschenökonomie aus betrachten. Ich habe schon gesagt, daß die soziale Arbeit der Genossen und Genossinnen sich vor den Kinderkrankheiten in acht nehmen muß. Die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse mancher Bezirke zeigen einen großen Eifer, auch einzelne kleine Teilgebiete zu bearbeiten; sie veranstalten Sammlungen und veranstalten Minderbemittelte, für noch Ärmere in die Tasche zu greifen. Sie bringen aber trotz ihrer Bemühungen lange nicht einen Bruchteil jener Summen auf, welche die bürgerliche Wohltätigkeit bei ihren Wohlfahrtsbazaren, Blumentagen und Tanznachmittagen aufbringt. Wir wollen nicht wöhntun, um uns andere Menschen zu verpflichten; wir wollen es vor allem unterlassen, daran zu glauben, daß wir durch gute Ermahnungen, heilsame Trostspüche soziale Arbeit leisten können. Die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse fassen ihre Aufgabe viel wirkungsvoller auf, wenn sie vor allem danach trachten, in die einzelnen Ausschüsse der Gemeinden hineinzukommen, in denen diese Fragen durchgesprochen werden und in denen dann der Grundsatz der Menschenökonomie, einer wirklich sozialen fruchtbareren Arbeit immer und immer wieder in den Vordergrund gerückt werden kann. Das ist vor allem Sache der Genossinnen. Die Genossinnen müssen diesen Grundsatz unermüdet betonen. (Zustimmung.) Sie müssen den bürgerlichen Vertretern und auch den eigenen Genossen vorrechnen, was wahre Sparbarkeit ist. Sie müssen ihnen klarmachen, daß es eine übel angebrachte Sparbarkeit ist, die Menschenleben zwingt, mit weniger als dem notdürftigen Lebensunterhalt auszukommen, daß es die größere Sparbarkeit ist, mit Menschenleben sparsam umzugehen, als mit den wirtschaftlichen Sachgütern. Unzählig sind die Beispiele, an denen nachgewiesen werden kann, daß aus Sparbarkeit nur eine mangelnde soziale Fürsorge getrieben wurde, und wie diese Sparbarkeit sich schwer rächt durch linnenartiges Anwachsen der späteren Kosten, der Krankenkosten, Gefängnis-kosten, Anstaltskosten und Unterstützungsgelder. Ich bin überzeugt, daß in jeder Gemeinde, in der unsere Genossen und Genossinnen als Armen- oder Waisenspfleger in der sozialen Fürsorge überhaupt arbeiten, sich derartige Beispiele einer falschen Sparbarkeit sammeln ließen. Alle diese Beispiele sollten zusammengetragen werden, denn sie geben eine lehrreiche Darstellung davon, wie verschwenderisch eine falsche Sparbarkeit ist.

Wenn wir nun die soziale Arbeit der Frauen in den Gemeinden im einzelnen betrachten, so müssen wir uns fragen: welches sind die Gebiete, denen die Frauen ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen? Naturgemäß

wird die Frau zuerst alle Frauenangelegenheiten in ihren Bereich ziehen. Die Frauenfrage ist im Zusammenhang mit der bevölkerungspolitischen Frage die wichtigste soziale Frage, von deren Umgestaltung die Zukunft des ganzen Menschengeschlechts, auch die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung abhängt. (Sehr richtig!) Für die Frauen selbst aber ist vor allem die Sicherung des Frauenerwerbs eine soziale Frage. Ich kann nicht mit den Forderungen übereinstimmen, die vor einigen Tagen hier erhoben wurden, daß die Frauenerwerbsarbeit möglichst einzuschränken ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Frauenerwerbsarbeit möglichst zu erleichtern ist; denn aus Gründen der Volkswohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit müssen die Frauen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Leistung, sondern auch gleiche Erwerbsfreiheit fordern. Jede Frau muß es als ihre persönliche Aufgabe in der Gemeinde betrachten, die Erwerbsarbeit der Frau zu verteidigen und ihr neuen Raum zu verschaffen. Kasernenhygieniker und Bevölkerungspolitiker erheben gegen die Erwerbsarbeit der Frau Einspruch. Es ist zuzugeben, daß verschiedene Gründe, die in der jetzigen Wirtschafts- und Haushaltsordnung liegen, gegen die Erwerbsarbeit der Frau sprechen. Wir wollen ja aber die Wirtschaftsordnung ändern; wir wollen nicht immer bei dem alten kleinen Zwerghaus halt bleiben. Die Frauen müssen darauf dringen, daß in das sozialdemokratische Parteiprogramm der Satz hineinkommt: Die Frau hat ein Recht auf Erwerbsarbeit. Das Geschlecht an sich darf kein Grund zur Entlassung sein. Die Frau muß sich ihren Erwerbsunterhalt selbst verdienen, und zwar aus sozialen Gründen. Die Frauenwelt und damit die ganze Menschheit hat nur allzu lange unter der Verquickung von Liebe, Versorgung und Ehe gelitten. Die Freiheit der Frau wurde dadurch unheimlich beeinflusst. Darum muß die Frau im Interesse ihrer inneren Freiheit, im Interesse ihrer Nachkommenschaft und im Interesse des wirklich menschlichen Zieles für die Erwerbsarbeit der Frauen in der Gemeinde eintreten. Die bevölkerungspolitischen Nachteile der Frauenerwerbsarbeit können dadurch überwunden werden, daß die sozialistische Gesellschaft die Versorgung der Frau während der Zeit der Erwerbsverhinderung durch die Mutterschaft übernimmt.

Zu der wichtigsten Frauenaufgabe in der Gemeinde gehört der Mutterschutz. In der Mutter wird das heranwachsende Geschlecht geschützt. In der Gemeinde kann die Frau für einen wirksamen Mutterschutz eintreten, indem sie die Gründung von Schwangerenfürsorgestellen im Rahmen des Wohlfahrtsamts anstrebt, in denen die Schwangeren sowohl hygienische als auch juristische Beratung erhalten. Von den Frauen muß in der Gemeinde auch die Errichtung von Wälderinnen-, Frauen- und Mutterheimen und von Entbindungsanstalten angestrebt werden.

Für den Arbeiterinnenschutz kann jede Frau in der Gemeinde wirksame Borearbeit leisten, indem sie darauf dringt, daß das Arbeitsamt, der Arbeitsnachweis ihrer Gemeinde systematische Untersuchungen über die gesundheits-schädlichen Wirkungen gewisser Frauenbeschäftigungen anstellt. Es wären auch die Erfahrungen über die gesundheitlichen Wirkungen der Arbeitsbedingungen, der Arbeitseinteilung und der Arbeitszeit zu sammeln.

In den Kreis der sozialen Frauenaufgaben in der Gemeinde gehört naturgemäß auch die ganze Fürsorge für die Kinder und für die Jugend. Diese Fürsorge umfaßt die Fürsorge vom Säugling bis zur gefährdeten Jugend. Viele bekannte Tatsachen beweisen, wie sehr unsere Jugend unter den heutigen Verhältnissen leidet. Sie weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die Frau sich um dieses Gebiet ganz besonders kümmern muß. Wir brauchen vor allem eine planmäßige, konsequente, alles umfassende Kinderfürsorge. Namentlich in den großen Städten arbeiten viele Organisationen nebeneinander, durch-

einander, oft sogar gegeneinander. Die gesamte Kinderfürsorge muß planmäßig an einer Stelle zusammengefaßt werden, wenn etwas Durchgreifendes geleistet werden soll. Die Tätigkeit der Fürsorgepersonen ist leider Gottes heute in den meisten Gemeinden eine nur ermittelnde. Es ist eine betäubende Tatsache, daß jede bloße soziale Ermittlung ohne wirkliche Hilfe Bitterkeit und Ablehnung hervorrufen muß. (Sehr richtig!) Wir haben noch nicht eine öffentliche Kinderfürsorge, sondern viel zu viele verschiedene Einrichtungen nebeneinander, deren Kompetenzen in keiner Weise voneinander getrennt sind. Diesem Wirrwarr soll das kommende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz abhelfen. Unschlüssige und faule Gemeinden warten noch immer darauf, daß ein Befehl von oben kommt. Dieser Befehl von oben wird aber nicht viel mehr enthalten als den Befehl zur Errichtung von Jugendämtern, und der Wirkungsbereich der Jugendämter wird von den konfessionellen Mächten auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Deshalb haben die Gemeinden gut daran getan, die diesen Befehl von oben nicht erwarteten, sondern von selbst an die Errichtung von Jugendämtern gegangen sind. Wo solche Jugendämter noch nicht errichtet sind, sollen die Genossinnen, in der Gemeindevertretung und die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse immer wieder durch Anträge in den Gemeindeförperschaften die Errichtung von Jugendämtern verlangen. Der Wirkungsbereich der Jugendämter ist nicht einheitlich; er hängt von der Einsicht der Gemeindevertretung, von der Initiative des Jugendamtsleiters und auch von dem Widerstand der Vereine ab. Im allgemeinen erfaßt ein Jugendamt die ganze Kinderfürsorge; es umfaßt die Fürsorge für die Säuglinge, die Kleinkinder, die Schulkinder, die Schulgesundheitspflege, die Hortfrage, die Ferienkolonien, die Pflege der Jugendlichen und die Pflege der gefährdeten, bereits verwahrlosten Jugend.

Gerade auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge müssen die Frauen an erster Stelle stehen. Wenn wir bedenken, daß von zwei Millionen Säuglingen, die jährlich geboren werden, 350 000 sterben, daß also täglich die Kraft von tausend deutschen Frauen unnütz verbraucht wird, dann sieht man, wie notwendig eine durchgreifende Säuglingsfürsorge ist. Jede Frau muß in ihrer Gemeinde auf die Errichtung von Säuglingsfürsorgestellen dringen, die eine unentgeltliche Beratung der Mütter sowie die Ueberwachung der Säuglinge übernehmen. Vorherhand müssen wir uns darauf beschränken, zu fordern, daß wenigstens die Pflege der fürsorgebedürftigen Säuglinge überwacht wird. Solche Säuglingsfürsorgestellen können aber nur dann wirklich helfen, wenn sie unter ärztlicher Aufsicht stehen, leicht erreichbar sind und in geeigneten Räumen untergebracht sind. Ebenso steht es mit der Errichtung von Krippen, deren Einrichtung in größeren Gemeinden, aber auch auf dem Lande für die Erntezeit eine zwingende Notwendigkeit ist. Die sozialistischen Gemeindevertreter müssen immer wieder betonen, daß die Gemeinde die berufene Vertreterin der Kinderfürsorge ist, daß sie allein wirklich in der Lage ist, alle Kinder wirklich zu erfassen, nicht nur die pflegebedürftigen. Wenn die Gemeinden die genügenden Mittel haben, dann werden sie den ganzen Kreis der Kinder vom Säugling an bis zu den Jugendlichen in ihren Wirkungsbereich ziehen können.

Als wichtiges Teilgebiet der Kinderfürsorge ist dann auch noch die Fürsorge für das Kleinkind zu betrachten. Gerade die Frauen in der Gemeinde und namentlich die erwerbstätigen Frauen haben an der Errichtung von Kindergärten für die Kleinkinder ein besonderes Interesse. Es ist eine traurige Tatsache, daß wir uns viel zu wenig um die Kleinkinder kümmern, und daß infolgedessen die Vorteile der Säuglingsfürsorge wieder verloren gehen. Viele Schäden der mangelhaften Fürsorge für das Kleinkind zeigen sich erst nach zehn und zwanzig Jahren. Auf diesem Gebiete sündigt man häufig darauflös und vergißt ganz den grundlegenden menschenökonomischen Gedanken. Auf diese Weise

lebt eine Generation auf Kosten der anderen. Wir wissen alle, daß das Kleinkind während der Kriegsjahre und der Nachkriegsjahre außerordentlich gelitten hat. Die Fürsorge muß sich der Kleinkinder durch die offene und die geschlossene Kleinkinderfürsorge annehmen. Vor allem müssen Heime, Kindergärten geschaffen werden, in denen die Kinder nicht wie Sachen aufgehoben werden, die man früh hinbringt und abends wieder abholt, sondern in denen sie wirklich gepflegt werden wie zarte Pflanzen in einem Garten. Deshalb soll in den Gemeinden die Errichtung von Kindergärten in genügender Zahl beantragt werden. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Kinder in den einzelnen Kindergärten nicht zu groß ist, daß entsprechend vorgebildete Kräfte in diesen Kindergärten wirken. (Zustimmung.) Außerdem ist es unbedingt notwendig, der Abteilung für Kleinkinderfürsorge im Jugendamt eine Kostplatzvermittlungsstelle anzugliedern, ferner eine Berufsvormundschaft, wo die juristischen Interessen der Kinder vertreten werden. Es genügt nicht, daß das Jugendamt die Amtsvormundschaft bloß formell übernimmt, sondern das Jugendamt muß dafür sorgen, daß die nötige Anzahl vorgebildeter Kräfte da ist, die die Vormundschaft sachgemäß durchführen können. Die Frau in der Gemeinde hat weiter dahin zu wirken, daß der Gemeindevorstand nicht nur auf dem Papier steht. Nach den Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes soll das Jugendamt Gemeindevorstand werden. Das wird aber nur dann helfen, wenn das Jugendamt über genügende Kräfte verfügt, die die Waisenratsangelegenheiten besser erledigen, als es heute von den vielen Einzelkräften geschieht. Da die meisten Gemeinden nicht in der Lage sind, bezahlte Kräfte dafür anzustellen, muß planmäßig darauf hingearbeitet werden, daß die Waisenpfleger und Waisenpflegerinnen eine ganz andere Schulung erhalten als bisher. Es ist notwendig, daß die Gemeinden Richtlinien für die Waisenpflege herausgeben, damit der bestehende Wirrwarr auf diesem Gebiet etwas eingedämmt wird.

Auch die Schulkinderpflege ist ein wichtiger Teil des sozialen Aufgabentanzes der Frau. Die Fürsorgemaßnahmen für unsere Schulkinder gliedern sich in pädagogische, hygienische und soziale Maßnahmen. Die Notwendigkeit der ärztlichen Ueberwachung ist schon in vielen Gemeinden anerkannt worden. Wo es noch nicht der Fall ist, müssen die Frauen darauf drängen, daß Schulärzte und Schulärztinnen angestellt werden. Wichtig ist ferner die Anstellung von Schulpflegerinnen, die die Hilfsorgane der Schulärzte und andererseits der soziale Sammelplatz für die Schulkinderfürsorge eines Bezirkes sind. Jede Schule müßte ihre Schulpfegerin haben. Ich gestatte mir, in diesem Zusammenhang auf meine Broschüre über den Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde hinzuweisen.

In die Abteilung für Schulkinderfürsorge gehört ferner die Unterbringung der Kinder in Ferienkolonien, in Wälderholungsstätten, weiter das Kapitel der Schulpflege, der Horte. Alle die Schwierigkeiten, denen die Gemeinden jetzt begegnen, wenn sie eine wirklich durchgreifende Kinderfürsorge betreiben wollen, müssen einen sozial denkenden Menschen mit ungeheurer Bitterkeit erfüllen. Alles das, was jetzt fast unmöglich ist, wäre vor dem Kriege mit spielender Leichtigkeit möglich gewesen, wenn man vom Gesichtspunkt der Menschenökonomie ausgegangen wäre.

In das Kapitel der Schulkinderpflege und der Pflege der Jugendlichen gehört noch die Errichtung von Berufsberatungstellen, die vor allem die Eignung und die Neigung der Kinder beachten. Sie sind aber nicht nur für Kinder und Jugendliche in den Gemeinden zu errichten, sondern es muß auch darauf gedrungen werden, daß ihr Kreis sich auf jene Personen ausdehnt, die einen Berufswechsel vornehmen müssen oder gern vornehmen wollen.

Das Kapitel der Pflege der Jugendlichen ist auch eine wichtige Aufgabe des Jugendamtes. Die Jugendpflege leidet noch immer zu stark unter dem vielen Durcheinander und Nebeneinander der einzelnen Vereine. Bei den vielen Vereinen, die es auf diesem Gebiete gibt, hat es oft den Anschein, als wäre die Jugend dazu da, um an ihr Jugendpflege zu treiben, und als wären die Vereine nicht dazu da, daß sie sich der Jugend annehmen. Das gemeindliche Jugendamt wird wohl nicht selbst Jugendpflege durch eigene Organe treiben können; aber es muß vor allem die Vereine, die sich mit Jugendpflege befassen, in einem Jugendpflegeausschuß zusammenfassen. In diesem Jugendpflegeausschuß müssen die Aufgaben der Jugendpflege besprochen und im einzelnen verteilt werden.

Ferner ist zu fordern, daß die Gemeinden auch Lehrlingsheime sowie Jugendheime für Mädchen errichten. Ich möchte die Genossinnen überhaupt ganz besonders auf die weibliche Jugendpflege aufmerksam machen, die ein noch viel größeres Stiefkind der Fürsorge ist als die männliche Jugendpflege. Die Mädchen brauchen in diesem Alter unbedingt jemand, der sich ihrer annimmt, weil die Lehrstätte, die Schule und das Haus nur zu oft versagen.

Was die Fürsorge für die gefährdete Jugend anlangt, so möchte ich betonen, daß die notwendigen großen Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung, des Jugend- und Strafrechts in den menschenökonomischen Aufgabenkreis jener Frauen gehört, die in den größeren Parlamenten tätig sind. Sie haben dort vor allem auf eine Reform des Jugend-, Straf- und Erziehungsrechts zu drängen. Die Frauen in der Gemeinde müssen darauf sehen, daß eine geeignete Unterbringung der Kinder erfolgt, daß nicht immer jene Anstalten, die am billigsten sind, mit Kindern der Stadt besetzt werden. Es müssen solche Anstalten bevorzugt werden, in denen die Kinder wirklich eine familienmäßige Erziehung erhalten, in denen ein Arzt und ein Psychiater in der Leitung mitzusprechen haben. Die Anstalten sollen so beschaffen sein, daß die jungen Menschen die Anstalt gesund, kräftig und lebensfähig verlassen.

Der Frau in der Gemeinde fällt aber noch ein anderer großer und wichtiger Aufgabenkreis zu, nämlich die Fürsorge für die Kranken und Schwachen. Aber nicht nur diese Maßnahmen für die Kranken und Schwachen fallen in den menschenökonomischen Aufgabenkreis der Frau, sondern auch alle Aufgaben zur Hebung der Volksgesundheit überhaupt. Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen, zwischen Krankheit und sozialer Lage zeigt immer wieder, daß bei den Maßnahmen für Kranke und Schwache die Aufgaben viel zu eng gefaßt werden, daß es zur menschenökonomischen Aufgabe der Frau gehört, alle Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit in ihren Bereich zu ziehen. Deshalb sind namentlich die Maßnahmen der Gesundheitspflege nicht so eng zu fassen, daß die Frau sich nur der Kranken und Schwachen anzunehmen hat, sondern die Maßnahmen der Volksgesundheit müssen sich auch auf den gesunden und arbeitsfähigen Menschen erstrecken. Die Frau muß aus sozialen Gründen für bessere Löhne, für die Einführung von Minimallohnen, für Mutterschutz, für Wohnungs- und Fabrikhygiene, für Tuberkulose- und Alkoholbekämpfung, für staatliche Getreidemonopole, für Verbilligung der Lebensmittel und öffentliche Kinderpeisung eintreten. Wenn die Frauen von diesem Gesichtspunkte aus ihre soziale Aufgabe erfassen, dann wird vom gesamten menschenökonomischen Standpunkt aus etwas geleistet werden. Natürlich muß jede Frau in den Gemeinden auch den Krankenhäusern und Spitälern ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Sie muß auch dafür sorgen, daß die Wohlfahrtsämter in ihrem Bereich eine Hauspflegeorganisation aufbauen, daß sie eine Hauspflege auch für Wöchnerinnen errichten. Nichts ist schrecklicher als das Schicksal einer Familienmutter, die erkrankt ist. Jeder andere erkrankte Mensch kann sich mit mehr Ruhe ins Bett legen als eine Familienmutter. Die Genossinnen

in den Gemeinden müssen das immer wieder betonen und dafür sorgen, daß die Wohlfahrtsämter in dieser Beziehung vorbildlich vorgehen. Uebrigens ist das auch die billigste Einrichtung, die unter den heutigen Verhältnissen leicht geschaffen werden kann. Selbstverständlich muß die Frau in der Gemeinde auch auf die Errichtung von Heilstätten für Lungentranke und von Walderholungsstätten drängen, in denen Menschen, die sich nach ihrer Arbeit erholen wollen, richtig versorgt werden.

Ueber den Zusammenhang zwischen Alkohol, Syphilis und Menschenökonomie kann ich nur ganz kurz sprechen. Wie notwendig hier eine durchgreifende Fürsorge ist, beweist die Tatsache, daß Gemohnheitstrinker meist idiotische Kinder haben. Nach Prof. Forel stammen drei Viertel aller Insassen der Idiotenanstalten von trunksüchtigen Eltern. Trinkerfürsorge ist unbedingt notwendig. Es ist aber nichts verfehlter als zu glauben, daß man Trinkerfürsorge mit heilsamen Ermahnungen betreiben könne. Hier handelt es sich darum, Gefährdete zu zu heilen, wenn es noch möglich ist; wenn sie aber nicht mehr geheilt werden können, dann ist es Aufgabe der Trinkerfürsorge dafür zu sorgen, daß die Familie vor dem Trinker durch dessen Unterbringung in einer Anstalt geschützt wird.

Was die Geschlechtskrankenfürsorge betrifft, so ist in den Gemeinden vor allem die Errichtung von städtischen Pflegeämtern zu fordern. Die Frauen müssen sich aber bei dieser Fürsorge bewußt sein, daß das ganze Uebel der Prostitution nicht durch Errichtung von städtischen Pflegeämtern allein ausgerottet werden kann. Aber veräußert werden darf es nicht. Es gilt, in diesen Pflegeämtern den Frauen und Mädchen, die auf Abwege geraten sind, wenn irgend möglich, den Weg zu zeigen, auf dem sie wieder in geordnete Bahnen zurückkehren können. Wo bereits städtische Pflegeämter errichtet sind, üben sie vor allem Schulaufsicht, Ueberwachung, erzieherische Beeinflussung und Arbeitsbeschaffung aus. Dies letztere ist ein sehr wichtiger Punkt. Sie wissen alle, daß viele Frauen und Mädchen deswegen nicht mehr auf geordnete Wege zurückkehren können, weil es an der Arbeitsmöglichkeit für sie fehlt, wie ja auch viele Frauen aus Mangel an Arbeitsgelegenheit auf diese Bahn gekommen sind. Darum muß dem Pflegeamt ein Heim zur Verfügung stehen, in dem diejenigen Geschlechtskranken, die aus dem Krankenhause entlassen werden, Aufnahme finden, und in dem auch diejenigen, die einem geordneten Weg wieder zugeführt werden können, zeitweilig Unterkunft finden. Sehr wichtig ist aber die Forderung, daß das Pflegeamt von der polizeilichen Kontrolle losgelöst wird. Man kann nicht soziale Fürsorge unter der Aufsicht von Schulgelehrten treiben. Natürlich müssen auch in jeder Gemeinde Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingerichtet werden, in denen eine Dauerkontrolle ermöglicht wird; denn eine vorübergehende Beratung und Kontrolle hat gar keinen Wert.

Dann komme ich noch auf das Kapitel der Wohnungsverhältnisse, die ich vom sozialen Gesichtspunkte aus beleuchten möchte. Gesundheitszustand und Wohnungsverhältnisse stehen in inniger Wechselwirkung. Je erbärmlicher die Wohnungsverhältnisse sind, um so bebauernderwert ist gewöhnlich der Gesundheitszustand der Bewohner. Das Kapitel der Wohnungsverhältnisse ist aber nicht lediglich eine Wirtschaftsfrage, sondern vor allem eine soziale Frage. Mit ihm hängt das ganze Gebiet der Boden- und Wohnungsreform zusammen. Die Erkenntnis der Wohnungsfrage ist aber für die Frau außerordentlich notwendig. Die Wohnungsfrage muß vom sozialen, fürsorglichen Gesichtspunkte aus aufgefaßt werden. In der gemeindlichen Wohnungsinspektion und Wohnungssektion müssen Frauen vertreten sein, die darauf bringen, daß die Wohnungsverhältnisse auch daraufhin geprüft werden, ob die Wohnungen für die Aufnahme von Schwangeren und Kindern taugen. Im allgemeinen möchte ich aber hervorheben, daß es einem heutzutage bitter leid tun möchte, Wohnungs-

pflege im Kleinen zu treiben, wenn man sieht, welche großen Schwierigkeiten die jetzige Bauwirtschaft gegenübersteht.

Daß die Fürsorge für die wirtschaftlich Gefährdeten auch in den Aufgabenkreis der Frauen fällt, namentlich die Fürsorge für die Erwerbslosen, ist einleuchtend. Das ist vor allem eine wirtschaftliche Maßnahme.

Die Frauen müssen in ihrer Gemeinde auch darauf hinwirken, daß die Organisation der sozialen Fürsorge planmäßig und zielbewußt gestaltet wird, daß Wohlfahrtsämter eingerichtet werden müssen. Als Ziel der Wohlfahrtspflege muß uns die straffe Zusammenfassung der gesamten Wohlfahrtspflege durch eine behördliche Stelle, aber mit Heranziehung weitaus mehr, namentlich der wertaktiven Bevölkerung, erscheinen. Der Umfang der einzelnen Wohlfahrtsämter ist je nach der sozialen Einsicht der Gemeinde und nach der Fähigkeit des Organisationsführers verschieden. Es ist immer eine Frage der örtlichen Organisation, wie das Wohlfahrtsamt ausgestattet wird. Eine unerläßliche Vorbedingung zu einem guten Wohlfahrtsamt ist, daß tüchtige, sozial gebildete Menschen als Beamte angestellt werden. Das Wohlfahrtsamt muß das Zentrum der sozialen Gemeinschaftsarbeit sein; es muß heilende, vorbeugende und verjüngende Arbeit leisten. Darum müssen die Beamten vor allem den psychologischen Aufgaben gerecht werden. Es müssen Menschen sein, die genug seelische Spannkraft besitzen, daß sie nicht innerlich müde werden. Deshalb eignen sich vor allem Frauen dazu, im Wohlfahrtsamt tätig zu sein. Ohne Ueberhebung läßt sich sagen, daß Frauen mehr Wärme, mehr Verständnis und Güte aufbringen. Gewiß hat die Frau gewisse Hemmungen zu überwinden, wenn sie Familienfürsorge betreiben will, wenn sie aber die eine Hemmung — nämlich die Klatschsucht — überwindet, wird sie eine vorzügliche Wohlfahrtsbeamtin sein. Wenn wir an der objektiven Sachlichkeit festhalten, müssen wir sagen, daß die Frau nicht nur als ausübende Kraft an den unteren Stellen im Wohlfahrtsamt beschäftigt sein soll, sondern wir müssen fordern: den Menschen an die richtige Stelle.

Es muß auch unbedingt auf die Einführung von Familienfürsorgerinnen im Wohlfahrtsamt gedrängt werden. Die Ermittlung vorhandener Hilfsbedürftigkeit, die Ausübung der Unterstützungstätigkeit, die Beratung und der ständige Verkehr mit den Familien darf nur von einer Person ausgeübt werden, wenn die Familienfürsorge den Forderungen des primitivsten Tacts folgen will. Nichts ist in der Wohlfahrtsarbeit schädlicher als die Bevormundung. Vor diesem Fehler müssen sich alle Wohlfahrtsbeamten und -beamtinnen hüten.

Es ist also eine wichtige soziale Aufgabe, auf die Errichtung von Wohlfahrtsämtern, auf die Anstellung geeigneter Beamter und auf die Durchführung der Familienfürsorge zu dringen, nur dann wird die Frau ihren sozialen, menschenökonomischen Aufgabenkreis ganz durchführen, wenn sie sowohl in jedem Einzelgebiet als bei der Zusammenfassung im Wohlfahrtsamt ihre Gesichtspunkte immer wieder konsequent und ohne allzugroße Bescheidenheit, die der Sache nur schadet, in den Vordergrund rückt. Wir dürfen auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege die männliche Ueberlegenheit nicht anerkennen, sonst verflüchtigen wir uns an der Sache.

Der Frauenaufgabenkreis in der Gemeinde ist ein viel größerer, als er auf den ersten Blick erscheint. Menschenökonomie als Hilfe und Schutz für das Menschenleben ist der Frau als natürliche Aufgabe zuzuweisen. Die Frau ist die Vertreterin der Mütterlichkeit. Sie muß dafür sorgen, daß das organische Kapital, das Menschenleben, in Zukunft besser als bisher berücksichtigt wird. Es ist soziale Frauenpflicht, die primitive Fruchtbarkeit, zu der man sie bisher durch das Bettgebären verurteilt hat, in eine soziale Fruchtbarkeit zu verwandeln. „Ihr Mütter, euer Haupt umschweben des Lebens Bilder“, so ruft Faust

den Müttern zu. Wir müssen von den Frauen als dem mächtigsten Symbol der Fruchtbarkeit fordern, daß sie unsere Lebensgemeinschaft bereichern und erweitern, indem sie dem sozialen Gedanken zur Durchführung und zur Kraft verhelfen. Diese Aufgabe zu erfüllen, das sei unser tiefstes, ernstes, innerstes Frauenstreben. (Lebhafte Beifall.)

Berichterstatterin Frau Wachenheim-Berlin: Genossen und Genossinnen! Das deutsche Vereinsleben erstreckt sich auf so mannigfache Gebiete, daß es in seiner Vielgestaltigkeit unmöglich behandelt werden kann. Ich kann mich nur mit den Vereinen befassen, die ihre Wirksamkeit auf die Einwohnerschaft einer Gemeinde erstrecken. Ich beschränke mich auf solche Vereine, die einen sozialen Zweck in dem Sinne erfüllen, daß sie sich mit einer Hebung der Einwohnerschaft einer Gemeinde in gesundheitlicher und kultureller Beziehung befassen.

Da wir als Frauen eine ganz bestimmte Wirksamkeit in der Gemeinde bekommen haben, habe ich mir drei Gebiete herausgesucht, von denen ich annehme, daß sie die Frauentätigkeit in der Gemeinde am meisten in Anspruch nehmen. Ich möchte zu Ihnen sprechen von den Frauenvereinen, von den Wohlfahrtsvereinen und von den Vereinen auf dem Gebiete des Bildungswesens. Von diesen Gruppen aus läßt sich am leichtesten zeigen, wie wir uns überhaupt zum Vereinsleben zu stellen haben.

Unter dem Kapitel Frauenvereine möchte ich nur solche behandeln, die keinen bestimmten sozialen Zweck erfüllen, aber sich in ihren Rundgebungen mit der Aufgabe der Gemeinde befassen, die Bildungsarbeiten und andere gemeindliche Aufgaben übernommen haben.

Wir müssen in Deutschland unterscheiden zwischen der eigentlichen Frauenbewegung, die ihre zahllosen Vereine in allen Gemeinden hat, und den Frauenvereinen, die nicht zur Frauenbewegung gehören, sondern einen charitativen oder religiösen Charakter haben. Der Vaterländische Frauenverein ist ein Wohlfahrtsverein, der nicht die Frauen sammelt, um der Förderung der Frauen selbst willen, sondern zu gesellschaftlichen Zwecken, und der diesen Zwecken den Hintergrund der Wohlfahrtspflege gibt. Kirchliche Frauenvereine sind Vereine, die Frauen zu Zwecken der Kirche sammeln. Damit ist unsere Stellung zu diesen Vereinen schon gekennzeichnet.

Anders ist es mit der neutralen Frauenbewegung, die sich mit der Gleichberechtigung der Frau, mit sozialer Frauenarbeit, mit Frauenbildungsarbeit befaßt. Gerade diese Vereine fordern uns als Einzelpersonen oder als Organisation zur Mitarbeit auf.

Wir müssen uns einmal ansehen, wie die bürgerliche Frauenbewegung heute aussieht. Als der Bund deutscher Frauenvereine gegründet worden ist, haben es die sozialdemokratischen Frauen abgelehnt, in die Frauenbewegung hineinzugehen, weil sie sagten, daß die Herbeiführung der Befreiung der Frau nur möglich ist durch den Klassenkampf der Arbeiterchaft. Wir stehen noch heute auf diesem Standpunkt. Wir müssen das Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung ablehnen, weil wir uns sagen, daß die zur Gestaltung der Arbeiterfrau notwendige Erziehung nicht von Organisationen geleistet werden kann, die den Arbeiterfrauen wegensfremd sind und kein Verständnis für die wirtschaftliche Lage und Denkungsweise der Arbeiterfrauen haben. Wir können deshalb von einem Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung nicht das erwarten, was für unsere Frauen geleistet werden muß. Wir müssen Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Frauenbewegung haben, wenn wir hören, daß ihre Führerinnen es unterstützen, daß heute die uneheliche Mutter aus der Beamtenschaft ausgeschlossen werden soll. Wenn die Frauenbewegung besondere Aufgaben in der Öffentlichkeit hat, dann doch zu allererst die, die primitivsten menschlichen und weiblichen Gefühle zum Ausdruck zu

bringen, die zugleich die höchsten sind, und daß sie nicht, wie das Helene Lange für die Lehrerinnen auspricht, sagt: heute sieht einmal die Gesellschaft eine Verfehlung in der unethischen Mutterchaft, und deshalb kann der Staat die unethische Mutter nicht als Beamtin halten. Wir erwarten von den Frauen, daß sie vom menschlichen Standpunkt der Frau aus diese Dinge in der Öffentlichkeit beeinflussen und sich nicht einer Gesellschaftsauffassung fügen, die Gott sei Dank schon im Absterben ist.

Wenn ich auch das Hineingehen in die Stadtbünde der Frauenvereine ablehne, so deshalb, weil ich nicht glaube, daß wir dort eine fruchtbare Arbeit erfüllen können. Wir können in der menschlichen Gemeinschaft nur etwas gestalten, nur reibungslos arbeiten, wenn diese Gemeinschaft eine Einheit des Denkens, des Wollens und der Gestaltung darstellt. Sonst geht die Wechselwirkung von Persönlichkeit und Gemeinschaft, die allein die Menschheit vorwärtsbringen kann, verloren. Ich glaube, daß wir innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung selbst im kleinen Kreis der Stadtarbeit nichts leisten können und deshalb herausbleiben sollen. Die bürgerlichen Frauenvereine sind keine Vereine, in denen die Einheit des Denkens, Wollens und der Gestaltung vorhanden sind, sondern verfolgen meist einen bestimmten Zweck, meist die Förderung der Hausfrauen, die Möglichkeit der Zulassung zum Frauenstudium und ähnliche Detailzwecke. Es fehlt die große Einheit der Gesinnung. Das nimmt diesen Vereinen die Möglichkeit umfassender Gestaltung und läßt sie allmählich absterben.

Damit ist durchaus nicht gesagt, daß wir mit Stadtverbänden der Frauenvereine und den anderen Frauenvereinen nicht für bestimmte Zwecke zusammenarbeiten sollen. Wenn Ihnen z. B. vorgetragen wird, daß Stadtverbände der Frauenvereine beabsichtigen, daß ein weiblicher Arbeitsnachweis mit einer Frau an der Spitze gegründet werden soll, so haben wir keinen Grund, das abzulehnen, sondern müssen mitarbeiten. Ebenso können wir mitmachen, wenn ein anderer Verein eine Rundgebung der Frauen für die Republik vornimmt.

Ich gehe nun zu einer Reihe von Frauenvereinen über, die bestimmte Aufgaben innerhalb der Gemeinde erfüllen, z. B. der Verein Frauenbildung, Frauenstudium, die Kurse für Frauen einrichten. Wir haben keine Veranlassung, uns an diesen Kursen zu beteiligen. Sie sind eingestellt auf einen Kreis von Frauen, die eine ganz andere Vorbildung haben, aber auch ganz andere Ansprüche stellen. In den bürgerlichen Kreisen werden vielfach Wissensgebiete gesucht, nur um Wissen aufzunehmen, während wir das Wissen suchen wollen, um etwas leisten zu können. Wir sollen uns an solchen Kursen nur beteiligen, wenn wir aus dem, was wir hören, etwas für die Erfüllung unserer Aufgaben erhalten können.

Ich komme zu den Hausfrauenvereinen. Diese sind meist im Kriege gegründet worden. Damals hat unsere damalige Genossin Zieg die Beteiligung abgelehnt. Die Hausfrauenvereine interessieren uns jetzt nur als Vereine zur Schulung unserer Hausfrauen für die hauswirtschaftlichen Aufgaben. Ich fürchte, daß hier wegen der Verschiedenheit des bürgerlichen Lebens der Arbeiterfamilie eine gemeinsame Ausbildung nicht in Frage kommt. Ich habe aber auch deswegen Bedenken, mit den bestehenden Hausfrauenvereinen soviel zusammenzuarbeiten, weil diese Vereine sich meist zu reinen Arbeitgeberorganisationen entwickeln. Diese Entwicklung muß auch weitergehen und liegt eigentlich im Sinne unserer eigenen Bestrebungen. Wir wollen Tarifverträge für hausangestellte abschließen und müssen natürlich auf der anderen Seite auch Arbeitgebervereine haben, mit denen die Tarifverträge abgeschlossen werden.

In diesen Vereinen ist also für uns kein Platz. Andererseits müssen wir uns eingehend mit der hauswirtschaftlichen Ausbildung unserer Frauen be-

schäftigen. Deshalb scheint mir der Hamburger Antrag berechtigt zu sein, daß wir uns mit der Frage beschäftigen und eigene Gründungen zu diesem Zweck versuchen. In Berlin haben wir schon Versuche mit Nähturen gemacht. Solche Veranstaltungen haben für uns auch einen agitatorischen und erzieherischen Zweck. Wir sammeln da unsere Frauen zu einem Zweck, zu dem sie vielleicht leichter zu gewinnen sind als zu politischer Arbeit, und können sie von da aus zu unserer politischen Arbeit gewinnen.

Wir sehen, daß die Entwicklung des Vereinslebens darauf hinführt, die Vereine der älteren Art, die einen bestimmten Zweck hatten, absterben zu lassen und an ihre Stelle Vereine zu setzen, in denen sich diejenigen zusammenschließen, die eine gemeinsame Gesinnung haben. Zum Beispiel sehen wir, daß bürgerliche Gesangvereine allmählich untergehen, während Vereine, die auf einer Gesinnungsgemeinschaft beruhen, allmählich anwachsen und künstlerisch Wertvolles leisten. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die Vereine, mit denen wir in der Gemeindetätigkeit zu tun haben, beachten.

Das selbe gilt auch für die zweite Gruppe der Vereine: die Wohlfahrtsvereine. Auf unserer Wohlfahrtstagung ist gesagt worden, daß die freie Wohlfahrtspflege, die in Vereinen organisiert ist, Pionierarbeit für die öffentliche Wohlfahrtspflege geleistet hat. Das ist zweifellos richtig. Ich glaube, die Entwicklung geht unbedingt zu einer öffentlichen Wohlfahrtspflege. Auch bei der Erziehung sind zuerst die freien Vereine Vorläuferinnen der Schule gewesen. Wir verlangen heute selbstverständlich die öffentliche Schule und die Schulpflicht, weil uns nur der Staat, den wir beaufichtigen können, die Garantien gibt, daß das, was wir von der Erziehung verlangen, wirklich geschieht. Ebenso ist es bei der Wohlfahrtspflege. Wir müssen für eine allmähliche Kommunalisierung der Wohlfahrtspflege eintreten.

Nun haben wir heute eine Reihe von Wohlfahrtsvereinen, die auf ganz verschiedenen Gebieten sehr leistungsfähig sind, ein Teil bezüglich der Geldmittel, ein Teil bezüglich der Qualität seiner Leistungen. Wir haben Städte, in denen z. B. die Durchführung der Berufsvormundschaft von städtischen Beamten gemacht wird, andere, in denen sie Vereinen übertragen ist. In manchen Städten ist die Augengerichtshilfe städtisch, in anderen wird sie von Vereinen betrieben. Ebenso ist es mit Waisenhäusern, mit der Mütterberatung usw. Wir können nicht von heute auf morgen sagen: der und der Wohlfahrtsverein muß jetzt kommunalisiert werden, weil wir entweder die Mittel des Vereins im Augenblick nicht für die öffentliche Wohlfahrtspflege entbehren können, oder weil die Persönlichkeiten, die wir nicht entbehren können, vielleicht nicht in die kommunale Arbeit hineingehen. Wir müssen alle einen Ausweg finden, müssen uns aber darüber klar sein, daß unser Ziel öffentliche Wohlfahrtspflege sein muß, nicht nur weil wir dort die Garantien haben, daß die Wohlfahrtspflege umfassend sein wird, sondern auch deshalb, weil nur der öffentlichen Wohlfahrtspflege das Odium der Wohlthätigkeit ganz genommen werden kann. Es ist für unsere Parteigenossen häufig ein unangenehmes Gefühl, von Vereinen befürsorgt werden zu müssen, die sich auf Mittel der wohlhabenden Kreise stützen, selbst wenn die Fürsorge eine gute und systematische ist. Noch mehr Bedenken habe ich für diejenigen Arbeiter, die noch nicht Sozialisten sind. Sie lernen den Gedanken gegenseitiger Verantwortung, der die Grundlage des Sozialismus ist, besser begreifen, wenn sie das Gefühl haben, sie gehen zu derjenigen öffentlichen Körperschaft, in der ihre Arbeitskollegen ein Wort mitzureden haben, als daß sie sich von privaten Vereinen unterstützen lassen müssen.

Die Vereinsarbeit in der Gemeinde trägt auch die Gefahr der Zersplitterung in sich. Zu einer Durchorganisierung der Wohlfahrtspflege gehört auch, daß Mittel und Kräfte nicht verzettelt werden. Bisher aber sind durch die Nicht-

zusammenarbeit von Wohlfahrtsvereinen und Gemeindeeinrichtungen und auch durch die schlechten Einrichtungen der Gemeinde Kräfte und Mittel vergeudet worden. Häufig wußte das Armenamt nicht, was das Kriegsfürsorge- oder Jugendamt tat. Wenn die Gemeinden heute Wohlfahrtsämter errichten, so zunächst deshalb, um einmal in die Gemeindegliederung selbst Einheitslichkeit hineinzubringen. Darüber hinaus sollten sie auch darauf achten, daß die Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsvereinen und Gemeinde einheitlich gestaltet wird. Dazu gehört, daß wir uns klar werden, welche Aufgaben die Vereine und welche Aufgaben die Städte zu erfüllen haben. Wir müssen untersuchen, welche Geldmittel die Vereine von der Stadt bekommen können, ob sie diese Geldmittel für Unterstützungszwecke oder für Verwaltungszwecke bekommen. Es gibt auch Vereine, die nur Zweige ihrer Tätigkeit mit Hilfe öffentlicher Mittel erledigen. Das Charlottenburger Jugendheim bekommt z. B. Geld für seine Schulkleidung, wird aber für seine andere Tätigkeit nur teilweise durch städtische Mittel unterstützt.

Es gibt Vereine, die ganz miserable Leistungen aufweisen und trotzdem ihre Ausgaben aus Gemeindegeldern decken, ohne daß jemals die Stadt die Vereine kontrolliert. Wir müssen dafür sorgen, daß, wenn die Gemeinde nicht die Vereinstätigkeit selbst übernimmt, bei Verwendung öffentlicher Mittel wenigstens eine Kontrolle ausgeübt wird, ob die Vereine die an sie gestellten Ansprüche auch erfüllen. Wenn aber von den Gemeinden Mittel gegeben werden, sollten wir uns immer überlegen, ob nicht die privaten Wohlfahrtsvereine abgebaut und die Vereine in Gemeindegliederung übernommen werden können. Vereine, bei denen das nicht möglich ist und die aus ihren eigenen erheblichen Mitteln Gutes leisten, können wir bei der heutigen finanziellen Lage der Stadterwartungen natürlich nicht sofort abbauen, sondern diese müssen wir in die Gemeindegliederung eingliedern. Wir müssen bei den Gemeinden überall verlangen, daß die Vertreter der bürgerlichen Wohlfahrtspflege in den Ausschüssen nicht mehr Sitze zugewiesen erhalten, als ihnen zustehen. Wir müssen auch verlangen, daß in allen Landkreisen ein Wohlfahrtsamt gegründet und die Arbeit der Wohlfahrtspflege in behördliche Leitung übernommen wird. Nur dann haben wir die Möglichkeit, zu kontrollieren, ob die Wohlfahrtspflege in der Richtung einer umfassenden Wohlfahrtspflege ausgebaut wird. Wir müssen der Zersplitterung entgegenarbeiten und ein einheitliches Arbeiten verlangen, das im Interesse unserer schlechten Finanzverhältnisse besonders notwendig ist.

Ich möchte es für unsere Organisation ablehnen, als Wohlfahrtsvereine selbständige Fürsorge zu treiben. Aber im Dienste der öffentlichen Körperschaften müssen wir uns betätigen. Wir müssen die Ehrenbeamten für die Stadt- und Landkreise stellen und diese in unseren Reihen oder mit Hilfe der anderen Wohlfahrtsvereine für diese Arbeit schulen. An die Stelle der alten Vereine, die sich damit begnügten, Geld zur Verfügung zu stellen, ohne durch eigene Arbeit etwas für die Wohlfahrtspflege zu leisten, müssen Vereine gesetzt werden, die menschliche Kräfte zur Verfügung stellen. Auch in der bürgerlichen Wohlfahrtspflege muß sich eine Umgestaltung nach dieser Richtung hin vollziehen, weil zahlreiche Vereine gegenwärtig keine Mittel mehr zur Verfügung haben. Ueberhaupt vollzieht sich in der Zusammenarbeit zwischen Gemeindeangehörigen und Gemeindebehörden eine solche Umwandlung, daß die Zusammenarbeit mit den Persönlichkeiten stärker wird, als die Zusammenarbeit mit Vereinen mit bestimmten Zwecksetzungen. Ich erinnere dabei an die Elternbeiräte, wo wir in einer besonderen Form die Kontrolle bestimmter Persönlichkeiten über Einrichtungen und Leistungen der Gemeinde haben. In den Elternbeiräten haben wir auch das, was allein einer solchen Tätigkeit Ziel und Richtung gibt, nämlich

den Zusammenschluß derjenigen, die eine einheitliche Gesinnung haben, die eine wirkliche Gemeinschaft bilden können. Aus dieser Zelle der menschlichen Gemeinschaft heraus wird dann die Gestaltung und die Leistung für die öffentliche Körperschaft befrachtet. Ich glaube, daß auf diese Weise auch unsere Bildungsorganisationen für die Wohlfahrtspflege und für die Gemeindegliederung gestaltet werden müssen.

Wir brauchen für alle diese Arbeiten keine besonderen Vereine zu gründen; denn unsere Parteiorganisation ist so gestaltunfähig, daß wir aus ihr heraus die Kräfte für die bestimmten Zwecke nehmen können, und so können wir auch für die Zwecke der Schulung zur Gemeindegliederung durch unsere Parteiorganisation die Genossinnen heranziehen.

Ich komme zu dem dritten Gebiet, das ich behandeln möchte, zur Volksbildungsarbeit. Auch hier müssen wir uns darüber auseinandersetzen, ob öffentliche Arbeit oder Arbeit der Vereine. Nun ist es ganz zweifellos, daß, wenn wir auch die Einheitschulen haben, und vielleicht gerade dann, die Erziehungsarbeit an den Erwachsenen nicht aufgegeben werden kann. Es ist auch für uns alle klar, daß diese Erziehungsarbeit ebenjot wie die Erziehungsarbeit an den Kindern Sache der Gesellschaft und des Staates ist. Doch wir sind heute noch nicht so weit, und wir können auch noch nicht durchsehen, daß diese Pflicht von den öffentlichen Körperschaften anerkannt wird. Wir haben aber heute noch etwas anderes zu beachten, was die Einstellung zur Volksbildungsarbeit der Gemeinde doch anders erscheinen läßt als die Einstellung zur Wohlfahrtspflege der Gemeinde. Wir brauchen für unsere Volksbildungsarbeit die Freiwilligkeit derjenigen, die wir bilden und erziehen wollen, die freiwillige Anteilnahme der Arbeiterschaft an diesen Organisationen der Volksbildung. Denn wenn die Arbeiterschaft nicht freiwillig an diesen Kursen und Einrichtungen, die ihr geboten werden, teilnimmt, dann ist die Arbeit vergebens. Zwingen können wir den Erwachsenen nicht, sich weiter zu bilden. Das müssen wir in erster Linie berücksichtigen, wenn wir die Volksbildungseinrichtungen ansetzen.

Wir haben in Deutschland ein Chaos von Volksbildungseinrichtungen. Wir haben die alten Volksbildungsvereine, die hauptsächlich von den Angehörigen der bürgerlichen Kreise besucht werden. Wir haben Volkshochschulen, die aus Stiftungen entstanden sind, wir haben städtische Volkshochschulen und Bibliotheken. Alles das ist kaum in einer Stadt einheitlich gestaltet. Wir finden in fast allen Städten ein Chaos; wir haben auch mit den Volkshochschulen in den meisten Städten Piaso erlitten. In den meisten Städten werden die Volkshochschulen nicht von den Arbeitern besucht, wie es doch ihr eigentlicher Zweck ist. (Zustimmung.) Mir ist im preußischen Kultusministerium gesagt worden, daß eigentlich nur die Volkshochschulen von Stuttgart, Düsseldorf und Berlin wirkliche Arbeiterhochschulen sind, daß die anderen Volkshochschulen überwiegend von denjenigen besucht werden, die aus bürgerlichen Kreisen das Bedürfnis haben, sich fortzubilden.

Nun hat die Volksbildung, wie wir sie jetzt auffassen und wie die moderne Volkshochschule sie auffaßt, die Aufgabe, die Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft zu erziehen und zur Gemeinschaftsleistung zu befähigen. Dazu müssen wir hauptsächlich die Arbeiter haben, die nach ihrer ganzen Stellung im gesellschaftlichen Leben für die Gemeinschaftsarbeit prädestiniert sind. Auch aus diesem Grunde müssen sich die Volksbildungseinrichtungen in erster Linie an die Arbeiterschaft wenden.

Nun entsteht die Frage: wie können wir es machen, daß wir Volksbildungseinrichtungen für die Arbeiterschaft bekommen? Wir haben selber solche Einrichtungen geschaffen; unsere Volksbildungseinrichtungen haben den besonderen Zweck der sozialistischen Erziehung und müssen deshalb nach den Wünschen

und Voraussetzungen der Partei gestaltet werden. Sie sind, weil wir gar nicht genug Mittel haben, nicht fähig, eine wirklich durchgreifende Volksbildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Dazu müssen wir andere Körperschaften schaffen. Nun kann man im Zweifel darüber sein, ob man heute diese Aufgabe schon den Gemeinden übertragen kann. Man kann darüber zweifelhaft sein aus dem Grunde, weil viele Gemeinden nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen und deshalb die Arbeiterschaft von diesen Einrichtungen abgelehrt wird. Ueberall, wo man einheitliche Organisation geschaffen hat, hat man erkannt, daß durch die Zersplitterung Mittel vergeudet werden und daß infolgedessen viel weniger geleistet wird, als geleistet werden könnte. Das gilt zunächst einmal für die Volksbibliotheken. Wir haben unzählige Volksbibliotheken in den Städten, und es ist notwendig, daß unter der Führung der Gemeindeverwaltungen die Vereine, die diese Bibliotheken hatten, oder die Persönlichkeiten, die die Stiftungen verwalten, veranlaßt werden, die Bibliotheken einheitlich auszugestalten und die Bücher örtlich in der Stadt zu verteilen. Hier können Gemeinden und Vereine zusammenarbeiten. Dasselbe ist auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens möglich. In Leipzig ist kürzlich ein Volksbildungsamt gegründet worden, das die ganzen Volksbildungsbestrebungen zusammenfassen soll. In anderen Städten ist das Volksbildungsamt an die Schuldeputation angegliedert worden. Genosse Caspary hat die Angliederung an das Wohlfahrtsamt verlangt. Es kommt auf die Größe der Stadt an, wo das Volksbildungsamt anzugliedern ist. In Kiel besteht meines Wissens ein Volksbildungsamt für die ganze Provinz. Ein solches Amt als Zusammenfassung aller Volksbildungseinrichtungen ist durchaus zu begrüßen. Aber ich glaube nicht, daß das städtische Volksbildungsamt heute schon in der Lage ist, die Volksbildungsarbeit selber zu leisten. In dieser Beziehung werden wir uns auf die Organisationen der Arbeiter selbst stützen müssen, wie wir das z. B. bei der Volkshochschule in Berlin getan haben. Wir haben dadurch die Möglichkeit, das Vertrauen der Arbeiter zu erringen. In Berlin sind z. B. die Gewerkschaften, die beiden sozialistischen Parteien und die Stadt die hauptsächlichlichen Träger der Volkshochschule, und wir haben dadurch das Vertrauen der Arbeiter erweitert. Das ist ungeheuer wichtig. Wenn Sie sich einmal die Berichte der Betriebsbetriebsräteschulen ansehen, dann finden Sie immer wieder, daß die Betriebsräte das Gefühl haben: hier wird etwas gelehrt, was unserer gewerkschaftlichen und sozialistischen Einstellung nicht entspricht. Darunter leidet natürlich der Zweck der Volkshochschule. Daher glaube ich, daß wir das Volksbildungswesen heute in die Hand der Arbeiterorganisationen in Gemeinschaft mit der städtischen Verwaltung legen müssen.

Wir haben also auch hier eine Form des Vereins. Die Organisationen, die ihrer Gesinnung nach befähigt sind, auf diesem Gebiet etwas Besonderes zu leisten, müssen mit den Städten zusammenarbeiten. Sie müssen immer obenanstellen, daß der Verein am leistungsfähigsten sein wird, der wirklich eine Gemeinschaft bildet; Sie müssen immer darauf achten, daß die Vereine nicht außerhalb der Gemeinde ihre Arbeit vollführen, sondern daß die einzelnen Ströme in ein gemeinsames Bett fließen. Die Gemeinde ist ja die innerste Zelle der zukünftigen Gemeinschaft, die wir erstreben. Deshalb müssen alle neuen Bestrebungen auf diese zukünftige Gemeinschaft hinarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau Juchacz: Ehe wir in die Diskussion eintreten, wird die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht über das Ergebnis der Mandatsprüfung erstatten. Das Wort hat die Genossin Schilling.

Frau Schilling: Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß hundert Delegierte aus 32 Bezirken anwesend sind, nämlich 14 Parteigenossen und 86 Parteigenossinnen. Aus den einzelnen Bezirken sind folgende Delegierte

vorhanden: aus Ostpreußen 2, Pommern 2, Brandenburg 2, Groß-Berlin 5, Niederschlesien 7, Mittelschlesien-Breslau 4, Oberschlesien 3, aus dem Halberstadt 2, aus dem Magdeburger Bezirk 3, Lübeck-Mecklenburg 2, Schleswig-Holstein 3, Hamburg 6, Hannover-Braunschweig 3, Groß-Thueringen 2, Leipziger Bezirk 1, Ostschlesien-Dresden 2, Chemnitz 3, Zwickau 3, Cassel 1, Frankfurt a. M. 2, Westlich Westfalen 2, Westlich Westfalen 2, Oldenburg 2, Niederrhein 4, Oberrhein 3, Hessen 2, Pfalz 1, Baden 2, Württemberg 1, Franken 3, Oberpfalz 1 und Schwäbisch-Oberbayern 3. Der Parteivorstand ist durch 2 Mitglieder vertreten, die Genossinnen Juchacz und Kymek, der Parteiausschuß durch 3, die Reichstagsfraktion durch 5, die preussische Landtagsfraktion durch 1 Genossin, die „Gleichheit“ durch die Genossin Bohm-Schuch, der Bildungsausschuß durch den Genossen Weimann, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt durch Genossin Henmann, die Programmkommission durch Genossin Pfülf. Ich bitte die Mandate für gültig zu erklären.

Es wird demgemäß beschlossen.

Vorsitzende Frau Juchacz: Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Zur Begründung des zuletzt eingebrachten Antrages zur Bevölkerungspolitik hat das Wort Genossin Duard-Hammererschlag.

Frau Duard-Hammererschlag: Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die örtlicher Reichsrauentenkonferenz erklärt: Die deutsche Reichsregierung hat die dringende Aufgabe, endlich entschlossen und zielsicher eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch zu treiben, daß sie:

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 behufs Abschaffung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskrankheiten zum fertigen Gesetz erhebt, sowie in Verbindung damit durch die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird;
2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die ruckständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamten sein läßt, wobei in allen Versorgungsgelegenheiten, namentlich auch in demjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichen für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind;
3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Übereinkommen beiträgt, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter in mustergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

Zugleich drückt die örtlicher Reichsrauentenkonferenz ihr stärkstes Befremden über die frauenfeindliche Haltung der meisten deutschen Freistaaten im Reichsrat aus, der die unter 1 und 3 genannten Entwürfe in unerantwortlicher Weise verschleppt und ihre Gesetzgebung zum größten Nachteil der Gesundheit deutscher Mütter jahrelang verzögert.

Es ist mir die Ehre zuteil geworden, diesen Antrag zu begründen. Sie wissen alle, daß wir ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten notwendig haben und daß dieses Gesetz schon in nahezu vorbildlicher Weise von der deutschen Reichsregierung ausgearbeitet worden ist. Dieses Gesetz liegt dem

Reichsrat seit dem 1. März 1920 zur Begutachtung vor. (Hört, hört!) In diesem Reichsrat bemühen sich nun die Staaten unter der Führung Bayerns, alle Reformvorschlüsse dieses Gesetzesentwurfs zunichte zu machen. Sie haben die Taktik einer Verschleppung eingeschlagen, in der Hoffnung, daß die jetzige Regierung durch eine konservative abgelöst wird. Wir Frauen haben allen Anlaß zu fordern, daß dieser Gesetzesentwurf möglichst schnell an den Reichstag kommt. (Sehr richtig!) Wer die Broschüre des Genossen Dr. Quard gelesen hat, in der der ganze Gesetzesentwurf wiedergegeben ist, der hat sich davon überzeugen können, daß der Gesetzesentwurf für uns annehmbar ist. Allerdings müßten einige Schönheitsfehler beseitigt werden. In dem Gesetzesentwurf ist den Ärzten eine gewisse Freiheit gelassen, anzumelden oder nicht anzumelden. Unsere Genossen im Reichstag sind dazu da, diese Fehler zu verbessern.

Im Zusammenhang damit muß eine Aenderung der §§ 218 und 219 erfolgen. Wir glauben, daß diesen beiden Paragraphen namentlich in Verbindung mit dem Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten große Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Die soziale Seite dieser Paragraphen in bezug auf die Verantwortlichkeit der Frauen gegenüber der Nachkommenschaft muß stärker betont werden, nicht mehr die kriminelle Seite. Ferner muß auch der gesundheitliche Schutz betont werden, den evtl. eine Aenderung des § 218 bringen kann.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, der sich auf die Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder und die Aufhebung der rückständigen Bestimmungen, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, bezieht, so brauchen wir darüber in diesem Kreise keine Worte mehr zu verlieren.

Der dritte Punkt behandelt die Versicherung und Versorgung der Mütter überhaupt. Sie wissen, daß die Internationale Kommission zum Schutze des Arbeiterrechts Bedingungen ausgearbeitet hat, die die Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter regeln. Diese internationalen Bedingungen sind jetzt auch der deutschen Reichsregierung überreicht worden. Man hat sie dem berühmten Reichsausschuß zur Begutachtung übergeben, und dieser hat wegen der Kosten ein Gutachten im negativen Sinne abgegeben. Der Gesetzesentwurf verlangt aber nichts weiter, als daß die Frau sechs Wochen vor der Entbindung und sechs Wochen nach der Entbindung ruhen kann, wenn sie will und wenn ein ärztliches Attest die Notwendigkeit bescheinigt. Er verlangt weiter, daß die Mutter in dieser Zeit ausreichend zu leben hat und daß sie, wenn sie später ihr Kind stillen will, Zeit zum Stillen bekommt, daß sie nicht entlassen werden darf. Diese Forderungen sind gewiß nicht übertrieben. Ich glaube daher, daß der Antrag so angenommen werden kann, wie er vorliegt. (Beifall.)

Schluß der Vormittagsitzung 1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

Die Vorsitzende Frau Juchacz stellt die drei am Vormittag gehaltenen Referate sowie die Anträge Nr. 6 bis 18 und die von der Genossin Quard begründete Resolution zur Diskussion und schlägt ohne Widerspruch aus der Versammlung vor, die Redezeit auf je 10 Minuten zu beschränken.

Frau Schreiber-Krieger-Berlin: Nach meiner Kenntnis der Vorgänge ist im Ausschuß für Bevölkerungspolitik im Reichstag eine außerordentliche Verschleppung mit der Gesetzesvorlage über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getrieben worden. Wir müssen alles tun, um so schnell wie möglich

die Vorlage dieses Gesetzesentwurfs zu erlangen. Wir haben schon seit Monaten eine Austerferteilung der Regierung zu erreichen versucht, bisher ohne Erfolg bei den Herren Geheimräten, die zu unseren Sitzungen erscheinen. Deshalb habe ich mich erst kürzlich an das Ministerium des Innern gewandt, an dessen Spitze einer unserer Parteigenossen steht, und gebeten zu intervenieren. Leider aber war es vor den Ferien noch nicht möglich, eine Mitteilung über die Vorlage dieses Gesetzes zu bekommen.

Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik scheinen die Verhältnisse für ein fortschrittliches Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten günstig zu stehen. Ob das im Plenum auch so sein wird, wage ich zu bezweifeln.

Was die uneheliche Mutterschaft der Beamtinnen anlangt, so werden wir nicht ablassen, immer wieder für deren Schutz einzutreten. Aber die erste Probeabstimmung in dieser Sache ist in einem Hammelsprung mit einer Stimme zuungunsten dieser Beamtinnen entschieden worden. Einen großen Teil der Schuld an den bestehenden Verhältnissen tragen die bürgerlichen Beamtinnenorganisationen selbst. Es ist geradezu unerhört, auf welchem reaktionären Boden die Frau gegen die Frau steht. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, unter den Frauen, deren Männer und Väter schon unseren Reihen angehören, Propaganda zu machen, sondern müssen versuchen, auch unter den Töchtern reaktionärer Familien, in Lehrer- und Beamtenkreisen zu wirken, damit ihnen überhaupt erst die Augen geöffnet werden.

Wir müssen versuchen, sie in unsere Versammlungen zu bekommen und umgekehrt in ihre Versammlungen zu gehen, um dort zu wirken. Großenteils haben die Frauen dieser Kreise gar keine Ahnung, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen.

Die Genossin Wachenheim unterschied zwischen Vereinen, mit denen man arbeiten und solchen, mit denen man nicht arbeiten sollte. Für die Mitarbeit geeignet erscheinen mir alle diejenigen Vereine, die, ohne auf parteipolitischen Boden zu stehen, Kampfvereine gegen die alte landläufige Moral sind, z. B. Vereine für die Gleichstellung der unehelichen Mütter, für Ehre reform, Beseitigung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, Vereine für die Friedensbestrebungen. In solchen Vereinen ist auch viel gutes Material, Menschen, die dem Sozialismus ganz zu gewinnen aussichtsreich ist.

Wir werden selbstverständlich von uns Frauen aus im Reichstag alles tun, was wir können, um die Beseitigung des § 218 herbeizuführen. Bedauerlicherweise steht aber nicht einmal die gesamte Reichstagsfraktion hinter unserem Antrag. Die meisten Ärzte, einschließlich einer Zahl sozialistischer Ärzte, sind leider für die gründliche Abschaffung dieses Schandparagraphen nicht zu haben. Bei den Juristen besteht im allgemeinen mehr fortschrittliches Verständnis als bei den Ärzten. Ich wage nicht zu hoffen, daß wir im Reichstag in bezug auf die Aufhebung des § 218 einen ganzen Erfolg in unserem Sinne erzielen werden, nehme aber an, daß eine erhebliche Milderung der Bestimmungen durchzubringen sein wird. Es wird eine Art Schutzparagraph entstehen, der dem Richter vollkommen freie Hand läßt, viel oder wenig Strafe zu diktiert. Da handelt es sich darum, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Da geschieht seitens unserer Frauen viel zu wenig. Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik liegen Stöße von Petitionen von konfessionellen katholischen, evangelischen, jüdischen Frauenvereinen sowie von politisch reaktionären Frauen verschiedenster Richtung. Es werden aber viel zu wenig Gegenanträge von den Frauen anderer Richtung eingebracht. Ich bitte deshalb, daß Sie unsere Kampagne im Reichstag durch solche Anträge unterstützen. Vor allem ist auch die Einbindung von Material über Einzelfälle notwendig, damit solche wirksamen Einzelfälle allen die ungeheure Not in den Familien vor Augen führt.

Es ist angesichts des erschütternden Leidens unserer Kinder grauenhaft, wie von reaktionärer Seite schon wieder ein Freudenjubiläum über die Steigerung der Geburtenzahl angestimmt wird. Demgegenüber sage ich: Es kommt jetzt nicht darauf an, in das gegenwärtige Elend viele Kinder hineinzusetzen, sondern darauf, eine vernünftige Bevölkerungspolitik zu treiben. (Bravo!)

Frau Bohn-Schuch-Berlin: Ich habe es begrüßt, daß die beiden Referenten auf die Unhaltbarkeit der Demobilisierungsbestimmungen hingewiesen haben, die ja in den Großstädten eigentlich außer Kraft gesetzt sind, leider aber in der Praxis immer noch Anwendung finden, wonach die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen zum großen Teil unmöglich gemacht wird. Nicht nur die Berufungsstellen bereiten den Frauen ungeheure Schwierigkeiten, sondern geradezu reaktionär haben sich auf diesem Gebiet manche Betriebsräte entwickelt. Vielfach sind Frauen aus Gemeindefstellungen entlassen worden, die während des Krieges geschaffen worden sind, ohne daß für diese Stellen Neueinstellungen erfolgten; die Arbeit ist vielmehr auf die vorhandenen Kräfte verteilt worden. Da sind also Frauen aus Bohn und Brot gebracht worden, ohne daß auch nur einem einzigen Arbeitslosen durch die Anwendung dieser Demobilisierungsbestimmung geholfen worden wäre.

Nur die wirtschaftliche Freiheit bedingt die moralische Freiheit. Nur eine in sich freie Mutter kann auch freie Kinder erziehen. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen und bei den bestehenden Bestimmungen werden viele junge Menschen nicht heiraten, sondern in freier Ehe zusammengehen, damit jeder einzelne seine Existenz behalten kann. Solche Fälle ereignen sich in der Praxis sehr häufig. Aus diesen freien Ehen werden dann Kinder geboren, und damit komme ich zu den Auswirkungen, die solche wirtschaftlichen Bestimmungen rechtlich haben müssen. Diese Kinder müssen einen Erziehungsanspruch an Vater und Mutter haben. Das Recht des unehelichen Kindes muß in der Befehgebung dem des ehelichen Kindes gleichgestellt werden.

Heute sind wunderhöne Worte über die Aufgaben der Frauen in den Gemeinden gesprochen worden. Dieses Arbeitsgebiet kann von uns aber nur beachtet werden, wenn wir tatsächlich in die Gemeindevertretungen hineingewählt werden. Nur die politische Aufklärung bringt uns diesem Ziele näher. Sind wir in den Gemeindevertretungen, können wir unseren Einfluß nur in die Tat umsetzen, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. Und hier beengten uns die ungeheuren Lasten, die aus dem Kriege erwachsen sind in dem, was wir auf sozialem und kulturellem Gebiet schaffen möchten. Dadurch wird die Arbeit der Sozialdemokratie in der Praxis so ungeheuer erschwert. Dennoch müssen wir alles einsehen, um trotz dieser Hemmungen so viel sozialen und kulturellen Fortschritt im Sinne des Sozialismus zu erreichen, wie nur irgend möglich ist.

Wir stehen infolge der Nachwirkungen des Krieges vor unendlich schwierigen politischen Problemen. Wir stehen vielleicht vor einem Sturm, der das ganze Gebäude unseres Staates in seinen Grundfesten bedroht. Wir Frauen müssen uns sagen: nur wenn dieses Gebäude der Republik fest stehen bleibt, besteht für uns die Hoffnung, unsere Ideen einmal verwirklichen zu können. Darum muß unsere ganze Arbeit darauf gerichtet sein, die Republik zu erhalten und sie mit demokratischem und sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die ungeheuren Leistungen, die unser Staat zu erfüllen hat, sind auf steuerehrlichem Wege einfach nicht zu leisten. Deshalb treten wir geschlossen für die Erfassung der sogenannten Goldwerte ein. Dies ist auch der Weg, der mit Sicherheit unseren sozialistischen Zielen zutrifft. Wenn aber schon die Steuerleistungen im Staat den Anforderungen nicht gerecht werden können, genügen sie erst recht nicht zur Erfüllung der notwendigsten Aufgaben in den Gemeinden. Wir werden auch in den Gemeinden dazu kommen müssen, immer mehr Eigenwirtschaft zu treiben. Da werden uns

gerade in Groß-Berlin bei den jetzt bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in der Agitation die größten Schwierigkeiten gemacht, weil natürlich nach der Abwirthschaftung während des Krieges die in Eigenwirtschaft übernommenen Betriebe ein Defizit gehabt haben. Diese sinnlose Agitation benutzt man gegen die Kommunalwirtschaft überhaupt. Aber gerade der Genosse Wukty kann uns darüber Auskunft geben, wie sich die eigene Wirtschaft schon vor dem Kriege in den Gemeinden bewährt hat und wie es gerade dadurch armen und mit starker Arbeiterbevölkerung durchsetzten Gemeinden nur möglich wurde, die ungeheuren Kriegsvorsorgungslasten zu decken.

Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich sagen: Es ist wohl nicht möglich, daß unsere Frauenkonferenz den Antrag Nr. 13 in der vorliegenden Form annimmt, denn dann würde der von einem Teil der Reichstagsfraktion dem Reichstag seit fünf Vierteljahre vorliegende Gesetzesänderungsantrag für die Paragraphen 218/219 des Strafgesetzbuches von vornherein inhibiert werden. Wir müssen aber darauf dringen, daß dieser Gesetzesänderungsantrag zunächst überhaupt einmal zur Verhandlung kommt. Ich bitte deshalb, den Antrag Quard, der alle bevölkerungspolitischen Anträge zusammenfaßt, einstimmig anzunehmen.

Das Primäre unserer Arbeit muß die politische Aufklärung sein, damit wir im Staats- und Wirtschaftsleben erst die Macht werden, die wir theoretisch durch die Verfassung sind. (Lebhafter Beifall.)

Frau Coert-Stuttgart: Ich habe von den württembergischen Genossinnen den Auftrag, dahin zu wirken, daß wir unsere Genossinnen, die die Anträge bezüglich der Befreiung des § 218 gestellt haben, unterstützen. Ein Hauptgrund, warum nicht alle Genossinnen diesem Antrage zugestimmt haben, liegt darin, daß man für unsere Frauenbewegung dadurch nachteilig befürchtet, weil viele sich noch von altüberbrachten Anschauungen leiten lassen.

Alles, was wir gestern und heute gehört haben, zeigt uns, daß wir Menschenökonomie treiben, daß wir Frauen unser Hauptaugenmerk darauf richten müssen, daß die Kinder, die wir zum Leben getragen haben, nachher auch die Möglichkeit haben, als gesunde, frohe und freie Menschen zu leben. Es wäre eine Hauptaufgabe speziell der Mütter, sowohl in den Mädchen wie in ihren Söhnen das Gittlichkeitsgefühl zu heben. All die Not und das Elend, das die unehelichen Mütter noch heute in unserem Staate tragen müssen, ist vielfach darauf zurückzuführen, daß unsere Männer in dieser Frage sich viel mehr von Gesetzesparagrafen leiten lassen als von sittlichen Gefühlen.

Wir württembergischen Genossinnen werden der von der Genossin Dr. Quard eingebrachten Resolution wie auch den übrigen Anträgen zustimmen.

Besondere Beachtung bedarf noch der Antrag Nr. 6, der davon handelt, Berufsorganisationen der Hausfrauen auch durch unsere Genossinnen ins Leben zu rufen. Bei uns in Stuttgart hat sich eine Organisation gebildet. Sie ist aus einem volkswirtschaftlichen Kursus der Volkshochschule hervorgegangen. Diese Frauen sehen es als ihre erste Aufgabe an, den Kampf mit dem Verband der Hausangestellten aufzunehmen. Wenn wir auch derartige Hausfrauervereinigungen gründen wollen, müssen wir zunächst einmal dem Namen unsere Aufmerksamkeit schenken, damit nicht unter den mehr indifferenten Frauen Zweifel darüber bestehen, welcher Gefinnung die Berufsorganisationen, der Hausfrauen sind. Ein besonderes Bedürfnis zur Gründung solcher Vereinigungen liegt nicht vor, denn unsere Konsumenteninteressen können wir in den Konsumgenossenschaften wahren, für unsere gewerkschaftlichen Interessen sind die Gewerkschaften da, und die Partei ist dazu da, um die politischen Meinungen zum Ausdruck zu bringen.

Viele unserer Genossinnen sind noch nicht in der Lage, uns in unseren Gedankengängen richtig zu verstehen. In der „Gleichheit“ sind in der letzten Zeit

Artikelferien erschienen, wie z. B. von der Genossin Wachenheim: „Was muß die Wohlfahrtspflegerin von der sozialen Gesetzgebung wissen?“ und ein Artikel von Dr. Caspari über „Rechts- und Wohlfahrtspflege“. Denen, die in dieser Arbeit stehen, sind diese Artikel sehr wertvoll. Wir müssen aber auf die Frauen Rücksicht nehmen, die einfachere Geisteskräfte haben wollen. Unsere Abonnentenzahl ist in Württemberg in der letzten Zeit von 150 auf 1600 gestiegen, weil wir das obligatorische Lesen der „Gleichheit“ eingeführt haben. Viele der Genossinnen können aber den Gedankengängen noch nicht ganz folgen, und deshalb muß durch Abwechslung und einfache Artikel auch diesen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

**Frau Oestreich:** Durch unsere Wohlfahrts Einrichtung und durch die heutigen Verhandlungen ging ein wundervoller Zug menschlicher Größe. In einem gesunden Körper soll ein gesunder Geist wohnen. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir vor allen Dingen in den Schulen und auch bei den erwachsenen Frauen Aufklärungsarbeit in bezug auf körperliche Hygiene treiben. Diese Vorbeugungsarbeit ist der Grundstock für einen gesunden Körper. Die Mütter dürfen nicht mehr blindlings in die Mutterchaft hineingehen, sondern müssen schon in jungen Jahren lernen, welche Gefahren ihrem Körper und ihrem Kinde drohen.

Eine Referentin hat darauf hingewiesen, daß durch Heirat von Laubstümmen untereinander in Amerika Laubstümme in großer Zahl geboren worden sind. Das ist gewiß sehr traurig. Wir müssen uns aber auf den rein menschlichen Standpunkt stellen, daß wir denjenigen, die durch das Unglück ihrer Geburt, weil sie degenerierte Eltern hatten oder sonst ein Unglück gehabt haben, schon gezeichnet sind und die von vielen menschlichen Freuden ausgeschlossen sind, nicht noch die Zuchttrute geben, daß sie von der Ehegemeinschaft ausgeschlossen werden. Die Heirat soll gestattet werden, es muß aber gesetzlich für eine Inhibierung der Kindererzeugung gesorgt werden. Wir müssen ein Gesetz bekommen, das ein Attest bei der Eheschließung fordert. An der Hand dieses Attestes ist von einer ärztlichen Kommission festzustellen, ob Kindererzeugung gestattet ist oder nicht.

Der hygienische Unterricht in den Schulen ist fast nicht berührt worden. Die Schule ist aber ein Gebiet, das wir zu allererst in die Hand bekommen müssen. Die Kinder müssen Unterricht über Hygiene und über die Vorbeugung gegen ansteckende Krankheiten erhalten.

Ich möchte ferner darauf aufmerksam machen, daß unter allen Umständen in den Schulen das Verantwortlichkeitsgefühl der Kinder in höchstem Maße geschärft werden muß. Darauf können unsere Mitglieder in den Stadtparlamenten einwirken; denn die Schulen sind in den meisten Fällen von der Gemeinde abhängig.

Genossin Wachenheim hat gefordert, daß Volksbibliotheken auf einheitlicher Grundlage errichtet und der Gemeinde, am besten dem Wohlfahrtsamt, angegliedert werden. Diese Forderung ist gut; aber wenn wir sie unter den heutigen Verhältnissen durchführen, dann dürfte sich doch für uns in denjenigen reaktionären Gemeinden, wo alles in der Hand der konfessionellen oder reaktionären Parteien liegt, ein eigenartiger Zustand ergeben. Daraus folgt, daß wir die politische Aufklärungsarbeit, die in der Kleinarbeit ihre Grundlage hat, vor allen Dingen in die Hand nehmen müssen. Damit schaffen wir die Grundlage für das Erringen der politischen Macht. Haben wir die politische Macht, dann werden wir auch die Geldmittel flüssig machen können.

Die politische Erziehung unserer Frauen ist eine dringende Notwendigkeit. Diese politische Erziehung muß auch von seiten der Genossen in unermüdlicher

Kleinarbeit erfolgen. Dann werden wir auch für unsere Partei Wertvolles leisten. Ich wünschte, daß wir in unser Parteiprogramm den einen Satz aufnehmen: Wir haben die politische Gleichberechtigung der Frau erkämpft, wir fordern und wollen mit aller Kraft weiterkämpfen für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, damit die Frau in Wahrheit gleichberechtigt werde. (Lebhafte Beifall.)

**Frau Wolff-Bacholt:** Aus den Worten des Genossen Wuyty ging das eine klar hervor, daß nach seiner Ueberzeugung die Tätigkeit der Frau an verantwortlicher Stelle innerhalb der Kommunen eine Notwendigkeit für uns geworden ist. Das haben wir ja schon lange erkannt. Aber warum sind denn die Frauen noch nicht in den leitenden Stellen? Die Befähigung fehlt den Frauen nicht; aber ihnen fehlt das Selbstbewußtsein, die Fähigkeit, sich in den Vordergrund zu drängen. (Sehr richtig!) Wenn sie dieses Selbstbewußtsein haben, dann wird es vielfach noch von den Männern unterdrückt, indem die Frauen, wenn sie als Neulinge sich zum Worte melden und über ihre Erfahrungen sprechen, von den Männern mitteilidig belächelt werden. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Gerade die Kommune ist das wichtigste Tätigkeitsfeld der Frau.

In dem Referat des Genossen Wuyty habe ich leider etwas vermißt, nämlich eine Behandlung der wichtigen Frage, wie weit die Preisprüfungsstellen unter den heutigen Verhältnissen noch befugt sind, einzuschreiten. Ich wäre dem Genossen Wuyty sehr dankbar, wenn er in seinem Schlußwort auf diese Frage noch eingehen würde. Wenn in den Preisprüfungsstellen keine gesetzliche Handhabe gegeben ist, dann ist ihre Tätigkeit überflüssig. Es wäre zu erwägen, ob man nicht in Form von kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die schon in manchen Städten errichtet sind, ein Gegengewicht gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft schaffen könnte. In unserem westfälischen Bezirk ist es passiert, daß eine Kommune Gemüse und andere Lebensmittel nicht kaufen konnte, weil der Preis zu hoch war, daß aber eine andere Stadt, in der auch größtenteils sozialdemokratische Vertreter saßen, diese Lebensmittel dann abgenommen hat.

Genossin Schöfer hat mir direkt aus der Seele gesprochen. Ich werde aus ihrem Referat soviel mit nach Hause nehmen, daß es Wochen bedarf, um alles zu verarbeiten. Das menschenökonomische Prinzip, das die Genossin Schöfer uns entwickelt hat, ist etwas so Großartiges, daß jede Genossin sich dieses Prinzip zu eigen machen und für seine Anwendung sorgen sollte. Es ist in Wirklichkeit nämlich so, daß im großen und ganzen der Mensch noch lange nicht als das höchste Gut auf Erden gilt. Erst wenn wir uns für unsere Wohlfahrtsbestrebungen diesen Grundsatz zur Richtschnur machen, daß nichts über die Majestät des Menschen geht, werden wir etwas Ersprießliches leisten können. Dies ist vor allem das Gebiet der Frau. Es ist eine Zelle des Staatshauses, das die Männer erbaut haben. Aber so wie wir unser Heim in unserem Ehestand aus schmücken müssen, so müssen wir Genossinnen auch dazu beitragen, dieses Staatshaus durch richtige Sozialgesetze auszusmücken. Wir müssen für einen körperlich und geistig gefunden Nachwuchs sorgen. Wir müssen unter allen Umständen für die Befämpfung der schleichenden und akuten Seuchen eintreten, um einen gesunden Nachwuchs heranzuziehen. Das große Ziel unserer Bewegung können wir nur dadurch erreichen; daß wir einen gefunden und frischen Nachwuchs für unsere Bewegung erziehen. Wir sind äußerlich frei. Machen wir uns doch auch einmal innerlich frei. Innerhalb der Frauenorganisationen herrscht leider vielfach noch eine Kleinigkeitskrämerei, die man dort eigentlich nicht vermuten sollte. Der Mensch, der etwas für die Allgemeinheit leisten will, kann es nie durch äußerliche Freiheit, sondern nur durch innerliche Freiheit. Darum stellt die Persönlichkeit hinter die Allgemeinheit. Dann werden wir zum Siege kommen! (Lebhaftes Bravo!)

**Begier-Hamburg:** Es ist meine Aufgabe, Ihnen den Antrag Nr. 6, der von Hamburg gestellt worden ist, etwas näher zu erläutern. Unsere Genossin aus Württemberg hat Gelegenheit genommen, auf diesen Antrag Bezug zu nehmen und zu betonen, daß die wirtschaftlichen Aufgaben, die eine solche Organisation, wie sie von uns vorgeschlagen wird, haben könnte, von den Konsumvereinen erfüllt werden, daß unsere gewerkschaftlichen Interessen von den Gewerkschaften und unsere politischen Interessen von der Partei vertreten werden. Es sieht also fast so aus, als wenn dieser Antrag vollkommen überflüssig wäre. Es wird Ihnen aber bekannt sein, daß zunächst einmal in den Reichswirtschaftsrat, aber auch in die allgemeinen Konsumententammern, also in offizielle Einrichtungen des Staates, auch Delegierte der Hausfrauenberufsorganisationen als Vertretungen der Hausfrauen berufen werden. Wir müssen zugeben, daß bisher nur auf bürgerlicher Seite derartige offizielle Hausfrauenberufsorganisationen bestehen, so daß in der Praxis sowohl im Reichswirtschaftsrat als in den Konsumententammern die Hausfrauen nur von bürgerlicher Seite vertreten werden können. Schon aus diesem Grunde müssen wir uns die Frage vorlegen: Ist es nicht notwendig, ein Gegengewicht in diesen Körperchaften gegenüber den bürgerlichen Hausfrauen zu schaffen?

Dazu kommen aber noch andere Momente, zunächst ein parteipolitisch-egoistisches. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die bürgerlichen Hausfrauenvereine sich nicht nur aus bürgerlichen Damen zusammensetzen, sondern auch aus Arbeiterfrauen. Wie kommt das? Bei näherer Prüfung dieser Frage kommen wir zu der Antwort, daß diesen Arbeiterfrauen dort wirtschaftliche Vorteile verprochen werden, die von den Konsumvereinen nicht geboten werden können. Da ist es nach meiner Auffassung nicht ganz unmöglich, nach dieser Richtung evtl. auch eine Organisation unter unserer Leitung zu bilden und sie so aufzubauen, daß sie nicht in Konflikt mit unserer Partei, mit den Gewerkschaften und den Konsumvereinen gerät. Wir haben in Hamburg vor ungefähr einem Jahr mit unserem größten Konsumverein, der „Produktion“, diesbezüglich Fühlung genommen, und dort ist uns erklärt worden: in dem Augenblick, wo ihr es für notwendig haltet, eine derartige neue Organisation zu gründen, werden wir bereit sein, auch in jeder Beziehung zu unterstützen. Wir wünschen von Hamburg aus nur, daß auch in der Zentralleitung diese Frage einmal ganz eingehend behandelt wird.

Wenn im übrigen eine solche Organisation für notwendig gehalten wird, dann könnte und müßte sie so ausgebaut werden, daß sie in keiner Weise eine Konkurrenz für uns sein kann, sondern im Gegenteil ein Rekrutierungsfeld für die Partei darstellt. Gerade in der heutigen Zeit haben wir mit einer gewissen Mäßigkeit innerhalb der weiblichen Bevölkerung gegenüber der Politik zu rechnen, so daß es außerordentlich schwierig ist, neue weibliche Parteimitglieder zu gewinnen. Deshalb müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es nicht vielleicht noch andere Mittel gibt, um das Interesse der Frauen zu wecken und sie zu uns auf diesem Umwege heranzuziehen. Ein solcher Umweg wird evtl. durch die vorgeschlagene Organisation geschaffen. Wenn eine derartige Organisation nun auch noch dazu übergehen würde, die berufliche Ausbildung der Frau in die Hand zu nehmen, dann würde dies dazu beitragen, daß die Frauen dem Gedanken etwas sympathischer gegenübertraten. Ich verhehle mir allerdings nicht, daß von seiten unserer Genossen gesagt werden wird: nun kommt ihr schon wieder mit einer neuen Organisation, obgleich ihr mit der Wohlfahrtsorganisation noch nicht einmal fertig seid. Aber ich glaube, es ist doch notwendig, rechtzeitig an diese Aufgabe heranzugehen.

Was den Antrag der Genossin Quard betr. Bevölkerungspolitik anlangt, so halte ich es nicht für möglich, daß ein wirklich überzeugter Sozialist das

Recht der Frau über ihren eigenen Körper zu beschränken wünscht. Ich erwarte deshalb bestimmt, daß unsere Fraktion geschlossen für diesen Antrag eintritten wird. (Sehhafter Beifall.)

**Frau Wartenberg-Altona:** Die Worte, die die Genossin Dr. Schöber heute morgen gesprochen hat, waren mir aus der Seele gesprochen. Seit ungefähr 15 Jahren beschäftige ich mich mit dieser Frage. Was nützt uns die ganze Wohlfahrtspflege und ein Gesundheitsamt, wenn wir nicht damit rechnen können, daß wir gerade in der Frau und Mutter in der Stadt und auf dem Lande eine verständige Mitarbeiterin haben? Sie ist die Berufsste, um dafür zu sorgen, daß der Anstieg und der Verbreitung von Krankheiten innerhalb der Familie ein Riegel vorgeschoben wird.

Auch das Referat des Genossen Bughy hat meiner Auffassung durchaus entsprochen. Wir haben in Altona trotz unserer ungünstigen Finanzen in der Gemeindepolitik schon vieles erreichen können. Das erste, was wir beantragt und auch durchgeführt haben, war der Bau einer größeren Entbindungsanstalt, der mit einem Kostenaufwand von vier Millionen Mark durchgeführt worden ist. Ferner haben wir die Errichtung eines Kinderheims durchgeführt, in dem die Kinder Tag und Nacht Aufnahme finden können. Wir haben ein Landpflegeheim geschaffen. Ferner ist es möglich gewesen, mit unseren Volksschulen gleichzeitig Jugendheime zu verbinden. Die Jugendlichen brauchen infolgedessen nicht in Gastwirtschaften zusammenzukommen, um an ihrer gemeinschaftlichen Entwicklung zu arbeiten. Es fehlen uns aber noch ein Säuglings- und ein Mütterheim. Wir sind gegenwärtig nicht in der Lage, größere Aufwendungen zu machen. Sedenfalls müssen wir versuchen, in den städtischen Wohlfahrtsbestrebungen Einfluß zu gewinnen, und dafür kommen vor allem die Genossinnen in Frage, die die soziale Frauenschule besucht haben und die eine einheitliche Fürsorge durchführen können. Wenn überall in diesem Sinne gearbeitet wird, dann werden wir auch zum Ziele kommen. (Beifall.)

**Frau Hanna:** Ich möchte die Aufmerksamkeit der Genossinnen auf das Gebiet der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung lenken. Für die Arbeitsvermittlung verlangen die gewerkschaftlichen Organisationen weitgehenden Einfluß auf die Selbstverwaltung. Nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf über Arbeitsvermittlung werden aber voraussichtlich den Gemeinden noch größere Aufgaben zufallen, als ihnen jetzt schon auferlegt worden sind. Im allgemeinen ist die Arbeitsvermittlung der Frauen immer schon ein Stiefkind gewesen, und noch ein größeres Stiefkind ist die Berufsberatung für weibliche Arbeitskräfte. Hier müßten sich die Genossinnen in den Gemeindeverwaltungen bemühen, etwas mehr Verständnis und Interesse für die besonderen Angelegenheiten der weiblichen Arbeitsuchenden zu wecken. Ich habe zu dieser Frage in der letzten Nummer der „Gleichheit“ Stellung genommen. Wir haben in der Arbeitsvermittlung so gut wie gar keine ärztliche Untersuchung der Arbeitskräfte, die vermittelt werden sollen; wir sind angewiesen auf die schulärztliche Untersuchung der Kinder, die nach Auffassung der Fachleute wertlos ist. Die Untersuchung der Arbeitslosen erfolgt nach Gesichtspunkten, die es ermöglichen, die Krankheitserscheinungen der sich Meldenden festzustellen, weil nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge eine mehr als 86% prozentige Krankheit eines Menschen ihn von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausschließt. Die Betroffenen werden dann der Armenpflege überwiesen. Wir verlangen eine Untersuchung der Arbeitsuchenden, nicht nur der in das Erwerbsleben Sineintommenden, sondern auch der bereits in Arbeit Stehenden, wenn sie arbeitslos sind, nach gewerbehygienischen Grundfakten, um festzustellen, ob die Betroffenen sich für bestimmte Berufe eignen, ob sie den Anforderungen des Berufs, zu dem sie sich hingezogen fühlen, gesundheitlich gewachsen sind. Eine derartige ärztliche Unter-

Juchung der Arbeitslosen, vor allen Dingen auch der Jugendlichen, ist auch für die Umstellung der Arbeitskräfte in andere Berufe notwendig. Wir haben im Preussischen Landtag bei der Ausschlußberatung über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung eine größere Summe für die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung gefordert, und dieser Antrag ist auch angenommen worden.

Wir haben auch bei der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung der weiblichen Arbeitskräfte sehr häufig den Widerspruch unserer Genossinnen zu überwinden, die als Mütter der jugendlichen Arbeitskräfte in Frage kommen und die es als einen Eingriff in ihre Rechte betrachten, wenn man den jugendlichen Arbeitsjuchenden die Fähigkeit für einen bestimmten Beruf abschpricht oder ihnen auch nur den Rat gibt, sich bestimmten Berufsarten nicht zuzuwenden. Auch nach dieser Richtung hin ist Aufklärung notwendig.

Genossin Wachenheim hat in ihrem Referat auf das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Frauenvereinigungen und bürgerlichen Frauen hingewiesen. Wir müssen in dieser Beziehung, trotzdem ich sonst für dieses Zusammenarbeiten bin, doch eine gewisse Grenze ziehen. Ich wende mich gegen die Zusammenarbeit in den sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften. (Sehr gut!) Ich erwähne diesen Punkt deswegen, weil dem Parteitag Anträge vorliegen, nach denen das Mitarbeiten von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern verboten werden soll, während sich niemand gegen die Mitarbeit von Genossinnen in sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften wendet. In diesen unpolitischen Arbeitsgemeinschaften kommen die Frauen mit allen möglichen Frauenvereinigungen zusammen, in denen immer die Auffassung vertreten wird, wir als Frauen sollten uns über die Grenzen der Parteien hinweg die Hände zur gemeinsamen Interessenvertretung der Frauen reichen, während in der Praxis, wenn es darauf ankommt, über Partei- und Weltanschauung hinweg Fraueninteressen zu vertreten, von einer solchen Vertretung der Fraueninteressen seitens dieser Frauenvereinigungen keine Rede ist. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß ein Teil der bei uns organisierten Genossinnen sich nicht ganz wohl in unseren Reihen fühlt, daß sie die bürgerlichen Eierstichen noch nicht abgeschüttelt haben, wie Liebnicht einmal gesagt hat. (Beifall.)

Frau Radlmaier-München: Es ist an dieser Stelle sehr viel von der Gleichberechtigung der Frau gesprochen worden. Trotzdem steht diese Gleichberechtigung nur auf dem Papier, und es wird auch solange so bleiben, bis die Frauen sich diese Gleichberechtigung selbst erringen. Es wird einen harten Kampf kosten gegen das eigene Geschlecht innerhalb und außerhalb der Partei. 3. B.: Anfang dieses Jahres ist in einer Versammlung der nationallistischen Frauen ausdrücklich erklärt worden, daß Frauen im Vorß und in der Parteileitung nichts zu suchen hätten. Aber auch in den eigenen Reihen müssen wir gegen die interesselosen und zum Teil auch indolenten Frauen einen Kampf führen. Wir, die wir uns unseres Wertes wirklich bewußt sind, müssen vor allem das Selbstbewußtsein der Frau heben. Das können wir am besten dadurch, daß wir der Frau Wissen und Können vermitteln. Deshalb müssen wir darauf dringen, daß Bildungsmöglichkeiten für die Frauen geschaffen werden; sie sind noch nicht in dem Maße vorhanden, wie wir es wünschen. Das trifft namentlich für die Fachschulen zu. Trotzdem in Bayern die Gastwirtschaften zum größten Teil von Kellnerinnen bedient werden, haben die Kellnerinnen in der Fachschule für Kellner in München keinen Zutritt. Das ist überaus bedauerlich. Wir müssen in den Parlamenten dahin wirken, daß die Bildungsmöglichkeiten für die Frauen besser aus- und umgebaut werden. Namentlich müssen wir unseren Rüdtern klarlegen, wie wichtig es ist, daß die Mädchen die gleiche Ausbildung bekommen wie die Knaben, damit sie in gleicher Weise gerüstet ins Leben geschickt

werden. Der beste Kampf im Erwerbsteben ist und bleibt gutes Wissen und Können.

Die Münchener Frauenkommission hat einen Antrag zur Jugendjustiz eingereicht. Die sozialdemokratischen Frauen in München fordern, daß die Jugendlichen ausschließlich den Jugendämtern unterstellt werden sollen und daß in diese Jugendämter geeignete Männer und Frauen der Arbeiterklasse herinkommen. Es wirkt immer sonderbar, wenn Jugendrichter die Jugendlichen zu beurteilen haben, Männer, die die Psyche des Arbeiterkinds gar nicht kennen und die Fehlstritte insolge dessen nicht zu beurteilen vermögen. (Beifall.)

Frau Wohlgemuth (Düsseldorf): Als durch die Referate vor uns die großen Probleme der kommunalen Wohlfahrtsarbeit aufgerollt wurden, wurde mir klar, was alles noch im Interesse der Allgemeinheit, vor allen Dingen für unsere arbeitende Bevölkerung, zu tun ist. Gleichzeitig kam mir zum Bewußtsein, wie ungeheuer schwierig die finanzielle Lage der Gemeinden ist. Nachdem die Steuern auf das Reich übergegangen sind, wissen wir, daß vieles von den großen Arbeiten, die getan werden müßten, nicht ausgeführt werden können, weil überall finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir müssen insolge dessen versuchen, in den Gemeinden nicht unnötig Geld für Straßenpflasterungen usw. auszugeben, sondern das wenige Geld, das die Gemeinden noch haben, für die Wohlfahrtsbestrebungen zu verwenden. Dabei müssen wir, wie Genossin Wachenheim schon sagte, das Hauptaugenmerk auf das Land richten. Wer die schlechten sozialen Verhältnisse auf dem Lande kennt, wer weiß, wie viele Idioten und Verkrüppelte dort noch vorhanden sind, die keine richtige Behandlung haben, der kann ermessen, welch großes Arbeitsgebiet vor uns liegt.

Unsere Kreisämter genügen in der Weise, wie sie zurzeit aufgezozen sind, nicht. Wir finden in den Bureaus einen Gummistempel mit der Aufschrift „Wohlfahrtspflege“, aber es fehlen die Mittel und die geeigneten Persönlichkeiten. Vielfach haben die Frauen in den Landgemeinden nicht die Zeit und die Latkraft, sich dafür einzusetzen. Wir müssen vorbeugende Arbeit leisten, wenn wir im Interesse des ganzen etwas erreichen wollen.

Das Hauptaugenmerk möchte ich auf die sogenannten Erziehungsanstalten richten. Wir sollen uns auch als Helferinnen derjenigen Kinder annehmen, die zurzeit unter Schußaufsicht gestellt sind. Wir müssen Einfluß auf die leitenden Persönlichkeiten der sogenannten Fürsorgeerziehungsanstalten bekommen, wo die Kinder häufig nur als Nummern behandelt werden, aber keinerlei Liebe erfahren. Dort müssen unsere Genossen und Genossinnen als Kontrollbehörden eingesezt werden.

In den Krankenhäusern werden vielfach junge geschlechtstrante Mädchen, oft im Alter von 15 bis 17 Jahren, auf Stationen mit sogenannten verführten Mädchen zusammengelegt. Das wirkt sehr schädlich auf die ganz jugendlichen Mädchen, und vielfach sagen sie, wenn sie aus den Krankenhäusern herauskommen, daß sie viel gelernt haben und nun wissen, wie sie leichter leben können.

Von dem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Frauenorganisationen versprechen wir uns keinen Erfolg. Wenn aber unsere Genossinnen einmal Rat gebrauchen und in ihrer amtlichen Tätigkeit nicht Bescheid wissen, sollen sie sich nicht an Bürgerliche wenden, sondern sich diese Aufklärung bei ihren Genossinnen holen. Wenn wir in der Wohlfahrtsarbeit etwas erreichen wollen, müssen alle tätigen Genossen geschlossen zusammenarbeiten und versuchen, daß einer den andern unterstützen kann. (Bravo!)

Genossin Münz-Breslau: Als ich heute morgen in diesen Saal hereintrat und mir die Worte entgegenleuchteten „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, wurde mir recht warm ums Herz. Diese Worte sind recht geeignet, als Motto für eine sozialistische Frauenkonferenz zu dienen. Ich möchte auf die Wohnungs-

not, auf die Jugendfürsorge und auf die Resolution betreffend die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen eingehen.

Die Wohnungsnot in den Städten ist sehr groß. Die Frauen müssen als Kommunalvertreterinnen mithelfen. Vielfach wird gesagt: es geht nicht. Ich halte diesen Ausdruck für ein Zeichen einer Energielosigkeit und lasse ihn nicht gelten. Die Wohnungen in den Vorstädten, die bei den Reichen beschlagnahmt werden, nützen uns nichts; sie sind meist zu teuer. Es wäre viel besser, wenn die Vertreterinnen unserer Partei dafür sorgen würden, daß die Kapitalisten, die ihre Wohnungen wegen der ungeeigneten Lage nicht abzugeben brauchen, entsprechend hohe Geldsummen zahlen, damit ein Fonds für den Wohnungsbau für Proletariat geschaffen wird.

Der Antrag, in der Jugendfürsorge Schulpflegerinnen und Jugendpflegerinnen tätig sein zu lassen, stimme ich zu. Die Verhältnisse sind heute sehr schlimm. Unendlich viele Menschen müssen zugrunde gehen, weil ihnen nicht richtig geholfen werden kann. Ich habe als Lehrerin manche Erfahrung gemacht. Wenn ein Kind in meiner Volksschule besonders elend ist, bin ich oft ins Elternhaus gegangen und habe nach den Verhältnissen gesehen. Was man da sieht, ist oft tief traurig. Meist ist das arme Wesen das Produkt elender häuslicher Verhältnisse. Ein solches Kind muß geistig und körperlich verkommen. So wie man aber bei den Krankheiten die Seuche nicht erst aufkommen läßt, sondern schon im voraus vorbeugt, soll man auch hier vorbeugen, indem man den Eltern hilft und die Kinder in eine gemeinschaftliche Erziehung bringt, wodurch man der Familie vielleicht über die schwerste Zeit hinweghilft. Viele Familien scheuen sich zwar zunächst davor. Aber wenn man ihnen gültig zuredet, wird eine solche Unterbringung oft eine Entlastung für sie sein. Allerdings gibt es Eltern, die eine sogenannte Affenliebe haben und die auch unter den traurigsten Verhältnissen ihr Kind nicht fortgeben, sondern lieber verkommen lassen. In solchen Fällen muß der Staat eingreifen. Man müßte berechtigt sein, solchen Eltern, bei denen ein Kind geistig, sittlich oder körperlich gefährdet ist, das Kind eine Zeitlang wegzunehmen und es in gemeinschaftliche Erziehung zu geben. Das beschränkt sich nicht auf die Jugend der Proletariatskreise. Verwahrlosung herrscht vielfach gerade in den Kapitalistenkreisen.

In bezug auf die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen wurde heute gesagt, man solle aufklärend unter den Beamtinnen wirken. Neulich haben wir in Breslau eine Beamtinnenversammlung einberufen, in der ich als Referentin über diese Frage sprechen sollte. Als ich dort erschien, waren nur zwei Eisenbahnbeamtinnen vertreten. Die Beamtinnen sind die allerrückständigsten, sie sind so dümmelhaft wie nur möglich. Wenn wir aber die alten Dummköpfe nicht mehr bessern können, müssen wir der Jugend aufpassen. Da ist das beste Werk für einen Fortschritt des Sozialismus getan, da können wir am besten als Frau für unsere Partei werben. (Bravol)

Frau Möller-Zwickau: Dem Antrag Schwerin Nr. 16 stimmen auch wir in unserem Bezirk Zwickau zu. Wir begrüßen es, daß endlich Frauenschulen von der Parteiorganisation eingerichtet werden sollen, um uns Gemeindevorteilerinnen auf diesem Gebiete etwas mehr zu schulen. Wenn Frauen in der Gemeindevverwaltung und in der Wohlfahrtspflege tätig sein sollen, fehlt es meist an passenden Genossinnen, die sich für einen derartigen Posten eignen. Die Genossinnen haben es vielfach versäumt, die Frauen auf diesem Gebiete zu schulen. Wir hoffen, daß der Antrag recht bald in Erfüllung gehen möge.

Aus dem Vortrag von Frau Dr. Schöfer wird mir der Satz niemals in Vergessenheit geraten, daß die Frau die berufene Beschützerin und Behüterin des Menschenebens ist. Das sind Zukunftsarbeiten, die wir innerhalb der Gemeinde sehr gut besorgen können, hauptsächlich, wenn es gilt, uneheliche Kinder

zu beschützen. Die unehelichen Kinder haben meist kein Unterkommen und werden immer in Säuglingsheime abgewiesen. Vielfach aber sind die Säuglingsheime nur sehr primitiv ausgestattet. Auch die Wächnerinnen versuchen meist, so schnell wir möglich aus den Wächnerinnenheimen herauszukommen, weil die Verpflegungssätze für die armen Mütter viel zu hoch sind. In den Stadtverordnetenversammlungen muß dafür gefordert werden, daß die Sätze auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Dort, wo die Mütter in der Lage sind, ein oder zwei andere Kinder mit zu stillen, sollen die Sätze erlassen oder gar eine Prämie gegeben werden. Die unehelichen Kinder kommen meist in einem solchen Zustand in die Heime, daß sie oft nur noch mit Muttermilch gerettet werden können.

Wir werden durch unsere sozialdemokratische Fraktion im Stadtverordnetenkollegium einen Antrag einbringen, monach Wochenpflegerinnen auf Kosten der Stadt herangebildet werden sollen. Besonders unsere Kriegerwitwen können wir dazu heranziehen. Das neue Kriegsbeschädigtengesetz hat angeordnet, daß den Kriegsbeschädigten Arbeit zugewiesen werden muß; von einer Arbeit für Hinterbliebene ist jedoch in dem neuen Reichsverforgungsgesetz kein Wort gesprochen worden. Unsere Vertreterinnen in den Parlamenten müssen darauf hinwirken, daß auch die Kriegerwitwen in dem neuen Reichsverforgungsgesetz berücksichtigt werden, daß auch den Kriegerwitwen Arbeit zusteht, weil sie mit der kleinen Rente nicht auskommen können und arbeiten müssen, wenn sie nicht sittlich sinken sollen.

Es wird immer verlangt, daß Aufklärung unter den Genossinnen und Genossen getrieben werden soll. Wir müssen aber auch Aufklärung von amtlicher Seite verlangen. Auch die Personen, die schon ehrenamtlich in Waisenhäusern und ähnlichen Anstalten angestellt sind, müssen aufgeklärt werden. Bei der gestrigen Besichtigung im Waisenhaus sagte eine Schwester: Dieses Kind läßt sich fürchtbar schwer erziehen, weil es ganz von unten stammt, ich sehe mir immer nur die Ästen der Eltern an, dann weiß ich das Kind einzuschätzen. Dieser Satz hat mir unendlich viel zu denken gegeben, und er zeigt, daß es Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrtspflege ist, die amtlichen Angestellten wirklich sozial zu schulen.

Ein Antrag Frau Schulte auf Schluß der Rednerliste wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte angenommen.

Frau Pfälz-München: Das Land China hat sich einmal mit einer großen Mauer umgeben, um allen Einflüssen von außen unzugänglich zu bleiben. Damit ist es selbst in seiner Kultur und in seiner Vorwärtsbewegung stehengeblieben. Ich bin die letzte, die sagt, daß sozialdemokratische Frauen in Arbeitsgemeinschaften mit bürgerlichen Frauen aufgehen sollen. Ich kenne aber unsere bürgerlichen Kreise, und ich fürchte nicht, daß, wenn ich heute als sozialistische Frau in diese bürgerlichen Kreise gehe, ich von ihnen angesteckt werde. Ich gehe sehr häufig hin, weil sich diese Frauen hinter ihren chinesischen Mauern verschanz haben und weil ich durch diese Mauern hindurchbrechen will, weil ich diesen Frauen beibringen will, was wir unter sozialistischer Politik und unter sozialistischer Kulturarbeit verstehen. Ich halte es für eine Pflicht aller Frauen, die sich innerlich dazu berufen fühlen, diese Aufklärungsarbeit in den bürgerlichen Kreisen zu treiben. Vielfach sind diese bürgerlichen Kreise nur von bürgerlichen Vorurteilen befangen; sie sind nicht schlechter als wir, sondern nur in einer anderen Atmosphäre groß geworden. Wir müssen versuchen, diese bürgerlichen Frauen aus Gegnern unserer Weltanschauung zu Freunden und Mitkämpfern unserer Weltanschauung zu machen.

Noch ein Wort zu dem bevölkerungspolitischen Problem. Es passiert einem nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern leider auch häufig in den Kreisen der

Parteienoffinnen, daß man, wenn man neue Wege weist, auf schrofften Widerstand stößt. So ist es auch mit dem Problem der Kinderzeugung. Ich habe einmal den Mut gefaßt, in einer Frauenversammlung zu sagen: Widioten dürfen keine Kinder zeugen, und was in Amerika schon lange Gesetz ist, daß ein Widiot zeugungsunfähig gemacht wird, müßte in Deutschland, wenn wir wirklich Menschengenossenschaft wollen, auch Gesetz werden.

Die Erziehung soll nach unserem kulturpolitischen Programm Sache der Gemeinschaft sein, und Familienerziehung kann nur anvertraute Gemeinschaftsangelegenheit sein. Die Kinder sind also nicht Besitz der Eltern, sondern der Gemeinschaft, die das erste Bildungsrecht an diesem Kinde hat. Sie müssen sich deshalb an den Gedanken gewöhnen, daß über der Familie etwas Höheres steht, und daß unsere Kommunalpolitik diesem Höheren, nämlich dem Gemeinschaftsgedanken, dienen muß. Aus diesem Gesichtspunkt heraus müssen Sie Ihre kommunale Arbeit an der Jugend anfangen. Damit wird unserer Arbeit und dem Sozialismus der allerwertvollste Dienst erwiesen sein. (Bravo!)

**Freudenberger (Würzburg):** Es war das Erhebendste und Glücklichsche, daß uns das Frauenwahlrecht die Mitarbeit der Witze in erster Linie in der Gemeinde gesichert hat. Es wäre unredlich, wollten wir männlichen Genossen nicht zugestehen, daß wir uns seit Jahren auf Gebieten betätigen mußten, die der natürlichen Veranlagung des Mannes fernliegen: Armenpflege, Jugendfürsorge, Gebiete, in die die Frau hineingeboren ist, für die wir Männer aber nicht immer das richtige Verständnis mitbrachten. Es ist nicht richtig, wenn manchmal in Parteikreisen gesagt wird, die bürgerlichen Vertreterinnen der Frauenvereine seien uns in diesem oder jenem über. Die bürgerlichen Frauenvereine mögen vielleicht summarisch ein größeres Wissen mitbringen; ihnen fehlt aber die Kenntnis der Verhältnisse und der Anschauungen, und sie bringen nicht die ganze Natürlichkeit des Empfindens mit. Seitdem es keine Orden und Denkmünzen mehr zu erhalten gilt, hat der soziale Eifer der bürgerlichen Frauenvertreterinnen merklich nachgelassen. Es war also nicht die innere soziale Bestimmung, die diese Kreise veranlaßte, sich der Wohltätigkeit zu widmen, sondern mehr die Sucht, nach außen zu glänzen.

Genossin Wachenheim hat davon gesprochen, daß man alle diese gemeinnützigen Frauenvereine und Wohlfahrtsvereine möglichst unter eine Spitze bringen soll, mit einem Wohlfahrts- oder Volksbildungsamt an der Spitze. Aber die Zentralisation derartiger Ämter wird in der Praxis an ungeheuren Widerständen scheitern. Wie wollen Sie z. B. die katholischen Bildungsorganisationen unter ein zentrales Amt stellen, wollen Sie nicht dabei Gefahr laufen, daß unsere eigene Anschauung dabei zu kurz kommt? Wir müssen überall dort, wo Kommissionen gebildet werden, die richtigen Leute hineinschicken, die den Mut haben, für unsere Anschauungen einzutreten, die dafür sorgen, daß keine öffentlichen Mittel für Zwecke verwendet werden, die unserem Denken fernliegen. Die Arbeit der Genossen in der Gemeinde frantk daran, daß uns heute ein Heer von Sozialbeamtinnen gegenübersteht, die aus einem ganz anderen Milieu hervorgegangen sind. Die Sozialbeamtinnen stehen in so enger Frühling mit den bürgerlichen Frauenvereinen, daß sie sich häufig der Auffassung sozialdemokratischer Frauenvertreter nur sehr schwer anschließen können. Wir müssen dafür sorgen, daß wir für die Folge aus unseren eigenen Töchtern das Kontingent für Sozialbeamtinnen stellen, die unsere Forderungen in der Praxis durchsetzen. Die Erziehung des Nachwuchses für die Erzielung unserer Forderungen muß unsere erste Sorge sein. (Bravo!)

**Minna Schröder-Hamburg:** Wir begrüßen es, wenn recht viele bürgerliche Frauen zur Partei kommen, um mit uns den Sozialismus zu erreichen, wenn sie uns bei der Arbeit in den Kommunen helfen mit ihrem Wissen, wie es

unbedingt notwendig ist, und von ihnen gefordert werden muß. Aber ich sehe eine Gefahr darin, wenn man „Arbeitsgemeinschaften“ gründet, in die Sozialdemokratinnen hineingezogen werden sollen. Ich verspreche mir davon nichts, wir dürfen in ihnen nicht ein Alibiinstrument sehen. Die Kraft ist unser, und wir werden es allein fertigbringen, wenn wir die Kräfte, die aus innerer Ueberzeugung zu uns kommen, uns zunutze machen.

Die Vorsitzende Frau Juchacz weist darauf hin, daß auch unter den linksstehenden Wissenschaftlern noch keine Einigkeit über die §§ 218 und 219 besteht. Auf Veranlassung des Parteivorstandes sei deshalb von den Genossen Prof. Rabbruch und Prof. Grotjan eine Broschüre über diese Materie herausgegeben worden, die in der Vorwärtsbuchhandlung erschienen sei und die sich in wissenschaftlicher Form, vom politischen, sozialen, hygienischen und juristischen Standpunkt mit dieser Frage beschäftigt. Es sei deshalb zu begrüßen, daß die Resolution Duard so geschickt gefaßt sei, daß sie von allen angenommen werden könne, ohne die notwendige Auseinandersetzung zu stören und uns in unserem Handeln zu binden.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Es folgen die Schlußworte:

**Wachenheim-Berlin (Schlußwort):** Die Genossin Bohm-Schuch hat auf die Demobilisierungsverordnungen hingewiesen, die von den Betriebsräten häufig zuungunsten der Frauen ausgelegt werden. In gewisser Hinsicht sind die Demobilisierungsverordnungen berechtigt, vor allem dort, wo sie Frauen, die durch die Arbeit ihres Mannes wirtschaftlich sichergestellt sind, aus der Erwerbsarbeit entfernen. Die Anwendung ist aber dort ungerechtfertigt, wo Frauen keine gesicherte Stellung durch die Erwerbsarbeit ihres Mannes haben. Wir müssen den jungen unverheirateten Arbeiterinnen die Gleichberechtigung mit den jungen unverheirateten Arbeitern verschaffen. Das können wir aber nur erreichen, wenn die Frauen mehr als bisher in die Betriebsräte hineingehen. Wir müssen den Frauen klarmachen, daß ihre wirtschaftliche schlechte Lage in den Betrieben an ihrer Nachlässigkeit gegenüber ihren Aufgaben in den Betriebsräten liegt.

Den Hausfrauenfragen müssen wir uns mehr widmen als bisher. Vielfach besteht in unseren Kreisen der Wunsch, die hauswirtschaftlichen Kenntnisse zu verbessern. Die Fortbildungsschulen gelten nur für einen kleinen Teil von Frauen und sind vielfach gar nicht eingeführt. Wir müssen auf ihre weitere Einführung und auf Einrichtung hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Schule dringen. Wir müssen eingehend die Frage erwägen, ob hauswirtschaftliche Organisationen möglich und notwendig sind. Ich warne davor, sie parteipolitisch aufzuziehen. Es ist notwendig, die Gewerkschaften und Genossenschaften dazu heranzuziehen und proletarische Hausfrauenorganisationen, nicht parteipolitisch-sozialdemokratische, zu schaffen. Es wäre gut, wenn die führenden Genossinnen die Frage einmal mit den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften besprächen. Einem Anschluß an den bürgerlichen Hausfrauenverein ist hier nicht das Wort geredet worden. Wir begrüßen das, weil ein solcher Anschluß unseren Zwecken nicht dienen würde.

Dagegen ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Organisationen noch einmal aufgeworfen worden. Niemand von uns ist so engherzig, zu sagen, daß man nicht für ganz bestimmte Zwecke mit den bürgerlichen Frauen zusammenarbeiten soll. Dann sollen wir uns aber selbständig als Organisation mit solchen Organisationen in Verbindung setzen und dann die Entscheidung treffen. Häufig wird aber, nach meiner Meinung, die Zeit besser für die Arbeiten unserer eigenen Partei angewandt. Deshalb halte ich mich persönlich von allen solchen Organisationen zurück, und ich glaube, das tun auch noch viele andere.

Wenn Genossin Pfälz sagte, daß wir in die bürgerlichen Frauenorganisationen gehen sollen, um dort Frauen für unsere Sache zu gewinnen, so gebe ich ihr insofern recht, als es eine schwierige Frage ist, die vielleicht noch nicht genug durchdacht ist, wie wir Frauen, die heute noch auf bürgerlichem Standpunkte stehen, die aber eigentlich ihrer wirtschaftlichen Lage nach für uns zu gewinnen sein müssen, zu uns herüberziehen können, nämlich solche Frauen, die im Beruf stehen und die wirtschaftlich gar nicht anders gestellt sind als Arbeiterinnen, nur eine andere Bildung und Erziehung haben. Ich glaube nicht, daß wir diese Frauen heute in den bürgerlichen Frauenvereinen und in den politischen Arbeitsgemeinschaften finden werden. Die Frauen, die in den politischen Arbeitsgemeinschaften arbeiten, haben sich alle meist politisch festgelegt und sind für uns nicht zu gewinnen. Die Stunden, die wir in dieser Beziehung verwenden würden, sollten wir lieber der Parteiarbeit widmen. Ich habe auch nicht den Wunsch, mich mit diesen Frauen auseinanderzusetzen, sondern ich sehe mich lieber mit den Frauen und Genossen, von denen ich weiß, daß sie daselbe Endziel verfolgen wie ich, über die Wege auseinander, die zu diesem Ziele führen. Natürlich kann ich mir vorstellen, daß Genossinnen anderer Meinung sind, daß sie in diese Organisationen hineingehen. Ich möchte aber den Genossinnen, in deren Orten die parteipolitische Frauenbewegung noch nicht sehr erfolgreich ist, ans Herz legen, ihre Zeit lieber unseren Organisationen zu widmen und zu bedenken, daß wir einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen haben.

Nun zur Gewinnung derjenigen Frauen, die jetzt in der Berufsarbeit stehen und von denen ich vorhin sagte, daß sie vielleicht für uns zu gewinnen wären. Wir haben in Berlin versucht, die Sozialbeamtinnen zu sammeln und regelmäßige Versammlungen für sie zu veranstalten. Wir haben jetzt zwei Versammlungen gehabt, die sehr gut besucht waren und zu denen auch bürgerliche Sozialbeamtinnen in großer Zahl gekommen sind. Nun, das ist bei Sozialbeamtinnen besonders leicht, weil sie der Natur ihrer Arbeit nach Interesse für die Arbeiterbewegung haben, obwohl auch da die Einstellung ziemlich antisozialistisch ist. Es ist für uns in Berlin auch nicht so schwer, eine Verbindung mit den Sozialbeamtinnen herzustellen, weil wir einen Stamm von Arbeiterinnen in diesem Beruf durch die Sonderlehrgänge haben. Aber wir müssen diese Frage auch einmal in bezug auf die anderen Berufe durchdenken und versuchen, propagandistisch zu wirken. Diese Frage wird am besten zu lösen sein, wenn wir die Frauen einmal zu uns einladen, statt daß wir zu ihnen gehen.

Ich komme dann zu den Wohlfahrtsvereinen. Ein Genosse hat gesagt, mein Vorschlag, die Wohlfahrtsvereine mit dem städtischen Wohlfahrtsamt zu verknüpfen, sei schwer in der Praxis durchführbar. Das ist doch nicht richtig. Die Sache ist schon in vielen Städten gemacht worden und hat sich überall bewährt. Selbst wenn Schwierigkeiten vorhanden sind, ist es notwendig, die Wohlfahrtspflege in der Gemeinde zu zentralisieren und diese Schwierigkeiten zu überwinden. Es geht nicht an, daß die Vereine selbstständig Wohlfahrtsarbeit treiben und die Gemeinden von dieser Arbeit gar nichts wissen. Hier müssen die Schwierigkeiten überwunden werden, wie das auch in zahllosen Städten bereits geschehen ist. Ich kann Ihnen aus Berlin sagen, daß die Eingliederung allmählich angebahnt wird, daß sie in der Jugendwohlfahrtspflege eigentlich fast vollzogen ist, und daß auch Stellen eingerichtet sind, die die Wohlfahrtsvereine und Wohlfahrtsanstalten genau kontrollieren. Was in dieser Riesenstadt mit ihren unzähligen Vereinen möglich ist, das sollte auch in kleineren Städten möglich sein.

Dann hat eine Genossin gesagt, daß sie die Einreihung der Volksbibliotheken in ein Wohlfahrtsamt nicht für glücklich hält. Ich habe nicht gesagt, daß die Volksbibliotheken dem Wohlfahrtsamt eingegliedert werden sollen. Ich halte

die Einbeziehung der Volksbildungsaufgaben in die Wohlfahrtspflege nicht für glücklich, sondern glaube, daß sie besonders behandelt werden müssen; aber ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, daß eine Konzentration der Volksbibliotheken selbst in einer reaktionären oder streng katholischen Stadtverwaltung unbedingt notwendig ist und auch in unserem Interesse liegt. Unsere Parteiorganisationen sind in solchen Städten meist sehr schwach und haben also dort gar keine oder kleine Bibliotheken, und es sind immerhin Vertreter von uns in der Stadtverwaltung, die unseren Standpunkt geltend machen und für eine Ergänzung der Bibliotheken sorgen können, während wir nicht weiterkommen, wenn wir das alles den freien Vereinen überlassen.

Dann ein paar Worte zu den Resolutionen. Ich möchte Sie bitten, die Resolution zur Bevölkerungspolitik, wie sie vorliegt, anzunehmen. In dieser Resolution sind die ganzen Gebiete, die in Frage kommen, zusammengefaßt, und gerade in der Bevölkerungspolitik ist das besonders notwendig. Mit der Annahme dieser Resolution wären dann die Anträge 7 und 13 erledigt, und es ist nicht notwendig, gegen einzelne Anträge, wie den Münchener Antrag, den ich in den einzelnen Abschnitten für unmöglich halte, zu polemisieren.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch folgendes sagen. In der Gemeindegearbeit können wir beweisen, was wir für die Öffentlichkeit leisten können und wollen. Wir haben dort einen enger umgrenzten Kreis als in Staat und Reich. Da fällt es uns leichter, zu arbeiten, weil wir das, was wir leisten müssen, besser übersehen können. Deshalb ist die Gemeindegearbeit für den Beginn unserer politischen Tätigkeit ein gutes Feld. Daher auch der Drang der Frauen nach der Gemeindegearbeit. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß für eine sachliche und gute Gemeindegearbeit die Partei immer das Rekrutierungsfeld sein muß, und daß wir uns der Partei immer zur Verfügung stellen müssen, damit wir dort Kräfte heranziehen, die die Gemeinde wirklich zu dem machen, was wir aus ihr machen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Dr. Schöfer (Schlußwort): Während der Debatte ist wiederholt die Behauptung aufgetaucht, daß die ganze soziale Wohlfahrtsarbeit sehr schön wäre, wenn sie durchgeführt werden könnte, daß es aber an den nötigen Mitteln mangle. Ich habe in meinen Ausführungen wiederholt betont, daß für den, der sozial tätig sein will, nichts so bitter ist als das Bewußtsein, daß alle die Dinge, die jetzt so dringend notwendig wären, vor dem Kriege mit wenig Mitteln hätten geschaffen werden können. Ich möchte aber doch sagen, daß es viele Dinge gibt, die auch jetzt noch ermöglicht werden können, und zwar mit demselben Aufwand an Mitteln, die man sonst für Vereine vorausgibt hat, nämlich durch straffe Zusammenfassung in Wohlfahrts- und Jugendämtern, durch Zusammenfassung der Vereine, durch Heranziehung aller freiwilligen Kräfte. Wir können nicht soviel an einzelnen Neuerungen verlangen und durchsetzen, aber die große Richtlinie dafür, wie in der sozialen Wohlfahrtsarbeit gearbeitet werden muß, die Zusammenfassung wird sicher eine Errungenschaft der aller nächsten Zeit sein. Es ist z. B. allein schon ein Vorteil, wenn unsere Genossen und Genossinnen es in der Gemeinde durchsetzen, daß die Anstalten, in welche die Stadt die Kinder schiebt, unangemeldet besucht werden dürfen. Das ist bei uns nicht der Fall. Die Gemeindevertreter können diese Anstalten besuchen, aber nur nach vorheriger Anmeldung und nur unter der Begleitung des Jugendamtsleiters. Wir wissen, daß man auf diese Art und Weise keinen Einblick in die Anstalt bekommt. Wenn die Frauen auf diesem Gebiete wirklich maßgebenden Einfluß bekommen, dann läßt sich noch sehr viel erreichen.

Ein Wort zu den bevölkerungspolitischen Fragen! Ich bin selbstverständlich der Meinung gewesen, daß man den Leuten das Heiraten nicht verbieten soll. Ich gönne es jedem. Aber was man verbieten muß, das ist die Erzeugung von

Kindern durch franke Menschen. Es ist eine Gewissenlosigkeit, wenn franke Menschen ihre Gebrechen auf Kinder fortpflanzen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine unerhörte Inkonsequenz, daß wir aus Mitleid mit den Eltern zu keinem Mitleid mit den Kindern kommen. Wenn jemand stirbt, dann kümmert sich der Staat um alle Vermögensstücke, die er hinterläßt; es muß ein genaues Verzeichnis angefertigt werden, und wir sind entrüstet, wenn jemand durch Erbschleicherei dem Staat etwas entzieht. Wogegen wir uns aber nicht wehren, ist, daß jeder, der heiratet, nun auch Kinder in die Welt setzt, ohne daß er dem Staate nachweist, daß er das moralische Recht hat, Kinder in die Welt zu setzen, daß er die Allgemeinheit nicht belastet.

Selbstverständlich muß in der Schule auch noch sehr viel in bezug auf den hygienischen Unterricht geschehen. Ich habe heute früh vergessen, darauf hinzuweisen, daß das ganze Gebiet der Erziehung, das ganze Gebiet der Berufsausbildung auch unter die menschenökonomischen Aufgaben eingereiht werden muß.

Heute ist gesagt worden: Kinder sind kein Besitz der Eltern. Ich möchte weitergehen und sagen: Jedes Elternpaar ist den Kindern dafür verantwortlich, daß sie sie in die Welt gesetzt haben. Ich möchte mit einem Spruch eines großen Geistes schließen: Es leiden viel mehr Kinder an ihren Eltern als Eltern an ihren Kindern. Ich erweitere das dahin, daß ich sage: Es leiden viel mehr Menschen an der Gemeinschaft als die Gemeinschaft an dem einzelnen Menschen leidet. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, Ihre menschenökonomische soziale Aufgabe stets im Auge zu behalten. (Lebhafte Beifall.)

**Wuhsy** (Schlußwort): Unter Bezugnahme auf meine Ausführungen von heute morgen sind nur zwei Fragen aufgeworfen worden, zu denen ich kurz Stellung nehmen möchte. Die Genossin Wolff hat die Frage gestellt, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen denn die Preisprüfungsstellen noch bestehen, und sie wollte mit ihren Ausführungen offenbar diese Aufgabe der kommunalen Tätigkeit und ihre Bedeutung unterstreichen. In dem letzteren Punkte gehe ich mit ihr vollständig einig; auch ich bin überzeugt, daß in den Preisprüfungsstellen, obwohl man ja vielfach hört, daß sie versagt haben sollen, ein außerordentlich wertvolles Stück Arbeit für die Allgemeinheit geleistet werden kann, wenn sie energisch gehandhabt werden. Es besteht nun allerdings die Gefahr — die Bestrebungen nach dieser Richtung treten ja sehr entschieden hervor —, daß man die Kriegsverordnung über die Preisprüfungsstellen schnellstens beseitigt. Alle diejenigen, die in der praktischen kommunalen Arbeit stehen, werden mit mir darin übereinstimmen, daß vor der Hand unter keinen Umständen daran gedacht werden darf, diese Verordnung zu beseitigen; denn wir werden in der kommenden schwersten Zeit diese Institutionen notwendig brauchen. Ich kann nur darum bitten, überall dafür einzutreten, daß nicht etwa die Verordnung beseitigt wird, sondern daß diese Einrichtung in den Gemeindeverwaltungen die Bedeutung behält oder bekommt, die ihr zukommt.

Ein Wort zu der wesentlich wichtigeren Frage, die Genossin Bohm-Schuch in die Debatte warf. Sie sagte, sie hätte in meinen Ausführungen vermißt, daß ich mich über die Beschaffung der Mittel und über die Regiebetriebe geäußert hätte. Diese Frage ist allerdings berechtigt, weil infolge der neuen Steuergesetzgebung des Reiches den Gemeinden in der Steuerhoheit so gut wie nichts übrig geblieben ist. Deshalb bin auch ich der Meinung, daß es schließlich in den Gemeinden nicht anders geht, als daß man sich mehr als bisher an die Arbeit macht, um den Geldbedarf der Gemeinden auf dem Wege der Einrichtung eigener Betriebe und eigener Veranstaltungen zu beschaffen. Wie aber die Dinge im Augenblick stehen, erscheint auch dieses Mittel außerordentlich bedenklich; denn wir leiden unter den Nachwirkungen der Kriegswirtschaft, einer Wirtschaft, in der man in großem Umfange dazu übergehen mußte, Produkte,

Bedarfsartikel in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen, die aber jetzt vielfach mit einem riesigen Defizit abschließt. Nun versuchen unsere bürgerlichen Gegner mit geradezu unerschämter Demagogie, den sozialistischen Gemeindeverwaltungen den Mißerfolg an die Rockschöße zu hängen. Dagegen können wir uns nicht nachdrücklich genug verwahren. Ich darf sagen, daß in denjenigen Zweigen der kommunalen Aufgaben, die in der Vorkriegszeit in kommunale Regie übernommen worden sind, kaum irgendwo nennenswerte Mißerfolge in die Erscheinung getreten sind, sondern glaube sagen zu können, daß beispielsweise in der Erzeugung von Elektrizität, Gas, Wasser usw. die Gemeinden durch wirtschaftlich und rationell gearbeitet haben. Ausnahmen dürfen niemals dazu dienen, das Ganze als falsch zu bezeichnen. Aber wir dürfen uns nicht etwa der törichten Hoffnung hingeben, daß die Durchführung von Regiebetrieben, daß die Bewirtschaftung von bestimmten Bedarfsartikeln und Produkten gewissermaßen im Handumdrehen zu bewirken ist; diese Aufgabe ist nur allmählich und mit größter Vorsicht zu lösen. Aber es muß dieser Weg mehr als bisher beschritten werden, um die Mittel zu beschaffen, die für die so wichtigen sozialen Aufgaben der Gemeinden notwendig sind. Aber gerade, weil die Verhältnisse so liegen und weil es bei der Finanzmisere der Gemeinden jetzt besonders darauf ankommt, die wenigen vorhandenen Mittel da anzuwenden, wo sie am notwendigsten sind, kann ich nur erneut zum Ausdruck bringen, daß die Mitarbeit der Frauen in der gegenwärtigen und in der vor uns liegenden Zeitperiode doppelt notwendig in der kommunalen Wirtschaft ist. Daher kann ich Sie nur bitten, den Vetsägen zuzustimmen, die ich Ihnen unterbreitet habe, sie in Ihrer Arbeit zur Tat werden zu lassen, damit Sie im nächsten Jahre feststellen können, daß Sie eine große Zahl von tüchtigen Mitstreiterinnen für unsere sozialistischen Ziele gewonnen haben. Nur mutig vorwärts! (Lebhafte Beifall.)

**Vors. Frau Juchacz:** Dr. Knack aus Hamburg war auch zur Frauenkonferenz delegiert, ist aber verhindert gewesen, heute zu erscheinen; er wollte morgen zu den Hamburger Anträgen bezüglich der bevölkerungspolitischen Fragen sprechen, und er beauftragt mich, weil das nicht mehr möglich ist, Ihnen seine Auffassungen, die er mir schriftlich mitgeteilt hat, zur Kenntnis zu bringen. Er schreibt:

„Auf der internationalen Tagung für Sexualreform haben sich in diesen Tagen erstmalig zahlreiche Männer und Frauen aus fast allen Ländern der Welt zusammengefunden, die einig sind in dem Bewußtsein, daß eine Reform auf den verschiedenen Gebieten des Geschlechtslebens das Gebot der Stunde ist. In streng wissenschaftlicher Arbeit wird auf dieser Tagung versucht werden, der breiten Öffentlichkeit darzulegen, daß die jetzigen Zustände dem sozialen Geist der Zeit Hohn sprechen und darum unhaltbar sind. Um aber die klaren Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in die Tat umzusetzen, ist die energische Mitarbeit aller fortschrittlichen politischen Parteien unerlässlich. In diesem Sinne darf auch die Reichskonferenz nichts unversucht lassen, um die gesamte Partei immer wieder darauf hinzuweisen, daß neben den oft erdrückend scheinenden Aufgaben der Tagespolitik die großen kulturellen Forderungen nicht ins Hintertreffen geraten dürfen.“

**Frau Hanna** (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe mich nicht gegen die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen gewandt. Ich kann das auch nicht auf Grund meiner persönlichen beruflichen Betätigung und meiner Betätigung als Abgeordnete getan haben. Ich habe mich lediglich gegen das Zusammenarbeiten in den sog. unpolitischen Arbeitsgemeinschaften gewandt, in den Organisationen, die nicht dazu dienen sollen und nicht dazu dienen, einen Erfahrungs-

austausch stattfinden zu lassen und uns gegenseitig zu verständigen, sondern die den Zweck verfolgen, die Frauen auf bestimmte Anschauungen, unter Umständen sogar auf bestimmte Arbeiten und Beschlüsse festzulegen. Wir sind zunächst Mitglieder einer Parteiorganisation, die ihre Beschlüsse faßt und ihre Handlungen nach bestimmten grundsätzlichen Auffassungen regelt. (Sehr gut!) Alles, was darüber hinausgeht, liegt nicht im Interesse der Parteiorganisation. Wir sind in erster Linie Parteimitglieder, in zweiter Linie Gewerkschaftsmitglieder und erst in dritter Linie, soweit wir es überhaupt sind, Frauenrechtlerinnen. (Beifall.)

(Schluß der Sitzung: 5 Uhr 15 Minuten.)

## Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. September 1921, vormittags 8 Uhr.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Hauke eröffnet die Verhandlungen und schlägt vor, zunächst das Referat der Genossin Suchacz über Organisationsfragen zu hören, sobald die Abstimmung über die gesamten Anträge vorzunehmen. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

Hierauf erhält Frau Suchacz das Wort zu dem Referat über

### Organisationsfragen.

Berichterstatterin Frau Suchacz-Berlin: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Sie haben aus dem Bericht des Parteivorstandes schon ersehen, daß die Zahl der organisierten Parteigenossinnen in diesem Jahre wieder abgenommen hat. Der Verlust an weiblichen Mitgliedern beziffert sich auf 14 522. Wir können die einzelnen Bezirke in vier Kategorien einteilen: Bezirke, die einen Gewinn an Männern und Frauen buchen können, Bezirke, die einen Verlust an Männern und Frauen haben, Bezirke, die einen recht angenehmen Verlustschuß an Männern aufweisen, während die Zahl der Genossinnen abgenommen hat, und schließlich Bezirke, in denen die Frauen zugenommen und die Männer abgenommen haben. Diese letzte Kategorie fehlt in der vorgelegten Tabelle. Ich erwähne aber diese Kategorie, um Ihnen recht deutlich zum Bewußtsein zu bringen, daß wir eine sehr große Arbeit vor uns haben, nämlich die, die ziffernmäßigen Verluste wieder auszugleichen, und zwar auch für die vergangenen Jahre. Nach der Revolution mußten wir feststellen, daß von dem großen Zulauf, den die Partei an Frauen gehabt hat, verhältnismäßig wenig übriggeblieben war, daß der Verlust an weiblichen Mitgliedern ganz beträchtlich gewesen ist.

Die Ursachen dafür sind verschiedener Art. In meinem schriftlichen Bericht vom vergangenen Jahre sagte ich schon, daß ich mir den Verlust zu einem großen Teil psychologisch erklärte: die Partei hatte den Frieden, hatte Brot versprochen und hat auch im Rahmen des Möglichen alle ihre Versprechungen gehalten, aber ein großer Teil der Frauen, die rein gefühlsmäßig im Trübel der Revolutionsstimmung in die Partei gekommen waren, fühlten sich, weil sie politisch zu ungeschult waren, um ihre Hoffnungen betrogen. Sie unterlagen der gegnerischen Agitation und wurden mindestens in das Lager der Indifferenten getrieben.

Diese Ursache dürfen wir in diesem Jahre nur noch sehr bedingt gelten lassen, wir müssen schon nach anderen Ursachen suchen. Unbestritten ist, daß die Frau überhaupt schwerer organisierbar ist als der Mann, weil sie den Gedanken der Klassenolidarität noch nicht so begreifen kann, weil der Entwicklungsgang der Frau ein anderer ist als der des Mannes. Wenn die Frauen

weiter so stark im Erwerbsleben hängen, wie es während des Krieges war, würde sich wahrscheinlich das Selbstständigkeitsgefühl und Klassenbewußtsein in ihnen beseitigen. Aber die Erwerbsarbeit ist, besonders für einen Teil der verheirateten Frauen, nur eine vorübergehende Kriegserscheinung gewesen. Selbst Frauen, die vor dem Kriege erwerbstätig waren, stehen heute vor der Unmöglichkeit, etwas für den Haushalt mitzuverdienen, weil die Demobilisierungsvorordnungen einschränkend auf die Frauennarbeit gewirkt haben. Nach meiner Beobachtung ist die Erwerbsarbeit ein Erzieher für das politische Leben, während die Beschränkung auf den engen Haushalt zur Folge hat, daß sich der Geist verengt, daß das Klassegefühl zurückgedrängt wird. Das Fehlen der Erziehung durch die Erwerbsarbeit macht sich auch in unserem Mitgliederrückgang bemerkbar. Die Frauen werden aus dem Denken und Fühlen herausgerissen, das mit der Erwerbsarbeit verbunden ist. Andererseits erwachen daraus wieder Konflikte, und die Frauen kommen zu einem Nachdenken über ihre Lage, weil ein großer Teil unserer Frauen das Bestreben hat, zu arbeiten und mitzuverdienen, weil die wirtschaftliche Not der Familie dazu zwingt. Die Genossinnen, die nur Hausfrauen sind und nicht im Erwerbsleben stehen, müssen versuchen, an allen Ecken und Kanten zu sparen. Da ist es allerdings nicht die richtige Sparsamkeit, wenn man zuerst die Mitgliedschaft in der Partei und in den gewerkschaftlichen Organisationen kündigt und die Zeitungen abschafft. Die Hausfrau ist aber zu leicht geneigt, zu sagen: mein Mann ist schon organisiert, warum soll ich es auch noch sein? Meist wird den Frauen von den Männern nicht gesagt: wenn du auch nur den Haushalt machst, verdienst du trotzdem; ich wäre doch verpflichtet, an deiner Stelle eine bezahlte Kraft zu halten, deshalb sei mir eine gute Kameradin in dem schweren Kampf, den wir als organisierte Arbeiter zu führen verpflichtet sind. Aber nur selten findet der Mann solche Worte, weil auch in weiten Kreisen der Männerwelt diese Einsicht noch nicht vorhanden ist. Ich spreche nicht von einer Schuld auf der einen und anderen Seite, sondern bringe die Dinge rein sachlich zur Sprache. In dieser politischen Unreife auf beiden Seiten sehe ich eine weitgehende Ursache des Rückgangs. Was ich hier gewissermaßen psychologisch zu erklären versuche, zeigt sich auch in der Arbeit der Partei. Auf der einen Seite zeigt sich bei den Genossinnen eine Jaghaftigkeit in ihren Forderungen, manchmal auch Unschlichkeit, weil sie das, was sie wollen, nicht genügend durchgearbeitet haben, so daß es sich ausführen läßt; auf der anderen Seite sehen wir eine gewisse Lägheit und ein gewisses Unverständnis den Frauenforderungen gegenüber. Aber auch hier dürfen wir keine Schuldfragen stellen. Es kommt hinzu, daß wir in einer politisch so stark bewegten Zeit leben, daß die Tagespolitik uns ständig jagt und nicht zur Besinnung kommen läßt. Besonders die führenden Parteikräfte sind auch in den kleinsten Orten von dieser Hitze der Tagespolitik so in Anspruch genommen, daß die so notwendige Kleinarbeit darunter leidet.

Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe anderer Ursachen. Wir haben aber mit der Tatsache zu rechnen und müssen uns darüber unterhalten, wie wir wieder aus diesem Zustande herauskommen. Vielleicht haben wir einiges unterlassen, und die Frauenkonferenz ist dazu da, zu prüfen, welche Unterlassungsfünden begangen worden sind.

Die Mitgliederbewegung an sich ist es aber nicht, die uns allein zu denken gibt; wir müssen auch andere Dinge in den Kreis unserer Betrachtungen ziehen. Aus der ganzen Korrespondenz, die ich führe, und aus der Teilnahme an den Frauenkonferenzen im Reiche habe ich eins beobachtet können, was meinem Pessimismus doch einen sehr starken Schuß ins Optimistische gibt. Wir müssen ja optimistisch sein, wenn wir etwas erreichen wollen. (Sehr richtig!) Auf jeder Konferenz kann ich beobachten, daß unsere Frauen, die in der Bewegung

stehen, geistig wachsen. Das haben besonders die Debatten der letzten Tage bewiesen, und auch die Bezirkssekretärinnen haben mir jederzeit unaufgefordert gesagt, daß sie erkaunt sind über die Höhe der Debatte, die über die einzelnen Vorträge und Probleme geführt wird. Seit 1917 kann ich diesen Aufstieg beobachten. Darum lasse ich mich nicht irremachen an dem Glauben, daß die sozialistische Frauenbewegung doch ein starkes Glied der Parteibewegung sein wird und daß wir sehr bald das Manko, das sich bei den Wahlen zuungunsten der Frauen zeigt, ausgleichen werden.

Sie wissen, daß überall dort, wo man Stichproben bei den Wahlen gemacht hat, ein Manko zuungunsten der Sozialdemokratischen Partei zu verzeichnen ist, wenn man Männer- und Frauenstimmen miteinander vergleicht. Nicht nur die Zahl der organisierten Frauen müssen wir durch unsere eifrige Agitation vergrößern, wir müssen auch durch unsere Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß man uns nicht mehr vorhalten darf, daß die Frauen bei den Wahlen schlechter abgestimmt haben als die Männer.

Nun gilt es, nach Wegen zu suchen, um den Stamm unserer Frauen und Arbeiterinnen im Sinne der sozialistischen Idee zu vermehren. Wir können das, was wir in vergangenen Zeiten erprobt haben, heranziehen, um die Erfahrungen in zweckentsprechender Form anzuwenden. Ich kann nur sagen, daß mir 1918 und 1919 Angst geworden ist, wenn ich sah, wie die Zahl der weiblichen und männlichen Mitglieder so rapid wuchsen; ich sagte mir: das kann nicht gut gehen, denn alle die, die jetzt zum größten Teil aus ihrem Gefühl heraus zu uns kommen, können ja gar nicht schnell genug erfaßt werden, um nun auch zu wirklich klassenbewußten Mitarbeitern geschult zu werden. Deshalb muß die Agitation immer in Verbindung mit der Aufklärungsarbeit arbeiten.

Welches waren denn unsere alten, bewährten Methoden? Wir haben regelmäßige Frauenversammlungen abgehalten schon in den Zeiten, wo wir noch kein Frauenwahlrecht, aber schon das Vereinsrecht hatten, und je nachdem, wie die Vorträge die Versammlungsteilnehmer packten, war die Zahl der Aufnahme neuer Mitglieder. Es war ein immerwährendes Wachsen der Frauenbewegung zu verzeichnen. Aber jetzt, wo wir das Frauenwahlrecht haben, beobachten wir, daß solche politischen Frauenversammlungen, von einzelnen Orten abgesehen, sehr schlecht besucht werden. Aber wenn Volksversammlungen veranstaltet werden, ist der Prozentsatz der anwesenden Frauen mindestens ebenso stark, wie es bei den Frauenversammlungen der Fall ist. Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen. Deshalb soll man Wählerversammlungen in der Zeit des gemeinsamen Männer- und Frauenwahlrechts auch nur gemeinsam machen.

Um so mehr aber müssen wir die kleinen Frauenzusammenkünfte pflegen, in denen über Spezialfragen gesprochen wird, die in der allgemeinen Parteibewegung zu kurz kommen: Frauenabende, Frauenmitgliederversammlungen oder wie man sie nennen will. Es empfiehlt sich, solche Frauenversammlungen möglichst regelmäßig abzuhalten und dazu Gäste einzuladen.

Ich habe es außerordentlich begrüßt, daß in der „Gleichheit“ eine große Fülle von Anregungen für die Frauenabende gegeben worden sind. In meinem früheren lokalen Wirkungskreis hatten wir wie überall, regelmäßig die sogenannten Frauenleseabende. Aber zahlreiche Genossinnen, die schon über das Niveau dieser Leseabende, wo es galt, das ABC des Sozialismus zu erörtern, hinaus waren, hatten doch das starke Bedürfnis nach Weiterbildung. Da wurden Fortbildungskurse für Frauen abgehalten, in denen wir das Parteiprogramm mit den Erläuterungen von Rautsky und Schönlant durchnahmen, in denen wir uns mit den Schriften von Marx, Engels und Bakunin beschäftigten. Wir

fühlten uns auch damals verpflichtet, obgleich wir arm waren, die Bücher und Schriften, die wir bei unsern Zusammenkünften behandelten, selbst anzuschaffen. Heute wird vielfach gesagt, daß Bücher zu teuer sind. Aber wenn wir damals ein paar Mark für das Programm von Rautsky oder für Bebels Buch „Die Frau“ usw. ausgaben oder für eine Broschüre 30 und 50 Pf. bezahlen mußten, so war das für unsere Verhältnisse nicht anders, als wenn wir heute Broschüren und Bücher zu den jetzigen Preisen kaufen müssen. Jeder, der in der Partei für den Sozialismus arbeiten will, braucht mindestens einen kleinen Grundstock von Literatur, den er beherrschen muß.

Unsere Genossin Ottilie Baader hat jetzt ihre Erinnerungen geschrieben, die in nächster Zeit herauskommen und hoffentlich sehr viel gekauft werden. Als ich den Korrekturabzug durchgesehen habe, ist mir die ganze Vergangenheit mit ihren Schwierigkeiten lebendig aufgestiegen. Man sieht daraus, mit welchen geringen Mitteln und mit welchen ungeheuren persönlichen Opfern die ersten Frauen fast ohne Unterstützung von der Partei haben arbeiten müssen. An dieser Pionierarbeit aus reinem Idealismus heraus müssen sich alle Genossinnen, die heute in der Bewegung stehen, ein Beispiel nehmen. Wenn das geschieht, muß unsere Bewegung innerlich und äußerlich schnell wachsen und dabei doch gesund bleiben.

Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die die Frauen heute ganz besonders interessieren. Wir haben gestern über die Fragen der Bevölkerungspolitik gesprochen. Fragen Sie in Ihren Kreisen, ob jede Genossin sich nummehr auch die Broschüre gekauft hat, die von unseren Genossen Radbruch und Grotjan über die Abtreibung der Leibesfrucht geschrieben worden ist. Der Titel ist ja etwas Schreckliches; aber der Inhalt der Broschüren muß von unseren Genossinnen gelesen werden, damit sie lernen, in ihren Zusammenkünften auch über diese Frage sachlich und vom menschlichen, politischen, sozialen Standpunkte aus zu sprechen. Von unserem Genossen Quard ist ein Buch über Prostitution und Geschlechtskrankheiten geschrieben worden, das im Verlage Engelmann erschienen ist. Der Verlag bietet sich an, eine Volksausgabe herzustellen, die für 3,60 Mk. einschließlich Porto abgegeben werden kann. Voraussetzung ist, daß wir in unseren Organisationen mindestens 6000 Exemplare absetzen. Wir haben einen Mitgliederbestand, der das eigentlich ermöglichte. Aber ich werde doch eine Umfrage an die Organisationen und an die Frauen richten müssen, um eine Sicherheit zu haben.

Im vergangenen Jahr wurde ein Antrag angenommen, das vorzügliche Referat des Genossen Caspary über Jugendwohlfahrt drucken zu lassen. Der Verlag „Vorwärts“ hat dann den Bericht über die Frauenkonferenz gesondert herausgegeben und hat das Buch den Organisationen für 5 Mk. angeboten. Von den 2- oder 3000 Exemplaren, die hergestellt worden sind, sind nur mit größter Mühe 600—800 abgesetzt worden. (Hört, hört!) Also ein Beschluß ist leicht gefaßt, aber die Ausführung eines solchen Beschlusses ist sehr schwer. In den bürgerlichen Kreisen ist für solche Literatur immer Abfag vorhanden. Das ist es ja eben, was wir immer beklagen. Die bürgerliche Frauenbewegung wird bei uns als intellektuell überlegen befunden. Das liegt aber nur an uns. Wir müssen die intellektuelle Überlegenheit der anderen bekämpfen, indem wir uns selbst fortentwickeln und indem wir auch dafür kleine pekuniäre Opfer bringen. Das ist man sich selbst und der Partei schuldig.

Genossinnen, Sie können die Zusammenkünfte so vielgestaltig machen, wie Sie wollen. Wir haben eine ungeheure Fülle von Problemen zu erörtern, und wenn Sie für sich und Ihre Mitarbeiterinnen als Leiterinnen dafür sorgen, daß auch die notwendige Literatur angeschafft wird, dann können Sie nicht verlegen sein.

Auch in diesem Jahre liegt wieder eine Anzahl von Anträgen der Frauenkonferenz vor. Wir müssen unterscheiden zwischen den Anträgen, hinter denen die ganze Parteio rganisation eines Bezirks steht [sie werden ohne weiteres dem Parteitag überwiesen] und den Anträgen, die von Frauengruppen gestellt werden. Die letzteren sind in unserer Frauenkonferenz immer erörtert worden. Zum diesjährigen Parteitag sind einige Anträge eingelaufen, die sich auch mit der „Gleichheit“ beschäftigen. Ich halte es für ein erfreuliches Zeichen, daß hinter diesen Anträgen eine Parteio rganisation steht. Man will die Parteio rganisation in ihrer Gesamtheit veranlassen, die „Gleichheit“ obligatorisch allen Genossinnen zuzustellen. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß das bei der Verschiedenartigkeit unserer Parteiverhältnisse nicht möglich sei, und daß ein solcher Beschluß des Parteitages eine Bergewaltung einzelner Organisationen sein würde, daß dadurch ein gewaltiger Rückgang der weiblichen Mitglieder hervorgerufen werden könne. Es ist nicht unsere Aufgabe, über Anträge, die dem Parteitag vorliegen, Beschluß zu fassen. Jedenfalls ist es ein erfreuliches Zeichen, daß überhaupt Anträge vorliegen, die sich mit der Fortentwicklung der Frauenbewegung beschäftigen.

Ferner liegt ein Antrag Hamburg vor, der sich mit der Gründung von Hausfrauenberufsorganisationen befaßt. Darauf werden wir in der Diskussion wohl noch einzugehen haben.

Weiter fordern die hamburgischen weiblichen Parteimitglieder in einem Antrage von der Reichsfrauenkonferenz die Darlegung des Ziels der sozialdemokratischen Frauenbewegung in einem großen Aktionsprogramm. Auch darüber werden sich die Genossinnen äußern müssen. Vorweg kann ich sagen, daß vor einiger Zeit eine Anzahl von Genossinnen, die sich mit dem Parteiprogrammentwurf beschäftigen sollten, sich gegen ein solches Aktionsprogramm ausgesprochen haben, und zwar ziemlich einmütig. Das soll Sie natürlich nicht hindern, eine sachliche Aussprache darüber zu pflegen, ob ein solches Aktionsprogramm nötig ist oder nicht.

Dann beantragen die Hamburger Genossinnen, zur Förderung der Frauenbewegung von der Parteileitung ein Rundschreiben an alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führer, Vorstände und Funktionäre ausgeben zu lassen, die zu unserer Partei gehören, daß sich die Frauen der Genossen, besonders der führenden Genossen, an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen haben. Auch dieser Antrag wird in der Debatte behandelt werden müssen. Ich kann dazu persönlich nur folgendes sagen: Wenn ich zufällig einen deutschen oder kommunistischen Mann hätte und wenn er von mir verlangen würde, daß ich in seine Partei eintrete und seine Parteiveranstaltungen besuche, dann würde ich mir das sehr verbitten. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Partei darf nicht zu einer Institution werden, die verlangt, daß der eine die gleiche Meinung in der Ehe haben muß wie der andere. (Sehr richtig!) Gewiß können und müssen wir immer wieder an das Ehrgefühl unserer männlichen Genossen appellieren, die es noch nicht verstanden haben, ihre Frauen für den Sozialismus zu gewinnen; aber darüber hinaus dürfen wir nicht gehen.

Dann kehrt auch in diesem Jahr der Antrag wieder, daß Parteisekretärinnen in den einzelnen Bezirken eingestellt werden sollen. Ich habe in meinem Bericht an den Parteitag bereits konstatieren können, daß z. B. die Bezirke Schleswig-Holstein, Niederrhein, Breslau, der Bezirk Westliches Westfalen, Berlin und Brandenburg eine Parteisekretärin haben. Die Anstellung einer Parteisekretärin ist eine Frage der Geldmittel und der Persönlichkeit. Diese beiden Dinge müssen wir durch unsere Arbeit fördern helfen. Wir müssen helfen, die Geldmittel zu beschaffen, wir müssen Genossinnen erziehen, damit wir genügend Parteisekretärinnen stellen können. Es ist in vielen Fällen sehr schwer, eine

geeignete Parteisekretärin ausfindig zu machen; wenn es auch eine große Menge von tüchtigen Genossinnen gibt, so sind viele Genossinnen doch nicht wirtschaftlich unabhängig genug, um nun aus ihrem Bezirk herauszugehen. Unter den wirtschaftlich unabhängigen Frauen ist die Auswahl naturgemäß sofort bedeutend kleiner, und wenn geeignete Personen da sind, dann kennt man sie nicht immer. Die beste Lösung dieser Frage ist eigentlich immer, wenn aus dem Bezirk oder Nachbarbezirk eine Kraft herauswächst, die man in ihrer ganzen intellektuellen und organisatorischen Veranlagung kennt, und die dann als Parteisekretärin herangezogen wird. Aus diesem Grunde halte ich die Anträge in bezug auf die Anstellung von Parteisekretärinnen für ziemlich zwecklos. Hier heißt es, nicht Anträge stellen, sondern an die Erfüllung dessen herangehen, was die Anträge wollen. (Zustimmung.)

Dann liegt ein Antrag Münchener vor, der von den Münchener Genossinnen selbst begründet werden kann. Ferner liegen noch der Antrag 6 aus Hamburg, über den schon gestern ausgiebig gesprochen worden ist, und eine Resolution über die Teuerung aus dem Bezirk Halle vor. Ich kann nur sagen, daß, soweit ich die zum Parteitag vorliegenden Anträge übersehen kann, der Parteitag sich auch mit der Frage der Teuerung und der Steuern beschäftigen wird.

Dann kehrt wieder der Münchener pazifistische Antrag, der einen Appell an die Frauen der sozialistischen Parteien verlangt, ferner ein Antrag über die Abschaffung der Todesstrafe. Diese Anträge werden in der Diskussion mitbehandelt werden müssen.

Aus meinem Bericht geht für den, der ernsthaft in der Partei arbeiten will, hervor, daß es eine Unmenge von Aufgaben für die sozialdemokratische Frauenbewegung gibt, die nur erfüllt werden können, wenn wir uns alle mit dem Ernst und mit dem Eifer an die Arbeit begeben, wie er unsere Genossinnen früher in alten, schweren Zeiten ausgezeichnet hat. Nur dann können diese Aufgaben gelöst werden. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzende Frau Hauke: Wir treten in die Diskussion ein. Als erste Diskussionsrednerin hat das Wort Genossin Jabe (Hamburg).

Frau Jabe-Hamburg: Genossinnen! Von dieser Tagung nehmen wir die freudige Gewißheit mit nach Hause, daß unsere Vorsitzende über unsere Frauenbewegung, über ihre Mängel und Vorzüge richtig orientiert ist. Wir alle haben auf dieser Tagung feststellen können, daß die Referate der Frauen lückenlos und fein ausgearbeitet waren. Wir sind leider immer noch durch die Männer etwas unterdrückt; das beweisen auch die Anträge, die immer wiederkehren. Was speziell den Antrag über das Aktionsprogramm betrifft, so wird dieses Aktionsprogramm nur deshalb gefordert, weil wir alle fühlen, daß die Männer die Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der Bewegung nicht ganz ernst nehmen. Wir Frauen sind alle der Auffassung: Frauenrechte sind Menschenrechte, aber unsere Männer handeln nicht danach, auch nicht innerhalb der Partei. Wenn wir jetzt ein Zurückgehen in der Frauenbewegung erlebt haben, dann ist das für uns noch kein Grund zum Verzweifeln. Aber wir müssen uns fragen: wie können wir das verhüten? Wir Hamburgerinnen haben einen Aufstieg von 2000 Mitgliedern zu verzeichnen; aber zufrieden sind wir auch nicht. Wir machen darin vielleicht einen angenehmen Unterschied von den Männern, daß wir nicht nur die Mitglieder sammeln wollen, sondern, daß wir uns auch bemühen, die kulturelle Hebung der Frauen speziell zu fördern. Aus diesem Grunde müssen wir uns damit befassen: wie machen wir jedes einzelne Mitglied zu einer vollwertigen Sozialistin, die weiß, was Sozialismus ist? Wir alle wissen, daß unsere Presse im allgemeinen nicht mit der Zeit mitgegangen ist. Das ist ja auch erklärlich. Uns stehen nicht dieselben Gelder zur Verfügung wie

der bürgerlichen Presse. Die bürgerliche Presse hat eigentlich nie direkte Kulturarbeit geleistet. (Widerpruch.) Sie hat Kulturarbeit für sich, aber niemals für das Volk geleistet, und sie füttert auch jetzt noch das Volk mit Phrasen. Weil die bürgerliche Presse billiger geliefert werden kann als unsere Presse, weil sie mit Phrasen arbeitet und uns verunglimpft, deshalb nimmt sie uns Leser und Mitglieder. Wir können unsere Mitglieder aber nur bei uns halten, wenn sie unsere Presse lesen. Weil nicht in allen Häusern die sozialistische Presse gelesen wird, weder auf dem Lande, noch in den Städten, deshalb halten wir es für nötig und richtig, daß jeder Frau, die Mitglied ist, die „Gleichheit“ obligatorisch zugestellt wird. Wir glauben, daß das möglich ist, wenn wir den Beitrag um 10 Pf. wöchentlich erhöhen. Ein Beweis für die Richtigkeit unseres Gedankenganges war das, was gestern eine Genossin sagte, die davon sprach, daß ihr Mitgliederbestand durch die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ von 150 auf 1500 Mitgliedern gestiegen sei. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Hamburger Antrag anzunehmen und dafür zu sorgen, daß er auch auf dem Parteitag angenommen wird.

Wenn die Genossin Suchacz davon sprach, daß wir darauf hinarbeiten wollten und müßten, Parteisekretärinnen zu bekommen, so muß ich sagen: Parteisekretärinnen würden wohl recht viele vorhanden sein; aber man greift niemals auf die Frauen zurück, die am Orte sind; man verlangt gewöhnlich immer noch von uns Frauen, daß wir gleich fertige Menschen sind, und man gewährt uns nicht die Zeit des Einarbeitens.

Ich glaube, wir können mit dem Ergebnis der Frauentagung zufrieden sein. Deshalb wollen wir so weiterarbeiten. Die Frauenfrage wird die Lösung des Sozialismus sein. (Lebhafter Beifall.)

Frau Harber-Bremen: Die Verluste an Mitgliedern, von denen die Genossin Suchacz sprach, haben uns schon manche schwere Stunde bereitet. Aber sie haben auch den Willen zu neuem Werden gestärkt. Wir liegt nun ganz besonders am Herzen, einmal von dem zu sprechen, was uns aus den ländlichen Bezirken und aus den kleinen Orten entgegengetragen wird. Gerade die ländlichen Bezirke sind das Reservoir, aus dem trotz der Wohnungsnot und trotz der Erschwerung der Freizügigkeit immer wieder unaufgeklärte Menschen in die Städte hineinkommen. Ich denke vor allem an die Hausangestellten. Wir haben in Bremen einen Volksentscheid gehabt und haben dabei Tausende von Flugblättern in die Häuser zu den Hausangestellten getragen. Alles das hat nichts genützt, weil die Hausangestellten nichts vom Sozialismus wußten. Deshalb müssen die Genossinnen freiwillig an diese schwere Arbeit in den ländlichen Bezirken herangehen. Wenn wir das tun, dann werden wir auch dort nach und nach einen festen Stand bekommen. Es brauchen ja keine großen Volksversammlungen zu sein; aber man muß gewissermaßen aus den Augen der Zuhörerinnen heraus sehen, wie man zum Erfolge kommen kann.

Dann müssen wir unsere Jugend, vor allem die jungen Mädchen zu uns heranziehen. Viele junge Mädchen möchten gern mit uns über dies und jenes sprechen, und wir müssen Zeit dafür haben, selbst wenn wir Opfer an Bequemlichkeit dafür bringen müssen. Unsere jungen Mädchen wollen wir zur Lebensbejahung, zur Lebensfreude erziehen. Wir wollen an ihnen wieder jung werden. Darauf, daß in unsere jungen Mädchen Verantwortlichkeitsgefühl hineingelegt wird, lege ich das größte Gewicht. Sie müssen diejenigen werden, die den Sozialismus zum Ziele führen. Daher müssen wir an sie in der Kleinarbeit, in kleinen Zusammenkünften heranzutreten versuchen, in denen wir das besprechen, was für sie von Wichtigkeit ist. In diesen Zusammenkünften kommen die Mädchen mit ihren großen und kleinen Schmerzen, und wir müssen dafür Verständnis zeigen, wenn es auch nicht so leicht ist. Auf diese

Weise können wir sie gewinnen und allmählich an die großen politischen Gebiete heranführen. (Beifall.)

Frau Wierbicki: Genossin Suchacz hat u. a. gesagt, die Frauen wären oft noch zu zaghaft. Unsere männlichen Genossen sind darüber anderer Ansicht, sobald es sich um Forderungen handelt, die nicht nur an unsere eigene Arbeitskraft gestellt werden. Es ist bedauert worden, daß die führenden Genossinnen durch die Tagespolitik überlastet sind. Es muß gesagt werden, daß wir das, was die Genossinnen innerhalb der Tagespolitik und der täglichen Kleinarbeit in den Parlamenten und in den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen leisten, zu wenig erfahren. Die Genossinnen, die in unseren Versammlungen begeisterte Reden halten, gehen wieder in ihre Heimat zurück, und wir haben keine Verbindung mehr mit ihnen. Nach Jahren müssen wir dann feststellen, daß sie wieder aus der Partei ausgetreten sind. Das ist eben der Jammer, den wir beklagen.

Die Anträge, die in einem Kongreß gestellt werden, sind Stimmungsbilder, sie sind der Ausdruck dessen, was erstrebt wird. So ist auch der Antrag auf obligatorische Zustellung der „Gleichheit“ zu verstehen. Wir haben ja in diesem Antrag vorsichtigerweise gesagt, daß er dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen werden soll, und ich glaube, diesem Antrage können wir ruhig zustimmen.

Dann ist gesagt worden, daß ein Antrag bezüglich des Aktionsprogramms schon früher einmal abgelehnt worden sei. Ich bin der Meinung, daß die betreffenden Genossinnen doch zu zaghaft gewesen sind. Wenn wir das Parteiprogramm, wie es jetzt vorgelegt worden ist, durchlesen, dann müssen wir feststellen, daß man die Frauenfrage als solche gar nicht behandelt hat, daß man sie nur als einen Teil der allgemeinen politischen Arbeit erörtert hat. Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß man den programmatrischen Satz aus dem Erfurter Programm nicht übernommen hat, in dem es heißt: Abschaffung aller öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Gesetze, welche die Frau vor dem Manne benachteiligen. Das wäre wenigstens eine klare Zusammenfassung, während jetzt die einzelnen Fragen in dem Parteiprogramm verstreut zur Behandlung kommen. Deswegen ist von Hamburg aus an den Parteitag der Antrag gestellt worden, Punkt 5 des Erfurter Programms in das neue Programm zu übernehmen. Das, was in dem Programm über die Frauenfrage enthalten ist, muß in den Leitfragen zusammengefaßt und den Frauen für die Agitation an die Hand gegeben werden. Die Leitgedanken, die gestern von hoher Warte aus von der Genossin Schöfer dargelegt worden sind, müssen, verbunden mit den praktischen Forderungen, im Parteiprogramm so kurz wie möglich zusammengefaßt werden. Die ideale Erfüllung dieser Forderung wäre für uns ein Aktionsprogramm. Wenn wir jeder Genossin ein solches Aktionsprogramm in die Hand geben, sehe ich darin nicht eine Gefahr für unsere Parteibewegung.

Der Antrag, ein Rundschreiben an die führenden Persönlichkeiten herauszugeben, die in unserer Partei- und Gewerkschaftsbewegung sind, ist nicht gedacht als eine Aktion gegen die Männer, sondern es soll damit nur erreicht werden, daß die Frauen, welche durch ihre Männer in gehobener Lebenslage sind, sich nicht von den allgemeinen Veranstaltungen zurückziehen.

Wenn wir dazu kommen, uns nicht lediglich von der allgemeinen Parteibewegung ins Schlepptau nehmen zu lassen, sondern uns bewußt als Frauenrechtlerinnen auf den Standpunkt stellen, den die Genossin Schöfer vertreten hat, dann können wir sehr wohl in allen Kreisen, nicht nur in den proletarischen, sondern auch in den bürgerlichen Kreisen Verständnis für unsere Ideen finden, indem wir weniger den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um wirtschafts-

politische Dinge voranstellen, sondern den Kampf um die Menschenökonomie. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau Hauke vertiest folgende Entschliebung:

Die Reichsfrauenkonferenz protestiert auf das energischste gegen den Beschluß des Reichsrats, der die Hinzuziehung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen ablehnt. Die Konferenz richtet an alle Genossinnen im Bande die Aufforderung, in Protestkundgebungen dem Reichsrat zu zeigen, daß die Frauen nicht gewillt sind, diese Entrechtung stillschweigen zu ertragen. Hedwig Wachenheim. M. Lodenhagen. Elfriede Rynek. Gertrud Hanna. Luise Schröder. Toni Jensen.

Toni Pfülf. Sophie Schöfer. Clara Bohm-Schuch.

Zur Klärung der grundsätzlichen Frage der Aufgaben der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt wird beantragt, den in der Freitag-Morgennummer des „Vorwärts“ erschienenen Artikel der Genossin Lodenhagen „Partei und Wohlfahrtsausschüsse“ zu vervielfältigen und den Bezirksausschüssen und den Delegierten des Frauentages zuzustellen.

Clara Zils. Hanna Harder. Clara Bohm-Schuch. Wachenheim. Zabe.

#### Entschliebung.

Die Reichsfrauenkonferenz gedenkt in herzlichsten Sympathien der Frauen und Mütter Oberschlesiens.

Die Genossinnen der gesamten deutschen Republik haben mit dem größten Mitleidempfinden die Leiden Oberschlesiens in den vergangenen Monaten verfolgt; sie sind stolz auf die würdige Art, in der sie gerade von der klassenbewußten Arbeiterschaft einschließlich der ober-schlesischen Genossinnen getragen wurden.

Unsere ober-schlesischen Schwestern unsere herzlichsten Grüße, in der Hoffnung, daß die Leidenszeit vorüber sein möge, und die Frauen und Mütter Oberschlesiens zusammen mit uns allen einer glücklichen Zukunft entgegengehen, einer Zukunft, in der wir gemeinsam arbeiten werden an der Ueberwindung des nationalstiftischen Hasses durch den Sozialismus.

Hauke. Pfülf. Rynek. Duda. E. Schröder. Arning.

#### Zuschag.

Frau Schröder-Altona: Der Rückgang in der weiblichen Mitgliederzahl ist nicht erfreulich, aber wir haben trotzdem keinen Grund zum Pessimismus. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir Frauen erst seit drei Jahren die Rechte erreicht haben, welche die Männer seit 50 Jahren besitzen. Wir können also trotz allem auf unsere sozialdemokratische Frauenbewegung stolz sein.

Viel mehr liegt mir am Herzen, die Frauen, die wir als eingeschriebene Mitglieder gewonnen haben, aufzuklären und mit unseren Idealen zu erfüllen. Ich bin aber nicht dafür, daß man das durch Einführung eines Obligatoriums der „Gleichheit“, wie es Hamburg beantragt, tut. In einer Großstadt mag das möglich sein, aber für weite Teile des Landgebiets, die für uns noch vollkommen Neuland sind, würde die Annahme eines solchen Beschlusses geradezu verheerend sein. Sie würde eine Erhöhung des Beitrags um vielleicht monatlich eine Mark bedeuten, und das würde zur Folge haben, daß eine große Zahl von Frauen uns wieder verloren gehen. Außerdem würden viele Frauen, die die „Gleichheit“ nicht richtig zu lesen verstehen, die „Gleichheit“ ebenso wie andere politische Zeitungsartikel ungenutzt beiseite legen. Wir müssen versuchen, mehr freiwillige Abonnenten zu bekommen.

Man darf nicht in der Weise unter den Frauen agitieren, wie es die Genossin Zabe angedeutet hat. Wenn wir sagen: die Bürgerlichen haben über-

haupt keine Kulturarbeit geleistet, so werden wir einen Teil der Frauen, der bereits denken gelernt hat, abstoßen; sie werden uns immer entgegenhalten: Goethe und Schiller und die Geistesgrößen in Deutschland waren doch auch Bürgerliche. Wir müssen den Sozialismus in die Gehirne hineintreiben; aber das können wir nicht mit einer so vollkommenen Verkennung der Tatsachen.

Ich bin im allgemeinen auch der Ansicht, die Frau Zuschag ausgesprochen hat, daß es nicht richtig ist, große politische Frauensammlungen zu veranstalten. Die großen politischen Versammlungen sollen Männer und Frauen in gleicher Weise vereinen. Aber es gibt Notwendigkeiten, wo in großen Protektkundgebungen gezeigt werden muß, daß die Frauen auf dem Plane sind. In diesem Sinne ist meine Entschliebung gemeint. Wenn wir es erlebt haben, daß der Reichsrat drei Jahre nach der Revolution uns Frauen als Schöffen und Geschworene noch ablehnt, dann wäre es notwendig, sofort durch mächtige Protektkundgebungen zu zeigen, daß wir Frauen uns das heute nicht mehr bieten lassen. Die Frau ist als Richter heute vielleicht noch wichtiger als die Frau als Abgeordnete. Wir wissen, daß Frauen, die durch die Not gezwungen, einen Eingriff in ihren Körper vornehmen, den Richtern überantwortet werden, die die Möglichkeit haben, sie auf fünf Jahre ins Zuchthaus zu sperren. Wenn diese Gesetzgebung an sich eine Schande ist, so ist es eine noch größere Schande, daß solche Frauen einem männlichen Richter überantwortet werden. Gerade in dieser Frage müssen wir mit aller Energie vorgehen. Wir müssen der bürgerlichen Gesellschaft, die uns die natürlichsten Rechte verweigert, zeigen können: hier stehen die Frauen, und sie lassen sich so etwas nicht mehr bieten. In dieser Hinsicht sind wir noch viel zu passiv. In den Parlamenten erhalten wir immer wieder Eingaben von bürgerlichen Frauen, die hinverbrannt genug sind, sich selbst in Sklavenketten zu legen. Aber unsere eigenen Parteigenossinnen tun in dieser Hinsicht nicht genug. Die Frauen müssen in solchen Fragen mit ihrer ganzen Wucht auf den Plan treten. Ich bitte deshalb, meiner Entschliebung zuzustimmen, damit wir den Genossinnen draußen zurufen können: wacht auf und laßt euch das nicht mehr bieten.

Daneben müssen wir unsere kleinen Aufklärungs- und Frauenabende abhalten. Darin muß den Genossinnen immer wieder das nahegebracht werden, was ihnen als Frau am nächsten steht. Wir sollen nicht frauenrechtlerisch vorgehen, sondern unseren Männern klarmachen, daß alle sogenannten Frauenfragen Menschenheitsfragen sind. Was uns Frauen besonders angeht, geht uns als Gebäuerinnen und Erzieherinnen der Menschheit an. Die Frau erzieht nicht nur weibliche Kinder, sondern auch männliche und ist infolgedessen in Wahrheit die Gründerin der Zukunft.

Wir müssen solche Fragen auch in unsere gemeinsamen Mitgliederveranstaltungen hineinbringen. Es schadet den Männern nichts, wenn sie von diesen Fragen etwas mehr hören als bisher. Wir müssen uns zu diesem Zwecke aber viel mehr Frauen als bisher heranziehen, die reden und mitarbeiten können. Ich gebe dem Parteivorstand anheim, zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, eine Zeitschrift insbesondere für unsere Funktionärinnen und Rednerinnen zu schaffen. Unsere „Gleichheit“ hat die Aufgabe, Genossinnen heranzuziehen; sie muß immer agitatorisch arbeiten. Unsere Rednerinnen aber brauchen eine Aufklärungsschrift, die sie zu Rednerinnen herandübelt und sie auf dem laufenden hält über die Gesetzgebung und über Tagesfragen.

Wir dürfen auch nicht daran vorübergehen, daß die Agitation auf dem Lande noch viel notwendiger ist als in der Stadt. Wir müssen Vertreterinnen der großen Ortsvereine immer wieder mit Vertreterinnen kleiner Ortsvereine zusammenbringen. Die Genossinnen aus den großen Vereinen müssen aufs Land hinausgehen, nicht nur als Rednerinnen, sondern auch als Teilnehmerinnen

an den Veranstaltungen, um auf diese Weise den kleinen Vereinen zu helfen. Nur wenn wir so in enger Verbindung mit unseren Genossen arbeiten, werden wir vorwärts kommen. Ich bin deshalb auch kein Freund eines besonderen Frauenprogramms, wie es Genossin Wierbicki wünscht, da ein solches uns einen frauenrechtlerischen Anstrich geben würde. Wir müssen Hand in Hand mit unseren Genossen arbeiten und zeigen, daß wir Menschenheitsfragen zu lösen haben.

**Dr. Knaf-Hamburg:** Wenn man die politischen Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man den Eindruck nicht los, daß unsere eigene Partei manchmal in politischen Fragen zu ersticken droht und die großen kulturellen Forderungen nicht mit genügender Schärfe betreibt. Wenn in der Frauenbewegung Verluste zu verzeichnen sind, so vielleicht deshalb, weil diese kulturellen Forderungen nicht genügend hervorgehoben werden. Gerade die Frau hat ein außerordentliches Empfinden für solche Forderungen.

Eine der wichtigsten Fragen ist die der Sexualreform. Ich komme gerade von der internationalen Tagung für Sexualreform auf wissenschaftlicher Grundlage in Berlin, wo sich Vertreter fast sämtlicher Kulturnationen, auch der früher feindlichen Länder, zusammenfanden. Es war erhebend zu sehen, wie sich Frauen und Männer in freier Auffassung für die Forderungen der Sexualreform einsetzten. Von der Tagung wurde folgender Antrag angenommen:

Die internationale Tagung für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage fordert die Durchführung einer planmäßigen, dem sozialen gesellschaftlichen Körper angepaßten Gesellschaftspolitik mit dem Ziele geistiger und körperlicher Erziehung des einzelnen wie der Gesamtheit. Wir rufen deshalb ihre Mitglieder auf zu einer international organisierten Aufklärungsarbeit zu dem Zwecke der Beseitigung aller diesen Forderungen noch entgegenstehenden gesellschaftlichen, sozialen und ethischen Hemmungen. Als nächstes Ziel ist die Aufhebung aller dem freien Verkehr mit empfängnisverhütenden Mitteln erschwerehenden Bestimmungen sowie die Straflosigkeit der von der Schwangeren gewollten Abtreibung der Leibesfrucht durchzuführen.

Wenn es auch erfreulich ist, daß hier von wissenschaftlicher Seite solche Forderungen aufgestellt werden, so behalten sie nur papiernen Wert, so lange nicht die politischen Parteien sich hinter diese Forderungen stellen. Es bedarf der Kleinarbeit von unten herauf und der Aufklärung in den weitesten Bevölkerungsteilen, um diesen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. In den Frauenabenden müssen diese Forderungen viel mehr als bisher besprochen werden. Man muß versuchen, Ärzte, Juristen, Bevölkerungswissenschaftler oder genau orientierte Frauen zu dieser Aufklärungsarbeit heranzuziehen. In Hamburg haben wir eine solche Aufklärungsarbeit in weitestem Maße versucht, und das Resultat sind die Anträge an die Reichsfrauenkonferenz und an den Parteitag, eine planmäßige Bevölkerungspolitik in das Parteiprogramm aufzunehmen. Leider sind von anderen Bezirken Deutschlands ähnliche Forderungen nicht gestellt worden, weil es an der genügenden Aufklärungsarbeit gefehlt hat.

Es gilt aber auch, unsere Genossen in den Regierungen darauf hinzuweisen, daß sie sich nicht von Gutachten von Wissenschaftlern terrorisieren lassen dürfen, die uns fernstehen und die nur ihre reaktionäre Gesinnung in ihren Anträgen durchzusetzen versuchen. Es ist nicht zu verstehen, daß selbst Regierungen, wie Sachsin, im Reichsrat Schwierigkeiten für die Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu machen versuchen. Das liegt aber daran, daß nicht die eigentliche Regierung, sondern irgendwelche reaktionäre Polizeiverwaltung oder Gesundheitsbeamte ihre Forderungen nach Berlin weiter-

geben und daß darüber nur der Stempel des betreffenden Regierungsressorts gesetzt wird. Das muß anders werden. Maßgebend für die Begutachtung aller dieser Fragen müssen die eigenen, in den Fachfragen geschulten Parteigenossen sein.

Bezüglich der Forderung, die „Gleichheit“ obligatorisch unter den Parteigenossen zu verbreiten, sind wir in Hamburg zu der Auffassung gekommen, daß diese Frage nicht ohne weiteres zum Beschluß der Frauenkonferenz erhoben werden dürfte; aber der Parteivorstand sollte diese wichtige Frage einmal genau erwägen. Es bestehen deshalb keine Bedenken, den Antrag Hamburg anzunehmen. Unterschätzen Sie seine Bedeutung nicht. Sowohl in der Frauenbewegung wie auch in den Kreisen der männlichen Parteigenossen ist Aufklärung die Hauptfache, um zum Ziele des Sozialismus zu kommen.

**Frau Lag-Dortmund:** In unserem westlichen Industriebezirk haben wir außerordentliche Schwierigkeiten in der Agitation zu verzeichnen gehabt, und man hat mit allen möglichen Schikanen versucht, unsere Frauenbewegung zu bekämpfen. Trotzdem freue ich mich, wenn wir heute die große Zahl der Frauen sehen, die sich unserer Idee angeschlossen haben.

Die Genossin aus Holstein hat mir aus dem Herzen gesprochen, wenn sie sagt, daß wir die Frauen unserer führenden Genossen nicht so sehr in Anspruch nehmen wollen. Ich habe früher auch auf dem Standpunkt gestanden: die Frauen der führenden Genossen sitzen zu Hause und andere arbeiten für die Partei, warum sollte ich da mithelfen. Aber im Laufe der Jahre habe ich immer mehr erkannt, daß es unmöglich ist, eine Frau zur Mitarbeit herauszuholen, wenn der Mann tagaus tagein aus dem Hause ist und für die Partei tätig sein muß. Das führt zu Familienunzuträglichkeiten usw. Ebenso ist es dort, wo die Frau außerhalb des Hauses ist; da kann der Mann sich an diesen Arbeiten nicht beteiligen. Deshalb kann ich dem vorgelegten Antrage meine Zustimmung nicht geben. Auch in bezug auf die „Gleichheit“ hat mir die Genossin aus Holstein aus dem Herzen gesprochen. Ich habe einmal selbst die „Gleichheit“ obligatorisch eingeführt und ausgetragen. Der Erfolg ist aber der gemessen, daß die Zeitung nicht gelesen worden ist. Ich möchte deshalb bitten, davon abzulassen. Es würde nur zu einer Erhöhung der Beiträge kommen und dadurch würden wir wieder eine größere Zahl von Mitgliedern verlieren. Wir müssen aber in unseren Frauenzusammenkünften immer wieder darauf hinwirken, daß die Frauen die „Gleichheit“ im Abonnement bestellen. Dann haben wir die Gewißheit, daß das Geld nicht nutzlos angewandt wird.

Bei Frauenabenden dürfen wir uns nicht davon abhalten lassen, wenn nur wenige Frauen zugegen sind. Ich habe schon Frauengruppen gegründet, wenn ich nur drei Frauen antraf, und ich habe diese drei Frauen durch meine Ausführungen dazu gebracht, daß sie weiter in unserem Sinne wirkten und daß später viele Mitglieder unserer Partei zugeführt wurden. Man muß die Frauen nur am Gefühl packen. Die Frauenabende müssen in größerem Umfange gepflegt werden, damit wir noch einen größeren Aufstieg erleben.

**Frau Lodenhagen-Berlin:** Obgleich ich in meinem Bezirk einen guten Stamm tüchtiger Funktionärinnen habe, war es uns doch noch nicht möglich, die indifferenten Mitglieder alle bei uns zu halten. Der Gedanke der Klassenolidarität ist die Grundlage, die den Frauen übermittelt werden muß. Wie haben aber unsere Funktionärinnen sich bemüht, diesen Gedanken der Klassenolidarität so in sich zu festigen, daß sie in der Lage sind, ihn den anderen Genossinnen zu übermitteln? Ich habe in meinem Bezirk einmal eine Gegenüberstellung zwischen der Teilnahme unserer Funktionärinnen an allgemeinen sozialistischen und nationalökonomischen Kursen und an Wohlfahrtskursen gemacht. Da ergibt

sich, daß in Berlin im letzten halben Jahre an den Wohlfahrtskursen, die wir gemeinsam mit bürgerlichen Organisationen veranstaltet haben, und an städtischen Wohlfahrtskursen, sowie an einem Kursus, den unser Bildungsausschuß selbst arrangierte, 291 Frauen teilgenommen haben. An den Kursen über den wissenschaftlichen Sozialismus haben aber nur 46 Frauen teilgenommen. (Hört, hört!) Dieser Unterschied gibt doch sehr zu denken. An einem Kursus, der über Kommunalpolitik handelte, haben 21 Frauen teilgenommen. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß bei Behandlung der kommunalen Fragen auch wieder für Frauen die Wohlfahrtspflege die Hauptrolle spielt. Die größere Teilnahme an den Wohlfahrtspflegekursen ist darauf zurückzuführen, daß viele der Teilnehmerinnen sich an diesen Kursen in der Voraussetzung beteiligten, später in besoldete Stellungen zu kommen. Das ist mir wiederholt gesagt worden und ist mir auch verständlich. Unsere Genossinnen können selbst beim edelsten Willen die ehrenamtliche Arbeit, die sie jetzt leisten, auf die Dauer in der Wohlfahrtspflege kaum ermöglichen.

Ich würde es für ein Unglück halten, wenn wir ein besonderes Aktionsprogramm mit einer Spitze gegen unsere männlichen Parteigenossen erhalten würden. Ich empfehle Ihnen, aus der Debatte diese Art des Kampfes verschwinden zu lassen, die unser nicht würdig ist. Wenn wir häufig noch nicht so eingeschätzt werden, wie wir es wünschen, sind wir zum großen Teil selbst schuld daran. Es ist ein Konsens, zu sagen, die Frauen der führenden Genossen müssen mit in der vorderen Linie stehen. Nicht jede hat das Zeug dazu, eine führende Genossin zu werden, wenn sie einen führenden Genossen heiratet. Wenn wir den Mut und die Möglichkeit haben, einen so großen Kreis von Frauen in die Wohlfahrtspflege hineinzuziehen, müssen wir auch einsehen, daß wir den Bogen auf diesem Gebiet nicht überspannen dürfen, sondern daß wir diese Frauen auch verpflichten müssen, sich in die gesamte Parteibewegung hineinzustellen und sich in die geistigen Grundlagen des Sozialismus hineinzuleben. Das ist notwendig, wenn wir nicht innerhalb der Partei einen besonderen Zweig bilden wollen, der sich nur einseitig auf Kleinarbeit auch im öffentlichen Leben in der Wohlfahrtspflege einstellt. Es gehört ein ganzes Teil mehr dazu, vollwertige Parteigenossin zu sein, als nur diese Kleinarbeit zu leisten.

Frau Klara Zils-Breslau: Es ist symptomatisch, daß der Antrag, die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern, von Hamburg ausgegangen ist. Man darf von Hamburger Verhältnissen nicht auf das ganze Reich schließen. Wenn wir die Beiträge erhöhen müssen, werden wir voraussichtlich Mitglieder verlieren. Deshalb sehe ich in der obligatorischen Einführung der „Gleichheit“ eine große Gefahr. Ich lehne deshalb den Antrag ab und möchte empfehlen, es den einzelnen Bezirken zu überlassen, darüber zu befinden, ob sie die „Gleichheit“ obligatorisch haben wollen.

Auch den zweiten Antrag lehne ich ab, weil wir uns nicht als eine besondere Frauenorganisation im Gegensatz zu den Männern in der Partei fühlen dürfen. Wir brauchen kein besonderes Frauenprogramm, sondern wollen innerhalb der Partei mit den Genossen gleiche Aufgaben und Ziele verfolgen.

Den dritten Antrag von Hamburg lehne ich deshalb ab, weil er nach meiner Ansicht einen Anschlag gegen die Selbständigkeit der Frauen darstellt. Selbstverständlich sind die führenden Genossen dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen aus ihrer Passivität herausgehen und sich betätigen. Wir ist aber nicht bekannt, daß irgendwo der Antrag gestellt worden ist, daß auch die Männer der führenden Genossinnen verpflichtet sind, an den Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Deshalb lehne ich es ab, daß man ohne weiteres durch ein Rundschreiben von der Parteileitung her einen Druck auf die Frauen ausüben will. Ich sehe darin eine Herabsetzung der Frau überhaupt.

Zur Frage der Veranstaltungen möchte ich sagen, daß man es am besten den leitenden Genossinnen überlassen muß, ob sie es für ratsam halten, in ihren Bezirken besondere Frauenveranstaltungen zu arrangieren. Ich bin gegen reine Frauenveranstaltungen und halte gemeinsame Veranstaltungen für viel besser.

Dann möchte ich, daß die Ansicht verschwindet, als ob wir von den Männern immer noch nicht genügend beachtet würden. Es liegt an der Frau selbst, wie weit sie gehört wird und ob man sie ernst nimmt.

Dann soll eine andere Wendung verschwinden, die von unseren agitatorisch tätigen Genossen bei der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern immer wieder gebraucht wird. Man kann den Frauen nicht sagen: weil wir Sozialdemokraten euch das Frauenwahlrecht gegeben haben, weil wir euch die Gleichberechtigung gebracht haben, darum müßt ihr aus Dankbarkeit zur Partei kommen. Soudio viele Frauen werden erwidern: ich bin gar nicht verpflichtet, dankbar zu sein; ich wollte das Wahlrecht gar nicht. Deshalb soll man nicht immer mit so imaginären Größen, wie Dankbarkeit usw. arbeiten, sondern man muß den Frauen immer und immer wieder klarmachen, warum sie auf Grund vernünftiger Ueberlegung in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit zu unserer Partei kommen müssen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß man in die Betriebe hineingeht und dort an die Frauen heranzukommen sucht. Auch bei den Frauen ist ein recht starkes politisches Interesse vorhanden, und man muß es pflegen. Man muß ihnen zeigen, warum die politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei notwendig ist.

Dann müssen wir uns darüber klar sein, daß eine unserer größten Aufgaben darin liegt, Kräfte aus den Kreisen heranzuziehen, die zu den Intellektuellen gehören und die uns bisher noch fernstehen. Wenn wir eine große Zahl von proletarischen Frauen gewinnen, dann müssen sie auch geschult werden. Aus den bürgerlichen Kreisen können, wie schon wiederholt betont worden ist, Frauen zu uns kommen, die sehr wohl arbeiten könnten; dann müssen wir ihnen aber auch eine Aufgabe geben, wir müssen sie in die Arbeit hineinstellen und ihnen zeigen, wie sie sich betätigen können. Man muß Vertrauen zu ihnen haben, wenn sie nun Sozialdemokratinnen geworden sind. Damit werden wir sie am allerbesten für unsere Arbeit nützlich machen können zum Wohle des Ganzen. Darum bin ich sehr dafür, daß man bemüht ist, aus den Kreisen der bürgerlichen Frauen Kräfte für uns zu gewinnen, weil die Notwendigkeit der Gewinnung neuer Kräfte außerordentlich groß ist. (Beifall.)

Frau Wolff-Bochold: Es ist hier viel über die Sexualfragen gesprochen worden. Das Gebiet der Sexualfragen ist im allgemeinen sehr schwierig. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung berichten, daß wir in unserer Bewegung durch Redner und Rednerinnen, die Vorträge über Sexualfragen gehalten haben, geschädigt worden sind, weil diese Redner und Rednerinnen noch nicht die genügende innere Reife besaßen. Ich möchte vor allem an die führenden Genossinnen den Appell richten, sich doch ja, wenn sie in ihren Kreisen Vorträge über Sexualfragen halten lassen, den Referenten oder die Referentin vorher auf ihre geistige Reife hin anzusehen, damit nicht etwa ein Wirrwarr in die Köpfe hineingetragen wird. Gerade in Gegenden, in denen das Zentrum herrscht, muß mit äußerster Vorsicht an die Behandlung sowohl sexueller wie religiöser Fragen herangegangen werden. Jeder, der einen Vortrag über diese Fragen hält, muß sich der Verantwortung bewußt sein, die er zu tragen hat. Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen. Vor zwei Jahren wollte ich in meinem Bezirk eine Frauenbewegung ins Leben rufen. Ich habe erst keine Frauenverfammlungen abgehalten, in denen über den wissenschaftlichen Sozialismus gesprochen wurde. Die ersten Abende waren stark besucht; nachher kam

niemand mehr. Dann habe ich auf Grund dieser Erfahrungen zu Beginn dieses Jahres eine andere Methode angewandt; ich habe versucht, die Frauen durch Behandlung wirtschaftlicher Fragen mit politischem Hintergrund für uns zu interessieren; das erste Referat auf diesem Gebiete lautete: „Wodurch ist die heutige Leuerung bedingt, und wodurch haben wir Frauen es in der Hand, dieser Leuerung auf die Dauer der Jahre abzuwehren?“ (Sehr gut!) Daraufhin sind viele Frauen gekommen. Man hat aus der Versammlung der Frauen heraus verlangt, daß man diese Versammlungen statt alle 14 sogar alle 8 Tage abhalten solle. Nachdem jetzt die Bewegung weitergegangen ist, sind wir dazu gekommen, gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten. Aber wenn ich heute in meinem Bezirk an die Sexualfragen herangehe, dann tue ich es mit allergrößter Vorsicht. (Sehr richtig!) Wir müssen immer berücksichtigen, daß wir in der Organisation auch junge Menschen haben, in die durch Aufklärung über die Sexualfragen etwas hineingetragen werden könnte, was wir als Sozialisten nicht wollen.

Ich wollte Ihnen nur sagen, wie wir den Schwierigkeiten, die sich überall ergeben, begegnen können. Wir haben bei uns seitens des Zentrums so viele Agitatoren auf der Kanzel, daß wir ihnen mit aller Macht entgegenarbeiten müssen. Da haben wir die Waffe der Selbsthilfe in der Hand, die Waffe einer richtigen Aufklärung innerhalb unserer eigenen und der fernerkommenden Kreise. Auch an den religiösen Fragen darf man nicht vorbeigehen; doch ist auch da größte Vorsicht geboten. Wenn wir weiterkommen wollen, dann ist es das Wichtigste, daß wir die Frauen aus den konfessionellen Fesseln erlösen. Diese konfessionellen Fesseln können wir nur von der Frau abnehmen, indem wir ihr kulturelle Werte dafür geben. In dieser Beziehung habe ich bisher versucht, zu arbeiten.

Was das Heranziehen bürgerlicher Frauen in unsere Bewegung anbelangt, so ist es für uns eine große Genugtuung, wenn wir geistig hochstehende Frauen gewinnen können. Auch ich habe es gewagt, in bürgerliche Vereine hineinzugehen und eine Bresche in den Irrtum zu schlagen, der über den Sozialismus herrscht. Man sieht in den bürgerlichen Kreisen zum größten Teil in jeder Sozialistin eine schlechte Frau; deshalb habe ich es versucht, den bürgerlichen Kreisen die Wahrheit über den Sozialismus zu sagen. Es ist von Wichtigkeit, ihnen zu zeigen, was wir Sozialistinnen wollen. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, wird unsere Arbeit auch von Erfolg gekrönt sein. (Beifall.)

Frau Bohm-Schuch: Ich möchte noch ein paar Worte zu unserem Antrage über die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches sagen. Genosse Knack hat heute in demselben Sinne, wie ich gestern, die einstimmige Annahme des Antrages empfohlen, was unbedingt die beste Erledigung dieser Sache auf unserer Konferenz ist. Es ist richtig, daß es sich hier um ein Gebiet handelt, das nur verhältnismäßig wenige behandeln können. Deshalb darf man natürlich nicht ablehnen, es überhaupt zu behandeln, sondern man muß geeignete Leute mit dieser Aufgabe betrauen. (Sehr richtig!) Wenn man das aber tut, dann wird die Aufklärung auf sexuellem Gebiet doch auch ein Erfolg für den Sozialismus sein. Wir sind keine Individualisten, sondern wir sind Sozialisten; aber die Freiheit der Gesellschaft hängt von der Freiheit des Individuums ab, und diese wieder hängt ungeheuer stark mit allen geschlechtlichen Fragen bei der Frau zusammen. Es ist aber auch so, daß man die Frage der sexuellen Aufklärung nicht nur unter dem Gesichtswinkel des Geschlechtlichen behandeln kann und darf, sondern daß in der heutigen Zeit die sozialen Zustimmungen unzertrennlich mit dieser Frage verbunden sind. (Sehr richtig!) Ich hätte gewünscht, daß wir einmal einen Tag gefunden hätten, um unter dem Gesichtswinkel der sozialen Not und der sozialen Forderungen, aber auch

unter dem der kulturellen Entwicklung die Frage der geschlechtlichen Aufklärung unserer Jugend zu behandeln. (Zustimmung.) Wir wollen uns doch keine Binde vor die Augen machen; heute ist tatsächlich noch die allgemeine Anschauung verbreitet: wenn man von den Dingen nicht spricht, sind sie auch nicht da. Aber sie sind leider da, und es ist für keinen verantwortlichen Menschen erträglich, daß in diesen zugedeckten Sumpf gerade die Besten laufen, weil sie ihn nicht sehen. Es liegt einfach nur an der Befangenheit, an der Unmöglichkeit, sich selber rein zu den Dingen zu stellen, die viele Menschen unfähig macht, tatsächlich der Jugend zu sagen, was das Leben ist und ihnen vor Augen zu stellen, daß gerade durch eine andere moralische Auffassung dazu beigetragen wird, neue Menschen zu schaffen, die geeigneter sind als wir, das Ideal des Sozialismus zu verwirklichen. Aber es ist ein Trost, daß in der Generation, die nach uns kommt, die jetzt heranwächst, ein ganz anderes Bedürfnis und Wollen zu dieser wirklichen Reinheit vorhanden ist. Sie will sich nicht mehr unter diese verheuchelte Moral stellen, unter der wir heute noch alle stehen. (Bravol)

Nun möchte ich ein paar Worte zu den agitatorischen Fragen sagen. Wir müssen uns der Agitation wieder mit einem ganz anderen Interesse hingeben, als es in den letzten Jahren unter dem Druck der Nachkriegswirkungen geschehen ist. Ich meine damit nicht eine Agitation, die mit Phrasen um sich wirft, sondern eine Agitation, die auf allen gesetzgeberischen Gebieten eine intensive Belehrung bietet und die den Frauen in der einfachsten Weise die Zusammenhänge des politischen Lebens mit ihrem eigenen Wirtschaftsleben und mit dem Wirtschaftsleben des Volkes immer wieder vor Augen führt. Wir Frauen sind heute mit der Politik unzertrennlich verbunden. Nicht nur, weil wir das Wahlrecht haben, sondern weil unser ganzes Leben von der Handhabung dieser Politik durch die einzelnen Parteien bestimmt wird. (Sehr richtig!) Der Rückgang unserer Mitgliederzahl muß uns allen die ernste Verpflichtung auferlegen, so zu arbeiten, daß wir wieder aufsteigen. Es ist zweifellos, daß sehr viele unserer Genossinnen nicht die Zeit und auch nicht das genügende Verständnis haben, um die ganzen Dinge, die auf dem Wohlfahrtsgebiet liegen, mit dem auseinanderzuhalten, was politisch notwendig ist, und doch dabei die Zusammenhänge zu finden. Wir sind ja hier alle einer Meinung darüber, daß diese Arbeit miteinander zu verbinden ist und sich ergänzen muß. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß sie heute nicht überall so gehandhabt wird. Aus diesem Grunde war am letzten Tage der Wohlfahrtskonferenz der Wunsch laut geworden, daß der Artikel der Genossin Lodenhagen im „Vorwärts“ den Delegierten zugehen möchte. Dieser Antrag wurde aber von der Genossin Wronski so spät eingebracht, daß er nicht mehr verhandelt werden konnte. Nur aus diesem Grunde ist er jetzt noch einmal eingebracht worden.

Nun noch einige Worte zu dem Antrag, der das Obligatorium für die „Gleichheit“ verlangt. Ich stehe wie im vorigen Jahre auf dem Standpunkte, daß es selbstverständlich den Bezirken überlassen bleiben muß, ob die das Obligatorium einführen wollen oder nicht. Das wird sich nach den finanziellen Verhältnissen der Bezirke richten, bzw. danach, wie der Verdienst unserer Mitglieder in den einzelnen Bezirken ist. Darum kann von einer generellen Einführung des Obligatoriums keine Rede sein. Das ist aber auch in dem Antrag nicht gemeint. Dagegen möchte ich sehr empfehlen, da, wo die Bezirke leistungsfähig sind und wo die Lage der einzelnen Erwerbsklassen es ermöglicht, das Obligatorium einzuführen. Dann können auch die Klagen über die schlechte Zustellung der „Gleichheit“, die immer wieder von allen Seiten kommen, verschwinden. Für die Werbearbeit ist es aber etwas ganz anderes, wenn die Frauen das Blatt regelmäßig von ihrer Organisation bekommen.

Zu dem, was die Genossin Luise Schröder über die Aufgaben der „Gleichheit“ andeutete, indem sie vom Vorstand die Herausgabe einer Zeitschrift für die Funktionäre verlangte, möchte ich noch folgendes sagen. Ich habe bisher meine Aufgabe als Leiterin der „Gleichheit“ so aufgefaßt, daß die „Gleichheit“ nicht nur ein Agitationsblatt (im besten Sinne) sein soll und sein kann. Nun trete ich allerdings von der Schriftleitung zurück und weiß nicht, welche Pläne für die Gestaltung der „Gleichheit“ in Zukunft bestehen. Aber ich möchte doch davor warnen, unsere Zeitschrift auf ein agitatorisches Niveau zu bringen. Sie hat die Aufgabe, aufklärend zu wirken, und sie hat diese Aufgabe nach den Zuschriften, die mir bisher zugegangen sind, auch erfüllt. Dem Parteitag liegt ein Antrag vor, eine wissenschaftliche Monatschrift für Frauen, sowie mehr Beilagen für die Tageszeitungen erscheinen zu lassen. Das letztere ist ein Antrag, der im vorigen Jahr auch von Berlin als Ementualantrag gestellt war. Wir wünschen dringend, daß unsere Presse so viel Raum hat, wirklich in jeder Woche eine Seite für die Frauen bereitzustellen. Aber ich möchte auch hier dringend davor warnen, daß die Partei ein sog. wissenschaftliches Frauenorgan schafft. Ein solches Frauenorgan kann auch nur die zu schaffenden und die schon geschaffenen Gesetze den Frauen erläutern, wie es heute die „Gleichheit“ tut. Ich möchte dabei bemerken, daß die Sozialdemokratie ein wissenschaftliches Organ besitzt, und zwar die „Neue Zeit“. Ich glaube nicht, daß die „Neue Zeit“ über einen zu großen Andrang an Abonnenten klagen kann. Wenn also Frauen da sind, die eine wissenschaftliche Monatschrift haben wollen, möchte ich dringend raten, die „Neue Zeit“ zu abonnieren und daran mitzuarbeiten, die „Gleichheit“ aber im übrigen so bestehen zu lassen wie bisher. Daß die „Gleichheit“ auf dem richtigen Wege ist, beweist die erfreuliche Zunahme der Abonnenten. (Lebhafter Beifall.)

**Weimann:** Ich möchte an das anknüpfen, was die Genossin Bohm-Schuch zuletzt gesagt hat und das auf das Gebiet der Bildungsarbeit übertragen, in der wir ja außerordentlich starke gemeinsame Interessen haben. Von einer Genossin wurde vorhin angeführt, sie habe ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie einen wissenschaftlichen Einführungskursus für Frauen veranstaltet hätte, womit sie aber Schiffbruch erlitten habe. Ich muß auch sagen: es ist eine irriige Auffassung, wenn man glaubt, durch wissenschaftliche Kurse die Frauen für uns zu gewinnen. Man muß die Frauen in ihrer Masse durch ganz andere Mittel zu gewinnen suchen. Damit will ich aber nichts gegen die Bildungsarbeit sagen; sie ist notwendig; aber sie richtet sich in erster Linie an die Genossinnen, die wir für die Partei bereits gewonnen haben und sie kann nur für Frauen und Männer gemeinsam betrieben werden. Wir müssen die Kurse, die wir veranstalten, beiden Geschlechtern zugänglich machen.

Etwas anderes ist es mit der Schulung unserer weiblichen Funktionäre. Hier ist es notwendig, besondere Kurse einzurichten. (Sehr richtig!) Sie werden nur dann an die Frauen herankommen, wenn Sie wissenschaftlich geschulte zielklare Funktionärinnen haben, die ihren Standpunkt zu vertreten wissen. Wir haben auf diesem Gebiet in Berlin sehr gute Erfahrungen gemacht, und wir werden diese Tätigkeit in Zukunft noch weiter ausbauen. Im Zentralbildungsausschuß haben wir uns in der letzten Zeit auch Material für unsere Funktionäre, besonders für unsere Referenten, geschaffen. Wir sind gegenwärtig dabei, dieses Material zugunsten unserer weiblichen Funktionäre auszubauen. Wir haben eine Disposition über die Einführung der Frau in die Politik in Arbeit; wir sind dabei, eine weitere Disposition über die „Frau und Sozialismus“ zu schaffen. Das sind Dispositionen, die das Material für Kurse und Vorträge liefern sollen. Freilich ist für die Frauen bisher nach dieser Richtung hin wenig

geschehen, weil es uns sehr an geeigneten Mitarbeiterinnen fehlt. Wir sind für Anregungen immer dankbar.

Wir müssen die Frauen vor positive Aufgaben stellen. Es kommt nicht nur darauf an, daß die Frauen in ihren Frauenleseabenden wirken, sondern sie müssen stärker in die Parteiarbeit hinein. Sie müssen heraus aus der Enge ihrer besonderen Veranstaltungen und den Blick fürs ganze gewinnen. Wenn so sehr darüber geklagt wird, daß die Frauen nicht in genügendem Maße anerkannt werden, so führe ich das zu einem guten Teil auf die Frauen selbst zurück. Ich verkenne gar nicht, daß unsere Parteigenossen zum Teil noch in alten kleinbürgerlichen Anschauungen wurzeln; aber das darf uns nicht abschrecken, im Gegenteil müssen die Frauen selbst dafür sorgen, daß sie sich mehr und mehr durchsetzen. Die Mitarbeit der Frau in der Bildungs- und in der Jugendarbeit ist noch nicht in dem Maße vorhanden, wie es von uns gewünscht wird. Die Frau ist die Trägerin wertvoller seelischer Kräfte, und daher ist sie besonders berufen, auf diesem Gebiete in der Partei mitzuwirken. Wir haben in letzter Zeit durch eine Vereinbarung mit dem Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt und mit dem Vorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine ein neues Arbeitsgebiet geschaffen, und wir haben jetzt Richtlinien für eine planvolle Arbeit unter den Kindern aufgestellt. Wir müssen uns auch bei dieser Arbeit mehr konzentrieren, denn wir haben gegenüber den Kindern außerordentlich wichtige Verpflichtungen zu erfüllen. Gerade die Frau ist berufen, auf diesem Gebiete zu wirken, nicht nur in dem Sinne, daß die Kinder vor Mißhandlung und Ausbeutung geschützt werden, sondern im Sinne positiver Erziehungsarbeit, damit der Gedanke der Solidarität, des Gemeinschaftsgefühls in ihnen lebendig wird. Der Weg zu den Müttern und Frauen führt sehr oft über die Kinder; daher müssen wir gerade dieses Gebiet besonders planmäßig bearbeiten. Arbeiten Sie kräftig auf allen diesen verschiedenen Gebieten in der Partei, dann werden Sie sich auch mehr als bisher Geltung verschaffen und Ihre Arbeit wird anerkannt werden. (Lebhafter Beifall.)

**Giese:** Ich komme aus dem Saargebiet und möchte die Gelegenheit benutzen, um Ihnen von unseren Parteigenossen und Parteigenossinnen die besten Grüße darzubieten. (Bravo!) Das Saargebiet ist eins jener Gebiete, die am schwersten für uns zu bearbeiten sind; trotzdem können wir konstatieren, daß wir gerade auf dem Gebiete, wo Sexualfragen und Religionsfragen gestreift wurden, die besten Erfolge gehabt haben. Es muß allerdings dabei mit Vorsicht vorgegangen werden. Ich kann Ihnen mitteilen, daß gerade von gut katholischen Frauen den aufklärenden Ausführungen in unseren Versammlungen über die Unterbrechung der Schwangerschaft usw. ein großes Interesse entgegengebracht worden ist. Allmählich wird eben auch die katholische Frau an den strahlenden Dogmen irre, in denen es heißt: Du sollst dich vermehren wie der Sand am Meere. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bringen auch die katholische Frau zur Besinnung.

Der Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder ist m. E. auf vier Gründe zurückzuführen. Zunächst einmal haben wir während der Revolution einen großen Zustrom unaußgeklärter Frauen gehabt, die dann ganz naturgemäß zum Teil wieder dorthin zurückwandern, woher sie gekommen sind. Dazu kommt die geschichtliche Kampfweise unserer Gegner, die sofort mitgeholfen haben, den Rückstrom zu fördern. Ferner trägt die Nichterfüllung der Pflichten durch unsere Parteigenossen dem weiblichen Geschlecht gegenüber einen Teil der Schuld, und schließlich ist vielleicht eine verfehlte Agitation in den letzten Jahren getrieben worden. Gerade hier müßten die Parteigenossen einsehen, um die Frauen zu unterstützen. Das ist vor allen Dingen in der Ehe möglich. Hier kann der Mann seine Frau zum Sozialismus und zur sozialdemokratischen Partei

herüberziehen. Wenn wir in gemeinschaftlicher Agitation zusammenarbeiten, dann werden wir auch zum Siege kommen. (Lebhafter Beifall.)

**Frau Berthold-Köln:** Ich führe den Rückgang in der Zahl der weiblichen Mitglieder nicht darauf zurück, daß wir nicht genügend getan hätten, um die weiblichen Mitglieder bei uns festzuhalten, sondern auf das wirtschaftliche Elend, in dem wir uns befinden. Gerade auf dem flachen Lande befindet sich eine ungeheure Zahl von Frauen, die wir unbedingt in die Sozialdemokratische Partei hinüberführen müssen. Wir im Rheinland haben in dieser Richtung alles Mögliche versucht. Wir bedürfen aber dazu der Hilfe einer Sekretärin. Wenn der Parteivorstand in diesem Jahre verschiedene Sekretäre angestellt hat, dann verlangen wir Frauen des Bezirks Oberrhein auch für uns die Anstellung einer Sekretärin. Wir haben bewiesen, daß wir einer der Bezirke sind, die für unsere Sache arbeiten. Trotz des wirtschaftlichen Elends haben wir die Zahl der Mitglieder hochgehalten, ebenso die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“. Wir haben den Beitrag der Frauen auf 50 Pf. wöchentlich und den Beitrag für die „Gleichheit“ auf 50 Pf. alle vierzehn Tage erhöht und haben dadurch die Mittel bekommen, eine Sekretärin anzustellen. Wenn wir aber nicht einen Stamm von alten Mitarbeiterinnen gehabt hätten, wäre uns das nicht möglich gewesen. Die Funktionäre können nicht überall sein. Wir haben im Bezirk Oberrhein auch verstanden, alle Neuzugewandten und Kleinlichkeiten unter den Frauen auszusuchen, auch die Nörgelien derjenigen Männer, die meinen, sie ständen zu hoch über uns Frauen, als daß sie uns leitende Stellen überlassen könnten. Uns ist die Zeit zu kostbar, um diesen Männern eine andere Meinung beizubringen. Wir arbeiten im Interesse der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit den Genossen, die es ernst mit uns Frauen und ihrer Betätigung in der Partei meinen. (Beifall.)

**Frau Schulz-Herne i. Westf.:** Ich muß außerordentlich bedauern, daß die sexuelle Frage auch diesmal wieder gewissermaßen abgewürgt wird, denn es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage für den Ausbau unserer Organisation. Nichts ist schlimmer als eine ungenügende Aufklärung in dieser Beziehung. Dadurch ist schon viel Verwirrung angerichtet worden.

In der Auswahl der Orte für die Versammlungen und in der Zusammenfassung der Versammlungen müssen wir außerordentlich vorsichtig sein. Wir sollen namentlich in die ländlichen Bezirke nicht mit Themen gehen, die einen falschen Eindruck erwecken können, sondern wir sollen und müssen versuchen, diese Themen im Zusammenhang mit anderen kulturellen Fragen zu behandeln. Gerade im Ruhrbezirk ist es außerordentlich schwer zu arbeiten. Dort tritt uns nicht nur die Geisteslosigkeit entgegen, sondern auch die Arbeitsverhältnisse ermüden und zermürben unsere Arbeiter, so daß sie gar nicht in der Lage sind, alle diese Fragen so zu verarbeiten, wie es notwendig ist.

Wenn gesagt worden ist, daß die Männer uns in unserer Aufklärungsarbeit entgegenstehen, so muß ich demgegenüber bemerken, daß wir das nicht verallgemeinern dürfen. Wir haben bei uns die Tatsache zu verzeichnen, daß die Männer infolge der zermürbenden Arbeit im Beruf, Partei- und Gewerkschaftskämpfen gar nicht in der Lage sind, unsere Frauen so aufzuklären, wie es notwendig ist. Da müßten unsere Frauen ein bißchen mehr Selbstbewußtsein in sich fühlen; sie müssen selber mit Anträgen an die Partei herantreten. Wir haben stets die Wahrnehmung gemacht, daß die Bezirksleitungen und Sekretäre sehr gern bereit waren, den Wünschen der Genossinnen entgegenzukommen. Was erfolgen muß, ist eine gründliche und intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit derjenigen Genossinnen, die in den einzelnen Ortsgruppen im Vordergrund der Bewegung stehen. Unsere Sekretärinnen und Rednerinnen reiben sich gewöhnlich zu sehr damit auf, daß sie in jede kleine Ortsversammlung gehen

müssen. Wir haben versucht, in kurzen Zwischenräumen die Ortsleiterinnen zu Konferenzen zusammenzuholen und sie mit dem genügenden Material zu versehen. Wir dürfen unsere Frauen nicht zu sehr mit Sondergebieten belasten, sondern müssen ihnen klarmachen, daß alle Fragen nur ein Glied des großen Ganzen sind und daß unsere Partebewegung über allem stehen muß.

Die Vorsitzende Frau Hauke teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen ist:

Antrag.

Die Reichsfrauenkonferenz wolle beschließen, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauenkonferenz zu setzen.

Begründung.

Referate und Diskussionen der Tagung für Arbeiterwohlfahrt und der Reichsfrauenkonferenz haben das tiefe Bedürfnis gezeigt, zu diesen Fragen unbedingt durch ausgiebige gemeinsame Besprechung nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Die Lage unseres Volkes verpflichtet uns Sozialdemokratinnen, in diesen Fragen gesetzgeberisch, wissenschaftlich und aufklärend voranzugehen.

Bollmann. Destricher. Höfs. Undeutsch. Cohn. Hartwig. Fiedler.

**Widmann-Offenbach a. Main:** Wir im Bezirk Hessen sind in der Lage, aus der Praxis zu zeigen, woran es liegt, daß die Frauenbewegung nicht den wünschenswerten Fortschritt gehabt hat. Im vorigen Jahre haben wir eine rote Woche veranstaltet und dabei 216 Genossinnen gewonnen. Als wir am 1. Januar die Beiträge erhöhten, sind uns wieder eine Anzahl Mitglieder verloren gegangen. Wenn die Familien zum Sparen gezwungen sind, suchen sie leider in erster Linie an den Dingen zu sparen, die keine materiellen und realen Werte betreffen; sie bestellen die Zeitung ab und treten aus der Partei aus. Andere Vereine, die noch gefellige Veranstaltungen und Unterhaltung bieten, erhalten meist ihren Mitgliederbestand. Unsere Partei bietet ideale Werte, und das führt leider noch vielfach dazu, daß sie häufig ihre Mitglieder verliert. Die Fälle, in denen die Geisteslichkeit oder andere Ursachen den Austritt aus unserer Partei bewirken, sind Ausnahmefälle. In der Regel haben solche Fälle zum Rückgang der Frauenbewegung geführt, wo die Frauen aus materieller Not die Beitragsleistung einstellen zu müssen glaubten. Wenn man diese Gründe nachforscht, wird man erkennen, in welcher Richtung man den Hebel anzusetzen hat. Man muß mit allem Ernst aussprechen, daß es die Ueberfülle von Einrichtungen ist, die uns in der Partebewegung leider nicht vorwärts bringt.

**Frau Radmaier-München:** Im Laufe der Verhandlungen ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir bürgerliche Frauen in unsere Organisation zu bekommen suchen müssen. So sehr ich diese Frauen bei uns begrüßen würde, so sehr möchte ich doch betonen, daß wir nicht übersehen dürfen, daß wir hauptsächlich für Arbeiterfrauen da sind und diese aus der Tiefe heben müssen, in der sie noch sind.

Unsere Lektüre ist oft nicht geeignet für die Arbeiterfrauen. Die Arbeiterfrauen haben eine so starke Ueberbürdung, daß es ihnen oft nicht möglich ist, unsere umfangreiche Lektüre zu lesen. Wir müssen den Arbeiterfrauen das, was sie lesen sollen, mundgerecht machen, indem wir ein Problem in möglichst leichtfaßlicher Form in einer kleinen Broschüre behandeln. Sonst nehmen wir der Arbeiterfrau die Freude am Lesen.

Zu dem Antrag Nr. 5 von München möchte ich bemerken, daß in Danzig Frauen als Beisitzerinnen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zugezogen werden. Danzig ist darin bahnbrechend gewesen, und es wäre zu wünschen, daß auch in unserer Republik dieser Forderung des Frauenrechts bald Folge geleistet wird.



mir aber berichtet, daß das Heftchen nicht gekauft worden ist. Da habe ich für die Jugend einen Aufklärungsabend eingerichtet, über Berufsfragen etwas erzählt und anschließend daran das Buch vorgenommen und jede einzelne Abteilung mit der Jugend durchgesprochen. Da hätten Sie sehen sollen, mit welchen begeisterten Gesichtern die Jugend zugehört hat. Die Jugendlichen haben mir gesagt: So hat noch niemand mit uns über diese Dinge gesprochen. Auch auf diese Weise können wir uns also den Nachwuchs erzieren. Das Ziel des Sozialismus kann man nur erreichen, wenn man im Kleinen arbeitet; für die großen Sachen sind die dazu Berufenen da. (Bravo!)

Frau Köpcke-Halle: Der Mensch ist das Produkt seiner Umgebung. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie gehen dahin, auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet Verhältnisse zu schaffen, wo nicht mehr einer des anderen Feind zu sein braucht. Ich hatte es mir angelegen sein lassen, die Schulbücher, die im Jahre 1919 herausgegeben wurden, als unser Genosse Haenisch noch Kultusminister war, näher anzusehen. Da habe ich gesehen, daß alle die Dinge, die wir als Sozialdemokraten bekämpfen, daß man Personen verhimmelt, die von Gewaltanbetung frohen, noch immer in den Büchern vorhanden sind. Dagegen müssen wir arbeiten. Ich bitte alle anwesenden Genossen, den Antrag zu unterstützen, daß unsere Reichstags- und Landtagsfraktion dahin wirkt, daß in dieser Beziehung baldigst eine Aenderung erfolgt. Wir dürfen es nicht dulden, daß unsere Kinder in den Instituten, die wir mit unseren Geldern bezahlen müssen, weiter in dieser Weise unterrichtet werden. (Bravo!)

Nachdem Frau Pfülf-München aufs Wort verzichtet hat, erteilt die stellvertretende Vorsitzende Frau Hauf der Berichterstatterin Frau Juchacz das Schlußwort.

Frau Juchacz: Ich bin auf einen Irrtum aufmerksam gemacht worden. Der Bezirk Oberschlesien hat eine Zunahme von 200 Frauen und daneben eine Abnahme von Männern zu verzeichnen. Ich hatte konstatiert, daß in der vierten von mir angeführten Kategorie kein Bezirk vertreten sei. Ein solcher Fall liegt also doch vor.

Es ist eine Menge über Agitation gesprochen worden. Was ich aber gern gehört hätte, ist doch nicht gesagt worden. Ich habe von alten Methoden gesprochen und dabei mit voller Absicht das Thema Hausagitation nicht erwähnt. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie in Ihre Bezirke zurückkommen, mit den Genossinnen und Genossen zusammenzutreten, die sich für die Vermehrung der Partei durch weibliche Mitglieder interessieren, um mit ihnen zu besprechen, in welcher Form die Agitation in den Bezirken durchgeführt werden kann. Wir haben früher unsere Arbeit auf Grund von Unterlagen aufgebaut, die wir uns verschafft haben. In den großen Orten haben wir uns von den Gewerkschaften Adressen geben lassen. Das ist heute natürlich nicht möglich, weil die Gewerkschaften in sich mehrere politische Anschauungen vereinigen. Weiter haben wir uns vom Parteisekretariat oder vom Vorsitzenden Adressen von Parteigenossen geholt und daraufhin eine Hausagitation eingeleitet. Auf die Weise haben wir im Laufe von acht Tagen in größeren Orten ein ganzes Stadtgebiet vorgenommen, indem wir die Betreffenden, die wir gewinnen wollten, besucht haben, ihnen Flugblätter unterbreiteten und nach acht Tagen wieder hingingen, um zu fragen, wie sie sich dazu stellen. In anderen Gebieten, wo nicht so viele weibliche Kräfte zur Verfügung standen, haben wir die Arbeit nicht in acht Tagen bewältigen können, sondern haben das Stadtgebiet in einzelne Straßenzüge eingeteilt und danach die Agitation vorgenommen.

Nach der Revolution sind wir in Ortschaften hineingekommen, die uns früher vollkommen verschlossen waren. Diese Situation müssen wir durch Hausagitation ausnützen.

Früher konnten wochenlange Agitationstouren veranstaltet werden, zu denen man sich Rednerinnen kommen ließ. Auch das ist heute durch die hohen Fahrt- und Unterhaltskosten erschwert. Aber die im Bezirk wohnenden Rednerinnen können Zeit, Geld und Kraft nützen, wenn sie so arbeiten, wie mir von einer Genossin gesagt wurde. Sie läßt sich Adressen von Frauen zur Verfügung stellen, die in den Orten wohnen, in denen sie am Abend spricht und die von ihr besucht werden, um sie für unsere Bewegung zu gewinnen. Wenn man also am Abend eine Versammlung abhalten will, treibt man tagsüber Hausagitation. Das Resultat ist dann immer eine Reihe von Neuaufnahmen oder eine Anzahl von Zeitungsbestellungen. Wenn wir auf dem Lande für die Parteibewegung arbeiten wollen, müssen wir uns auch auf die Frauen stützen. Jede Frau, die wir in die Bewegung aufnehmen oder die Bezieherin der „Gleichheit“ wird, bedeutet für uns nicht nur eine Stimme bei den Wahlen, sondern bedeutet auch, daß sie als Genossin eine werbende Kraft wird. Das ist eine Gelegenheit, um überhaupt erst Frauen zum Sozialismus zu wecken.

Von einer Genossin, die auch schon lange in der Parteibewegung steht und sehr viel in Versammlungen agitiert, wurde mir gesagt, daß man in Gegenden, in denen der Bruderkampf beseitigt oder schon stark eingeschränkt ist, in den öffentlichen Versammlungen für Männer und Frauen wieder zu der Methode zurückkehren sollte, nach dem Referat von Tisch zu Tisch Agitation zu machen. Die Genossin war in Gegenden, wo eine geschlossene Stimmung für uns in der Versammlung vorhanden war und wo trotzdem nicht ein einziger Aufnahmeschein für die Partei oder ein Abonnementschein vorlag, obgleich die Anwesenden aufnahmefähig waren. Auch für diese Arbeit müssen sich die Genossinnen in geschlossenen Zirkeln verständigen.

Bernachlässigen Sie auch nicht die Bildungsbestrebungen in jeglicher Form. Auch vom Bildungsausschuß muß die Bildungsarbeit für die Frauen ganz besonders gepflegt werden.

Es ist angeregt worden, eine Zeitschrift für Funktionärinnen einzurichten. Ich glaube, es bedarf keiner solchen Zeitschrift. Die Zeitschrift, die wir haben, muß auch in Zukunft erhalten werden. Diese Frage ist für alle Bedürfnisse überhaupt nicht zu lösen. Wir müssen mit dem Organ, das wir haben, zufrieden sein, weil es versucht, unseren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Nach ein Wort über Frauenkonferenzen. Wenn wir hier eine große Reichskonferenz haben, dann sind aus jedem Bezirk wenige Vertreter anwesend. Das kann auch nicht anders sein. Wenn wir eine Frauenkonferenz in einem Bezirk haben, dann sind von den vielen Orten immer nur etwa 40 oder 50 Vertreter vorhanden. Da ist man im Bezirk Magdeburg und im Bezirk Schleswig-Holstein zu der Methode keiner Anfragen gekommen, die sich meiner Ansicht nach sehr bemährt, schon deshalb, weil man dabei alle Parteiorde erfaßt. Wenn z. B. die Leiterin der Frauenbewegung in Schleswig-Holstein Versammlungen abhält, dann schreibt sie vorher an die herumliegenden Ortsvereine: Schickt mir zu dem und dem Tage, zu der und der Stunde aus eurem Ort einige Genossinnen zur Besprechung. Bis jetzt hat sie damit gute Erfolge gehabt. Sie hat vor der Versammlung mit den Genossinnen gesprochen, hat sie mit Arbeitsmütze erfüllt, hat sie in ihrer Arbeit moralisch gestützt. Das ist auch etwas, was wir uns für die Agitation in den einzelnen Orten unbedingt merken müssen. Wir müssen, wie die Genossin Schöpfer ausgeführt hat, Menschenökonomie treiben, wir müssen aber auch diesen Grundsatz der Menschenökonomie auf unsere Arbeit in der Parteibewegung übertragen. Auch dort sollen wir uns überlegen, daß wir keine zeit-, kraft- und geldraubende Reise machen, ohne daß wir dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen.

Auf solchen kleinen Unterkonferenzen kann man dann alle Fragen einschließlich der Frage der praktischen Wohlfahrtsarbeit erörtern. Die Genossinnen auf dem Lande sind ungemein dankbar dafür, wenn man sie auf diese Weise in ihrer Arbeit unterstützt. Das ist die Aufgabe der Genossinnen, die auf die Reichskonferenzen geschickt werden und die in den Bezirksvorständen sitzen. Sie sollen sich Mitarbeiterinnen suchen. Bei solchen Gelegenheiten können sie aber auch den Vertrieb der Literatur, die zu unserer Arbeit notwendig ist, fördern. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit weiter das Buch „Der Frauen Haushalt“ empfehlen, das im Hamburger Verlagsgeschäft erschienen ist. Ich bitte Sie dringend, für die Literatur, die wir Ihnen angeben, Propaganda zu machen. In der nächsten Zeit wird eine Eheproblembroschüre der Genossin Dr. Schöfer erscheinen, die zu den besten Erzeugnissen auf dem Büchermarkt gehören soll. Ich werde dafür Sorge tragen, daß Ihnen Prospekte zugehen.

Wir kommen zur Erörterung der Anträge. Die Richtlinien zu den Vorträgen des Genossen Wukty und der Genossin Schöfer, die Ihnen vorgelegt worden sind, schlage ich vor, als Resolutionen anzunehmen.

Wir haben uns auf jeder Konferenz mit der Sekretärinnenfrage beschäftigt. Genossin Berthold sagte, sie verlange vom Parteivorstand, daß er eine Sekretärin am Oberrhein anstelle, weil früher dort eine gewesen sei. Die Anstellung der Sekretärinnen ist Sache der Bezirke. Darum möchte ich bitten, von der Annahme des Antrages 4, der aus Schwerin gekommen ist, abzusehen oder ihn eventuell dem Parteivorstand zu überweisen, wenn er nicht zu rückgegeben wird. Sie müssen in Ihren Bezirken darauf hinarbeiten, daß die notwendigsten organisatorischen Bedürfnisse erfüllt werden.

Den Antrag 26, der will, daß die Reichsfrauentagung beschließen soll, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauentagung zu setzen, bitte ich, dem Parteivorstand als Anregung zu überweisen. Ich bestritte nicht, daß das Bedürfnis nach einer Erörterung dieser Fragen vorhanden ist. Die bevölkerungspolitischen Anträge 7—13 sind in dem vereinigten Antrag zur Bevölkerungspolitik (27) zusammengefaßt worden. Es fragt sich nur, ob dieser vereinigte Antrag noch einmal dem Parteitag eingereicht werden soll oder ob er von hier gleich an die gesetzgebenden Körperschaften und Fraktionen gehen soll; darüber müssen wir uns noch entscheiden. Ich empfehle das letztere. Ich höre keinen Widerspruch.

Dann liegt ein Antrag 24 vor, der ganz energisch die Heranziehung der Frau zum Amt der Schöffen und Geschworenen verlangt. Wir können nichts Besseres tun, als diesen Antrag anzunehmen und ihn gleich von hier aus an den Reichstag weiterzugeben.

Die Entschließung 25, die Ihnen bezüglich der Leiden unserer oberschlesischen Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern zugegangen ist, muß selbstverständlich von uns angenommen werden. Wir dürfen nicht auseinandergehen, ohne unseren Arbeitsbrüdern und Arbeitschwestern in Oberschlesien unsere wärmste Sympathie auszudrücken.

Dann komme ich auf den Antrag 28 zu sprechen, der verlangt, daß den Teilnehmern der Wohlfahrts- und der Frauentagung der im „Vorwärts“ erschienene Artikel der Genossin Lodenhagen zugestellt werden soll. Ich muß mich gegen diesen Antrag wehren, weil das für das Bureau eine Arbeit bedeuten würde, zu der wir jetzt nicht in der Lage sind. Jeder kann sich ja diesen Artikel verschaffen und er kann schließlich auch in anderen Zeitungen abgedruckt werden. Dafür können die hier Anwesenden sorgen. Ich bitte Sie, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Der Hamburger Antrag bezüglich der obligatorischen Lieferung der „Gleichheit“ ist von den Hamburger Genossinnen zurückgezogen worden.

Ich bitte gleichfalls die Hamburger Genossinnen, auch die Anträge 2 und 3 zurückzuziehen, ebenso die Schweriner Genossin den Antrag wegen der Sekretärin zurückzuziehen. Es spielt für die Praxis keine Rolle, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. (Das geschieht durch Zuruf.)

Der Antrag 5, München, wegen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte müßte dem Parteivorstand als Anregung übergeben werden. Den Antrag 6 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen.

Dem Bildungsauschuß bitte ich alle die Anträge, die unter dem Titel: Schulbildung vorliegen, als Material zu überweisen.

Die Anträge über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schlage ich vor, der 29. Reichstagskommission zu übermitteln.

Die Resolution 19 aus dem Bezirk Halle empfehle ich zur Annahme durch die Frauentagung, aber nicht zur Ueberweisung an den Parteitag, weil ähnliche Resolutionen ohnedies auf dem Parteitag gefaßt werden.

Der Antrag Nr. 20 aus München macht mir einige Kopfschmerzen. Mein pazifistisches Gewissen treibt mich dazu, zu dem Antrage ja zu sagen. Aber bei aller Anerkennung und Sympathie für die Internationale fürchte ich, daß ein solcher Antrag, der von uns an das Internationale Bureau gerichtet wird, verpufft. Unsere gesamte Organisation gibt sich ja schon die allergrößte Mühe, um über die Idee des Friedens mit den anderen Organisationen der Internationale zu einem Meinungsaustausch und zu einer möglichst gleichen Auffassung zu kommen. Es bleibt nur der eine Weg übrig, daß vielleicht diese Resolution hier angenommen, in der „Gleichheit“ abgedruckt wird und daß dann diese Nummer der „Gleichheit“ von der Redaktion an möglichst viele Adressen des Auslandes versandt wird.

Was den Antrag 21 für Abschaffung der Todesstrafe anlangt, so werden wir im Parteiprogramm ja immer zum Ausdruck bringen, daß wir für die Abschaffung der Todesstrafe sind. Deshalb wäre es auch nicht nötig, mit diesem Antrag erst an den Parteitag heranzutreten. Wir können ihn als Meinungsäußerung unserer Tagung annehmen.

Wenn gegen die von mir empfohlene Erledigung der Anträge und Entschließungen keine Einwände gemacht werden, nehme ich an, daß die Versammlung mit meinen Vorschlägen einverstanden ist. Ich stelle das fest.

Frau Wierbliki (zur persönlichen Bemerkung): Genossin Psyl hat erklärt, daß durch die Betonung des frauenrechtlichen Charakters unserer Anträge die Diskussion auf ein unwürdiges Niveau gebracht worden war. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Forderungen im Parteiprogramm, soweit sie die Frauen betreffen, doch auch frauenrechtlichen Charakter haben und daß in das Aktionsprogramm nur diese Forderungen hineingebracht werden sollen.

Vorliegende Frau Juchacz: Genossinnen und Genossen! Wir wären somit am Schluß unserer Veranstaltungen angelangt. Ich kann nicht umhin, einen Blick auf die 3½ Tage schwerer Arbeit zurückzuwerfen. Auch in der Diskussion auf dieser Frauentagung hatten wir ja fortwährend Anklänge an die vorhergehenden zwei Tage, in denen wir uns speziell mit den Fragen der allgemeinen Wohlfahrtspflege beschäftigt haben. Einige Genossinnen haben auf die Schattenseiten der Wohlfahrtspflege hingewiesen. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufgabe der Aufklärung, der Schulung für den politischen Kampf Mangel leiden müßte. Wir können denen, die das gesagt haben, nur dankbar sein. In allen Dingen liegt ein Vorteil und ein Nachteil, wenn Sie wollen, auch eine Gefahr. Es ist so, daß Menschen, die sich intensiv mit einer Spezialarbeit beschäftigen, andere Gebiete nicht so intensiv bearbeiten können. Deshalb müssen wir versuchen, diese Gefahr zu umschiffen, indem über der praktischen Arbeit des Tages, über der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den

Problemen der Wohlfahrtspflege nicht die Arbeit der Agitation für den Sozialismus und die Heranbildung der Menschen für den Sozialismus Schaden nimmt. Es sind wunderschöne Worte über die Erziehung, besonders die Sexualerziehung, gesprochen worden. Ich glaube, daß die Genossinnen und Genossen, wenn sie das Fazit unserer Verhandlungen ziehen, sagen werden: Wir haben Anregungen empfangen, unsere Gedanken sind in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt worden, und ich nehme Stoff mit nach Hause, den ich zum Besten der Bewegung, letzten Endes aber auch zu meinem eigenen Besten verarbeiten werde. Wenn ich in der Kleinagitation gestanden habe, dann habe ich den Frauen immer wieder gesagt: Es ist ja gar kein Opfer, das wir von uns verlangen, es erscheint nur so. Ich frage Sie alle, die Sie hier anwesend sind: Ist nicht Ihr Leben unendlich durch die sozialistische Ideenwelt bereichert worden? Wenn man für den Sozialismus arbeiten will, dann soll man es in erster Linie um der Gesamtheit willen tun, aber auch um der einzelnen Menschen willen. Es ist im letzten Grunde die große Liebe zu den Menschen, die das Handeln des einzelnen diktiert. Mit dieser Liebe ist auch ein Stückchen Egoismus in veredelter Form verbunden, das seinen Ausdruck in den Worten findet: Wenn du an dir selber arbeitest, um dich fähig zu machen, andere zu erziehen, dann erfüllst du dein eigenes Leben mit edlerem Inhalt.

So will ich diese Tagung nicht vorübergehen lassen, ohne noch einmal mit dem großen Schwung, der uns früher in viel reichlicherem Maße zur Verfügung gestanden hat, darauf hinzuweisen, daß in der Beschäftigung mit dem Sozialismus und mit der großen Erziehungs- und Kulturarbeit, die im sozialistischen Ideengang liegt, unendliche Lebenswerte stecken, die über alle die vielen Kleinlichkeiten des Lebens hinwegtragen. Ueber diese Kleinlichkeiten sollen wir hinweggehen wie über den Kehrriech, den wir täglich aus unseren Zimmern entfernen.

Wenn Sie mit mir einig sind, dann bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die Sozialdemokratie lebe, blühe und gedeihe! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 20 Minuten.

## Anträge.

### Organisation und Aufklärung.

1. Hamburg: Die Reichsfrauenkonferenz beauftragt den Parteivorstand zu erwägen, wie die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ an alle weiblichen Parteimitglieder ermöglicht werden kann. (Zurückgezogen.)

2. Hamburg: Die Versammlung der hamburgischen weiblichen Parteimitglieder fordert von der Reichsfrauenkonferenz die Darlegung des Zieles der sozialdemokratischen Frauenbewegung in einem kurzen Aktionsprogramm. (Zurückgezogen.)

3. Hamburg: Die Genossinnen Hamburgs ersuchen die Reichsfrauenkonferenz, zur Förderung der Frauenbewegung von der Parteileitung ein Rundschreiben ausgeben zu lassen an alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führer, Vorstände und Funktionäre, die zu unserer Partei gehören, daß sich die Frauen der Genossen, besonders der führenden Genossen, an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen haben. Beim Werben neuer Mitglieder lehrt der Einwurf immer wieder, daß die tüchtigsten Genossen ihre Frauen nicht mitarbeiten lassen, und nach ihnen richten sich gern alle anderen. Das gewünschte Rundschreiben soll Mann und Frau zur Betätigung mahnen. (Zurückgezogen.)

4. Schwerin i. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, mehr als bisher dahin zu wirken, daß in allen Bezirken Genossinnen als Parteisekretärinnen angestellt werden, um die Agitation unter den Frauen intensiver zu betreiben. (Zurückgezogen.)

5. München: Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Abänderung über Kaufmannsgerichte sieht ebenso wie der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes das passive Wahlrecht der Frauen vor.

Es wolle umgehend nach Verabschiedung eines dieser Gesetze von der Parteileitung dafür gesorgt werden, daß durch Herausgabe kleiner Leitfäden die Arbeiterfrauen über ihre Tätigkeit als Beisitzerinnen bei diesen Gerichten aufgeklärt werden.

Ebenso soll an Hand dieser Leitfäden durch die Orts- und Bezirksbildungsausschüsse ein Ausbildungskurs für weibliche Beisitzer bei den Fachgerichten durchgeführt werden. (Parteivorstand überwiesen.)

6. Hamburg: Die Frauenkonferenz in Götting beauftragt die Leitung der sozialdemokratischen Frauenbewegung, mit möglichster Beschleunigung die Frage zu prüfen, ob und in welcher Form unsere Genossinnen der Gründung von Hausfrauenberufsorganisationen näherzutreten sollen. (Parteivorstand überwiesen.)

### Bevölkerungspolitik.

7. Frankfurt: Die Reichsfrauenkonferenz fordert die Reichsregierung auf, an ihrem Entwurf von 1920, betreffend die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, festzuhalten und den drohenden Verschlechterungen, namentlich durch die bayerischen Anträge im Reichsrat, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

8. Hamburg: Die Reichsfrauenkonferenz wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldmöglichst eine reichsgesetzliche Regelung der

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Durchführung zu bringen auf der Grundlage des dem Reichsrat seit dem 10. März 1920 vorliegenden Gesetzesentwurfs. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

9. Frankfurt: Die Reichsregierung ist zu ersuchen, zur Ausführung der Verfassung endlich gesetzliche Bestimmungen dahin zu treffen, daß die Mutterschaft für die Beamtinnen keinerlei Änderungen in ihrem Dienstverhältnis zur Folge haben darf. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

10. Hamburg: Die Frauenkonferenz fordert von der Reichstagsfraktion energische Durchführung des Artikels 119 der Reichsverfassung. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

11. München: Nach den derzeitigen Versorgungsbestimmungen erhalten weder die unehelichen Kinder, deren Vaterschaft von einem Beamten anerkannt ist, noch die unehelichen Kinder einer Beamtin, für deren Unterhalt der Vater nicht aufkommt, Waisengeldbezüge.

Es wird beantragt, bei den gesetzgebenden Körperschaften auf baldige Aufhebung dieser Ausnahmebestimmungen gegen diese mindestens ebenso versorgungsbedürftigen unehelichen Beamtenabkömmlinge hinzuwirken, unter Berufung auf Artikel 121 der Reichsverfassung. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

12. Hamburg: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß eine Abänderung des § 218 des Reichsstrafgesetzbuches im Sinne der Straflosigkeit der von der Schwangeren gewollten Unterbrechung der Schwangerschaft baldmöglichst erfolgt. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

13. München: Die Frauenkonferenz ersucht unsere Reichstagsfraktion, für folgende Ergänzung bzw. Änderung des § 219 des Strafgesetzbuches einzutreten:

Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist nicht strafbar, wenn sie von einem approbierten Arzt nach gutachtlicher Zustimmung eines zweiten Arztes vorgenommen wird.

Die ärztlichen Indikationen sind, insbesondere unter eingehender Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, zu erweitern.

Die Feststellung genauer Richtlinien obliegt dem Reichsgesundheitsamt, dessen Vorschriften für die ärztliche Entscheidung bestimmt sind. (Durch Resolution Quard Nr. 27 erledigt.)

#### Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

14. Frankfurt: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, daß in dem kommenden Reichsjugendgesetz die Frauen gebührenden Einfluß und Gelegenheit zur Mitarbeit erhalten. (29. Reichstagskommissionen überwiesen.)

15. München: Die sozialdemokratischen Frauen fordern, daß die kriminellen Jugendlichen ausschließlich den Jugendämtern unterstellt werden, die ihren erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen sind, und die geeignete Frauen und Männer aus der Arbeiterklasse zur Mitarbeit heranzuziehen sollen.

Solange wir für Kinder und Jugendliche Jugendgerichte haben und nicht Jugendämter, Staatsanwälte und nicht Pädagogen, Gefängnisse und Zwangserziehungsanstalten und nicht Jugendheime, solange ist es hohn, von „Jugendrechtspflege“ zu reden.

Einzelne Widerungen, die das neue deutsche Strafgesetzbuch auch für Jugendliche vorsieht, können uns nicht über die Tatsache wegtauschen, daß auch der neue Entwurf den entscheidenden Schritt von der Strafe zur Erziehung nicht gewagt hat.

Es ist eine Forderung einfacher Gerechtigkeit, daß die Gesellschaft aus ihren zahlreichen jugendlichen Opfern brauchbare und frohe Menschen zu bilden sucht, anstatt durch ein Schandmal in ihnen die Selbstachtung zu zerstören, die der beste Schutz gegen Reime des Verbrechens ist. (29. Reichstagskommissionen überwiesen.)

#### Schulbildung.

16. Schwerin: Der Parteitag wird gebeten, zu beschließen: Die sozialistischen Gemeindevorteiler werden beauftragt, in allen Orten dafür zu sorgen, daß Frauenschulen errichtet werden, wo die Genossinnen unentgeltlich in der Wohlfahrtspflege und auf sozialpolitischem Gebiet ausgebildet werden können. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

17. Halle: Die Frauenkonferenz ersucht den Parteitag, durch die Reichstags- und Landtagsfraktionen dahin zu wirken, daß so bald wie möglich eine Neubearbeitung der deutschen Lehrbücher für alle Schulen vorgenommen wird und alle Sachen, die unserem pazifistischen Empfinden zuwiderlaufen, aus den Büchern zu entfernen sind. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

18. München: Die Reichstagsfraktion möge bei der Reichsschulkonferenz dahin wirken, daß der praktischen und wissenschaftlichen Ausbildung der Mädchen das gleiche Gewicht beigelegt und die gleichen Möglichkeiten eröffnet werden wie die der Knaben. Insbesondere sollen alle Beschränkungen bei der Zulassung zu Knabenschulen fallen, solange eigene gleichwertige Mädchenanstalten nicht vorhanden sind, z. B. Fachfortbildungsschulen, höhere Schulen usw.

Zur praktischen Durchführung von Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung, Bildung im Geiste der Völkerveröhnung, möge eine Reinigung aller einschlägigen Lehrbücher von jeder Art Kriegsverherrlichung beantragt werden. (Dem Bildungsausschuß als Material überwiesen.)

#### Verschiedenes.

19. Delitzsch, Bezirk Halle: Resolution. Die Frauenkonferenz erkennt die Notwendigkeit neuer Steuern an, die die Erfüllung der Ententeforderungen ermöglichen sollen; sie erhebt aber ganz energischen Protest gegen solche indirekten oder Verbrauchssteuern, die geeignet sind, die Lebenshaltung abermals zu verteuern oder zu verschlechtern. Zu solchen Steuern gehören die Erhöhung der Zuckersteuer, der Leuchtmittel- und Zündwarensteuer, der Mineralwassersteuer, die höheren Zölle auf Kakao und Schokolade, ferner die Erhöhung der Kohlensteuer und Verdoppelung der Umsatzsteuer, soweit sie Gegenstände des täglichen Bedarfs betrifft. Die Frauengruppe fordert die Reichstagsfraktion der SPD. auf, kein Mittel unverlucht zu lassen, um diese Steuern und überhaupt eine neue Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger zu verhüten. Sie fordert dagegen eine ganz energische Besteuerung des Besitzes, wobei Maßnahmen zu treffen sind, daß dieser nicht wie bisher die Steuern größtenteils hinterzieht oder auf die Allgemeinheit abwälzt. Die Frauengruppe kann sich nicht davon überzeugen, daß der Beschluß durch Steuern überlastet sei, solange sie dessen Angehörige einen derartig überspannten und schädlichen Luxus treiben sieht, wie er jetzt überall zutage tritt. (Angenommen.)

20. München: Die Reichsfrauenkonferenz möge beschließen: Die Frauen unserer Partei mögen einen Appell an die Frauen der sozialistischen Parteien aller Länder richten, daß diese Frauen ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen sollen, um eine Revision des Friedensvertrages durchzusetzen. (Der Redaktion der „Gleichheit“ überwiesen.)

21. München: Die Reichsfrauenkonferenz betrachtet es als ihre dringendste und vornehmste Pflicht, angesichts der bevorstehenden Änderungen

des Deutschen Strafgesetzbuches von neuem durch ihre Reichstagsfraktion mit allen Kräften für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. Die Todesstrafe ist die roheste Ausdrucksform des Vergeltungsgebantens, der einen Ueberrest der alten Blutrache darstellt; sie hat als Abschreckungsmittel von jeher verfaht und ist zur Sicherung der Gesellschaft nicht notwendig.

Hunderte von Justizmorden selbst aus neuerer Zeit sind einwandfrei nachgewiesen, und die Entwicklungsgeschichte der Wissenschaften berechtigt zu dem Schluß, daß unter den Opfern der Justiz weit mehr Geistesranke sind, als die Psychiatrie heute zu erkennen und nachzuweisen vermag.

Das Verbrechertum ist eine soziale Krankheitserscheinung, die nur durch soziale Reformen wirksam und fortschreitend bekämpft werden kann.

Wir sozialdemokratischen Frauen erheben laut und einmütig unsere Stimme gegen ein Gesetz, das mit dem unglücklichen Verurteilten dessen unschuldige Familie in hoffnungslose Verzweiflung jagt.

Wir sozialdemokratischen Mütter rufen zu flammendem Protest gegen die Zerrüttung des jugendlichen Rechtsbewußtseins, gegen die sittliche Verrohung, wie sie aus dem Wissen um blutige Gewalttaten, die im Namen der Gerechtigkeit verübt werden, notwendig erwachsen muß, und fordern in tiefer Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes, daß unsere Jugend endlich durch das Beispiel zur unbedingten Ehrfurcht vor dem Menschenleben erzogen wird. (Als Meinungsäußerung der Frauenkonferenz angenommen.)

## 22. Richtlinien W u k l y:

1. In der revolutionären Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheiten der Männer und Frauen erkämpft, welche für die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Demokratie unerläßliche Voraussetzung sind. Da zur Erlangung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Staat und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung und Vielgestaltigkeit der Aufgaben der kommunalen Wirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflusst, ist es insbesondere von großem Werte, daß die proletarische Frau in der Gemeindeverwaltung den Platz einnimmt, welcher ihr als Schaffende sowohl wie auch als Hausfrau zukommt und für den sie vermöge ihrer Sachkenntnis in den Lebensbedürfnissen der Arbeiterfamilien unbedingt berufen ist.

3. Der entscheidende Einfluß der Frau ist in der Gemeinewirtschaft also schließlich unentbehrlich, ihre Mitarbeit sowohl im Gemeindevorstand und in der Gemeindegemeinschaft als auch in allen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefordert werden.

## 23. Richtlinien Frau Dr. Schäfer:

1. Die Frau hat im öffentlichen Leben die Rolle der Hüterin und Schützerin des Menschenlebens zu übernehmen. Die Menschenökonomie muß höher stehen als die Güterwirtschaft. Die Frau hat in der Politik den Gedanken der Wirtschaftlichkeit mit Menschenleben durchzusetzen. Die menschenökonomischen Aufgaben der Frau sind umfassend sozial. Die eigentliche soziale Arbeit ist nur ein Teil dieser Aufgabe.

2. Für ihre menschenökonomische Aufgabe muß die Frau kämpfen im allgemeinen:

Durch die Unterstützung der Politik des Völkerverfriedens, der wirtschaftspolitischen Forderungen, die zur Gemeinwirtschaft führen, durch das Eintreten für eine planmäßige, umfassende Ausgestaltung der Sozialpolitik.

3. Im einzelnen haben die Frauen in der Gemeinde folgende soziale Aufgaben:

Die Verteidigung der Frauenerwerbsarbeit, aller Einrichtungen des Mutter-schutzes, Errichtung von Schwangerenfürsorgestellen, Errichtung von Heimen für Wöchnerinnen, von Entbindungsanstalten und Mütterheimen;

die gesamte Kinder- und Jugendfürsorge, vom Säugling bis zur heranwachsenden Jugend und deren Ausbau in den Jugendämtern;

das Jugendamt soll in Ergänzung und Erhebung der Familienerziehung die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorge für die Schulkinder außerhalb des Unterrichts, für Hilfspflichter und nichtschulpflichtige Kinder, die Pflege der schulentlassenen Jugendlichen, die Fürsorge für die gefährdete Jugend übernehmen.

Die soziale Fürsorge für die Kranken und Schwachen in Krankenhäusern und Spitälern, durch Organisation der Hauspflege, aber auch alle Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit;

ebenso die soziale Fürsorge für die sozial Gefährdeten (Prostituierte, Geschlechtsranke, Trinker);

ferner alle Maßnahmen der Wohnungsfürsorge; auch die Fürsorge für die wirtschaftlich Gefährdeten durch Armenpflege, durch Erwerbslosen- und Arbeitslosenversicherung.

4. Auch die Organisation der Fürsorgearbeit ist soziale Frauenaufgabe in der Gemeinde.

Die Frauen müssen in ihren Gemeinden auf gut organisierte Wohlfahrtsämter dringen;

vor allem müssen sie die Anstellung von Frauen als Familienfürsorgerinnen durchsetzen.

## Entschliebung.

Die Reichsfrauentagung protestiert auf das energischste gegen den Beschluß des Reichsrats, der die Hinzuziehung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen ablehnt. Die Konferenz richtet an alle Genossinnen im Lande die Aufforderung, in Protestkundgebungen dem Reichsrat zu zeigen, daß die Frauen nicht gewillt sind, diese Enttachtung stillschweigend zu ertragen. (Angenommen. Reichstag zugehen lassen.)

## Antrag.

Die Reichsfrauentagung wolle beschließen, die bevölkerungspolitischen Probleme auf die Tagesordnung der nächsten Frauentagung zu setzen.

## Begründung.

Referate und Diskussionen der Tagung für Arbeiterwohlfahrt und der Reichsfrauentagung haben das tiefe Bedürfnis gezeigt, zu diesen Fragen unbedingt durch ausgiebige gemeinsame Besprechung nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Die Lage unseres Volkes verpflichtet uns Sozialdemokratinnen, in diesen Fragen gesetzgeberisch, wissenschaftlich und aufklärend voranzugehen. (Partei-vorstand überwiesen.)

## Entschliebung.

Die Reichsfrauentagung gedenkt in herzlichsten Sympathien der Frauen und Mütter Oberschlesiens.

Die Genossinnen der gesamten deutschen Republik haben mit dem größten Mitempfinden die Leiden Oberschlesiens in den vergangenen Monaten verfolgt; sie sind stolz auf die würdige Art, in der sie gerade von der klassenbewußten Arbeitererschaft einschließend der ober-schlesischen Genossinnen getragen wurden.

Unseren obererschlesischen Schwestern unsere herzlichsten Grüße in der Hoffnung, daß die Leidenszeit vorüber sein möge, und die Frauen und Mütter Oberschlesiens zusammen mit uns allen einer glücklichen Zukunft entgegengehen, einer Zukunft, in der wir gemeinsam arbeiten werden an der Ueberwindung des nationallistischen Hasses durch den Sozialismus. (Angenommen.)

### Vereinigter Antrag zur Bevölkerungspolitik.

(An Stelle der gedruckten Anträge 7 bis 13.)

Die Görlicher Reichsfrauenkonferenz erklärt: Die deutsche Reichsregierung hat die dringende Aufgabe, endlich entschlossen und zielstrebiger eine soziale Bevölkerungspolitik dadurch zu treiben, daß sie

1. zur Verhütung und Heilung der entsetzlichen Gesundheitschädigungen, welche die Geschlechtskrankheiten in der deutschen Familie anrichten, den Gesetzentwurf vom 10. März 1920 beaufsichtigt, die Aufhebung der polizeilichen Reglementierung und Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtsstranken zum fertigen Gesetz erhebt, sowie in Verbindung damit durch die Abänderung der §§ 218 und 219 des StrGB. durchsetzt, daß die Verbrecherstrafe für Abtreibungen durch eine soziale Regelung der Geburtenzahl und die Verhütung unsozialer Geburten ersetzt wird;
2. zur Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder die rückständigen Bestimmungen aufhebt, welche die weiblichen Beamten, die uneheliche Mütter werden, mit einem moralischen Makel behaftet, aber die Väter dieser Kinder ruhig weiter Beamten sein läßt, wobei in allen Versorgungsgesetzen, namentlich auch in demjenigen für Beamte, die Bezüge an Waisengeld und ähnlichem für uneheliche Kinder der weiblichen Beamten zu sichern sind;
3. zur Versorgung und Versicherung der Mütter überhaupt dem internationalen Uebereinkommen beiträgt, das vom Arbeitsamt des Völkerbundes wegen Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mutter in mustergültiger Weise dem Deutschen Reich zum Beitritt vorgeschlagen und von einer Reihe auswärtiger Staaten bereits angenommen worden ist.

Zugleich drückt die Görlicher Reichsfrauenkonferenz ihr stärkstes Bestreben über die frauenfeindliche Haltung der meisten deutschen Freistaaten im Reichsrat aus, der die unter 1 und 3 genannten Entwürfe in unverantwortlicher Weise verschleppt und ihre Gesetzwerdung zum größten Nachteil der Gesundheit deutscher Mütter jahrelang verzögert. (Antrag Duard angenommen.)

Zur Klärung der grundsätzlichen Frage der Aufgaben der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt wird beantragt, den in der Freitag-Morgennummer des „Vorwärts“ erschienenen Artikel der Genossin Lodenhagen „Partei und Wohlfahrtsausschüsse“ zu vervielfältigen und den Bezirksausschüssen und den Delegierten des Frauentages zuzustellen. (Uebergang zur Tagesordnung.)

### Anwesenheitsliste.

Amon, Lina, Frau, Franken  
Ansforg, Marie, Frau, Reichstagsfrakt.  
Arning, Marie, Niederrhein

Bartels, Elise, Hannover-Braunschweig  
Berthold, Emma, Obere Rheinprovinz  
Beger, Johannes, Hamburg-Bremen  
Birnaß, Anna, Mittelschlesien  
Bohm-Schuch, Clara, „Gleichheit“  
Bollmann, Minna, Parteiausschuß  
Breul, Frieda, Groß-Thüringen  
Brüdel, Friedrich, Baden  
Burmann, Käthe, Niederschlesien  
Baader, Ottilie, Groß-Berlin  
Brehmer, Karl, Mecklenburg-Lübed

Cohn, Helene, Magdeburg-Anhalt

Dietmann, E., Hessen-Nassau  
Dettmer, Lina, Westf. Westfalen

Goert, Christine, Württemberg

Feistel, Gertrud, Mittelschlesien  
Fiedler, Frau, Magdeburg-Anhalt  
Friedrich, Frau, Mecklenburg-Lübed  
Freudenberger, Feliz, Franken

Girr, Rosa, Oberbayern-Schwaben  
Göbel, Marie, Leipzig  
Grünberg, Helene, Kontrollkommission

Hanna, Gertrud, Groß-Berlin  
Hartwig, Theodor, Pommern  
Hauke, Frieda, Oberschlesien  
Helfers, Rosa, Parteiausschuß  
Höer, Agnes, Niederschlesien  
Höfs, Else, Pommern  
Hartmann, Konfordia, Magdebg.-Anh.  
Harber, Hanna, Hamburg, Nordwest  
Henmann, Joh., Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt  
Haberland, Karl, Niederrhein

Jensen, Loni, Schleswig-Holstein  
Juchacz, Marie, Parteivorstand

Kähler, Luise, Preuß. Landtag  
Kaiser, Martha, Mittelschlesien  
Kämpf, Gertrud, Zwickau-Chemnitz  
Kaploner, Grete, Oberschlesien  
Kegler, Anna, Oberschlesien  
Kern, Elisabeth, Hessen-Darmstadt  
Kirchmeier, Anna, Hamburg-Nordwest  
Klügel, Emma, Niederschlesien  
Krieger, Martha, Niederschlesien  
Krüger, Frieda, Groß-Thüringen  
Kunis, Frieda, Chemnitz  
Künneke, Frau, Oldenburg  
Kühling, Frau, Groß-Berlin  
Knack, Dr. Andreas, Hamburg-Bremen

Lau, Johannes, Hannover-Braunschweig  
Lawausch, Beria, Mittelschlesien und Parteiausschuß  
Lag, Anna, Westf. Westfalen  
Lealer, Johanna, Chemnitz  
Lieser, Heinrich, Pfalz

Maln, Hedwig, Niederschlesien  
Matzke, Anna, Parteiausschuß  
Meißner, Frau, Dresden  
Menzel, Dr. Ellen, Mittelschlesien  
Müller, Milba, Zwickau-Chemnitz  
Mündel, Mathilde, Hann.-Braunschweig  
Münz, Erna, Mittelschlesien

Oppel, Frau, Oldenburg  
Ostreicher, Annemarie, Ostpreußen

Pascher, Maria, Oberrhein  
Peschke, Elisabeth, Brandenburg  
Pflüß, Antonie, Programmkommission  
Pietich, Klara, Dresden  
Pfeiffenbrink, Frau, Westf. Westfalen  
Pfänder, Oberbayern-Schwaben

Quard-Hammerschlag, Hessen-Nassau

Röpert, Marie, Halle  
Ryned, Elfriede, Parteivorstand  
Radlmaier, Theodora, Oberbayern-Schwaben

Seifert, Elisabeth, Brandenburg  
 Schilling, Minna, Reichstagsfraktion  
 Stratmann, Angela, linker Niederrhein  
 Schlichtinger, Rudolf, Oberpfalz,  
 Niederbayern

Schreiber-Krieger, Reichstagsfraktion  
 Schröder, Luise, Parteiausschuß  
 Schulte, Anna, Obere Rheinprovinz  
 Schulz, Berta, Reichstagsfraktion  
 Schröder, Minna, Hamburg-Nordwest  
 Scheidenhuber, Else, Groß-Berlin

Teich, Johanna, Reichstagsfraktion  
 Lodenhagen, Minna, Parteiausschuß  
 Trinks, Oskar, Bezirk Baden

Undeutsch, Ida, Ortsverein Halle

Vogel, Heinrich, Hamburg-Bremen

Wachenheim, Hedwig, Groß-Berlin  
 Wagner, Helene, Chemnitz  
 Walter, Auguste, Ostfl. Westfalen  
 Wartenberg, Alma, Schlesw.-Holstein  
 Wegers, Casar, linker Niederrhein  
 Widmann, W., Hessen  
 Wohlgemuth, Toni, Ostpreußen  
 Wolff, Jeannette, Westfl. Westfalen  
 Wündisch, Amalie, Kassel  
 Weimann, Richard, Zentralbildungs-  
 ausschuß

Wierbicki, Ella, Hamburg-Nordwest

Zabe, Grete, Hamburg-Nordwest  
 Zils, Klara, Mittelschlesien